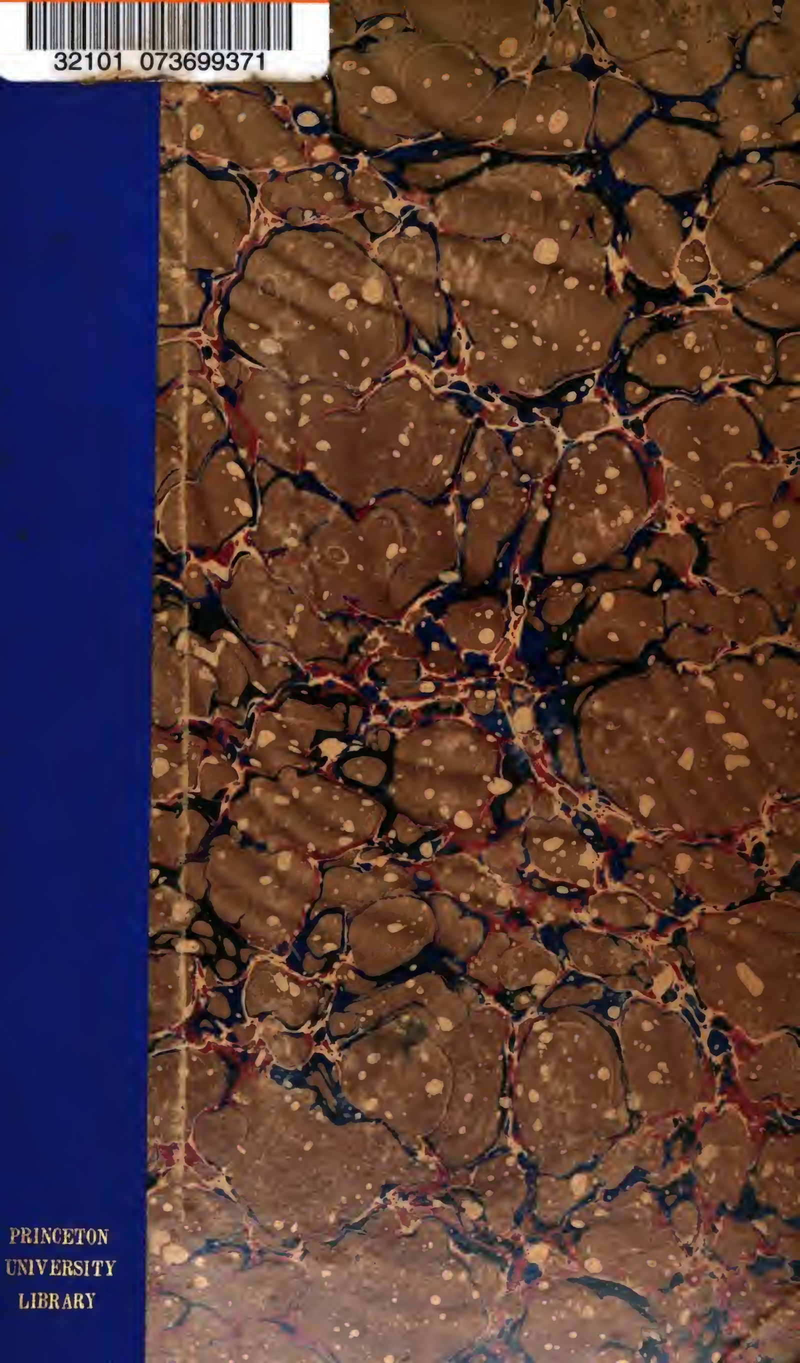

32101 073699371
PRINCETON
UNIVERSITY
LIBRARY


Dei
Sub Numine
Viget

Geschichte

der

meklenburgischen Landstände

bis zum Jahr 1555

mit einem

Urkunden-Anhang

von

D. Carl Hegel.

Rectorats-Programm.

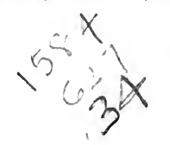
Rostock.

Druck von Adler's Erben.

1856.

Vorwort.

Die nachfolgende Schrift will das eigenthümliche Wesen der deutschen Territorialverfassung in der gemeinsamen Entstehung der landständischen Rechte und der fürstlichen Landeshoheit an dem Beispiel von Meklenburg darlegen. Um in dem individuellen Bilde die allgemeinen Charakterzüge zu unterscheiden, um sowohl die Uebereinstimmung, als auch die Verschiedenheit der besonderen Gestaltungen deutscher Landesverfassung wahrzunehmen, schien es nöthig, gelegentlich noch andere von diesen zur Vergleichung heranzuziehen. Derselbe Gesichtspunkt hat auch die Grenze dieser Arbeit bestimmt. Die Geschichte der meklenburgischen Landstände ist hier nicht weiter als bis zu dem Zeitpunkt geführt, da die Grundformen der landständischen Verfassung, in welcher sich später deren particulare Ausbildung nur fortbewegt hat, als festgestellt erscheinen.



Der Knotenpunkt der ganzen Entwicklung aber liegt in der vorausgegangenen Einigung der Landstände zu einer gemeinen Landschaft, die zugleich mit der Herstellung der fürstlichen Landeshoheit aufs engste zusammenhängt. Hierauf, wie solche Union zu Stande kam und was sie für die Landesverfassung bedeutete, ist daher in dem letzten Theile dieser Ausführung, wie in dem ersten auf die Hervorbildung der ständischen Verhältnisse selbst, vorzugsweise das Augenmerk gerichtet.

Es hat zur Benutzung weder an zahlreichen Urkunden- und umfänglichen Materialien-Sammlungen, noch an Bearbeitungen der meklenburgischen Geschichte im Ganzen und Einzelnen gefehlt. Von den letzteren wird namentlich F. A. Rudloffs pragmatisches Handbuch der meklenburgischen Geschichte immer eine ehrenvolle Stelle unter den besten deutschen Provinzialgeschichten behaupten. Mit derselben Gründlichkeit, Einsicht und Präcision, welche diese gediegene Arbeit im Ganzen bewährt, findet sich darin auch der Zustand der Landesverfassung und dessen Veränderungen in jedem Zeitabschnitt geschildert. Durch die spätere Forschung ist die Kenntniß der meklenburgischen Geschichte hauptsächlich in der älteren Periode weiter gefördert worden. Die von Herrn Archivrath Dr. Lisch mit ebenso viel Sachkenntniß als Sorgfalt, theils in den Jahrbüchern des Vereins für meklenburgische Geschichte, theils für sich herausgegebenen Urkunden-

Sammlungen sind der vorliegenden Arbeit in dem Zeitraum vom 12. bis zum 14. Jahrhundert wesentlich zu Statten gekommen. Am wenigsten fand sich für unseren Zweck in der späteren Periode vom Ausgang des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts vorbereitet, welche gerade in Bezug auf die Feststellung der landständischen Verfassung die wichtigste ist. Um hier in der Sache weiter zu gelangen, mußte auf die noch unbenutzten Urkunden-Sammlungen in den Archiven zurückgegangen werden. Am ausgiebigsten hat sich unter diesen für den bezeichneten Zeitraum das Rostocker Raths- und Stadt-Archiv erwiesen. Auch das Großherzogliche Geheime und Haupt-Archiv zu Schwerin, dessen Benutzung mir gleichfalls gestattet war, hat einige nicht unwichtige Beiträge geliefert, wenngleich die dort aufbewahrten Landtags-Acten nur spärlich über die Mitte des 16. Jahrhundert zurückreichen. Erst von diesem Zeitpunkte an beginnt die Sammlung derselben in dem Wismarschen Stadt-Archiv und noch um einige Jahre später die des Archivs der meklenburgischen Landstände selbst. Ich habe die wichtigeren der von mir benutzten ungedruckten Actenstücke im Anhang chronologisch zusammengestellt, wo sie zunächst als Belege für die gegebene geschichtliche Darstellung dienen sollen, aber auch an sich selbst den Freunden der meklenburgischen Geschichte von mehrfachem Interesse sein werden. —

Bei meinem bevorstehenden Scheiden von dem Lande, das mir durch funfzehnjährigen Aufenthalt zur andern lieben Heimat geworden, ist es für mich ein wohlthuender Gedanke, daß es mir noch vergönnt sei, ihm, wie zum Abschiedsgruß, mit dieser seiner Geschichte gewidmeten Arbeit einen Beweis meiner Anhänglichkeit darzubringen.

Rostock, im Juni 1856.

C. Hegel.

Inhalt.

Einleitung.

Es ist seit Pütter öfter nachgesprochen, als wirklich nachgewiesen worden, daß die deutschen Landstände und ihre Gerechtsame eben so alt seien, wie die Landeshoheit der Reichsfürsten selbst[1]).

Zwar im Allgemeinen kann schon die Reichsgesetzgebung dieser Ansicht zur Bestätigung dienen. Denn es ist gewiß nicht bloß für ein zufälliges Zusammentreffen zu halten, daß um dieselbe Zeit, wo die Reichsgesetze zuerst den Ausdruck Landesherren (Domini terrae) gebrauchen — es ist die Zeit der beginnenden Auflösung des Reichs zu Ende der staufischen Kaiser — sich darin auch die wichtige Bestimmung vorfindet, welche in Folge erhobenen Zweifels auf einem Hoftage zu Worms im J. 1231 festgesetzt wurde, daß die Fürsten und Herren nicht befugt sein sollten, Verordnungen oder Gesetze irgend welcher Art anders als mit Zustimmung der Großen und Angesehenen ihres Landes zu erlassen[2]).

---

[1]) Pütter, Beiträge zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. 1777. B. 1. S. 125.

[2]) Pertz, Monum. Leg. II. p. 283. Sententia de jure statuum terrae: — ut neque principes neque alii quilibet constitutiones vel nova jura facere possint, nisi meliorum et majorum terrae consensus primitus habeatur.

Allein, was man damals unter Landeshoheit verstand, war noch nicht ein allgemeiner und darum vieldeutiger Begriff fürstlicher Machtvollkommenheit, sondern es wurden darin nur die mehreren ungleichartigen Hoheitsrechte, welche den Landesherren, theils aus übertragener kaiserlicher Amtsgewalt, theils aus lehnsherrlichen oder grundherrlichen Befugnissen zustanden, zu einem Ganzen zusammengefaßt. Und so wurden auch die Großen der Territorien noch so wenig als bloße Unterthanen dieser Landesherren angesehen, daß sie gleichfalls in der Reichsgesetzgebung des 13. Jahrhunderts bisweilen „Herren" genannt sind [1]).

Von da an hat die Entwickelung der landständischen Verfassung in Deutschland einen ziemlich ungleichen Fortgang genommen, so daß zwar die ähnlichen Bildungsformen in dem Hervortreten der einzelnen Stände, in deren Vereinigung unter sich und Geltendmachung ihrer Rechte, in grundgesetzlichen Verträgen mit den Landesherren, besonders bei Uebernahme der fürstlichen Schulden, endlich in ständischer Mitregierung fast überall vorkommen; aber theils in mehr stetiger oder unterbrochener Folge, theils mit langsamerem oder rascherem Verlauf von der Entstehung an bis zum Ausgang.

Bleiben wir bei den Anfängen dieser Entwickelung stehen, so finden wir noch bei einem andern ausgezeichneten Kenner staatsrechtlicher Verhältnisse im vorigen Jahrhundert, Johann Jacob Moser, in dessen bekanntem Werke: Von der deutschen Reichsstände Landen, einen hierauf bezüglichen allgemeinen Ausspruch, welcher mit der von uns vorangestellten Ansicht durchaus nicht übereinstimmt.

Ohne sich nämlich auf die schwierige Untersuchung über das Alterthum und den Ursprung der Landstände in den einzelnen Territorien einlassen zu wollen, spricht dieser Schriftsteller die Ueberzeugung aus, es würde sich schließlich doch nur das Ergebniß

---

[1]) Pertz l. c. p. 452. Constitution K. Rudolphs I. über den Landfrieden von 1287: „Swaz ouch die furste oder die lantherren in ihrem lande mit der herren rate sezzent und machent" ꝛc.

herausstellen: „daß in denjenigen Ländern, welche ihren Territorial- bestand in der Hauptsache schon von Alters hergebracht haben, wie in Oestreich und Baiern, die Landstände eben so weit zurück- reichen, hingegen in denjenigen, welche nur so nach und nach aus allerlei kleinen Theilen zusammengewachsen und so zu sagen, wie eine politische Mosaikarbeit herauskommen, die Landstände auch erst nach und nach entstanden sind“ [1]).

Dem liegt die unzweifelhaft richtige Anschauung zu Grunde, daß die Entstehung und Fortentwickelung der Landstände aufs engste mit der Territorialbildung der einzelnen deutschen Länder zusam- menhängt, und daß die Art und Weise, wie diese aus der Ver- einigung oder Zertrennung der älteren Gaue und Marken, und wiederum aus den mannigfaltigen Theilungen und Umwandlungen der späteren Landesherrschaften endlich zu Stande kam, zugleich den Umfang, die Beschaffenheit und innere Gliederung der landstän- dischen Verfassungen wesentlich mit bestimmte.

Doch gibt die Bemerkung Mosers leicht zu einem zwiefachen Mißverständniß Anlaß. Denn gewiß würde man eben so fehl gehen, wenn man einerseits die Landesversammlungen des 11. und 12. Jahrhunderts, wie sie z. B. in Baiern bis ins 13. Jahrhun- dert vorkommen, schon für eigentliche Landtage in der späteren Be- deutung erklären wollte; als wenn man auf der anderen Seite da, wo ein reichsfürstliches Territorium erst durch allmähliche Zusammen- fügung entstanden ist, wie z. B. Kursachsen, die Landstände nicht früher anzutreffen meinte, als bis daselbst schon allgemeine Land- tage gehalten wurden.

Jene älteren Landesversammlungen von Baiern waren herzogliche Land- oder Hoftage, auf denen die geistlichen und weltlichen Großen der Reichsprovinz mit den fürstlichen Vasallen und Dienstmannen erschienen und in den wichtigsten Angelegenheiten Rath und Ent- scheidung abgaben: dieselben Hoftage, von welchen der Schwaben- spiegel spricht, wenn es heißt, daß „einige Fürsten das Recht

[1]) Von der deutschen Reichsstände Landen. 1769. S. 359.

haben, zu Hof zu gebieten für sich selber": nämlich diejenigen, welche damals, d. i. in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, noch eine herzogliche oder markgräfliche Amtsgewalt ausübten [1]). In dem Verhältniß jedoch, als die vom Reiche übertragene Amtsgewalt in Landeshoheit aus eigenem Recht überging, nahmen auch die bisherigen Landesversammlungen eine veränderte Gestalt an, und bis daraus eigentliche Landtage wurden, fielen von den früheren Theilnehmern diejenigen ab, welche sich nicht in die Stellung von Landsassen herunterdrücken ließen, namentlich die Bischöfe und Markgrafen, während auf der andern Seite zu den zurückbleibenden Lehnsträgern und ritterlichen Dienstmannen noch die Städte, als neues Glied, hinzukamen. Eine eigentlich landständische Verfassung war demnach auch in Baiern nicht früher vorhanden, als bis die Landeshoheit der Wittelsbacher aufgerichtet worden, und sie beschränkte sich auch nur auf denselben Territorialumfang, über welchen sich jene erstreckte [2]).

Umgekehrt aber müssen wir sagen, daß überall, wo eine fürstliche Landeshoheit sich hervorthat, sobald sie nur über die Bedeutung einer bloßen Grundherrschaft hinausging und landsässige Stände dem Reiche gegenüber vertrat, auch schon eine Art landständischer Verfassung vorhanden war.

Wenn hiernach die Ansicht Mosers, indem sie den Anfang der Landstände von der Feststellung des Territorialbestandes abhängig macht, denselben theils in eine zu frühe, theils in eine zu späte Zeit versetzt, so hat dagegen Justus Möser, auf andere historische Beispiele gestützt, in seinen patriotischen Phantasien zuerst den Gedanken hingeworfen, daß von Landständen überall erst dann die Rede sein könne, wenn die verschiedenen Stände eines Territoriums durch eine dauernde Conföderation mit einander verbunden waren,

---

[1]) Vergl. Unger, Geschichte der deutschen Landstände. 1844. Bd. 1. S. 177.

[2]) Die Landesversammlungen älteren Styls lassen sich auch unter den Wittelsbachern noch bis Ende des 13. Jahrhunderts verfolgen. Vergl. L. Rockinger's Einleitung zu der neuen Ausgabe der altbairischen landständischen Freibriefe. 1853. S. 178.

oder als geeinigte Landschaft eine wahre Landesrepräsentation bildeten [1]).

Dieser Gedanke empfiehlt sich auf den ersten Blick besonders dadurch, daß er einen sicheren Anhalt für den Anfangspunkt zu gewähren scheint, den man nur überall aufzusuchen hätte, um die Landstände in Wirklichkeit zu finden. Wie aber? wenn nun jene Conföderation in manchen und zwar nicht den unbedeutendsten Territorien, wie z. B. Kursachsen und Brandenburg, welche doch ohne Zweifel lange Zeit hindurch eine wahre landständische Verfassung gehabt haben, sich entweder gar nicht oder doch nur in solcher Weise findet, daß sie nicht mehr als Anfang, sondern nur als eine Stufe der Fortbildung für die schon in lebendiger Wirksamkeit bestehende Verfassung angesehen werden kann? — Wir werden später darauf zurückkommen und bemerken hier nur noch in Beziehung auf das andere angebliche Kennzeichen, daß es bekanntlich bis auf die letzte Zeit, wo diese Frage noch von einiger praktischen Wichtigkeit war, unter den Staatsrechtslehrern streitig geblieben ist, ob überhaupt und seit wann die sogenannten Feudalstände eine wahre Repräsentation des Landes ausgeübt haben [2]).

Noch enger begrenzt findet sich die Möser'sche Ansicht in K. H. Lang's Abhandlung: „Ueber das vermeintliche Alter der deutschen Landstände." (1796). Nach der Meinung dieses Schriftstellers wären alle wirklichen Landstände erst im 15. Jahrhundert entstanden, und zwar hätte dazu bloß das Schuldenwesen der Landesherren die Veranlassung gegeben. Die wesentlichen Kennzeichen jedoch, die er für das Dasein von Landständen aufführt — wie dieses, daß es eine dem Landesherrn aufliegende Nothwendigkeit sei, ihren Rath zu vernehmen und zu befolgen, ferner, daß sie eine allgemeine Landesversammlung bilden, welche aus Geistlichkeit, Adel und Städten besteht, daß sie eine collegialische Verfassung,

---

[1]) J. Möser, Patriotische Phantasien. 1774 f. Bd. IV. Nr. 51.

[2]) Vergl. A. L. Jacobi, Versuchte Auflösung einiger Zweifel über das Alter und die Repräsentationsrechte deutscher Landstände. 1798.

eigene Kasse und Bedienten haben — sind zum Theil von der Art, daß sie, insofern sie überhaupt zutreffen, nur der bereits ausgebildeten Landesverfassung, nicht schon ihrer Entstehung und ihren Anfängen angehören.

Allerdings ist man genöthigt, um den Anfang in der Entwickelung einer historischen Thatsache zu bestimmen, sich über deren Wesen und Beschaffenheit, woran man sie erkennen will, zum voraus zu erklären; allein man darf dann nicht schon den Maßstab des Gewordenen anlegen, wenn man sie gerade in ihrem Werden und Entstehen aufzeigen will.

Gehen wir davon aus, daß die Anfänge der Landstände mit denen der Landeshoheit zusammenfallen, so stellen sich uns beide zuerst nur keimartig und in unsicheren Umrissen dar, und noch lange sehen wir sie in schwankenden Verhältnissen und Formen sich fortbewegen, bis sie allmählich mit einander zur festen und bleibenden Gestalt erwachsen, wo sich dann auch erst ihre Kennzeichen bestimmter angeben lassen. Können wir also die Landeshoheit bei ihrem Entstehen im 13. Jahrhundert nur als einen Inbegriff einzelner Hoheitsrechte bezeichnen, so ist auch von den Landständen im Anfang nichts weiter zu sagen, als daß darunter die mit verschiedenen Privilegien berechtigten Stände eines reichsfürstlichen Gebietes zu verstehen sind, und von der landständischen Verfassung, daß sie in den wechselseitigen Beziehungen dieser privilegirten Stände zu den Landesherren bestand, welche theils von den besonderen Interessen beider, theils von dem gemeinsamen Bedürfniß einer Landesregierung herrührten.

In der Einigung der Landstände zu einer gemeinen Landschaft aber, welche nicht bloß durch die freiwillige Einigung derselben, sondern hauptsächlich erst durch die Befestigung der Landesherrschaft herbeigeführt wurde, erkennen wir nicht den Anfang, sondern vielmehr den Abschluß der landständischen Verfassung. Sie hatte für die Ausbildung der letzteren dieselbe Bedeutung, wie die ungefähr gleichzeitige Herstellung eines allgemeinen Unterthanen-

verbandes in dem nach außen hin abgeschlossenen Territorium für die Durchführung der fürstlichen Landeshoheit [1]).

Jeder, der es ernstlich versucht hat, sich das eigenthümliche Wesen der älteren landständischen Verfassung klar zu machen, wird gewiß dem berühmten Begründer der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, K. Fr. Eichhorn, Recht geben, daß dasselbe nur aus dem Studium der einzelnen Territorialverfassungen richtig erkannt werden könne [2]). Ich habe zu diesem Zweck das Beispiel von Meklenburg gewählt, welches, indem es mir selbst persönlich am nächsten liegt, theils schon darum den Vorzug vor andern verdienen möchte, weil an dieser Stelle von Deutschland allein noch die alte Landesverfassung, eben so unberührt durch fremdartige Einflüsse von außen, wie durch die veränderten Zustände und Bedürfnisse im Innern, sich bis auf die Gegenwart erhalten hat, theils aber auch sonst sehr wohl geeignet erscheint, den allgemeinen Fortgang deutscher Territorialentwicklung in eigenthümlicher Ausprägung zur Anschauung zu bringen. Denn das Hauptinteresse jeder deutschen Territorialgeschichte liegt ohne Zweifel darin, daß

---

[1]) Wenn von Lancizolle, in seiner übrigens sehr lehrreichen Schrift: Ueber Königthum und Landstände in Preußen. 1846. S. 274, die Meinung ausspricht, daß die Bezeichnung Unterthanen bis ins 18. Jahrhundert hinein auf die Stände nicht angewendet worden sei, so ist dies ein Irrthum; wovon man sich leicht, nicht bloß aus den von uns mitgetheilten meklenburgischen Urkunden im Anhang — s. z. B. die Urk. Nr. 29. 30 von 1522 und 1523, — sondern ebensogut auch aus den brandenburgischen Landtagsrecessen des 16. Jahrh. überzeugen kann, s. z. B. den Receß von 1524, betreffend die Bewilligung der Hufensteuer (bei Mylius Corpus constitut. March. T. VI. S. 15 f.): „Nachdem Wir — durch viel Obliegen in merkliche Schuld gekommen, derohalben wir verursacht, Unsere getreue Landschaft Unseres Churfürstenthums der Mark zu Brandenburg und angehörende Lande um Hülfe und Beistand zu Bezahlung solcher Unsrer Schulde anzulengen und zu ersuchen: auf solches die Stände als Prälaten, Herren, Ritterschaft, Mannen und Städte ... als die gutwilligen und getreuen Unterthanen ... nochmals bewilligt" ꝛc.

[2]) Staats- und Rechtsgeschichte. B. III. § 423. Aus dem mit vielem Fleiß gearbeiteten Buche von F. W. Unger, Gesch. der deutschen Landstände. 2 Bde. 1844. kann man zwar reiche Belehrung schöpfen, aber eine klare Anschauung von der Entwickelung der landständischen Verfassung in den verschiedenen Territorien nicht gewinnen.

ungeachtet ihrer verschiedenen Ausgangspunkte, sei es in besonderer Stammesart oder in den frühesten Herrschaftsverhältnissen, und ungeachtet aller Selbständigkeit, welche den einzelnen Reichsländern bei ihrer Entwickelung vergönnt war, doch dieselben Grundbedingungen des allgemeinen Nationalcharakters überall durchschlagen, früher oder später gleichartige Bildungsformen hervorbringen und so aller Orten, auch bei mangelndem äußeren Zusammenhang, die im Inneren fortlebende Gemeinsamkeit des deutschen Volkes nach verschiedenen Richtungen hin bekunden.

I.

Die slavische Landesherrschaft und die Einsetzung der deutschen Stände in Meklenburg.

Die vorangestellte Ansicht von dem gleichzeitigen Ursprung der Landeshoheit und der Landstände scheint gerade für Meklenburg nicht zutreffend zu sein; ebenso wenig, wie für die anderen ursprünglich slavischen und erst später germanisirten Länder. Denn die fürstliche Landesherrschaft war hier schon in ältester slavischer Zeit vorhanden, und ist aus dieser auf die Folgezeit übergegangen; das ständische Wesen aber ist, weil von deutscher Art, erst nachträglich eingeführt worden. Nichtsdestoweniger dürfen wir sagen, daß auch in den germanisirten slavischen Gebieten die spätere deutsche Landeshoheit sich erst in und mit der landständischen Verfassung auf ganz neuen Grundlagen ausgebildet hat. Denn es ist gewiß, daß die slavische Landesherrschaft nach der Germanisirung des Landes eine völlig veränderte Bedeutung erhalten hat, ebenso wie der slavische Landesadel, als er in die deutsche Ritterschaft überging: und es geschah dies vornehmlich daher, daß die slavischen Landesherren, indem sie willig oder unwillig dem übermächtigen Andrängen deutscher Cultur nachgaben und ihre Länder der einströmenden deutschen Bevölkerung öffneten, indem sie Kirchen und Klöster, Vasallen und Gemeinden mit Privilegien ausstatteten, damit zugleich auf einen großen Theil ihrer früheren Herrschaftsrechte verzichteten.

Wir entnehmen das allgemeine Bild der Verfassung und Verwaltung der slavischen Länder aus der übereinstimmenden Schilde-

rung ihrer Zustände im 11. und 12. Jahrhundert. — Ueberall, in Polen und in dem nahe verwandten Schlesien, in Böhmen, in Pommern und meist auch bei den vielfach getheilten Völkerschaften zwischen Oder und Elbe, finden wir erbliche Fürstengeschlechter und, diesen zur Seite, einen mächtigen Herrenstand, der mit ausgedehntem Grundbesitz versehen, mit Hof- und Reichsämtern bekleidet, den beständigen Rath der Fürsten ausmachte und in den Landesversammlungen die Entscheidung abgab. Ueberall finden wir sodann, was die Verwaltung der slavischen Länder gleichförmig bezeichnet, die Landeseintheilung in Burgdistricte oder Castellaneien, welchen einzelne Große als Castellane (Zupane) vorstanden, in denen sie, ähnlich wie die Grafen in der fränkischen Reichsverfassung, die Heerführung mit der Gerichtsbarkeit und der Verwaltung der fürstlichen Einkünfte verbanden, nur daß sie fortdauernd in der Stellung abhängiger Beamten verblieben. Denn eben in der durchgreifenden unbeschränkten Fürstengewalt und in dem aufrecht erhaltenen Unterthanenverbande, in der völligen Unbekanntschaft mit dem deutschen Lehnswesen und der hieraus abgeleiteten erblichen Amtsberechtigung der Großen bestand der eine wesentliche Unterschied der slavischen von den deutschen Zuständen.

Der andere, fast noch wichtigere Unterscheidungspunkt lag in dem Mangel eines selbständigen Gemeindewesens, besonders in den Städten. Denn es gab weder einen freien und stolzen Bürgerstand, noch auch einen kräftigen, auf seinem eigenen Rechte begründeten Bauernstand in den slavischen Ländern. Damit soll nicht behauptet werden, daß die Masse des Volkes von allem Anfang an in Leibeigenschaft versunken gewesen wäre — ein Vorurtheil, das mit vielem Recht und mit noch größerem Eifer von neueren slavischen Schriftstellern bestritten worden ist, — daß es keine ursprüngliche slavische Gemeinfreiheit gegeben habe. Allein diese Freiheit war nicht, wie bei den germanischen Völkern, durch geordnete Gemeindeverbände innerlich befestigt; denn was sich an der Stelle von diesen bei den Slaven findet, die Familienverbindung, mit einem Hausältesten (Wladyka) an der Spitze, und die

Vereinigung der Nachbarschaften, konnte dafür nur schwachen Ersatz gewähren. Auch ließ sie, so viel wir sehen, keine derartige Abstufung in den Personenständen zu, wie wir sie in den deutschen Volksrechten finden, wo dieselbe dazu diente, den Stand der Vollfreien, wenn auch auf Kosten der unterdrückten Minderfreien, bei seinem ursprünglichen Rechte zu erhalten. Sondern gleichförmig, wie jene Freiheit war, unterlag sie auch fast unterschiedslos der unbeschränkten Herrschergewalt, als die von den Slaven errichteten Reiche sich innerlich und äußerlich zu befestigen anfingen. Uebrigens wird es von keiner Seite bestritten, daß im 11. und 12. Jahrhundert die Masse der slavischen Burg- und Städtebewohner hörige Leute der Landesfürsten waren und von diesen wie Leibeigene verschenkt wurden, gleich wie auch das Landvolk sich in demselben Verhältniß zu den Landesherren oder den großen Grundeigenthümern befand [1]).

Wie weit die fürstlichen Herrschaftsrechte in den slavischen Ländern reichten, läßt sich am besten aus den Privilegien entnehmen, welche den deutschen Ansiedlern bei ihrer Aufnahme gewährt wurden. In Schlesien, wo die slavischen Einrichtungen noch längere Zeit neben der deutschen Gemeindeverfassung fortbestanden, wurde der Unterschied zwischen beiden als polnisches und deutsches Recht bezeichnet. Durch die Verleihung des letzteren waren die deutschen Ansiedler in den neubegründeten Städten und Dörfern von den herkömmlichen Leistungen und Diensten der slavischen Unterthanen befreit, und das deutsche Recht bedeutete, im Gegensatz zu dem polnischen, so viel als Aufhebung einer drückenden Dienstbarkeit, welche den Fürsten selbst nicht mehr die Vortheile gewährte, die sie sich von den privilegirten deutschen Gemeinden versprachen. Die

---

[1]) Um hier nur das Zeugniß eines für das Slaventhum begeisterten Schriftstellers anzuführen: s. Palacky, Geschichte von Böhmen Bd. 1. S. 30. Wollte man diesem selbst zugeben — was jedoch keineswegs genügend bewiesen ist — daß die Slaven die Leibeigenschaft erst bei den Deutschen kennen gelernt und von dort herüber genommen hätten, so würde man dennoch nicht seiner Meinung beipflichten müssen, daß die Freiheit mehr bei den Slaven, als bei den Deutschen einheimisch war.

Regalien, auf deren Nutzungen sie zu Gunsten der letzteren entweder ganz oder größtentheils verzichteten, bezogen sich auf die Gerichtsbarkeit, Märkte und Zölle, die Münze, Jagd, Fischerei, Mühlen und Anderes. Außer diesen Abgaben und Erträgen werden von allgemeinen Leistungen der Unterthanen, sowohl in den fürstlichen Domänen, als auch in den Besitzungen der Großen erwähnt: Landsteuern in Geld und Naturallieferungen (Schoß, in Böhmen Berna genannt), Kriegsdienst, eine Menge von öffentlichen Frohnden, als Burgbau, Straßen- und Brückenbau, Vorspann, Jagddienste, wozu die Auffütterung der Hetzhunde und die Beaufsichtigung der Biber und Falken gehörte, und Anderes dieser Art [1]).

Dem Landesherrn gehörte ferner aller Grund und Boden, der nicht im Privatbesitz war oder zu solchem geeignet erschien, wie unangebaute Ländereien, Wälder, Gewässer und gemeinsam benutzte Triften. Selbst die Städte, wenn man von solchen reden darf, wo die wesentlichen Attribute und Kennzeichen eines städtischen Gemeinwesens fehlten, nämlich die fürstlichen Burgen und Sitze der Castellane, in welchen sich eine zahlreichere Handel und Gewerbe treibende Bevölkerung ansammelte, blieben mit allen dazu gehörigen Grundstücken und gemeinsamen Anlagen, wie z. B. den Fleischbänken und Krügen, Eigenthum des Landesherrn, welcher davon die Nutzungen zog.

Aus einer solchen Fülle fürstlichen Besitzes und landesherrlicher Rechte konnten die einheimischen slavischen Herren, und nicht minder die deutschen Eroberer, welche sie aus den Marken verdrängten, schöpfen, als sie anfingen, neue Bewohner in die im Ganzen nur sparsam bevölkerten und wenig angebauten, auch durch den beständigen Krieg zum großen Theil verödeten Länder hereinzuziehen; als

[1]) S. hierüber besonders Stenzel, in der Einleitung zu Tzschoppe und Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte der Städte u. s. w. in Schlesien und Oberlausitz. **1832**, und in der Geschichte von Schlesien B. 1. S. **138** ff. — Unter dem Titel für Auffütterung der Hetzhunde wird noch gegenwärtig im meklenburgischen fürstlichen Domanium eine ohne Zweifel aus der slavischen Zeit herrührende Abgabe erhoben.

sie neben dem slavischen Adel deutschen Kriegsleuten Grundbesitz verliehen, die sie als Vasallen in ihre Dienste nahmen, als sie Kirchen und Klöster stifteten und mit den reichsten Schenkungen begabten, als sie deutsche Dörfer und Städte mit Gemeinderechten und Gemeindegütern ausstatteten und deren Bewohnern ausgezeichnete Freiheiten verliehen, kurz, als sie ihren eigenen Vortheil, wie den ihres Landes, darin erkannten, sich eines bedeutenden Theils der ihnen zustehenden grundherrlichen und landesherrlichen Rechte freiwillig zu entäußern, um für die unfruchtbare Dienstbarkeit ihrer alten Unterthanen den weit ausgiebigeren Ertrag deutscher Cultur nach allen Richtungen hin einzutauschen, oder um statt einer Menge nutzlos gewordener Hoheitsrechte eine wirkliche Vermehrung ihrer Machtmittel zu gewinnen.

In Meklenburg ging die Umwandlung des slavischen Landes und Fürstenthums in eine Territorialherrschaft von deutscher Art nach der Eroberung desselben durch Heinrich den Löwen von Sachsen (1160) sehr rasch von Statten. Man kann wohl sagen, daß sie bereits um die Mitte des folgenden Jahrhunderts so gut wie vollendet war. — Es ist hier nicht der Ort, näher auf das Verfahren und die Mittel einzugehen, welche in Meklenburg, wie anderwärts, bei der deutschen Colonisation angewendet wurden, noch auch den Mischungsproceß von Slaven und Deutschen in der Bevölkerung aufzuzeigen und zu verfolgen. Doch muß eine Darstellung der ständischen Verhältnisse Meklenburgs allerdings die Grundlage derselben schon bei diesem Ausgangspunkt aufnehmen: denn eben die deutschen Stände wurden damals in das Land eingesetzt.

Gleichwie Otto der Große zwei Jahrhunderte früher die Bisthümer in den Marken an der Saale und Mittelelbe begründet hatte, so begann auch Heinrich der Löwe die Germanisirung des niederelbischen Slavien damit, daß er drei neue Bisthümer: Oldenburg (später Lübeck) in Wagrien, Ratzeburg im Lande der Polaben und Meklenburg oder Schwerin bei den Obotriten ins Leben rief. Diesen geistlichen Stiftungen dienten, außer der älteren Grafschaft

von Holstein, sodann die neuen Grafschaften aufwärts an der Elbe: Ratzeburg, Schwerin und Danneberg, zu Stützpunkten der Vertheidigung wie der Colonisation. Neben der Burg des Grafen Gunzelin von Schwerin erhob sich alsbald die erste deutsche Stadt in diesen Gegenden[1]).

Der Priester Helmold, welcher diese Dinge als nahestehender Zeuge ausführlich und glaubwürdig berichtet, schließt seine Chronik um das Jahr 1170 mit der bedeutungsvollen Umschau: „Alles slavische Land von der Eider bis nach Schwerin hin ist nun mit Gottes Hülfe in eine einzige Sachsencolonie verwandelt, und es werden da Städte und Flecken (civitates et oppida) angelegt, und die Kirchen vermehren sich und mit ihnen die Zahl der Diener Christi.“ — Also der westliche Theil des nachmaligen Meklenburg und das zu Holstein hinzugefügte Wagrien waren deutsche Marken und Colonien geworden. Die einheimische slavische Herrschaft unter Pribislav, Niklots Sohn, war auf die östlichen Gegenden und die Meeresküste des Obotritenlandes eingeschränkt. Von dieser sagt Helmold noch: „Pribislav aber hat die Hartnäckigkeit seiner beständigen Empörung abgelegt und sitzt ruhig und zufrieden auf dem Antheil, der ihm geblieben ist, wo er die Burgen Meklenburg, Ilow und Rostock gebaut und die Völker der Slaven in deren Grenzen aufgenommen hat.“

Wir sehen deutlich, die slavische Herrschaft war, wie sonst, in Burgdistricte eingetheilt, und verharrte auch im Uebrigen noch eine Zeit lang in den alten Zuständen bei einer durchaus slavischen Bevölkerung[2]). Nichtsdestoweniger erkennen wir auch hier bald den

[1]) Die Worte Helmolds (Chron. Slavorum L. I. c. 87): Dux ergo demolitus omnem terram coepit aedificare Zuerin et communire castrum — scheinen auf die sofortige Anlage der Stadt neben der Burg, nach dem Kriegszuge von 1160 und der scheinbaren Unterwerfung der Söhne Niclots, zu deuten. Das Vorhandensein der Stadt wird in den beiden letzten Jahrzehnden des 12. Jahrhunderts auch durch die Urkunden des schweriner Bisthums bezeugt: in der Bestätigungsurk. von P. Urban III. von 1185 sind schon die einzelnen Stadttheile bezeichnet. Lisch, Meklenb. Urk. B. III. S. 40.

[2]) Ich vermuthe, daß die sg. Länder, terrae, deren Namen uns aus der slavischen Zeit überliefert sind, slavische Castellaneien gewesen sind. In der

Anfang einer neuen Entwickelung. Die Slaven von Westen her in engere Grenzen zusammengedrängt, auf der andern Seite von den Dänen, besonders seitdem diese auf Rügen festen Fuß gefaßt hatten (1168), an dem Seeraub wirksam verhindert, waren in die Nothwendigkeit versetzt, die bisherige unstete Lebensweise in Raub und Krieg aufzugeben und ihren Unterhalt auf friedlichen Wegen zu suchen, vor Allem durch den bessern Anbau des Landes. Doch nicht die Noth allein verhalf ihnen hierzu; denn sei es, daß mehr die festgewurzelte üble Gewohnheit, oder die drückende Dienstbarkeit des Volks und, was damit zusammenhängt, Mangel an Geschick und Fleiß hemmend entgegenwirkte: es mußten auch hier erst deutsche Ansiedler kommen, deutsche Gemeinden gründen und dem verödeten Lande zum Anbau verhelfen. Den Anfang machten im slavischen Meklenburg, wie im benachbarten Pommern die Kloster- stiftungen.

Pribislav, der die Zurückgabe des größeren Theils der väterlichen Herrschaft nicht sowohl der Gnade, als der Politik des Herzogs Heinrich von Sachsen verdankte, als dieser sich von seinen mächtigen Feinden in Niederdeutschland bedroht sah, wurde des Herzogs Lehnsmann und Christ. Wenige Jahre darauf stiftete er schon, wie die Urkunden sagen, auf Antrieb des meklenburgischen Bischofs Berno, das Kloster Doberan, 1170[1]).

Man weiß, was solche Klosterstiftung für die slavischen Länder bedeutete. Sie führte nicht bloß deutsche Mönche herein, sondern auch Anbauer des Landes, welche diesen zu leben gaben, und Gewerbtreibende aller Art, die sich unter dem Schutz der Klosterfrei-

---

späteren Zeit wird dieselbe Bezeichnung auf das Gebiet einer Stadt- und Landvogtei angewendet, so daß sie Stadt und Land unter demselben Namen in sich begreift.

[1]) Dies ist eins von den wenigen sicheren Daten aus dieser Epoche der meklenburgischen Geschichte; s. die Beweisstellen bei Lisch, über das Kloster Alt-Doberan, Meklenb. Jahrbücher B. II. S. 15. Denn den allein durch die Doberaner Genealogie und Kirchbergs Chronik — beide aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrh. — verbürgten Nachrichten kann ich für die Zeit des 12. Jahrh. im Ganzen nur geringe Glaubwürdigkeit zugestehen.

heit niederließen. Besonders die Cistercienser hatten es sich durch Ordensvorschrift zur Aufgabe gemacht, sich in unbewohnten Gegenden niederzulassen, durch ihre Laienbrüder den Boden anzubauen und mit jeder Art von Gewerbebetrieb zu nutzen[1]). Es ist nicht zu verwundern, daß eine ihn so sehr empfehlende Verbindung des geistlichen Berufs mit nützlichster weltlicher Arbeit diesem Orden im 12. und 13. Jahrhundert eine ungemein rasche und große Ausbreitung verschaffte. Es waren Cistercienser Mönche aus Amelungsborn an der Weser, welche Pribislav zuerst in Doberan einführte.

Ungefähr um dieselbe Zeit wurde auf pommerschem, nachmals meklenburgischem, Gebiet die Kirche und das Kloster zu Dargun gegründet. Nach der Bewidmungsurkunde des Fürsten Kasimar von Demmin war den Mönchen das Recht verliehen: Deutsche, Dänen, Slaven, Leute jeder Nation und jeden Gewerbes in ihre Besitzungen aufzunehmen, Pfarreien zu stiften, Schenken anzulegen, also für sehr verschiedenartige geistliche und weltliche Bedürfnisse zugleich zu sorgen[2]). — Dörfer nach deutscher Art, wenn auch nicht überall bloß mit Deutschen besetzt, entstanden zuerst in diesen und anderen Klostergebieten[3]).

Am meisten verdankte das slavische Meklenburg, „das Land des Schreckens und der Einöde", wie es in den Urkunden der Zeit oft genannt wird, in Bezug auf die deutsche Gründung, den unmittelbaren Nachfolgern des Pribislav, seinem Sohne Heinrich Borwin und dessen gewöhnlich mit ihm zusammengenannten beiden Söhnen

---

[1]) S. das Nähere in F. Boll's tüchtiger Abhandlung: Meklenburgs deutsche Colonisation im 12. und 13. Jahrh. in den Mekl. Jahrb B. XIII. S. 75 ff.

[2]) Urk. von 1174: Lisch, Mekl. Urk. B. I. Nr. 3.

[3]) In den Doberaner Gütern finden sich deutsche Dörfer urkundlich schon 1189 erwähnt: Westph. T. III. Diplom. Dober. I. No. 2. Privilegium des F. Nicolaus von Rostock für die Brüder zu Doberan: Si homines de domu sua vel Teutunici in villis eorum fuerint dampnum perpessi, per ferrum manualo judicentur (nämlich die slavischen Uebelthäter). — Homines autem illorum, qui sunt negociatores, pellifices, sutores, mercatores vel aliorum artium — dent ad annum sex denarios, et de cetero absque teloneo negotientur in foro nostro (zu Rostock). Daß die Urk. richtig von 1189 zu datiren, zeigt Boll a. a. O. S. 78 Note.

Heinrich und Nicolaus. „Sie, die Fürsten des Landes, sagt Bischof Brunward von Schwerin im Jahre 1219, haben, da unsere Diöcese wegen der Barbarei der Slaven zum großen Theil unangebaut war, sowohl Kriegsleute (milites) und Ackerbauer, als auch Mönche hereingezogen, um den neuen Weinberg der Christenheit zu pflegen [1]).

Zuvörderst setzten sie die Klosterstiftungen fort. — Das Kloster Doberan war gleich nach Pribislavs Tode (Ende 1178) durch die Wuth der empörten Slaven zerstört worden. Heinrich Borwin und sein Vetter Nicolaus von Rostock stellten es wieder her und begabten es mit neuen Schenkungen und Privilegien [2]). Die Nonnenklöster, Benedictiner Ordens, zu Sonnenkamp (nachmals Neukloster) und Dobbertin wurden von Heinrich Borwin und seinen Söhnen gegründet.

Dieselben Fürsten waren auch die ersten Städtegründer in dem slavischen Meklenburg. Ich beschränke mich auf die Anführung der wichtigsten. Die Stadt Rostock, vordem eine slavische Burg, im Jahre 1160 von den Dänen zerstört, erhielt im Jahre 1218 ihr ältestes Privilegium mit lübischem Rechte und Zollfreiheit durch das ganze Land. Die mitunterschriebenen Rathmänner (consules) der Stadt, als Zeugen der Urkunde, beweisen, daß eine deutsche Gemeindeverfassung daselbst schon vorhanden war [3]). Das Stadtrecht von Lübek war hier, wie an der ganzen Ostseeküste bis nach Livland hinauf, das Vorbild und der Grundtypus, von welchem die Entwickelung aller besonderen Stadtrechte ausging, gleichwie die Städte in den brandenburgischen Marken und in Schlesien bis nach Polen hinein, ihre Stadtrechte unmittelbar oder mittelbar von der Wurzel des Magdeburger Rechts ableiteten.

---

[1]) Lisch, Mekl. Urk. B. III. Nr. 15. S. 63.

[2]) Westph. Monum. III. Dipl. Dob. 1. No. 1—3. Vergl. Lisch, Mekl. Jahrb. B. II. über das Kl. Alt-Doberan.

[3]) Die nicht mehr vorhandene Fundationsurkunde von 1218 ist in der Bestätigungsurk. Herrn Borwins (III.) von Rostock vom J. 1252 wörtlich wiederholt. Der Landesfürst in Rostock. 1762. Urk. Beil. Nr. 2. und 3. Vergl. Lisch und Mann, Beiträge zur älteren Geschichte Rostocks, 1856. S. 13.

Wenig später (1222) wird auch Wismar als Stadt erwähnt, wichtig besonders wegen seines trefflichen Hafens, dessen sich auch die Schweriner Bürger, nach Inhalt des Schweriner Stiftsprivilegiums, für einige Handelsschiffe (Koggen) bedienen durften[1]). Die Begründung einer Stadt in der unmittelbaren Nähe desselben war ohne Zweifel der weniger günstigen Lage bei einer der beiden entfernteren Stammburgen Meklenburg und Ilow vorzuziehen. Erst im Jahre 1266 erhielt Wismar das lübische Recht von Heinrich von Meklenburg verliehen[2]). Die Stadt war im 13. Jahrhundert die gewöhnliche Residenz der Herren von Meklenburg. — In der schon von Herzog Heinrich dem Löwen gegründeten Stadt Schwerin hatte sich ein eigenthümliches Stadtrecht ausgebildet. Dieses wurde im Jahr 1222 wieder auf die Stadt Güstrow übertragen, später noch auf Malchow, Röbel u. a. Es liegt uns in mehr oder weniger abweichender Fassung in den ältesten Privilegien der genannten Städte vor[3]). — In dem verödeten Lande Parchim, wohin erst Heinrich Borwin christliche Ansiedler aus der Nähe und Ferne herbeirief, wurde von ihm um dieselbe Zeit eine Stadt gleiches

---

[1]) S. die Urk. des Bisthums Schwerin vom 12. Jahrh. und die Bestätigungsurk. K. Otto's IV.: Lisch, Mekl. Urk. B. III. S. 30. und 56: Cives Suerinensis civitatis — ad usus etiam mercationum suarum in portu, qui Wissemer dicitur duas magnas naves qui Koggen appellantur et minores quotcunque voluerint naves alias — semper habebunt. — Urk. von 1222: Westph. T. II. Dipl. Raceb. p. 2060. Vergleich Heinrich Borwins mit dem Bischof und Capitel zu Ratzeburg. Der Fürst behält sich vor: relicta nobis concessione ecclesiarum tam fundatarum quam fundandarum in oppido Wismariensi. In derselben Urkunde bedeutet urbs Magnopolensis nicht eine Stadt Meklenburg, wie Rudloff, Mekl. Gesch. Bd. I. S. 241. will, sondern die Burg dieses Namens nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch der Zeit. — F. Johann von Meklenburg erweiterte im Jahr 1229 die Grenzen des Stadtgebiets: cum noster cognatus Pribislaus eosdem terminos multis praesentibus resignaverit dictis burgensibus; s. die Urk. bei Schröder, Wismarsche Erstlinge S. 69. Schröder schließt aus der Erwähnung eines Pribislav, daß Wismar wenigstens schon 1170, wenn nicht etwa 1150, eine Stadt gewesen sei; allein abgesehen davon, daß es nicht eine deutsche Stadt hätte sein können, ist Pribislaus cognatus nicht auf den Vorfahren dieses Namens zu beziehen.

[2]) S. die Urk. in Senkenberg, Selecta juris T. I. p. 5.

[3]) Westph. Monum. T. I. p. 2007. sq.

Namens errichtet [1]). Die eigenthümlichen Privilegien, welche sie erhielt, wurden die Grundlagen eines besondern Stadtrechts, welches später noch auf Plau, Goldberg, Sternberg überging.

In diesen städtischen Gemeinwesen fanden sich Einwanderer aus den verschiedensten Gegenden Norddeutschlands und selbst aus Skandinavien zusammen. Man erkennt die eigenthümliche Mischung noch in den späteren Urkunden des 13. Jahrhunderts, wo die Herkunftsorte der einzelnen Bürger, in Ermangelung von Geschlechtsnamen, zu ihrer näheren Bezeichnung sich bemerkt finden [2]). — Sie Alle wurden angezogen durch die Privilegien, welche ihnen die Landesfürsten darboten, und durch die Vortheile, welche der Anbau des wenig bevölkerten Landes versprach. Mit ihnen kam deutscher Gewerbfleiß und Handelsthätigkeit, überhaupt deutsche Cultur ins Land; aus ihnen erwuchs der neue Bürgerstand, am kräftigsten und stolzesten in den beiden Seestädten.

Dem hier gegebenen erfolgreichen Beispiele eiferten die benachbarten Wendenfürsten von Pommern und Rügen nach. In der Stiftungsurkunde von Prenzlow (1235) spricht Herzog Barnim von Pommern den Beweggrund aus: „Er habe in Erwägung der daraus zu erwartenden Vortheile und nach dem Vorbild der Gewohnheiten anderer Länder mit dem Rathe seiner Edlen beschlossen, freie Städte in seinem Lande zu errichten" [3]). — Näher geht uns hier

---

[1]) S. die Stiftungsurk. bei Rudloff, Cod. Dipl. No. 1. Sie wird gewöhnlich in das Jahr 1218 gesetzt, mag aber wohl, nach Beyers Bemerkung in den Mekl. Jahrb. Bd. XI. S. 46, um einige Jahre jünger sein.

[2]) Urk. der Stadt Güstrow von 1248: Rudloff, Cod. Dipl. No. 10. Nicolaus von Werle verleiht den Bürgern die Neustadt; unter diesen werden genannt Hermannus de Demene (Demmin), Theodoricus de Norwegia. In einer andern Urk. desselben Fürsten von 1270 sind als Consuln von Güstrow genannt: Godefridus Westphalus, Matthias de foro equorum (am Pferdemarkt), Didericus de Stolpe, Arnoldus de Demene, Johannes de Molne (Mölln), Didericus de Norwegia u. A. Westph. IV. Dipl. Mecklenb. p. 942. — Unter den Consuln von Rostock finden sich in einer Urk. von 1275: Westph. ib. p. 944: Hermann von Billerbeck (Westphalen), Reinold von Stade.

[3]) v. Dreger, Codex Pomeraniae. Urk. Nr. 102.

allein noch das Land Stargard an, welches, ursprünglich zu Pommern gehörig, im Jahr 1236 an die Markgrafen von Brandenburg kam und erst von diesen colonisirt wurde. Wir wissen von einer großartigen Schenkung des Pommerfürsten Kasimar an das Domcapitel zu Havelberg im Jahre 1170, woraus das Prämonstratenserstift zu Broda entstand. Zahlreiche Ortsnamen, so wie die Namen der vornehmsten Vasallengeschlechter der späteren Zeit beweisen, daß die deutsche Bevölkerung des Landes zumeist aus der Altmark eingewandert ist [1]). Erst die brandenburgischen Markgrafen haben hier Städte gegründet: im Jahre 1244 Friedland auf Stendalisches Recht; 1248 Neubrandenburg auf Brandenburgisches. Stargard, welches dem (jetzt Strelitzischen) Lande den Namen gab, war die fürstliche Burg und der Wohnsitz des herrschaftlichen Vogts; auch dieses erhielt im Jahre 1259 Brandenburgisches Stadtrecht.

Während die slavische Bevölkerung von dem Bürgerthum der Städte im Ganzen ausgeschlossen blieb, vermischte sich der gewiß nur wenig zahlreiche wendische Adel (majores) mit den von den Fürsten in Hof- und Kriegsdienst aufgenommenen deutschen Rittern, woraus der spätere Landesadel hervorging. Wir können den eingebornen und den hereingezogenen Adel noch in den ersten Jahrzehnden des 13. Jahrhunderts theils an den Namen leicht unterscheiden, theils wird die Verschiedenheit der Nationalität in den Urkunden ausdrücklich hervorgehoben [2]). Doch finden sich die slavischen Namen schon um die Mitte desselben Jahrhunderts nur noch selten, weil auch der slavische Adel sich deutsche Geschlechts-

---

[1]) S. die Beweise dafür bei F. Boll, Gesch. des Landes Stargard. B. 1. S. 60 ff.

[2]) Fundationsbrief der Stadt Rostock von 1218: dominationis nostre majoribus tam Slavis quam Theutonicis presentibus; es folgen die Namen. — Nach einer nur in den Regesten Clandrians (vom J. 1603) aufgeführten nicht mehr vorhandenen Urk. des Bisthums Schwerin von 1195 haben damals noch die Wenden vom Adel, oder die slavischen Grundherren, die Wahl des Bischofs Brunward von Schwerin gegen das Domcapitel durchgesetzt. Lisch, Mekl. Urk. B. III. Nr. 8.

namen beilegte und in dem Ritterstande mit den deutschen Kriegern verschmolz [1]).

Diese letzteren kamen nicht durch Waffengewalt in den Besitz ihrer Lehngüter. Zwar wird berichtet, daß der Sachsenherzog Heinrich nach der ersten Eroberung des Wendenlandes im Jahre 1160 seine Ritter in die slavischen Burgen einsetzte. Allein diese behaupteten sich nicht in solchem Besitze, außer in den Grenzen der sächsischen Grafschaften von Schwerin, Ratzeburg und Danneberg. In der wiederhergestellten Herrschaft der einheimischen Fürsten wurden die fremden Krieger vielmehr auf ähnliche Weise, wie die Mönche, die Colonen und Bürger, in das Land eingeführt. Es ist dafür schon das allgemeine Zeugniß des Bischofs Brunward erwähnt worden, und wir wissen, daß die slavischen Landesherren sie mit Lehngütern nach deutschem Vasallenrecht ausstatteten. Von welchem Umfange diese Belehnungen waren, zeigt ein ältestes urkundliches Beispiel. Der Ritter Heinrich von Bützow erhielt im Jahre 1210 die halbe Burg Marlow mit der halben Gerichtsbarkeit im Lande Marlow und dem halben Antheil an neun Dörfern nebst dazu gehörigen Aeckern, Gewässern und Mühlen als erbliches Lehen [2]).

Auch im übrigen Deutschland bildete sich erst damals das Ritterthum zu einem geschlossenen Stande aus, der durch den ehrenvollen Waffendienst von den unteren Graden bis zur Ritterwürde hinaufführte. Die slavischen Landesherren umgaben sich mit deutschen Rittern, welche gleich ihnen den Ehrentitel von Herren (domini) führten, und traten selbst ebenso wie der einheimische

---

[1]) Man übersieht dies am besten in der Zusammenstellung der in Meklenb. Urkunden des 13. Jahrh. vorkommenden Laienzeugen, welche F. Boll in den Mekl. Jahrb. B. XIII. S. 92. ff. gegeben hat.

[2]) S. die Urk. aus Clandrians Regesten in den Mekl. Jahrb. B. XIV. S. 289 ff. — Der Ausdruck des Uebersetzers: „Der Flecken so vor der Stadt liegt“, berichtigt sich durch sich selbst, da nur von der Burg (castrum, urbs) die Rede ist, mit welcher der anliegende Flecken später zur Stadt vereinigt wurde.

Adel in den Ritterstand ein [1]). Auch die mönchischen Ordensritter setzten sich frühzeitig in Meklenburg fest. In der Grafschaft Schwerin erwarben die Johanniter schon 1200 die Comthurei Kraak und die Priorei Eixen. Heinrich Borwin II. schenkte ihnen um 1227 sechszig Hufen im Lande Turne und gab dadurch der Johannitercomthurei Mirow die Entstehung [2]).

Bemerkenswerth ist noch, daß in Meklenburg, und soviel ich finde, auch in den andern germanisirten slavischen Ländern der Ministerialen gar keine Erwähnung geschieht. Das Fehlen der unfreien Dienstmannen, welche durch Waffenrecht und Hofämter sich anderswo bis in den Ritterstand emporhoben, erklärt sich wohl daraus, daß, wie früher bei den slavischen Fürsten allein die Großen des Landes die Hofämter bekleideten, jetzt auch nur die deutschen Krieger und Vasallen die ehrenvollen Aemter und Dienste mit ihnen theilten. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß keine persönlich unfreien Dienstmannen hereinzogen, ebensowenig wie unfreie Colonen; die persönliche Freiheit war ja selbst die Voraussetzung für die Einwanderung aus der früheren Heimat [3]).

---

[1]) Doberaner Urk. von 1257, ausgestellt von dem Fürsten Johann von Meklenburg (Dominus Magnopolensis): Westph. III. Diplom. Doberan. p. 1503. Unter den Zeugen befindet sich der ältere Sohn des Fürsten, Heinrich, an der Spitze der Ritter: Milites, Henricus, Dei gratia junior Dominus Magnopolensis et noster filius, der jüngere Albert folgt den Rittern als Knappe: item Albertus, noster filius adhuc servus.

[2]) S. Lisch's Abhandlung über diese, in den Mekl. Jahrb. B. II. S. 51. ff. — Wenig später finden sich preußische Schwertritter in Meklenburg: Urk. von 1240, Lisch, Mekl. Urk. B. II. Nr. 11, wo eine Anzahl milites Christi Prucie den Hof Sellin an das Kl. Sonnenkamp verkaufen.

[3]) In einem andern Sinne finden sich ministeriales in der Mark Brandenburg im 13. Jahrh.: für solche Edle, welche die obersten Hofämter (ministeria) bekleideten und den fürstlichen Rath bildeten; s. Riedel, die Mark Brandenburg B. II. S. 159. Ebenso wurden in Schlesien ministeriales und officiales die vornehmen Grafen und Barone genannt; s. Tzschoppe und Menzel's Urkunden-Sammlung Einl. S. 70.

II.

Die Privilegien der Stände im dreizehnten Jahrhundert.

Die Germanisirung des slavischen Landes war, wenn man will, eine künstliche, nichts desto weniger aber lebenskräftige Schöpfung. Mit Hereinziehung der neuen Bevölkerung wurde zugleich die auf deutschem Boden erwachsene Cultur in das slavische Land übertragen. Die Privilegien, welche die einheimischen Fürsten den verschiedenen Ständen der Einwanderer verliehen, waren auf der einen Seite Verzichtleistungen auf fürstliche Herrschaftsrechte, auf der andern den Formen der deutschen Einrichtungen nachgebildet. Das Land erhielt damit eine neue kirchliche und politische Verfassung, und die Herrschaft der Wendenfürsten selbst einen veränderten Charakter, so daß sie sich mehr und mehr zu den Befugnissen der deutschen Reichsfürsten ermäßigte.

Es ist klar, daß die neuen Bewohner nur durch das Anerbieten lockender Aussichten zur Einwanderung und Ansiedelung in dem verödeten Lande bewogen werden konnten. Der wichtigste und allgemeinste Vortheil bestand ohne Zweifel in der leichten Erwerbung von Grundbesitz zum Anbau und sonstiger Benutzung, jedenfalls gegen geringere Abgaben und persönliche Dienste, als in der früheren Heimat zu leisten waren. Die Bewahrung der persönlichen Freiheit und des herkömmlichen Rechts war eine ebenso allgemeine und unerläßliche Bedingung. Außerdem begehrte jeder Stand noch seine besonderen Rechte und Freiheiten. Denn die neuen Ansiedler waren keineswegs ein Haufen bloßer Abenteurer, abgelöst von der angebornen Sitte und dem eigenthümlichen Beruf; sondern sie kamen

als Geistliche und Mönche, Ritter, Bürger und Ackerbauer herein. Die Privilegien, welche sie erlangten, waren also vornehmlich Standesprivilegien und bezogen sich auf die Einrichtungen, welche jeder Stand aus der Heimat mit sich brachte: Kirchen und Klöster, Gemeindeordnung in Städten und Dörfern, Lehnsverfassung.

Betrachten wir zuvörderst die Privilegien der geistlichen Stiftungen. Es ist nur wenig von den Bisthümern im Wendenlande zu sagen, von welchen Ratzeburg und Schwerin mit ihren Sprengeln fast das ganze meklenburgische Land umfaßten, da sie von Anfang an nicht unter der slavischen Landesherrschaft standen. Doch waren sie mit den Zehnten der deutschen Ansiedler in dem ganzen Umfang ihrer Sprengel dotirt; außerdem besaßen oder erwarben sie viele zerstreute Güter in den Gebieten der wendischen Herren, auf welchen diese sich in der Regel gewisse Hoheitsrechte, ebenso wie bei den Klostergütern, vorbehielten. Da die Bischöfe zu den Zehnten nur mit Hülfe der weltlichen Machthaber gelangen konnten, so schlossen sie gleich anfangs mit ihnen Verträge, wonach sie denselben die Hälfte oder nach Umständen noch mehr von den Zehnten in ihren Ländern zu Lehen gaben, wogegen sich jene verpflichteten, ihnen zu dem übrigen Theil zu verhelfen [1]). Wir kennen Zehntvergleiche dieser Art, welche die Bischöfe von Lübeck, Ratzeburg und Schwerin mit den meklenburgischen Landesherren zu Anfang des 13. Jahrhunderts eingingen [2]). Aber auch andere

[1]) Nach Helmold (L. I. c. 77) überließ der Bischof von Ratzeburg die Zehnten der Grafschaft Ratzeburg zur Hälfte an den dortigen Grafen. Der Graf von Danneberg wurde von dem Bischof mit den Ländern Weningen und Jabel zwischen Elbe, Elde und Sude belehnt, um sie zu colonisiren und zehntpflichtig zu machen; er sollte alsdann theils den ganzen, theils den halben Zehnten von der Kirche in Ratzeburg zu Lehen tragen. S. Westphalen Monum. T. II. Diplom. Raceb. Nr. 16 u. 22, wo dieselbe Urkunde zwei Mal mit verschiedenem Datum vom J. 1183 und 1201 abgedruckt ist.

[2]) Vergleich des Bischofs von Lübeck mit dem Fürsten Heinrich Borwin vom J. 1210 über den Zehnten der Insel Poel: Westph. Mon. T. III. Diplom. Doberan. Nr. 4. Vergleich des Bischofs von Ratzeburg mit demselben Fürsten vom J. 1222 über die Zehnten und Hoheitsrechte in den Ländern Bresen (Grevismühlen), Dassow und Klütz: Westph. Dipl. Raceb. p. 2060. Der Bischof von Schwerin verlieh den Herren von Meklenburg, Johann und Pribislav,

Grundherren erhielten von der Kirche Zehnten zu Lehen[1]). Den Klöstern wurden sie auf ihren Gütern, wie es scheint, in der Regel überlassen[2]).

Als Hoheitsrechte, welche sich der Herzog von Sachsen bei der Stiftung der slavischen Bisthümer von den Unterthanen derselben vorbehielt, werden aufgeführt das Markding oder das herzogliche Gericht, die Heerfolge und das s. g. Burgwerk oder der Dienst beim Burgbau[3]). Auch die wendischen Landesherren nahmen auf den bischöflichen Kirchengütern in ihren Gebieten zum Theil dieselben Hoheitsrechte in Anspruch: beispielsweise in dem Vertrage Heinrich Borwins mit dem Bischofe von Ratzeburg von 1222 über die Einkünfte und Besitzungen der Kirchen in den Ländern Bresen (Grevismühlen), Dassow, Klütz sind von drei Dörfern, welche dem Bischof im Lande Bresen gehörten, Burgwerk und Brückenwerk innerhalb des ganzen Burgdistricts von Meklenburg (per circulum videlicet urbis Magnopolensis) vorbehalten, von zweien auch die Kriegsfolge; doch sollen alle drei keine Bede geben; von der hohen Gerichtsbarkeit kommen zwei Drittel der Brüche dem Bischof zu, ein Drittel dem herrschaftlichen Vogt[4]). Aber wir finden auch, daß die Landesherren zu Rostock in dem Lande Bützow, welches allerdings schon zur ursprünglichen Dotation des Bisthums Schwerin

---

den halben Zehnten in dem Lande Warnow und Bernitz und den ganzen Zehnten von den Lehngütern ihrer Vasallen: Lisch, Meklenb. Urkunden B. III. S. 78; über den heftigen Streit, der hieraus zwischen dem Bischof und Pribislav entstand, s. Beyers Abhandlung in den Mekl. Jahrb. B. XI. S. 62 ff.

[1]) Urkunde von 1235: Mekl. Jahrb. XI. S. 235 u. Urk. von 1278, Beispiel einer Zehntverleihung an einen Dorfschulzen und Erben gegen eine jährliche Kornabgabe: Rudloff, Cod. dipl. p. 151.

[2]) Urk. des schweriner Bischofs Brunward von 1235 für das Kloster Sonnenkamp: Lisch, Mekl. Urk. B. II. Nr. 7. Urk. von 1273: Bischof und Capitel von Schwerin bestätigen dem Kloster zu Doberan die Zehnten, welche demselben von ihren Vorgängern, sowie von den Landesherren und Vasallen (per donationes quarundam decimarum, quas ipsi tenuerant) geschenkt worden sind; Westph. Mon. T. III. p. 1514.

[3]) S. die Privilegien für alle drei Bisthümer in der Urk. von 1169: Westph. Dipl. Raceb. p. 2042.

[4]) Diplom. Raceburg. Westph. II. p. 2060.

gehörte, auf alle und jegliche Hoheitsrechte verzichteten [1]). Und fortdauernd ist in mancherlei Verträgen das Bestreben der Kirchenherren sichtbar, durch Kauf oder Austausch die auf ihren Besitzungen noch haftenden Verbindlichkeiten gegen die Landesherren gänzlich abzulösen [2]).

Nicht minder waren aber auch die ältesten einheimischen Kirchen und Klöster in ausgedehntester Weise privilegirt. Am meisten wetteiferten die ersten christlichen Wendenfürsten in Schenkungen von Grundbesitz und Privilegien-Verleihungen an das Cistercienser-Kloster zu Doberan. Die Mönche durften Ansiedler jedes Volks und jedes Gewerbes in ihre Besitzungen aufnehmen, und die Landesherren verzichteten zum voraus auf alle Beden, Steuern und Dienste, auf das hohe und niedere Gericht, welchem allein der von dem Abt ernannte Vogt vorstehen sollte; außerdem waren die Leute des Klosters von Burgwerk und Brückenwerk, von Zöllen, von der Heerfolge befreit: nur zur Landwehr innerhalb Landes sollen sie, beim Angriff eines auswärtigen Feindes, auf drei Tage verpflichtet sein; im übrigen aber dienen sie, nach dem Ausdruck der Urkunde, allein Gott und dem Kloster [3]).

Dieselben Rechte wurden dem Kloster Dargun von den pommerschen Landesherren verliehen [4]). Auch das im Jahre 1219 von Heinrich Borwin errichtete Nonnenkloster zu Sonnenkamp (Neukloster) erhielt nach dem Stiftungsbrief seine Besitzungen im Allgemeinen

---

[1]) Die Urk. von 1232 ist nur im Auszuge Clandrians erhalten: Lisch, Mekl. Urk. III. S. 79.

[2]) Ein Beispiel aus der früheren Zeit statt vieler: Vertrag des Bischofs Brunward von Schwerin mit Herrn Johann von Meklenburg vom J. 1236, betreffend die Erlangung der dem Bischof zuständigen Zehnten in Pommern, worin der Bischof diesem Fürsten 16 Hufen Landes überläßt und dafür das Blutgericht und Bedefreiheit in drei Dörfern erwirbt: Lisch, Mekl. Urk. III. S. 85.

[3]) S. die Privilegien Heinrich Borwins von 1192 und 1218 bei Westph. Dipl. Doberan. Nr. 3 u. 5, ferner die Urkunden der Söhne und Enkel dieses Fürsten von 1219 und 1231 Nr. 6 u. 7.

[4]) Privilegium Kasimirs I. von 1174 und die neue Bewidmungsurkunde desselben, nach der Wiederherstellung des Klosters von 1219: Lisch, Mekl. Urk. I. Nr. 3 u. 7.

zu dem gleichen Rechte, welches Doberan zustand [1]). Die Stiftungsurkunde des Klosters Dobbertin ist nicht mehr vorhanden; doch ergiebt sich aus der Urkunde Johanns von Meklenburg vom Jahre 1231, worin dieser dem Kloster die Kirche zu Goldberg mit allen ihm daran zustehenden Rechten verlieh, daß die Leute desselben gleichfalls von allen Abgaben und sonstigen Ansprüchen der herrschaftlichen Vögte befreit waren [2]).

Hiernach scheint es, als ob die Landesherren auf alle ihre Herrschaftsrechte, auf alle Abgaben und persönliche Leistungen der Untersassen in den Klostergütern, nur mit Ausnahme der Landwehr, verzichtet hätten. Dies war aber doch nicht so allgemein der Fall. Zunächst bezogen sich jene Privilegien nur auf die Güter der ursprünglichen Stiftung, nicht auf die späteren Erwerbungen der Klöster. Sodann wurden dieselben erst in der Folge genauer bestimmt und zum Theil beschränkt: namentlich in Ansehung der Jurisdiction. Nach einer Vereinbarung des jüngeren Borwin von Rostock mit dem Convent von Doberan, vom Jahre 1237, wurde zur Vermeidung von Jurisdictionsconflicten festgesetzt, daß das Gericht über die Leute und Untersassen des Klosters in den namhaft gemachten Fällen schwerer Vergehen (Diebstahl über 8 Schill., Brandstiftung, Todtschlag, Jungfernraub) dem Landesherrn zustehen soll; doch so, daß in Beziehung auf alle innerhalb des Klostergebiets entstandenen Straffälle und Streitigkeiten die Jurisdiction des Klostervogts nach wie vor unbeschränkt bleibt [3]). Bei den späteren Gütererwerbungen des Klosters im 13. Jahrhundert

---

[1]) Haec omnia, sagt der Fürst, eodem jure contulimus velut collata sunt Doberanensibus, quae possident: Lisch, Mekl. Urk. II. Nr. 1.

[2]) Rudloff, Codex diplom. Nr. 6.

[3]) Die Urkunde bei Westph. Dipl. Dober. I. Nr. 13 (p. 1481) und die spätere Johanns von Meklenburg von 1277 Nr. 36 (p. 1501). Daß nicht die Entziehung der Criminaljurisdiction überhaupt gemeint ist, ergibt sich deutlich aus dem Zusatz: — et quicquid cause intra terminos ejusdem Abbacie ortum fuerit, nihil nostrum exinde vendicamus, sed concessa eis solempniter a primis fundatoribus et deinceps judiciaria potestate Abbas per advocatum suum, sicut omnes alias causas emergentes, judicabit.

wurden diesem zwar häufig die vollen Immunitätsrechte, die es nach seiner ursprünglichen Freiheit besaß, gleichfalls eingeräumt, jedoch auch bisweilen die hohe Jurisdiction über Hals und Hand entweder ganz oder zu zwei Dritteln der Einkünfte vorbehalten [1]). Die Privilegien des Klosters Sonnenkamp finden sich erst in den Urkunden Heinrichs von Meklenburg von 1271 und Nicolaus von Werle von 1272 mit Aufführung aller dermaligen Besitzungen desselben genauer bestimmt. Die Leute des Klosters sollen hiernach befreit sein von dem gemeinen Landgericht oder dem Landding und von den gewöhnlichen Leistungen der Unterthanen an die herrschaftlichen Vögte, sollen auch keine Ackervermessung (zum Behuf der Besteuerung) weiter erfahren: doch nur die niedere Gerichtsbarkeit bis zum Betrage von 60 Schill. wird dem Kloster eingeräumt, die hohe soll der herrschaftliche Vogt ausüben und nur ein Drittel der Aufkünfte an das Kloster abgeben [2]).

Etwas anders lauten in dem Privilegienbrief des Klosters Dobbertin von 1274 bei gleicher Freiheit von Bede und Zöllen, Brückenbau und Burgbau, die über die Jurisdiction getroffenen Bestimmungen. Hiernach soll das Gericht in den Klostergütern im Allgemeinen dem Probste zustehen, das Blutgericht aber hat der Vogt desselben auszuüben, wobei die Hälfte der Aufkünfte für die Landesherrschaft vorbehalten ist [3]). Das Domstift zu Güstrow erhielt bei seiner Begründung im Jahre 1226 durch Heinrich Borwin II. die gewöhnliche Freiheit der Untersassen von öffentlichen Abgaben und Leistungen, nur mit Ausnahme der Landwehr, dabei wird aber die hohe Gerichtsbarkeit zu Hals und Hand dem herrschaftlichen Vogt vorbehalten: doch sollen den Domherren zwei

---

[1]) Urk. von 1253: Westph. l. c. p. 1496; Urk. von 1268: ib. p. 1512 und öfter.

[2]) S. Lisch, Mekl. Urk. II. Nr. 22 u. 24.

[3]) Rudloff, Cod. diplom. Nr. 30. Da das Kloster in diesem Falle die Kosten des Gerichts selbst zu tragen hatte, so stand sich der Landesherr bei der erwähnten Bedingung gewiß nicht schlechter, als wenn er, wie sonst gewöhnlich, nur ein Drittel der Einkünfte abgab, aber den Vogt selbst besolden mußte.

Drittel der Aufkünfte zufallen; später mußten sie sich mit der Hälfte begnügen, weil die Vögte bei dem geringeren Betrage ihrer Sporteln sich in Ausübung ihres Amtes säumig erwiesen [1]).

Als das durchschnittliche Maß der Immunitätsrechte für Kirchen und Klöster, auch die auswärtigen, auf ihren Besitzungen in den meklenburgischen Landen läßt sich für das 13. Jahrhundert angeben: völlige Freiheit der Untersassen von den gewöhnlichen Abgaben und Diensten, eigene Niedergerichtsbarkeit (bis zu 60 Schill.) mit allen Gefällen und ein Drittel der Aufkünfte von dem der Landesherrschaft vorbehaltenen hohen Gericht in Sachen von Hals und Hand. Es ist eben diejenige Immunität, welche in den Urkunden bisweilen als „kirchliche Freiheit" bezeichnet wird [2]). Nur ausnahmsweise war bis dahin die ganze hohe Gerichtsbarkeit mit allen Aufkünften an Kirchen und Klöstern überlassen, so daß in solchen Immunitätsbezirken der Landesherrschaft kein einziges nutzbares Hoheitsrecht außer der Landwehrpflichtigkeit der Untersassen vorbehalten blieb [3]). Was aber anderwärts nur noch als Ausnahme erscheint, ist schon als Regel zu bemerken bei den geistlichen Stiftungen im Lande Stargard unter brandenburgischer Hoheit, namentlich den Johanniter-Comthureien zu Mirow und Nemerow, so wie den Klöstern Broda, Wanzka, Himmelpfort, welchen nebst den übrigen Freiheiten bereits im 13. Jahrhundert durchweg die hohe Gerichtsbarkeit zustand [4]).

---

[1]) Urkunde von 1226: Westphalen IV. p. 921; Urk. von 1273: Schröder, Papistisches Meklenburg S. 735.

[2]) Zwei Urkunden von 1253 und 1263: Schröder, Papist. Meklenburg S. 602 u. 708. Darin werden dem h. Geist-Spital in Wismar Grundstücke verliehen: cum omni jure prorsus et omni libertate, qua ceteris ecclesiis in Dominio nostro constitutis libera bona sua contulimus possidenda. Urk. von 1307: Lisch, Maltzansche Urk. B. I. Nr. 59. Heinrich von Meklenburg verkauft an das Kloster Rehna zwei Dörfer: cum omni proprietate et ecclesiastica libertate, welches Recht dann näher, wie im Text, angegeben wird.

[3]) Daß auch auswärtige Klöster schon bisweilen so weit in Meklenburg privilegirt waren, beweisen einige Urkunden des in der Nähe von Lübeck belegenen Klosters Reinfelden. Urk. von 1270: Mekl. Jahrb. Bd. XIV. S. 278. Nr. 69. Urk. von 1272: Ebend. Nr. 71 mit dem Zusatz: defensioni tantum terre, que vulgo lantwere vocatur, cum ceteris se apponent.

[4]) S. die Urkunden der beiden Comthureien bei Lisch, Meklenb. Jahrb.

Sehen wir weiter die ältesten Privilegien der Vasallen oder Mannen.

Ebenso früh als der deutsche Ritterstand erscheint auch das Lehnswesen in Meklenburg. In dem um das Jahr 1220 verfaßten Parchimer Stadt-Privilegium wird das Lehnrecht schon als im Lande geltendes Recht bezeichnet [1]). Andere Urkunden derselben Zeit bezeugen, daß Lehngüter vor den Landes- und Lehnsherren aufgelassen und von denselben mit dem Beirathe der Vasallen (fideles) wieder verliehen wurden [2]). Der Lehnbesitz der Vasallen an ihren Gütern und Rechten wird später als eine ursprüngliche und allgemein seit der neuen Pflanzung bestehende Einrichtung erwähnt [3]). Wir haben bereits oben das älteste bekannte Beispiel von der Belehnung eines deutschen Ritters vom Jahre 1210 angeführt. Aber auch auf den Grundbesitz der im Lande einheimischen Geschlechter scheint das Lehnsverhältniß allgemeine Anwendung gefunden zu haben. Und der slavische Landesadel konnte sich dies um so mehr gefallen lassen, da aller Vermuthung nach sein Besitzrecht dadurch nicht geschmälert, sondern im Gegentheil verbessert wurde, theils durch das Privilegium des Vasallenrechts, theils durch die Beseitigung des slavischen Erbrechts, welches weit mehr

---

B. II u. IX und die der genannten Klöster bei Boll, Geschichte des Landes Stargard B. I. Nr. 9. 28. 40 u. a.; zu vergl. ebend. S. 206.

1) Rudloff, Cod. dipl. Nr. 1: — ad jus feodale quod Lenrecht vocatur sunt minime competendi, sed tantum ad jus quod Mannrecht vulgo sonat. Was an dieser Stelle Mannrecht genannt wird, kann nach meiner Ansicht nur das sächsische Landrecht bedeuten, nach welchem die Bürger gerichtet werden sollten.

2) Stiftungsurk. des Klosters Sonnenkamp von 1219: Lisch, Mekl. Urk. II. Nr. 1. — Alvericus villam Minnowe, quam cum omni integritate fructus et juris a nobis in pheodo tenuit, resignans. Urkunde von 1231: Ebend. Nr. 3.

3) Urk. von 1276: Lisch, Mekl. Urk. I. S. 156. Die Herren von Werle sichern den Vasallen von Gnoien zu: — bona ipsorum quiete perpetua possidere cum jure tali, sicuti a nobis a novella plantatione sub feodo — susceperunt. Urk. von 1285: Westphalen IV. Diplom. Meckl. p. 949. Privilegium der Vasallen von Malchow, Röbel und Schloß Wenden: quod idem vasalli nostri omni jure, quo patres et progenitores eorum a novella plantatione usi fuerunt, etc.

noch als das Lehnrecht die freie Verfügung über den Grundbesitz beschränkte [1]).

Das Recht oder die Freiheit, nach welcher die Vasallen ihre Lehngüter besaßen, das s. g. Mannrecht, war im Allgemeinen durch das deutsche Lehnrecht, insbesondere aber durch den Landesbrauch bestimmt. Nach letzterem stand den Vasallen in den meklenburgischen Landen allgemein das niedere Gericht über ihre Untersassen, in der Regel bis zum Betrag von 60 Schillingen, zu [2]).

---

[1]) Auf diesen wichtigen Umstand hat besonders Stenzel, Geschichte Schlesiens Th. I S. 189. 261, aufmerksam gemacht.

[2]) So in den werlischen Landen; Urk. von 1280: Westph. III. Diplom. Dober. Nr. 62 — Heinrich von Werle verleiht dem Kloster auf einer Mühle bei Güstrow jus et judicium, sicut habent vasalli nostri in bonis suis scil. usque ad sexaginta solidos. Auffallend erscheint dagegen, daß Heinrich von Meklenburg in den Ländern Klütz und Dassow dem Domkapitel von Ratzeburg, ebenso wie den dortigen Vasallen, jurisdictionem — secundum jura et statuta Zverinensis terrae, quae currit ad sexaginta solidos et non ultra — erst im J. 1300 käuflich überließ: Westph. II. Dipl. Raceb. I. Nr. 97. Vermuthlich erreichte also dort die Niedergerichtsbarkeit vorher noch nicht den Betrag von 60 Schill., sondern nur einen geringeren; wofür noch zum Beweise dienen kann eine Urk. von 1265: Schröder, Papist. Mekl. p. 712, in welcher die der Kirche zu Lübeck auf 10 Hufen zu Gägelow von den Herren von Meklenburg überlassene Niedergerichtsbarkeit nur zu 12 Schill. angegeben wird.

Beiläufig will ich bemerken, daß ich die von Dr. Beyer in seinen verdienstlichen Beiträgen zur Gesch. der Volksgerichte in Meklenburg (Mekl. Jahrb. B. XIV. S. 117) aufgestellte Unterscheidung von judicium und jurisdictio, verbunden mit der Ansicht, daß nur die Aufkünfte der Niedergerichte, nicht die Gerichtsbarkeit selbst in dem Rechte (judicium) der Vasallen begriffen gewesen seien, für völlig irrig halte. Ein verschiedener Gebrauch der Ausdrücke judicium und jurisdictio in dem angegebenen Sinne läßt sich aus den Urkunden nicht erweisen; vielmehr sind die Beispiele nicht selten, wo judicium ausdrücklich die Ausübung der Gerichtsbarkeit bedeutet; zum Beweise genüge dies eine: Urk. von 1297: Westph. Dipl. Dober. p. 1553 — Nicolaus von Werle bestätigt dem Kl. Doberan das gekaufte Dorf Tessenow mit dem Zusatz: quod homines ejusdem ville T. nullum de nostris super se habeant advocatum, sed abbatem de Doberan, qui habebit ibi judicium, sicut habent vasalli nostri in bonis suis, vel cui ipse abbas vicem pro se commiserit judicandi; also gerade die Ausübung der Gerichtsbarkeit, gleichwie sie alle Vasallen hatten, wird dem Abte zugesprochen. Uebrigens ist es auch sonst bekannt, daß die Vasallen das ihnen zustehende Gericht entweder selbst oder durch ihre Dorfschulzen ausgeübt haben; s. das Privilegium der Vasallen im Lande Gnoien von 1276: Lisch, Mekl. Urk. I. Nr. 72.

Wir finden jedoch, ohne daß wir über das 13. Jahrhundert hinauszugehen brauchen, daß die Gerichtsbarkeit der Vasallen auf ihren Gütern, oder ihr Antheil an derselben, sich in manchen Gegenden schon viel weiter erstreckte. Zuvörderst in dem zum eigenthümlichen Territorium des Schweriner Bisthums gehörigen Lande Bützow hatten die Vasallen, ebenso wie die geistlichen Stiftungen, durchweg das Blutgericht [1]). Ferner zeigt das von den Herren von Werle im Jahre 1276 den Vasallen im Lande Gnoien bewilligte Privilegium, daß diese über ihre Untersassen auch in Fällen von Todtschlag und schwerer Verwundung richteten, also das hohe Gericht ausübten, bei welchem auch die Bürger der Städte als Kläger ihr Recht suchen sollten [2]). Aus einer anderen Urkunde von 1292 scheint hervorzugehen, daß in den werleschen Landen den Vasallen damals schon überall, ebenso wie den Geistlichen, die Drittelgebühr von allen Criminalfällen zukam [3]).

Die weltlichen Lehnbesitzer selbst hatten dem Landesherrn den Roßdienst zu leisten, wie es scheint, ursprünglich nur einen von jedem Lehngut ohne Unterschied der Größe seines Umfangs. Die

---

[1]) Urk. von 1280: Westph. IV. Dipl. Meckl. Nr. 23. Der Bischof verleiht dem Domkapitel zu Bützow ein Dorf: cum judicio tam sanguinis quam mutilationis membrorum, juxta quod alia loca religiosa et Vasalli in terra Butzow tenent communiter bona sua. .

[2]) Lisch, Mekl. Urk. I. Nr. 72: — item si quis aliquis subditus vasallorum nostrorum peregerit homicidium vel vulnus aud quodcumque delictum fuerit, — — quicumque illum pro tali delicto incausare voluerit, debet ipsum sequi in bonis domini sui et incausare ipsum coram domino suo pro delicto perpetrato: quicquid ibidem sibi jus ostenderit, in illo sit contentus.

[3]) Lisch, Hahnsche Urk. B. I. Nr. 77. Nicolaus von Werle verleiht der Stadt Plau zwei Dörfer zur Feldmark mit verschiedenen Freiheiten, unter welchen die folgende: Item burgensibus contulimus jura vasallis nostris communia supra excessibus, qui infra dictarum villarum terminis perpetrari contigerit, judicandi et eorundem excessuum emendaciones partem terciam recipiant expedite. Vergl. Urk. von 1288: ebend. Nr. 64, wo bei dem Verkauf eines Grundstücks zum Behuf einer kirchlichen Stiftung zwar die hohe Gerichtsbarkeit vorbehalten wird, doch mit dem Zusatz: attamen in dicto majori judicio id ipsum, quod nostri vasalli in suis bonis de tali judicio habere dinoscuntur, prenotatus sacerdos — in suis mansis libere possidebit.

persönliche Leistung wurde frühzeitig als eine auf dem Gute haftende Reallast betrachtet und kam, ebenso wie dieses, zur Theilung, oder wurde bei der Vereinigung mehrerer Güter vervielfacht, oder auch durch Kauf, Schenkung oder sonstigen Vertrag ganz abgelöst [1]). Anderer Art waren noch die Burglehen (castrense feodum), für welche die Lehnmänner (castrenses) den Burgdienst zu leisten hatten [2]).

Die Untersassen in den Lehngütern der Vasallen waren dem Landesherrn zur Leistung der Bede (petitio, precaria) verpflichtet. Die Urkunden, sowohl die, welche bei Verleihung der kirchlichen Immunität die Befreiung von der Bede enthalten, als auch die, welche die fortdauernde Leistung derselben bedingen, lassen keinen Zweifel darüber, daß sie eine herkömmliche Grundsteuer nach Hufenzahl des vermessenen Landes war. Es ist aber von der Bede in verschiedener Weise die Rede, nämlich als einer regelmäßigen jährlichen Steuer [3]) und einer solchen, welche nur zu Zeiten von den Landesherren eingefordert wurde [4]). Diese außerordentliche Bede jedoch war ohne Zweifel immer von dem guten Willen der Vasallen abhängig, oder wurde von ihnen besonders bewilligt, wogegen sie

---

1) Urk. von 1314: Rudloff, Cod. diplom. Nr. 94. — Verzeichniß der Hufen, Beden und Roßdienste im Lande Kaland (Kalden), veranlaßt durch die Theilung desselben durch die Herren von Meklenburg und Werle.

2) Ebend., wo unter den Besitzern von Burglehen im Lande Kaland auch eine Frau genannt wird: Domina Ghesa de Warburgh: es versteht sich, daß in diesem Fall der persönliche Dienst durch Stellvertreter geleistet wurde.

3) Urk. von 1292: Mekl. Jahrb. B. XVII. S. 279. Nicolaus von Werle verkauft zwei Dörfer zur Feldmark an die Stadt Plau: Praeterea donavimus, ut prefate ville ab exactione, que dicitur annua petitio et a denariis monetarum etc. immunes esse debeant.

4) Wir geben ein Beispiel für die meklenburgische und eines für die werlische Herrschaft. Urk. von 1282, Schröder, Papist. Meklenburg, S. 766: Heinrich von Mekl. verkauft Warkstorf an das Kloster Eismar mit der Befreiung: ut vero petitionem in terra fecerimus generalem, coloni memorati nullam omnino precariam nobis seu nostris successoribus dabunt. Urk. von 1277 und 1289, ebend. S. 748 und 798: eine Schenkung von Grundstücken an die Kirche von Wattmannshagen, bestätigt durch Johann von Werle: cum omni precaria quotiescunque quandocunque et quantumcunque de aliis mansis in terris nostris petierimus.

sich ihre Privilegien aufs neue bestätigen ließen, oder auch eine Erweiterung derselben erlangten.

Außer den Beden gab es noch andere Landesabgaben, welche in den Immunitätsprivilegien dieser Zeit nur im Allgemeinen bezeichnet (als exactiones, vectigalia), später unter dem Namen von Münzgeld (Abgabe für das Münzregal), Hundesteuer (die slavische Auflage für die Auffütterung der Hetzhunde) u. a. m. vorkommen. Auch diese waren von den Untersassen der Vasallen zu entrichten, insofern sie nicht durch ein besonderes Privilegium ihrer Grundherren sich davon befreit fanden. Dasselbe gilt auch von den oft erwähnten persönlichen Leistungen: Burgbau, Brückenbau und Landwehr[1]).

Den Städten wurden von den Landesherren bei ihrer Gründung Wohnplätze und Gemeindegüter, mit allen Nutzungen von Ackerland, Wald, Weide, Gewässern, als Stadtgebiet abgetreten und das deutsche Gemeinderecht mit selbstgewähltem Rath (consules) verliehen, sowie den Bürgern persönliche Freiheit und eigener Gerichtsstand zugesichert, auch bisweilen Zollfreiheit im ganzen Lande für ihren Handel bewilligt[2]).

---

[1]) Zwar meint F. Boll in seiner sehr verdienstlichen Geschichte des Landes Stargard B. I. S. 203, die Unterthanen der Vasallen seien von den Abgaben und persönlichen Diensten, welche den Landesherren sonst von den Bewohnern des platten Landes geleistet werden mußten, frei gewesen. Allein die Beweisstellen, die er anführt, handeln nur von den besonderen Befreiungen, welche beim Uebergang von Lehngütern an Stadtbürger ertheilt wurden. Die richtige Ansicht nebst den Beweisen findet sich schon bei Rudloff, Meklenb. Gesch. B. II. S. 136. Ich wähle ein prägnantes Beispiel für die meklenburgische und eines für die werlische Herrschaft. Urk. der Herren von Mekl.: Schröder, Papist. Mekl. S. 712 — sed ab hominibus totius villae solum ea servicia fient, que ritualiter omnes homines facturi sunt, residentes sub vasallis nostris, habentibus a nobis libera bona sua; Burgwerk und Brückenwerk sind vorher ausdrücklich genannt. Urk. von 1290, ebend. S. 801: Heinrich von Werle verleiht dem Güstrower Bürger Heinrich, genannt von Stolpe, die Hälfte von Dalkendorf — ad omne jus, ad quod vasalli nostri tenent a nobis communiter bona sua, excepto tamen quod de dictis bonis non erit nobis in servitio aliquo obligatus, servicium enim sibi vendidimus. Vergl. noch die Urk. der Grafen von Schwerin von 1282 und 1283: Rudloff, Cod. diplom. Nr. 40 und 42.

[2]) Diese allgemeinen Elemente der Stadtfreiheit finden sich mehr oder

Daneben behielt sich der Landesherr die hohe Gerichtsbarkeit vor, in der Regel mit zwei Dritteln der Aufkünfte, welche der von ihm ernannte Vogt als herrschaftlicher Richter erhob [1]). Dieser landesherrliche Vogt (advocatus) war aber nicht bloß Stadtrichter, sondern stand zugleich einem größeren Jurisdictionsgebiet des Landes, einer s. g. Vogtei, vor, worin er, ebenso wie früher der slavische Burgvogt (castellanus) in der Castellanei, die landesherrlichen Rechte wahrnahm, und, wie es scheint, in der Regel dreimal im Jahre, das Vogteigericht oder Landding abhielt [2]). Wegen des besonderen Gerichtsstandes der Bürger erfolgte aber die Trennung

---

weniger vollständig aufgeführt in den ältesten Privilegien der meklenb. Städte. In dem Rostocker Privilegium von 1218 ist die Hauptsache durch die Verleihung des Lübecker Stadtrechts bezeichnet, daneben wird ausdrücklich das Recht der Gemeindenutzungen und die Zollfreiheit erwähnt. Das Schweriner Stadtrecht (in dem Güstrower Privilegium von 1222 u. a.) enthält die wesentlichen Bestimmungen des Strafrechts, des Erbrechts, der Gemeindeverfassung und Stadtverwaltung; der freie Stand der Bürger wird besonders hervorgehoben: jeder Hörige, der in die Stadt aufgenommen wird, ist persönlich frei. Das Parchimer Recht um 1220 enthält nichts über die Gemeindeverfassung und die Befugnisse des Raths; dagegen erwähnt es die Aufkünfte zum Nutzen der Stadt, vorerst zu ihrer Erbauung, und handelt von dem besonderen Gerichtsstand, sowie von dem Erbrecht der Bürger, denen Zollfreiheit im ganzen Lande gewährt wird. — S. den Fundationsbrief von Rostock: der Landesfürst in Rostock. 1762. Urk. Nr. 3; das Schweriner Stadtrecht in den verschiedenen Redactionen bei Westphalen Monum. T. I. p. 2007; das Parchimer Privilegium: Rudloff, Cod. dipl. Nr. 1.

[1]) In der ältesten bekannten Redaction des Schweriner Stadtrechts ist bei schweren Verwundungen die Strafsumme des Königsbanns von 60 Sol. „in partem regiae potestatis", bei leichteren die von 24 Sol. angesetzt: außerdem eine Buße oder Wergeld an den Verletzten. Regia potestas ist Derjenige, der den Königsbann ausübt, d. i. der Landesherr oder dessen Vogt. Dagegen kommen von der Brüche bei sonstigen Vergehen (excessus) den Consuln zwei Drittel zu, der Potestas nur ein Drittel. Wiewohl das Schweriner Stadtrecht gerade in dieser Fassung im J. 1222 auf Güstrow übertragen wurde, so findet sich doch in dem späteren Privilegium derselben Stadt von 1270, übereinstimmend mit der allgemeinen Regel, daß von allen Bußen zwei Drittel dem Landesherrn, ein Drittel der Stadt zufallen sollen. Westph. IV. Dipl. Mecklenb. p. 942.

[2]) Von diesem Landding, auch Etthing genannt, ist sehr häufig in den Urkunden der geistlichen Stiftungen die Rede, deren Unterthanen, ebenso wie die Stadtbürger, von demselben befreit waren. Vergl. Beyer, Beiträge zur Geschichte der Volksgerichte: Mekl. Jahrb. B. XIV. S. 112 ff.

des Stadtgerichts vom Landding dergestalt, daß das letztere, zur Vermeidung von Conflicten mit den ihm unterworfenen Lehnleuten, außerhalb der Städte abgehalten wurde [1]). Die Polizeigewalt hingegen und die Aufrechthaltung des Stadtfriedens war von Anfang an bei dem Stadtrath, welchem deshalb der s. g. Friedensschilling, sonst fredum, d. i. die Sühne für den verletzten Frieden oder die Wette, welche außer der eigentlichen Buße für das Vergehen zu entrichten war, gebührte [2]). Wo bei einer Stadtgründung die Stadtvogtei für sich sogleich erblich verliehen wurde, erhielt der Erbvogt das Drittel der Gefälle anstatt des Raths oder der Gemeinde [3]). Doch scheint dieses innerhalb Mecklenburgs nur im Lande Stargard der Fall gewesen zu sein, und auch nur dort finden sich die in den Marken und anderwärts mehr bekannten Verträge mit Unternehmern behufs der Städtegründungen.

Der Landesherr erhob ferner in den Städten einen Grundzins für den ihnen überlassenen Grundbesitz, und zwar sowohl von den Hausstellen, als von dem übrigen Gemeindeland. In den neueren Stiftungsbriefen der stargardschen Städte aus der Mitte des 13. Jahrhunderts findet sich die Höhe des Grundzinses gleich anfangs festgesetzt, wovon den Unternehmern und Erbvögten ein Drittel, gleich wie von den Gerichtsaufkünften, zugewiesen ist [4]). Aber auch, wo die älteren Stadtprivilegien, wie die von Schwerin, Rostock, Parchim, nichts davon enthalten, kommt eine ähnliche Grundabgabe später unter dem Namen der Bede (petitio) oder gewöhnlich Orbör, d. i. Urbar, gleichbedeutend mit Nutzung, ins-

---

[1]) Urk. von 1285. Privilegium der Vasallen von Röbel, Malchow und Wenden: Westph. IV. Dipl. Mecklenb. p. 949. Insuper, ut eo minor inter vasallos nostros ac civitatenses oriatur discordia, nostram judiciariam authoritatem, que Landding vulgariter nuncupatur, etc.

[2]) Die Ueberlassung des Friedensschillings an den Stadtrath ist in dem Schweriner und dem Parchimer Stadtrecht, sowie auch sonst erwähnt, z. B. in dem Privilegium der Stadt Teterow von 1272; Rudloff, cod. dipl. Nr. 25: Consules etiam suis usibus pacis denarios usurpabunt.

[3]) Stiftungsurkunden der Städte Friedland und Neubrandenburg von 1244 und 1248: F. Boll, Gesch. des Landes Stargard. B. I. S. 283 ff.

[4]) So z. B. in der Urk. der Stadt Friedland von 1244. A. a. O.

besondere Grundzins, vor, welche in ganzer Summe jährlich entrichtet wurde[1]). — Zu den vorbehaltenen Hoheitsrechten gehörte endlich noch der Kriegsdienst der Bürger zur Landesvertheidigung (Landwehr). Daß sie nicht außer Landes zu dienen verpflichtet sein sollten, findet sich im Parchimer Stadtrecht ausdrücklich zugesichert. Von anderen sonst vorkommenden öffentlichen Diensten und Abgaben waren die Städtebewohner befreit.

Fassen wir die so eben betrachteten Privilegien der Stände im Ganzen zusammen, so sehen wir, daß die Landesherren bei der Entäußerung ihrer alten Herrschaftsrechte zu Gunsten der neuen Stände und Ansiedler anfangs noch ziemlich bestimmte Grenzlinien festhielten, welche erst später überschritten und in einander verwirrt wurden. Diese sind am weitesten vorgerückt in den geistlichen Immunitäten, wo zum Theil schon die hohe Gerichtsbarkeit ganz aufgegeben und von den Untersassen nur noch die Landwehr vorbehalten war; sie sind enger gezogen bei den Städten, wo das landesherrliche Vogteigericht und die Steuerpflichtigkeit der Bürger hinzukam, und noch mehr bei den Vasallen, welche selbst im unmittelbaren Lehndienst der Fürsten standen und deren Untersassen, gleichwie ehedem die Hörigen der wendischen Grundherren, den Landesherren mit verschiedenen Abgaben und Diensten pflichtig waren, doch mit dem wichtigen Unterschiede, daß diese Leistungen jetzt weniger zahlreich und drückend waren und nicht mehr willkürlich aufgelegt oder vermehrt werden konnten.

---

[1]) Rostocker Urk. Borwins III. von 1262: Der Landesfürst in Rostock, Beil. Nr. 4 — et ut petitiones nostras nobis singulis annis persolvant, videl. ducentas et quinquaginta marcarum denariorum etc. Vgl. die Quittungen über die gezahlte Orbör im 14. Jahrhundert: Vom Ursprung der Stadt Rostock u. s. w. 1757. Beil. Nr. 39. Die Abgabe wird hier bezeichnet als: „antiqua et eorum consueta debita annua, quae vulgariter dicitur orböre“ und „racione pecunie fundatorie, quae vulgariter orbör nuncupatur.“ — Privilegium der Stadt Ribnitz, bestätigt von K. Erich von Dänemark 1311: Schröder, Papist. Mekl. S. 927. Insuper dicti consules et oppidani de Ribbenitze singulis annis Domino terre Rostock — viginti marcas — in recognitionem Dominii persolvere tenebuntur, que quidem pensio nullatenus — debeat augmentari etc.

Es gab also eine verschiedene Freiheit der Stände, und ein anderes Recht des Grundbesitzes von Kirchen und Klöstern, ein anderes der Vasallen und wieder ein anderes der Städte und Bürger.

Die Abstufung dieser Rechte ist am deutlichsten zu erkennen, wo ein Uebergang des Grundbesitzes aus der einen Rechtssphäre in die andere stattfindet, also namentlich, wo Lehngüter, sei es an die Kirche, oder an die Städte, oder auch an einzelne Bürger gelangten. In solchen Fällen wurden die Lehndienste und die auf den Lehngütern ruhenden Leistungen der Hintersassen von den Landesherren, welche die Genehmigung zur Veräußerung des Lehnguts ertheilten und den neuen Besitzer wieder belehnten, in der Regel entweder sogleich oder nachträglich besonders überlassen oder verkauft[1]). Die Urkunden bezeichnen solche Veräußerung der

---

[1]) Ich beschränke mich auf einige lehrreiche Beispiele vornehmlich des 13. Jahrhunderts.

Einer der frühesten Fälle dieser Art von Ablösung beim Uebergang eines Vasallenguts an eine geistliche Stiftung findet sich in der Urk. des Kl. Sonnenkamp von 1231: Lisch, Mekl. Urk. II. Nr. 3. Der Klosterprobst hat das Lehngut Nacunstorf von einem Vasallen, Namens Woltzic, gekauft. Die Herren Johann und Pribislav von Meklenburg verweigern anfangs dem Kloster die Belehnung mit demselben, willigen aber sodann gegen Zahlung von 100 Mark darein, und verleihen nun dem Kloster: eandem villam ab omni jure secularis potestatis exemptam, außer dem Blutgericht. Also das Kloster kaufte die lehnsherrlichen Rechte ab, um die Belehnung des Guts mit geistlicher Immunität zu erlangen. — Ein anderes Beispiel ist Urk. von 1301: Schröder, Wismarsche Erstlinge. S. 279. Nr. 36. Der Ritter Regendank verkauft das Dorf Wendisch-Tarnewitz in der Herrschaft Meklenburg an das Kl. Reinfelden bei Lübeck „cum omni juris integritate, sicut in eadem villa jure feodali habuerit" für 600 Mark, und läßt das Lehngut vor dem Herrn Heinrich von Mekl. auf; dieser aber verkauft dem Kloster für 200 Mark lüb. und 100 Mark slav. noch das Eigenthum dazu (ejusdem villae proprietatem).

Beispiele von Lehngütern, welche mit verbessertem Recht in den Besitz von Stadtbürgern kamen, sind: Urk. von 1278; Lisch, Hahnsche Urk. B. I. Nr. 35. Die Herren von Werle verkaufen an den Rostocker Bürger Gerhard von Lage und dessen Erben das Dorf Bölkow mit Vasallenrecht, aber frei von den Diensten (ad eandem justiciam, qua ceterique vasalli nostri bona ipsorum a nobis possidere dinoscuntur, qualibet servitute remota). — Urk. von 1290: Schröder, Papist. Mekl. S. 801. Heinrich von Werle belehnt den Bürger von Güstrow Heinrich, genannt von Stolpe, und seine Erben mit der Hälfte des

herrschaftlichen Rechte, sei es von einem Vasallengut oder einer landesherrlichen Domäne, als Verkauf oder Ueberlassung zu Eigenthum, ohne daß jedoch damit die allgemeine Lehnsherrlichkeit des Landesherrn in Beziehung auf allen und jeden Grundbesitz im Lande, der nicht zu seinem unmittelbaren Domanium gehörte, aufgehoben worden wäre. Denn auch mit diesem s. g. Eigenthum wurden die Besitzer belehnt und die neuen Erwerber wieder belehnt [1]). Die Lehnshoheit erschien nach der Auffassung der Zeit

---

Dorfs Dalkendorf, quemadmodum Johannes de Raden eandem a nobis in feudo tenuit — ad omne jus, ad quod vasalli nostri tenent a nobis communiter bona sua, excepto tamen, quod de dictis bonis non erit nobis in servicio aliquo obligatus. Denn die Dienste, d. i. die landesherrlichen Rechte, hat er ihm für 35 Mark verkauft (servicium enim sibi vendidimus etc.).

Die Städte erwarben ebenso Lehngüter oder Domanialgüter, ihrem Privilegium gemäß, zu Stadtrecht. Urk. von 1275 (Rost. wöch. Nachrichten. 1752. S. 121 f.): Waldemar, Herr von Rostock, verkauft der Stadt Rostock zwei Dörfer „secundum eandem formam juris, qua Roztock cum campis eorum et pascuis primitus est fundata." — Urk. von 1284 (Ebend. S. 137): Verkauf von Spotendorf an den Rostocker Bürger Heinrich Friso. Dieser überließ sodann (Urk. von 1286, ebend. S. 141) das von ihm gekaufte Eigenthum des Dorfs an die Stadt zu Stadtrecht, sich und seinen Erben den Nießbrauch vorbehaltend; die Absicht war, zu verhüten, daß das Gut der Stadt durch Veräußerung wieder verloren gehen könnte. Noster vero comburgensis, sagt der Rath von Rostock, cum sagacitate perpendens in civitatibus jura (d. i. eigenthümliche Rechte) praevalere, nostraeque civitati favens, proprietatem praedictae villae dimisit eidem ad idem jus, quo civitas nostra primitus est fundata etc. — Urk. von 1292: Lisch, Hahnsche Urk. B. I. Nr. 77. S. 161 — die Herren von Werle verkaufen der Stadt Plau zwei Dörfer, als Eigenthum mit städtischer Freiheit zu besitzen: notum esse volumus nos — proprietates, que vulgariter egendhum dicuntur, villarum scil. Gropenthin et Gedhin — vendidisse.

[1]) Hier einige Beispiele zum Beweise:

Nach der in der vorigen Note angeführten Urk. von 1278 hatte der Rostocker Bürger Gerhard von Lage das Dorf Bölkow nach Vasallenrecht, d. h. als Lehen, aber frei von den dem Landesherrn schuldigen Diensten gekauft. Eben dieser Freiheit wegen wird derselbe Kauf in einer späteren Urk. von 1281 (Lisch, Hahnsche Urk. I. Nr. 41. p. 89) als eine Erwerbung zu Eigenthum bezeichnet: villam — cum proprietate ipsius ville, quam a nobis emit. Dennoch läßt der Besitzer bei dem Wiederverkauf des Dorfs an das Kloster Doberan dasselbe, wie ein Lehen, vor den Herren von Werle auf (coram nobis ipsam villam cum proprietate Doberanensi ecclesie resignavit), und diese bestäti-

als untrennbar von der Landesherrschaft, oder war vielmehr, was von dieser selbst, nach Veräußerung der grundherrlichen und nutzbaren lehnsherrlichen Rechte, noch übrig blieb.

Man hat aber den Grund der Ablösung der herrschaftlichen Rechte beim Uebergang von Lehngütern an geistliche Stiftungen, Kirchen, Städte und Bürger nicht etwa bloß in der Unfähigkeit solcher Erwerber, die Lehndienste in Person zu leisten, zu suchen: sie konnten diese doch, insofern sie mit ihrem geistlichen oder bürgerlichen Stand unvereinbar schienen, ebensogut wie die lehnbesitzenden Frauen, durch Stellvertreter versehen lassen [1]); und ihre Unterthanen wenigstens konnten, ebensogut wie die der ritterlichen Lehnmänner, den Landes- und Lehnsherren die schuldigen Abgaben und Dienste thun. Auch findet sich in den meklenburgischen Landen im 13. und 14. Jahrhundert keine Spur davon, daß nur die ritterlichen Vasallen lehnsfähig gewesen wären: vielmehr werden häufig genug auch Geistliche und Bürger mit Grundbesitz, ausdrücklich nach Vasallenrecht, belehnt [2]). Wenn aber in solchen

---

gen dem Kloster das Eigenthum aufs neue mit Hervorhebung der einzelnen Immunitätsrechte. — Urk. von 1296: Rudloff, Cod. dipl. Nr. 56. Der Vasall Herbord Landesherren, Bürger von Wismar, hat für sich und seine Erben die auf seinen Lehen haftenden beiden Roßdienste abgekauft; dabei wird ihm von dem Herrn Heinrich von Meklenburg auch der Verkauf der Lehnhufen freigestellt, doch mit dem Vorbehalt der Wiederbelehnung an den Käufer: ita quod possessor mansorum a nobis feudum tenebitur procurare. — Urk. von 1318: Rudloff, Cod. dipl. Nr. 101. Heinrich von Mekl. verkauft an die Ritter und Vasallen von Plessen, von Preen und von Stralendorf die ganze Insel Pöl und andere Güter an der gegenüber liegenden Küste mit allen Herrschaftsrechten, Roßdiensten, Gericht u. s. w., merum et verum dominium in praefatos milites, pueros et eorum heredes totaliter transferendo; nichtsdestoweniger empfangen die Käufer diesen Besitz als Lehen: in feodum recipient et habebunt, nobis fideles existendo, sicut decet etc.

[1]) Frauen finden sich schon früh als Besitzerinnen von Burglehen genannt: Urk. von 1262, in castro Kalant: Lisch, Mekl. Urk. B. I. Nr. 56 — domina M. de Rensow — in Dalevitz, domina M. de Bure — in castellania sua. Urk. von 1314: Rudloff, Cod. diplom. p. 267, wo eine Domina (Rittersfrau) Ghesa de Warburg, deren Lehn zu Retzow lag, unter den Burgmännern (castrenses) des Landes Kalden aufgeführt wird.

[2]) S. oben die Note S. 38, wo ich mich absichtlich auf Beispiele aus dem 13. Jahrh. beschränkt habe, viel zahlreicher finden sie sich im 14. Jahrh.: vergl.

Fällen in der Regel doch die Lehndienste sogleich oder später geschenkt oder verkauft wurden, so geschah dies vornehmlich aus dem Grunde, weil Geistliche und Bürger nach einem anderen Rechte lebten, als wie die Vasallen, und weil sie nicht zugleich bei dem Recht und dem Berufe ihres Standes verbleiben und in Beziehung auf die Lehngüter, die sie durch Kauf oder auf andere Weise erwarben, in den Stand und die rittermäßige Lebensart der Vasallen eintreten konnten, weil sie also bei derartigen Erwerbungen, um die Gleichheit ihres Rechts und ihres Standes zu bewahren, darauf bedacht sein mußten, die besseren geistlichen und städtischen Privilegien auch auf die Lehngüter, die in ihren Besitz übergingen, zu übertragen [1]).

---

die im Extra-Sendschreiben der bürgerlichen Gutsbesitzer, 1843, S. 140 ff. abgedruckte Zusammenstellung von Lisch.

[1]) Ich gedenke nicht, mich in den vor einiger Zeit so lebhaft geführten Streit zwischen adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzern von Meklenburg einzumischen, möchte aber doch nicht unterlassen, etwas zur Berichtigung der auf die ältere Zeit bezüglichen Ansichten beizutragen. Wenn nämlich von der einen Seite her behauptet wird, daß in Meklenburg auch Stadtbürger lehnsfähig gewesen seien, so ist dies, mit Beschränkung auf das 13. und 14. Jahrhundert, unzweifelhaft richtig und durch zahlreiche Urkunden aus diesem Zeitraum bewiesen, wogegen die Einwendungen des letzten Wortführers des Adels (Laspeyres, die Rechte des eingebornen meklenb. Adels. 1844. S. 42—47) mir bei weitem nicht (auch ihm selbst nicht einmal völlig, s. S. 47) ausreichend erscheinen. Zuzugeben ist nur, daß viele von den als Erwerber von Lehngütern genannten Bürgern erweislich den in den Seestädten herkömmlich regierenden (ich möchte nicht sagen, patrizischen) Geschlechtern angehörten, von denen Lisch (wenigstens für Rostock) gezeigt hat, daß sie gleichfalls von dem Wappenrecht Gebrauch machten, also die Ebenbürtigkeit mit den rittermäßigen Geschlechtern behaupteten (vergl. dessen Aufsatz über das Rostocker Patriciat in den Mekl. Jahrb. B. XI. S. 169—205). Aus dem Umstand jedoch, daß Stadtbürger Lehngüter nach Vasallenrecht erworben haben, kann immer noch nicht gefolgert werden, daß sie Mitglieder der Mannschaft geworden seien. Denn daß sie selbst keineswegs fürstliche Mannen sein wollten, bewiesen sie gerade dadurch, daß sie, gleich wie die Geistlichen, die Lehndienste entweder sofort oder nachher abkauften, um die erworbenen Lehngüter mit bürgerlicher Freiheit, wie die Geistlichen mit geistlicher, zu genießen: eben weil die Stände des Mittelalters als wirkliche Berufsstände durch Rechte und Pflichten, wie durch Lebensweise, von einander geschieden waren, konnte man nicht zwei Ständen zugleich angehören. Gänzlich verkehrt erscheint es deshalb, den noch jetzt geltenden Unterschied von

Es ist endlich noch etwas über den Bauernstand zu sagen. Wir haben ihn nicht unter den privilegirten Ständen aufgeführt, weil er neben diesen kein selbständiges Recht besaß, also auch nicht zur Vertretung eines solchen gelangen, nicht die Bedeutung einer politischen Standschaft gewinnen konnte: sondern die Rechte, die er hatte, waren ihm nur von den Grundherren, d. i. von dem Landesherrn und den privilegirten Ständen verliehen, also daß die Bauern sich in der Abhängigkeit von diesen befanden und als Hintersassen von ihnen geschützt oder in ihren Rechten nach außen vertreten wurden.

Was die Beschaffenheit dieser Rechte angeht, so läßt sich wohl im Allgemeinen vermuthen, wie schon oben bemerkt worden, daß den deutschen Colonen bedeutende Vortheile müssen gewährt worden sein, um sie zum Hereinziehen und zum Anbau des wüsten und verödeten Landes zu bewegen. Doch lassen uns die meklenburgischen Urkunden sehr im Dunkeln darüber, in welcher Weise hier die neuen Dorfgemeinden gegründet wurden. Wir erfahren nur, daß sie frühzeitig in den geistlichen Gütern entstanden und daß die Landesherren, ebenso wie die Kirche, eifrig bemüht waren, das Land mit Anbauern zu besetzen [1]. Nach der Analogie des Verfahrens, welches bei Errichtung der deutschen Dörfer in Pommern und Schlesien im 13. Jahrhundert beobachtet wurde, dürfen wir annehmen, daß auch in Meklenburg die Anlegung der Dörfer von den Grundherren an einzelne oder mehrere Unternehmer überlassen wurde, welche, gegen Verleihung des erblichen Schulzenamtes nebst gewissen Gefällen und einigen Freihufen, die einzelnen oder getheilten Hufen des Ortes, an denen die Grundeigenthümer sich

---

Adeligen und Bürgerlichen, d. i. Nichtadeligen, auf Mannen und Stadtbürger des Mittelalters übertragen zu wollen: adelige und bürgerliche Lehnbesitzer der Gegenwart haben gleichen Berufsstand; was man dagegen unter „Bürgerlichen" versteht, ist gar kein Stand.

[1]) S. oben S. 16.

Zinsen und Zehnten vorbehielten, mit freien Bauern und Kossaten besetzten[1]).

Wie in der ganzen Mark Brandenburg, so finden sich auch in dem von den Markgrafen colonisirten, nachmals meklenburgischen Lande Stargard noch später Lehnschulzen, welche auf die angegebene Entstehungsart und Verfassung der Dörfer deutlich hinweisen[2]). Man hat dieselben dagegen auffallender Weise in den älteren meklenburgischen Landestheilen vermißt. Indessen lassen doch unsere Urkunden keinen Zweifel darüber, daß auch in diesen die deutsche Dorfverfassung ursprünglich allgemein eingeführt war. Häufig genug finden sich darin Schulzen und Meier unter den Benennungen von magister civium oder villae, judex villae und villicus erwähnt, welche als Ortsvorstände die Dorfgerichtsbarkeit ausübten[3]).

---

1) S. hierüber besonders Stenzel in der Einleitung zu Tzschoppe und Stenzel, Urkundensammlung u. s. w. S. 145. ff., und desselben Geschichte von Schlesien. B. 1. S. 211. ff.

Eine besonders interessante Urkunde aus Pommern ist: Urk. von 1262, v. Dreger, Cod. dipl. Pomer. T. I. No. 349. p. 460, welche die Errichtung des Dorfs Pölitz an der Oder betrifft und die Bedingungen für die Unternehmer und die Hauswirthe (cives) enthält. Eigenthümer des Hagens (indago) und Aussteller der Urkunde ist der Ritter Gherbord, genannt von Köthen. Die drei Unternehmer werden als Dorfmeister (magistri indaginis) eingesetzt: Jeder von ihnen erhält zwei Freihufen, und alle zusammen die Hälfte von den Abgaben der Dorfbewohner, bestehend in einem Schill. für die Hufe und dem großen und kleinen Zehnten. Den Anbauern werden zehn Freijahre bewilligt und, mit dem Rechte des Orts Steffenshagen, all ihr Besitz erblich verliehen: Hec omnia que predicte indaginis civibus contulimus ipsis jure pheodali, ita ut eodem jure devolvantur ad uxores et pueros eorum et ad alios ipsorum consanguineos et cognatos.

2) S. Riedel, die Mark Brandenburg im J. 1250. B. II. S. 198. ff., und F. Boll, Geschichte des L. Stargard. B. I. S. 63.

3) Dorfmeister, magistri, kommen sehr früh vor; z. B. in der Stiftungsurk. von Rostock von 1218 findet sich unter den Zeugen ein magister Walter de Buchoe, den ich auf einen Dorfmeister von Bukow beziehe; im Stiftungsbrief des Klosters Rehna von 1236 (Westphalen II. p. 2069) ein magister Conow de Clüthze, Dorfmeister von Klütz. — Die gewöhnliche Bezeichnung ist villicus, zu deutsch Meier: z. B. Urk. von 1270, Rudloff, Cod. Dipl. No. 23, wo als Zeugen vorkommen: Gelow unse meyer van Wardow mith synen borgeren — Syfrid unse meyer van Spotzelendorp mith synen borgeren. Bürger, cives, heißen hier die Hauswirthe. Daher der Schulze des

Nach den Zehntvergleichen der Bischöfe von Schwerin und Ratzeburg mit den slavischen Landesherren von 1221 und 1222 verpflichtete sich die Kirche, die Schulzen eines jeden Dorfes mit dem Kirchenzehnten von einer Hufe zu belehnen[1]). Wir finden Freihufen erwähnt und ausdrücklich erbliche Lehnhufen in Verbindung mit dem Schulzenamt[2]).

Dorfs auch magister civium genannt wird, z. B. Urk. von 1260: Lisch, Mekl. Urk. II. Nr. 16, wo von den Einkünften des Orts Klein-Warin die Rede ist: exceptis tamen quatuor mansis, quos magister civium possidet (als Freihufen), et judicio in dicta villa. Desgleichen judex villae: Urk. von 1280, ebend. Nr. 29. und öfter. — Daß die eigene Gerichtsbarkeit der Dorfschulzen sich in der Regel bis zum Werth von 6 Pfennig slavisch erstreckte, sagt die Urk. von 1313: Lisch, Maltzansche Urk. B. I. S. 169. Der Knappe Egghehard Regenbank verkauft dem Domcapitel zu Schwerin omnia bona pheudalia et hereditaria, que habuit Conrad villicus in Bralisdorpe nepos meus, also die erblichen Lehnhufen des Schulzen zu Brahlsdorf, die er von diesem, seinem Neffen, zum Pfande hatte, und verspricht: et jurisdictionis exercitio ultra sex denariorum slav. valorem, prout jurisdictio villicis consuevit competere, me nullatenus intromittam. — Doch übten daneben die Schulzen eine weiter gehende Gerichtsbarkeit in Stellvertretung ihrer Grundherren aus; s. das schon angeführte Privilegium der Vasallen von Gnoien, Urk. von 1276 (Lisch, Mekl. Urk. I. Nr. 72), wonach die Stadtbürger deren Hintersassen in Schuldsachen überhaupt nur belangen sollen: coram domino suo, sub quo residens est, vel suo villico.

[1]) Vertrag des Bischofs von Schwerin mit dem Fürsten Wizlav von Rügen über die Zehnten aus dem Lande Tribsees, Urk. von 1221: Lisch, Mekl. Urk. III. Nr. 18. Der Bischof verspricht von seinem Theil: de reliqua parte eciam tocius ejusdem terre dominus episcopus magistrum cujuslibet ville decima unius mansi tenetur infeodare de sua parte. — Vergleich des Bischofs von Ratzeburg über die Zehnten der Länder Bresen, Dassow, Klütz von 1222: Westphalen T. II. Dipl. Raceb. p. 2061 — quod in qualibet villa dominus episcopus de parte sua decimam unius mansi praestabit — nämlich dem Schulzen, wie im Walde Klütz: et de tertia parte sua (sc. decimarum) semper decimum mansum (nämlich den Zehnten davon, denn nur von diesem ist die Rede) magistro civium praestabit.

[2]) S. die in N. 3. der vor. S. angeführte Urk. von 1260 und 1313. — Urk. von 1283: Lisch, Mekl. Urk. B. I. Nr. 79. Ein Bürger von Dargun hat zwei Freihufen (mansos liberos) im Dorfe Warsow gekauft „ab ejusdem ville villico" mit Zustimmung des Abtes, dem das Dorf gehörte: „Servato tamen sibi et ecclesie sue omni judicio, quod ad eosdem mansos racione villicacionis aut alio quoque modo videbatur pertinere.

Dieselben Einrichtungen der Dorfverfassung bestanden in der Regel noch in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Urk. von 1355, Mekl. Jahrb.

Das ursprüngliche Besitzverhältniß der Bauern an ihren Hufen war die erbliche Leihe, für welche sie an die Grundherren Zins und Zehnten entrichteten [1]). Es fehlt nicht an Beispielen, sowohl von käuflichen Erwerbungen, als auch von Veräußerungen von Grundbesitz durch Bauern. Die Veräußerung geschah durch Auflassung vor dem Grundherrn, ebenso wie bei Vasallengütern durch Auflassung vor dem Lehnsherrn, welcher den Käufer wieder belehnte [2]). Es sind aber auch Beispiele vorhanden, und zwar schon aus dem 13. Jahrhundert, wo Dörfer gelegt und in herrschaftliche Höfe umgewandelt wurden, und wir finden, daß geistliche Stiftungen oder auch Städte bei neuen Gütererwerbungen die Erlaubniß

B. XIV. S. 206: Marquard von Stove kauft vom deutschen Orden die Comthurei Krankow mit einer Anzahl dazu gehöriger Dörfer (bei Grevismühlen) cum omnibus villicis et villicacionibus, cum colonis et inquilinis etc. — Zwei Urk. von 1379, Mekl. Jahrb. B. XIII. S. 331. ff.: Bernhard, Herr von Werle, und seine Gemahlin setzen einen erblichen Lehnschulzen mit einer Freihufe und einer Pachthufe im Dorfe Melz (bei Röbel) ein, wovon er und seine Erben der Herrschaft thun soll „alsze de schulten in den landen plegen tho donde unde als ehm behort."

[1]) S. die in N. 1. S. 43. angeführte pommersche Urkunde. Vergl. beispielsweise eine Doberaner Urk. von 1296, Westph. T. III. p. 1548: Vermächtniß des Ritters Reddag in Ribnitz von vier Hufen mit verschiedenen Abgaben von Zins, Zehnten und Rauchhühnern.

[2]) Urk. von 1294, Rudloff, Cod. dipl. p. 151: die Herren von Werle bezeugen, daß ihr Vater den Bauern des Dorfes Roez, das der Kirche zu Malchow gehörte, nach Vermessung der Grundstücke, diese käuflich zurückgegeben habe mit der Zusicherung, daß sie nicht wieder vermessen werden sollten. — Urk. von 1320, Mekl. Jahrb. B. II. S. 294: der Bischof von Ratzeburg verkauft seinen Bauern zu Malzow ein Stück Waldland, ohne das Holz, welches er an Lübecker Bürger verkauft hat. — Urk. von 1349, Mekl. Jahrb. B. XV. S. 241: der Bauer Nicolaus Elers zu Weitendorf auf Pöl verkauft seine Hufe an das h. Geist-Spital in Lübeck, mit Auflassung derselben vor seinem Grundherrn, dem Bischof von Lübeck. — Urk. von 1354, Westph. T. III. p. 1632: der Ritter Vicko von Stralendorf verkauft dem Kloster Doberan 15 Hufen mit allen Nutzungen, Zinsen und Einkünften; darin sollen der Abt und das Kloster das Recht der Grundherren haben: potestatem instituendi seu investiendi ac in possessionem dictorum bonorum et mansorum mittendi colonos ac agricolas — ac resignationem recipere et collationem facere, quod uplatinghe vulgariter nuncupatur.

hierzu ausdrücklich von den Landesherren erhielten[1]). Schon hieraus läßt sich jedoch abnehmen, daß dieselbe Befugniß nicht allgemein den Grundherren zustand, und es ist dies um so weniger zu vermuthen, als bei Legung der Bauern in den Lehngütern auch die Beden und die Dienste derselben für die Landesherren verloren gingen. Nur wo die Untersassen von solchen Leistungen schon befreit waren, wie in den Besitzungen der Kirche und der Städte, hatte der Landesherr auch kein unmittelbares Interesse mehr an der Erhaltung der Bauern, und allein von Seiten der Kirche und der Parochialgeistlichkeit konnte an solchen Orten ein Widerspruch gegen deren Entfernung, wegen Schmälerung ihrer Einkünfte, erwartet werden[2]). Uebrigens ist es in diesen Zeiten nicht für Recht gehalten worden, Bauern ohne volle Enschädigung ihrer Stellen zu entsetzen, so oft Dörfer in Höfe umgewandelt wurden. Es liegt uns ein Beispiel aus dem Bisthum Ratzeburg von 1285 vor, wo eine Kündigung von einem Jahr und vierzehn Tagen vorausging und eine Geldentschädigung für die Häuser und die Gartenverbesserungen der Besitzer, auf Grund einer ordentlichen Abschätzung durch beiderseits gewählte Taxatoren, stattfand[3]). Und auch in

---

[1]) Urk. von 1278; Lisch. Mekl. Urk. B. I. Nr. 73: Das Kloster Dargun hat das Dorf Clobezowe zum Hof gelegt: de villa, que dicitur Clobezowe, quam destruxerunt, quam villam modo propriis aratris excolunt. — Urk. von 1275; Westph. T. IV. p. 944: Herr Waldemar von Rostock verkauft der Stadt ein Dorf mit dem Recht: Procedente vero tempore, si burgenses ante dicti haereditates ipsius villae ad placitum ipsorum, in nihilum redigere decreverint, so soll dies ungeachtet der Einreden des Bischofs und des Pfarrers geschehen können. — Urk. von 1353; Schröder, papist. Mekl. S. 1328: Herz. Albrecht schenkt dem h. Geist-Spital zu Wismar vier Höfe (curias). Possunt nihilo minus predicti provisores predictas curias transponere in villas et de iisdem facere censualia bona, Thinsgeld (l. Zinsgut) in vulgo dicta, et e converso ex villis curias restruere et facere, ut nunc sunt, quotiens et quando ipsis placuerit etc.

[2]) S. die Urk. von 1275 in der vorigen Note. Urk. von 1293, Mekl. Jahrb. B. XVII. S. 280: Nachdem die Stadt Plau in zwei zum Stadtgebiet hinzu erworbenen Dörfern die Bauern entfernt hat, entschädigt sie den Pfarrer für seinen Verlust an Einkünften von denselben.

[3]) Westph. Monum. T. II. Dipl. Raceb. p. 2206.

andern Fällen, wenn Bauern in ihrem Besitz beeinträchtigt wurden, finden wir, daß sie vollen Ersatz dafür von den Grundherren erhielten [1]).

Im Allgemeinen war demnach das ursprüngliche Besitzrecht der Bauern kaum schlechter, als das der Vasallen und der Städte: sie hatten als persönlich freie Leute ihre Hufen zu Erblehen. Doch nur im fürstlichen Domanium standen sie unmittelbar unter dem Landesherrn; anderswo waren sie Untersassen der Vasallen und Städte, deren Gericht untergeben und ihnen zu Abgaben und Diensten verpflichtet, welche um so leichter vermehrt oder erhöht werden konnten, als auch die Abgaben und Dienste, welche der Landesherr für sich forderte, durch die Vermittelung der Grundherren aufgebracht wurden. Sie fanden sich durch kein Privilegium in ihren Rechten gesichert, wie die Mannen und Städte, und noch weniger hatten sie wie diese die Macht, sich dabei zu behaupten oder ihre Lage zu verbessern. Der Schutz aber, den die Landesherren ihnen gegen willkürliche Bedrückungen gewähren konnten, wurde in dem Maße schwächer oder weiter entfernt, als die Fürsten selbst ihre Regalien, eines nach dem andern, an die Grundherren veräußerten und die wachsende Noth sie gleichfalls zwang, die Einkünfte von den eignen Bauern, so weit solche noch nicht veräußert oder verpfändet waren, so hoch wie möglich zu steigern und mit dem Beispiel willkürlicher Auflagen voranzugehen. Die Lage des Bauernstandes verschlimmerte sich demnach in demselben Verhältniß, als die Privilegien der mit grundherrlichen Rechten versehenen Stände erweitert wurden und die landesherrliche Gewalt die ihr von Alters her zustehenden Rechte vergab.

---

[1]) Urk. von 1313; Lisch, Maltzansche Urk. B. I. Nr. 89: Der Ritter Johann von Bülow tritt seinen Bauern in Othenstorf, für den Verlust, der ihnen durch Aufstauung eines Sees widerfahren ist, 5 Morgen von seinem Hoflande ab: ita quod dicti coloni ea libertate et eo jure, quo agros intra jam dicti stagni repressionem positos habuerant, dicta quinque jugera agrorum in perpetuum libere possidebunt.

III.

Die landständische Verfassung seit der Hauptlandestheilung von 1229 bis zur Wiedervereinigung Meklenburgs.

Da die landständische Verfassung nothwendig durch die innere und äußere Gestaltung der Territorialverhältnisse bedingt ist, so beginnen wir mit einer kurzen Uebersicht der Territorialgeschichte in dem Zeitraum vom 13. bis zum 15. Jahrhundert.

Geschichtliche Uebersicht.

Nach dem Tode Heinrichs (Borwin) des älteren, dem seine beiden Söhne schon vorangegangen waren, erfolgte im Jahr 1229 die Theilung der meklenburgischen Lande durch die Enkel, Heinrich (Borwin) des jüngeren Söhne: Johann, Nicolaus, Borwin III. und Pribislav, also daß vier gesonderte Herrschaften entstanden, die nach den Burgen oder Wohnsitzen der Herren (domini) von Meklenburg, von Werle, von Rostock, von Richenberg oder Parchim genannt wurden. Von diesen vier Herrschaften nahm die zuletzt genannte von Parchim schon unter ihrem ersten Regenten ein Ende, und auch die fürstliche Linie von Rostock ging zu Anfang des 14. Jahrhunderts wieder ein, so daß nur die beiden Linien von Meklenburg und Werle von Bestand blieben[1]).

---

[1]) Die eigentliche Herrschaft Meklenburg begriff den nordwestlichen Theil des Landes in sich: in der Mitte die Stammburg Meklenburg, Stadt Wismar

Die Theilung des Landes unter mehrere Herrschaften gereichte demselben gewiß nicht zum Nachtheil; denn die Hauptsache war unter den damaligen Verhältnissen nicht sowohl die Stärkung der Macht nach außen, als der innere Ausbau, die Fortsetzung der begonnenen Colonisation, und dieses Werk wurde offenbar durch den Wetteifer einer Mehrzahl von Fürsten gefördert, von welchen jeder seinen Landestheil durch neue Stiftungen zu heben, mit Ansiedlern zu bevölkern und nutzbarer zu machen bestrebt war.

Die getrennten Herrschaften wurden durch keine staatsrechtliche Verbindung zusammengehalten: nur die Blutsverwandtschaft der regierenden Häuser umschlang sie noch als ein gemeinsames Band, welches zwar die Aufforderung zu gegenseitiger Unterstützung mit sich brachte, aber auch streitige Ansprüche, z. B. bei dem Eintritt einer vormundschaftlichen Regierung, erzeugte.

Indessen kam zu Anfang des 14. Jahrhunderts das unzweifelhafte Uebergewicht der Macht und des Ansehens an die meklenburgische Linie: durch das Verdienst des jüngeren Heinrichs von Meklenburg, mit dem Beinamen der Löwe. Während der langjährigen Abwesenheit des älteren Heinrichs, genannt der Pilger, der in Aegypten gefangen lag, unter den inneren Wirren und äußeren Angriffen, denen das Land zu Ende des 13. Jahrhunderts preisgegeben war, wuchs die ritterliche Heldengestalt des Sohnes heran, der noch einige Jahre gemeinschaftlich mit dem Vater (bis 1302), nachher allein (bis 1329) regierte. Eben so umsichtig, als

---

und Insel Poel; westlich längs der Küste Bresen mit der Stadt Grevismühlen, Klütz und Dassow, landeinwärts Gadebusch und Kloster Rehna; östlich an der Küste Neubukow, innerhalb Landes Neukloster, Brüel und Sternberg.

Die Herrschaft Werle im Südosten, benannt von der Burg Werle an der Warnow bei Wiek oberhalb Schwan, hatte die Stadt Güstrow zum Mittelpunkt. Der Umfang ist bezeichnet durch die Städte Schwan, Malchin, Stavenhagen, Penzlin, Waren, Röbel und Malchow an der Müritz, Plau, Parchim und Goldberg.

Diese Grenzbestimmungen galten für das Ende des 13. Jahrhunderts. S. das Nähere bei Rudloff, Mekl. Geschichte B. II. S. 116. ff., womit zu vergl. die topographische Uebersicht für die erste meklenb. Landestheilung bei E. Boll, Gesch. Meklenburgs 1855. B. I. S. 104. ff.

thatkräftig und unternehmend, und nicht minder vom Glücke begünstigt, ergriff er jede Gelegenheit, um sich nach außen Geltung zu verschaffen und die angestammte Herrschaft durch neue Erwerbungen zu mehren. Mit seltener Geschicklichkeit verstand er es, auswärtige Verbindungen zu knüpfen und zu lösen, fremde Hülfe zu benutzen und sich dann gelegentlich wieder gegen die Helfer zu kehren, bis er endlich stark genug war, um sich mit eigener Macht gegen die Verbindung der aufgebrachten Nachbarn und Widersacher zu behaupten.

Für die meklenburgische Herrschaft wurde durch ihn zuerst das bis dahin brandenburgische Land Stargard gewonnen, welches er als Mitgift seiner Gemahlin Beatrix von Brandenburg zu Lehen erhielt (1304)[1]), dann aber auch mit den Waffen gegen den Markgrafen Waldemar, der es nach Beatrix Tode zurückforderte, siegreich behauptete. Die Herrschaft Rostock war durch den übelberathenen Claus, genannt das Kind, den letzten Abkömmling dieser Linie, im Jahr 1300 unter dänische Hoheit gekommen. In Gemeinschaft mit dem König Erich von Dänemark bezwang Heinrich von Meklenburg die stolzen Seestädte Rostock und Wismar, welche mit der wendischen Hanse im Bunde, ihren Herren den Gehorsam aufgekündigt hatten. Auch in der Stralsunder Fehde leistete er Dänemark tapfern Beistand. Zum Lohn für solche Dienste überließ ihm König Erich die Herrschaft Rostock, nämlich die Länder Rostock, Gnoien und Schwan als Pfandlehen (1317), welches der folgende König Christoph II. sodann in ein dänisches Erblehen verwan-

---

[1]) Schon im J. 1299 befand sich Heinrich von Meklenburg im vorläufigen Besitz des eigentlichen Landes Stargard, zu welchem die Städte Neubrandenburg, Friedland, Stargard und Woldegk gehörten, wie F. Boll, Gesch. des Landes Stargard B. I. S. 119. nachgewiesen hat. Nach dem Tode seines Schwiegervaters, des Markgrafen Albrecht von Brandenburg (1300), gewann Heinrich noch die Länder und Städte Lychen und Wesenberg dazu, und wurde ihm das Ganze von Markgr. Hermann als Leibgedinge der Markgräfin Beatrix und brandenburgisches Lehen, gegen gewisse Zahlungen, durch den Wittmannsdorfer Vertrag vom 15. Jan. 1304 zuerkannt.

delte (1323)[1]). Nach dem Abgang des Hauses Anhalt in Brandenburg, im Jahr 1320, griff Heinrich der Löwe in dem herrenlosen Lande rüstig um sich: davon ist die Herrschaft Grabow bei ihm und seinen Nachkommen geblieben.

Die Kehrseite zu den glänzenden Erfolgen dieser Regierung bildete die innere Landesnoth und der drückende Geldmangel des fürstlichen Haushalts, welcher die Veräußerung wichtiger, die Verschleuderung einträglicher Hoheitsrechte zur Folge hatte. Dadurch wuchs der Einfluß, die Macht, der Uebermuth der Ritter und Vasallen, besonders als sie sich nach Heinrichs Tode der vormundschaftlichen Regierung für die minderjährigen Söhne, Albrecht und Johann, bemächtigten. Doch gelang es dem ersteren mit Beistand der Seestädte sich durch Unterwerfung der mächtigsten Vasallen, der Plessen und Andrer, wieder zum Herrn des Landes zu machen. Dafür erwies er sich den Städten durch Gunstbezeigungen und neue Privilegienverleihungen dankbar. Auch die Landfriedensbündnisse, die er unablässig betrieb, gereichten hauptsächlich den Städten zum Vortheil.

Mit nicht weniger Umsicht und Thätigkeit, als wie sein Vater, benutzte Albrecht die auswärtigen Verhältnisse zur Vermehrung der Macht und des Ansehens seines Hauses. Mit den getheilten Werleschen Linien (von Goldberg und Güstrow) schloß er wiederholte Erbverträge (1344 und 1353), um sich die gegenseitige Nachfolge in ihren Herrschaften zu versichern. Daneben konnte er jedoch die Theilung der meklenburgischen Herrschaft selbst, auf welcher sein Bruder Johann bestand, nicht hindern, womit eine zweite meklenburgische Linie zu Stargard im Jahr 1352 den Anfang nahm, welche sich bis zum Jahr 1471 fortspann. Dagegen wurde die noch fortdauernde brandenburgische Lehnshoheit über das Land Stargard aufgelöst durch die Gunst des Kaisers

---

[1]) Diese Herrschaft Rostock, mit der Stadt Rostock als Mittelpunkt, umfaßte das Küstenland von Kröpelin bis Ribnitz, grenzte weiter an Pommern mit Marlow, Sülz, Gnoien und Neu-Kalden und schloß damals auch die Stadt Schwan ein. Vergl. Rudloff, Mekl. Geschichte B. II. S. 344.

Karl IV., der das bairische Haus aus Brandenburg zu verdrängen bemüht war und sich gern die benachbarten meklenburgischen Herren zu Freunden machte: beide Brüder empfingen von ihm das Land Stargard als Reichslehen (1347). Im folgenden Jahr 1348 wurden sie als Herzoge von Meklenburg in den Stand der Reichsfürsten erhoben, indem sie ihre Erblande unter dem Titel eines Herzogthums von dem Kaiser zu Lehen nahmen und diesem dafür den Eid der Treue und des Gehorsams leisteten[1]). Die in dem kaiserlichen Lehnbriefe erwähnte Verzichtleistung des Herzogs Rudolf von Sachsen auf die ihm an Meklenburg zustehenden Lehnsrechte, durch Auflassung derselben zu Gunsten des Reichs, beweist, daß die von Herzog Heinrich dem Löwen herrührende sächsische Lehnshoheit, wiewohl sie thatsächlich nicht mehr erneuert worden war, doch noch nach dem Reichsrecht bis dahin als gültig angesehen wurde. In dem Herzogthum Meklenburg war zunächst nur das alte Erbland des meklenburgischen Hauses begriffen. Erst nachträglich im Jahr 1373 wurde auf Verlangen der Herzoge auch das für Reichslehen erklärte Land Stargard demselben incorporirt[2]), aber ausgeschlossen davon blieb die Herrschaft Rostock als dänisches Erblehen.

Für sich allein aber und die von ihm ausgehende meklenburgische Linie machte Herzog Albrecht sodann im Jahr 1358 die

[1]) S. die Urk., dat. 8. Juli 1348, in Gerdes, Nützliche Sammlung. 1736. p. 2. sq., worin es heißt: — Albertum et Johannem, fratres de Megapoli, nostros et Imperii fideles, haeredes ipsorum — in Dei nomine in veros Principes et Duces Megapolenses ereximus. — Ich theile nicht die Ansicht Rudloffs, Mekl. Geschichte B. I. S. 141. und 186, daß schon Kaiser Friedrich I. die slavischen Herren von Meklenburg in den Stand der Reichsfürsten erhoben habe, wenngleich in der kaiserlichen Bestätigung der Stiftungsurk. des Bisthums Schwerin von 1170 und 1181 das Land derselben als Reichsland bezeichnet und sie selbst als „principes et majores terrae“ des kaiserlichen Schutzes versichert werden. Die richtige Ansicht hierüber hat schon Westphalen, Monum. T. II. Praef. p. 5., ausgesprochen.

[2]) S. die Urk. bei Gerdes, Nützliche Sammlung S. 11.: daß dieselbe richtiger von 1373 als von 1377 zu datiren sei, ist ebend. S. 553 ff. bewiesen. Die Stelle, auf die es hauptsächlich ankommt, lautet: Dominium Stargardiae, quod iidem Duces a nobis et Imperio tenuerunt hactenus et tenent in feudum, eidem Ducatui univimus et unimus perpetuo per praesentes etc.

wichtige Erwerbung der Grafschaft Schwerin durch Kaufvertrag mit den näher berechtigten Grafen von Teklenburg, wozu später noch der diesseits der Elbe gelegene Theil der Dannebergischen Grafschaft (Dömitz u. a.), durch Abtretung der Herzoge von Sachsen in dem Lüneburgischen Erbfolgestreit (1372), hinzukam [1]).

In den nordischen Königreichen eröffneten sich die glänzendsten Aussichten für das meklenburgische Haus. Herzog Albrechts und der schwedischen Königstochter Eufemia zweiter Sohn, Albrecht, wurde von den Reichsräthen Schwedens auf den dortigen Thron berufen (1364). Einem Enkel des Herzogs gleiches Namens, von seinem erstgebornen Sohn Heinrich und der dänischen Ingeborg, schien durch natürlichen Erbgang nach König Waldemars IV. Tode (1375) die Krone von Dänemark bestimmt. Allein die kluge Margarethe von Dänemark, Norwegens Königin, verschaffte hier ihrem Sohn Oluf den Vorzug und eroberte später noch das dritte nordische Königreich dazu von dem meklenburgischen Albrecht, den sie in der Schlacht bei Falköping (1389) besiegte und zum Gefangenen machte.

Unterdeß war Herzog Albrecht I. im Jahre 1379 gestorben. Durch die Anstrengungen, die er zur Erlangung fremder Kronen gemacht hatte, waren seine Mittel gänzlich erschöpft. Neue Opfer wurden zur Befreiung des gefangenen Schwedenkönigs erfordert und willig von den Ständen des Landes dargebracht; doch nur der Vermittlung des Hansebundes verdankte König Albrecht endlich seine Befreiung (1395). Als er zehn Jahre später mit der Regentin der drei nordischen Reiche seinen Frieden schloß, verzichteten beide auf das, was sie nicht mehr besaßen, der Herzog von Meklenburg auf die schwedische Krone, die Königin auf die dänische Lehnshoheit über Rostock, welche seit der Niederlage König Waldemars IV. durch die Hansestädte schon alle Bedeutung verloren hatte.

---

[1]) Die Grafschaft Schwerin umfaßte den größten Theil des jetzigen südwestlichen Meklenburg. Dazu gehörte, außer Schwerin selbst, Crivitz, Neustadt, Marnitz, Hagenow, Wittenburg, Kloster Zarrentin und Boizenburg mit dem wichtigen Elbzoll.

Die meklenburgischen Lande blieben unter den beiden regierenden Häusern von Meklenburg und von Werle getheilt, und jedes von beiden hatte sich wieder in zwei Linien mit abgesonderten Herrschaften gespalten, also daß die Herzoge von Meklenburg zu Schwerin und zu Stargard und die Herren von Werle, die sich seit 1418 mit Berufung auf ihre hohe uralte Abstammung Fürsten von Wenden nannten, zu Güstrow und zu Waren regierten [1]).

Das vorwiegende Interesse in dem Fortgang der Landesgeschichte verweilt fortdauernd bei dem herzoglich meklenburgischen Hause. Der gewesene König von Schweden, Herzog Albrecht II., starb 1412, in demselben Jahr, wie die Königin Margarethe von Dänemark, nachdem ihm der dritte Herzog Albrecht, Titularkönig von Dänemark, bereits voraufgegangen war (1388). Die nach ihm gemeinschaftlich regierenden Herzoge Johann und Albrecht IV. sicherten sich durch die Gründung der Universität zu Rostock (1418) ein ehrenvolles und noch fortlebendes Andenken. Darauf folgte die schwache vormundschaftliche Verwaltung von Katharina, der Wittwe Herzog Johanns, erfüllt mit den Unruhen beider Seestädte durch die Aufstände der Bürgergemeinden gegen die herrschenden Geschlechter.

Als ein den Fürsten von Meklenburg und Wenden gleich gefährlicher Nachbar erschien der erste Markgraf von Brandenburg aus dem hohenzollerschen Hause, Friedrich I. (1411—1440). Wie dieser zunächst die Mark aus der inneren Zerrüttung, worin sie sich befand, wiederherstellte, so war er zugleich bemüht, Alles, was die benachbarten Fürsten, insbesondere die von Pommern und Meklenburg, an sich gerissen, wieder an Brandenburg zurückzubringen. Ein zwischen den Häusern Meklenburg und Wenden ausgebrochener Zwist gab ihm die erwünschte Gelegenheit zur Einmischung. Um seine Hülfe zu erlangen, ließ sich Balthasar von

[1]) Durch die Werlische Landestheilung von 1316 waren eine Güstrowsche und eine Goldbergische Linie entstanden. Die Güstrowsche schied sich im J. 1347 wieder in eine Güstrowsche und eine Warensche Linie, welche beide, nach dem Aussterben der Goldbergischen im J. 1375, sich in deren Erbschaft theilten.

Wenden sogar zur Unterzeichnung eines Huldigungsreverses herbei[1]). Auch die stargardsche Lehnshoheit forderte der Markgraf von Brandenburg zurück, und alle diese Ansprüche gewannen ein noch viel bedenklicheres Aussehen, als der letzte Fürst des werleschen Hauses, Wilhelm von Güstrow, der die ganze Herrschaft von Werle als einzig überlebender Erbe zusammengebracht hatte, im Jahr 1436 starb. Denn nun verlangte Kurfürst Friedrich mit Berufung auf den Huldigungsrevers des Fürsten Balthasar das wendische Fürstenthum als heimgefallenes Lehen, und Kaiser Sigismund unterstützte seine Forderung durch ein Mandat an die Stände des Landes, welche jedoch das bessere Recht des meklenburgischen Hauses erfolgreich vertheidigten.

In dem Friedensvertrage von 1442 ließ Markgraf Friedrich II. den übelbegründeten Anspruch Brandenburgs fallen, doch nicht ohne dafür eine größere Anweisung auf die Zukunft zu erhalten, durch die Zusicherung der Erbfolge in den gesammten meklenburgischen Landen nach dem Aussterben des herzoglich meklenburgischen Hauses im Mannsstamm. Die Aussicht hierzu schien damals nicht sehr fern. Denn im Jahr 1471 starb Herzog Ulrich von Stargard, der letzte von dieser meklenburgischen Linie, und Herzog Heinrich der Dicke von Meklenburg-Schwerin vereinigte zum ersten Mal wieder nach der Landestheilung von 1229 die gesammten meklenburgischen Lande.

Politische Rechte der Landstände. Erweiterung ihrer Privilegien auf Kosten der fürstlichen Herrschaft.

Indem wir nunmehr zur Betrachtung der landständischen Verhältnisse in diesem Zeitraum übergehen, fassen wir zuvörderst, ohne

---

[1]) Die Urk. ist zu Berlin am 21. Oct. 1415 ausgestellt, und die Sache unnöthigerweise bezweifelt worden, vergl. F. Boll, Geschichte des Landes Stargard B. II. S. 107. Uebrigens wurde die Gültigkeit des Reverses, welchen Balthasar ohne Vorwissen seiner beiden Brüder und der Stände des Landes ausgestellt, nachmals mit Recht von den letzteren bestritten.

besondere Rücksicht auf die verschiedenen Territorien der getheilten Herrschaft zu nehmen, die gemeinsamen Grundzüge auf.

Die Landesherren hatten, wie wir gesehen, die Stände der Geistlichkeit, der Vasallen, der Städte, jeden Stand mit seinem besonderen Rechte, eingesetzt und privilegirt; sie hatten ihnen Grundbesitz und einen mehr oder minder bedeutenden Antheil an der Jurisdiction über ihre Hintersassen überlassen. Mit ihren Privilegien besaßen die Stände zugleich die Macht, sich aufrecht zu erhalten: eben hierauf beruhte ihre Selbständigkeit. Sie waren nicht bloß Unterthanen, sondern sie übten ihrerseits Herrschaftsrechte über ihre Untersassen aus; nur durch ihre Vermittelung konnte der Landesherr diese erreichen, Abgaben und Dienste von denselben erlangen. Demnach verstand sich ihre Mitwirkung bei der Landesregierung ganz von selbst. Es bedurfte dazu nicht erst eines besonderen Zugeständnisses oder einer verfassungsmäßigen Anordnung, denn nicht ohne den Beistand der politischen Stände konnte die Landesherrschaft ausgeübt werden.

Doch waren es nicht alle privilegirten Stände zusammen, selten auch nur ein einzelner Stand in der Gesammtheit seiner Mitglieder, sondern in der Regel nur Einzelne, mehr oder weniger an Zahl, welche das Vertrauen des Landesherrn, die amtliche Stellung und das persönliche Ansehen zur Mitwirkung bei den fürstlichen Handlungen berief, oder auch der besondere Antheil, den sie an solchen nahmen, dazu berechtigte. In den von den regierenden Herren ausgestellten Urkunden finden wir sie regelmäßig als Zeugen aufgeführt, wobei häufig auch auf ihren Beirath Bezug genommen wird. Mit allgemeiner Bezeichnung heißen sie die Großen des Landes, die Aeltesten, die Weisen (majores, seniores, sapientes)[1].

---

[1]) Rost. Stiftungsurk. von 1218: Borwinus Dominus Magnopolensis — dominacionis nostre majoribus tam Slavis quam Theutonicis praesentibus. Zwei Urk. von 1236; Lisch, Mekl. Urk. B. III. Nr. 26 und 27: nobilis dominus Borewinus de Rozstock (nobilis dominus Johannes Magnopolensis) zelo justicie ductus et a senioribus terrae suae instructus. Urk. von 1261; Lisch, Mekl. Urk. Bd. I. Nr. 53: Nicolaus Dom. de Werle — ex quorundam sapientum nostrorum consilio.

Gewöhnlich sind es die Ritter und Vasallen in der Umgebung des Fürsten, sodann die Hofbeamten, von welchen am häufigsten der Truchseß (dapifer) genannt wird, die Castellane und Vögte der Burgen und Vogteien. Insofern die Hofbeamten in einem besonderen Dienstverhältniß zu dem Landesherrn standen, kann man zweifeln, ob sie zugleich als Vertreter des Standes der Vasallen zu betrachten seien. Allein Hofdienst und Lehndienst bildeten noch keinen Gegensatz, und wo des Beiraths der Vasallen im Allgemeinen gedacht ist, werden nur diejenigen von ihnen, welche die Ritterwürde besaßen, oder Hofämter bekleideten, als die angesehensten namentlich aufgeführt [1]). Auf ein näheres Verhältniß einzelner Ritter und Vasallen zu den Fürsten scheint der zu Ende des 13. Jahrhunderts und später oft vorkommende Ausdruck „unsere getreuen Räthe" (consiliarii, secretarii) hinzudeuten, welcher sie als die beständigen Rathgeber des Landesherrn bezeichnet [2]). Aber auch diese bilden keinen Gegensatz zu den übrigen Standesgenossen, sondern es sind nur die mit dem besonderen Vertrauen des Fürsten geehrten Vasallen an seinem Hofe gemeint. Neben den Vasallen, die sowohl durch Hof- und Lehndienst, als auch durch ritterliche Standesehre den Fürsten am nächsten standen, wurden auch die Rathmänner der Städte, zuvörderst nur der beiden Seestädte, in den fürstlichen Rath gezogen [3]). Die rasch aufsteigende

---

[1]) Urk. von 1237; Westph. Dipl. Dober. I. Nr. 13: Borwinus Dominus de Rostock de consilio fidelium nostrorum. Urk. von 1280; ib. Nr. 62: Henricus D. g. Dominus de Werle — de maturo fidelium militum nostrorum consilio etc.

[2]) Urk. der Herren von Werle von 1285; Westph. IV. Dipl. Meckl. p. 949: fidelium secretariorum nostrorum consilio. Urk. des Herrn Nicolaus von Rostock von 1294; Lisch, Mekl. Urk. B. I. Nr. 92: quod nos de maturo et discreto universorum ac singulorum consiliariorum nostrorum consilio et assensu. Urk. Heinrichs von Meklenburg von 1295; Lisch, Mekl. Urk. B. II. Nr. 37: nos igitur consenso et consilio — consiliariorum ac vasallorum nostrorum etc.

[3]) Privilegium Waldemars von Rostock für die Salinenbesitzer in Sülz von 1277; Rudloff, Cod. diplom. Nr. 36: consilio vasallorum nostrorum et burgensium de Rozstock.

Macht und die überwiegende Bedeutung, welche die Stadt Rostock für die Herrschaft, der sie den Namen gab, Wismar für den meklenburgischen Landestheil erlangten, mußte der Zustimmung und Mitwirkung der Bürger auch ein entsprechendes Ansehen im Rathe des Landesherrn verschaffen.

Obwohl die geistlichen Stiftungen am vorzüglichsten privilegirt waren und die Vorsteher derselben, Pröbste, Aebte und Domherren, dem Ansehen und dem Range nach zu den ersten Personen des Landes gehörten, so traten sie doch nicht gleich von Anfang an als ein dem Lande angehöriger Stand auf, sondern betrachteten sich vielmehr nur als Glieder der allgemeinen christlichen Kirche und betheiligten sich nicht weiter an den Landesangelegenheiten, als es die Sicherstellung oder Erweiterung der kirchlichen Vorrechte nöthig machte.

Das Verhältniß der mit überwiegendem Einfluß hervortretenden Stände zur Landesherrschaft läßt sich im 13. Jahrhundert besonders deutlich erkennen bei dem Streit, welcher über die vormundschaftliche Regierung in der Herrschaft von Meklenburg, während der Abwesenheit Heinrich des Pilgers, zwischen dessen Brüdern und den jungen Herren von Werle geführt wurde. Der alte Nicolaus von Werle kommt nach Wismar und beruft die sämmtlichen Vasallen, nebst den Rathmännern von Wismar, um beide Parteien zum gütlichen Vergleich zu bringen. Die Zusammenkunft findet in der Marienkirche statt, wo in Folge einer von Nicolaus und Frau Anastasia, der Gemahlin des abwesenden Heinrich, mit den verständigsten Vasallen gepflogenen Verhandlung der Junker (domicellus) Johann, Heinrichs Bruder, zum Vormund und sechs Ritter zu seinem Beirath erwählt wurden [1]. Die fürstlichen Vasallen und die Rathmänner der Stadt Wismar erscheinen hier als die Vertreter des Landes oder vielmehr als die Stände, auf deren Mitwirkung es bei Einsetzung der vormundschaftlichen Regierung

[1] S. die Wismarsche Chronik vom J. 1275 bis 1278 aus dem Wismarschen Stadtbuche, in den Mekl. Jahrb. B. III. S. 37 ff.

am meisten ankam. Doch nur aus der Zahl der Ritter wurden die vormundschaftlichen Räthe gewählt.

Nach dem Tode Heinrichs des Löwen (1329) trat abermals eine vormundschaftliche Regierung ein, als die meklenburgische Herrschaft durch den Zuwachs der Lande Stargard und Rostock vergrößert war. Nach Anordnung des verstorbenen Fürsten wurden, mit Uebergehung der Herren von Werle, 16 ritterliche Räthe und die Rathmänner von Rostock und Wismar zu Vormündern eingesetzt [1]). Es deutet auf das fortgeschrittene Ansehen der Stände, d. h. der Mannen und Städte des Landes, daß sie nun schon selbst die Landesregierung für die minderjährigen Fürsten übernahmen; die vertragsmäßig zur Vormundschaft berechtigten Herren von Werle aber wurden mit einer Geldsumme für ihren Anspruch abgefunden. Mit Berufung auf den Rath und die Zustimmung ihrer treuen Mannen stellten zwar die minderjährigen Fürsten Albrecht und Johann auch im eigenen Namen Urkunden über verschiedene Regierungshandlungen aus: allein diese wurden dann noch durch die Vormünder ausdrücklich anerkannt und bestätigt [2]). Eine Folge dieses ständischen Regiments war, daß Albrecht nach seinem Regierungsantritt die übermächtig gewordenen Vasallen erst wieder mit den Waffen zum Gehorsam bringen mußte.

Noch ein Jahrhundert später führte die verwittwete Herzogin Katharina die vormundschaftliche Regierung für ihre Söhne Heinrich und Johann im Herzogthum Meklenburg-Schwerin (1424—1436). Nach einer mit ihrem Rathe verabredeten Regimentsordnung wurden die einzelnen Vogteien des Landes unter die Verwaltung von 11 ritterlichen Räthen gestellt und diesen je zwei Rathmänner von Rostock und Wismar beigeordnet [3]).

[1]) S. Lisch, über die Vormundschaft und den Regierungsantritt des Fürsten Albrecht II. von Meklenburg in den Mekl. Jahrb. B. VII. S. 1—51 und die Urkunden S. 235 ff.

[2]) Urk. von 1329; a. a. O. S. 237: 16 ritterliche Räthe bezeugen: „dat von useme hete (Geheiß) unde von wolbehagende unde von useme rade — use juncherre Alberth van Mekelenborgh verkoft heft" u. s. w.

[3]) Regiments-Ordnung der Herzogin Katharina von 1424: Gerdes, nützliche Sammlung. S. 689 ff.

Man sieht, der Beirath der Stände war nicht selten eine wirkliche Mitregierung, welche in Fällen, wo der Landesherr zu regieren unfähig war, bisweilen mit den ständischen auch die landesherrlichen Rechte zugleich vertrat.

Es läßt sich jedoch auf der anderen Seite nicht behaupten, daß der Landesherr den ständischen Beirath in den Angelegenheiten, bei welchen dieser in der Regel erwähnt wird, gar nicht hätte umgehen können, daß seine Handlungen ohne dies keine rechtliche Gültigkeit gehabt hätten. Aber die Bedeutung der ständischen Mitwirkung lag offenbar in der erklärten Anerkennung der Stände, in der verstärkten Sicherheit und Verbürgung, die sie damit einer fürstlichen Handlung gewährten. So wird z. B. bei dem Verkauf fürstlicher Besitzungen und Rechte, bei der Bestätigung von dem Verkaufe eines Lehngutes, bei einer Privilegienverleihung u. s. w. regelmäßig der Beirath und die Zustimmung der Räthe und Vasallen des Fürsten hervorgehoben. Ausdrücklich findet sich bisweilen bei Friedensverträgen oder bei fürstlichen Schuldverträgen die förmliche Verbürgung der Stände, sei es, daß bloß eine Anzahl von Vasallen für die von ihrem Lehnsherrn übernommene Verpflichtung als Mitgelober und Bürgen eintreten, oder daß Vasallen und Städte des Landes neben den verbündeten auswärtigen Herren die nöthige Sicherheit leisten [1]).

Ebenso finden wir bisweilen einzelne oder mehrere von den genannten Ständen zum voraus als Schiedsrichter für künftig vorfallende Streitigkeiten unter den Fürsten bestellt [2]). Dies ist beson-

[1]) Einige Beispiele sind: In dem Wittmannsdorfer Vertrage Heinrichs von Mekl. mit dem Markgrafen von Brandenburg über das Land Stargard von 1304 verbürgen sich für den ersteren, wegen der versprochenen Geldzahlungen, außer den mit ihm verbündeten auswärtigen Herren, 50 Ritter und Knappen und 4 Städte des Landes Stargard; Rudloff, Cod. diplom. Nr. 64. p. 178. In dem Vertrage Heinrichs von Mekl. mit K. Christoph von Dänemark im J. 1323, wodurch jener die Länder Rostock, Gnoien und Schwan von Dänemark zu Lehen erhielt und sich dafür zur Heerfolge verpflichtete, sind außer den verbündeten Herren auch eine Anzahl von Rittern und Knappen als Mitgelober genannt; Westph. IV. Dipl. Meckl. p. 966.

[2]) Urk. von 1322: Vertrag der Herren von Werle mit den Herzogen von Pommern; Lisch, Maltzansche Urk. B. I. S. 368.

ders bei Erbeinigungen der stammverwandten Fürstenhäuser oder der verschiedenen Linien Eines Fürstenhauses der Fall. Eine derartige Erbeinigung wurde z. B. von mehreren Herren von Werle im Jahre 1353 „nach Rath und mit Zustimmung unserer Rathgeber, unserer Mannen und unserer Städte" geschlossen: im Fall Streit zwischen ihnen entstände, so sollen von der einen Seite die Städte Parchim und Teterow, von der anderen Güstrow und Waren, Mannen und Rathgeber dazu heischen und den Streit schlichten; im Fall aber der eine oder der andere Theil sich dem Ausspruch derselben zu unterwerfen weigern würde, sollen desselben Städte, Schlösser und Lande, Mannen und Leute dem anderen Theil beitreten [1]). Als im Jahre 1467 eine Fehde zwischen dem Herzog Ulrich von Stargard und den Herzogen von Meklenburg-Schwerin ausbrach, legten sich die Mannen der Länder Wenden und Stargard ins Mittel, und es wurde in dem Friedensvertrage bestimmt, daß künftige Mißhelligkeiten durch die beiderseitigen Räthe von Mannen und Städten sollten verglichen werden [2]).

In Streitigkeiten der Stände unter einander entschied das fürstliche Hofgericht; aber auch in diesem waren Vasallen und Rathmänner der Städte die Beisitzer, und von den Standesgenossen wurde das Urtheil gefunden. Eine Klage des Klosters Rehna gegen die Knappen von Benzin, wegen verweigerter Wald-, Wasser- und Weide-Gerechtigkeit, ward im Jahre 1309 zu Wismar bei dem Herrn Heinrich von Meklenburg und seinen Vasallen angebracht: in der Gerichtsversammlung fordert der vorsitzende Fürst den Ritter Heinrich von Güstrow auf, das Urtheil zu sprechen, was dieser nach vorgängiger Berathung mit den anderen Vasallen, sowohl Rittern als Knappen, thut [3]). In einer Streitsache seiner Vasallen

---

[1]) Dieser Vertrag wurde, außer von den Fürsten selbst, auch von ihren Städten und Mannen gewährleistet, die am Schluß der Urkunde aufgeführt sind: s. diese bei Lisch, Maltzansche Urk. B. II. S. 109.

[2]) S. Rudloff, Meklenb. Geschichte B. II. S. 793 nach den urkundlichen Excerpten von Chemnitz.

[3]) Urk. von 1309; Lisch, Maltzansche Urk. B. I. Nr. 69.

mit der Kirche von Schwerin entschied der Graf von Schwerin mit Zuziehung der Vasallen und der Rathmänner der Stadt [1]).

Wenn so die Mannen und Städte in allen wichtigen Angelegenheiten von den Fürsten zu Rathe gezogen wurden, so konnten sie auch nicht wohl ihre Hülfe versagen, wenn sie zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse, namentlich zum Abtrag fürstlicher Schulden, um Beisteuern angegangen wurden. Noch gab es keine allgemeinen Landesbedürfnisse, deren Anerkenntniß die Verpflichtung aller Stände zur Beisteuer von selbst mit sich brachte, sondern der Landesherr begehrte die Hülfe für sich und pflegte sich in solchen Fällen nicht an das gesammte Land oder an die vereinigten Stände zu wenden, sondern an die Stände der einzelnen Bezirke, von deren gutem Willen er die erbetene Steuer am leichtesten oder unter den billigsten Bedingungen zu erlangen hoffte. Die Bewilligung geschah alsdann in der Form eines Vertrags und in Begleitung eines Freiheitsbriefs, in welchem die Zusicherungen des Landesherrn als entsprechende Gegenleistungen enthalten waren. Es liegen uns mehrere Bedeverträge dieser Art aus dem 13. Jahrhundert vor.

Nach dem einen dieser Verträge vom Jahre 1276 haben die Herren Heinrich und Johann von Werle von den Vasallen und den Geistlichen im Lande Gnoien eine außerordentliche Hülfe zum Schuldenabtrag begehrt [2]). Sie danken denselben für die auf drei Jahre bewilligte Hufensteuer von 8 Schill. jährlich für jede Hufe, ohne Unterschied der eigenen und der Bauerhufen, und sichern ihnen dafür die künftige Befreiung von dieser Bede zu, mit Vorbehalt jedoch der außerordentlichen Hülfen von 2 und 4 Schill. für die Hufe, den Hofacker ausgenommen, zur Ausrichtung der Ver-

---

[1]) Urk. von 1329; Schröder, Papist. Meklenb. S. 1088. Nos in judicio presidentes assumtis nobis vasallis nostris et consulibus civitatis nostre Zwerinensis etc.

[2]) Petivimus nostros vasallos dilectos in nostro dominio Gnoyen una cum subditis nostris spiritualibus, ut nobis venirent in auxilium ad nostrorum expurgationem debitorum. Lisch, Mekl. Urk. B. I. Nr. 72.

mählung der fürstlichen Töchter und bei Ertheilung der Ritterwürde an die Söhne. Zugleich wird die Gerichtsbarkeit der Vasallen über ihre Untersassen festgestellt in Fällen, wo diese von Stadtbürgern gerichtlich verfolgt würden [1]). — Ebenso ertheilten die Herren von Werle im Jahre 1285 ihren Vasallen zu Röbel, Malchow und Burg Wenden, zum Dank für die Uebernahme des dritten Theils ihrer Schulden mit 2000 Mark, einen Freiheitsbrief, worin die gleiche Zusicherung künftiger Bedefreiheit, außer bei den schon erwähnten Gelegenheiten, sowie der den Vasallen schon seit der Colonisation zustehenden Rechte auf ihren Gütern nebst anderen Vergünstigungen enthalten war [2]).

Aehnliche Bedeverträge sind aus derselben Zeit aufbewahrt in den Herrschaften Schwerin und Ratzeburg. Die Grafen Helmold und Nicolaus von Schwerin ertheilten im Jahre 1279 ihren Ländern Boizenburg und Wittenburg, bei Gelegenheit einer Bedebewilligung von 1 Mark für die Colonenhufe, zwei gleichlautende Freibriefe mit Zusicherung der Bedefreiheit für künftige Zeit, außer in den Fällen der Gefangenschaft des Landesherrn und der Vermählung der fürstlichen Kinder: sie verzichten sodann auf das Münzrecht gegen eine jährliche Abgabe und sichern die Jurisdiction der Vasallen gegen das Eindringen der fürstlichen Vögte und die Ansprüche der Städte, wogegen die Verpflichtung derselben zum Kriegsdienst beim Aufgebot des Lehnsherrn aufs neue eingeschärft wird [3]).

Im Ratzeburgischen Lande bewilligten im Jahre 1280 alle Vasallen und Einwohner dem Herzog Johann von Sachsen, für die Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs, 12 Schill. für die Hufe zum Schuldenabtrag. Dagegen verspricht der Herzog künf-

---

[1]) Von einer ganz gleichlautenden Urkunde desselben Datums (12. Nov. 1276) für die Vasallen und Geistlichen in der Herrschaft Güstrow giebt ein Auszug Clandrians Nachricht. S. Feststehenden Grund der Steuerfreiheit u. s. w. 1742. Urk. Nr. IV. a.

[2]) Westph. IV. Dipl. Mecklenb. p. 949 sq.

[3]) Urkunden-Sammlung der schleswig-holstein-lauenburgischen Gesellschaft. S. 104. Nr. 98.

tige Bedefreiheit sowohl den Vasallen als den freien Leuten auf deren Gütern, mit Ausnahme derjenigen, welche zur (gewöhnlichen) Bede verpflichtet waren [1]).

Der letztere Vorbehalt deutet auf eine Verschiedenheit der bewilligten und der herkömmlichen Beden, welche wohl zu beachten ist. Es ist bereits erwähnt worden, daß gleichwie die Städte eine jährliche Grundabgabe unter dem Namen Orbör an den Landesherrn zu leisten hatten, so auch die Untersassen der Vasallen eine Steuer oder sogenannte Bede (precaria, petitio) nach Hufenzahl entrichten mußten. Außer diesem herkömmlichen Bedezins oder der ordentlichen Bede, von welcher in der Regel nur die Leute auf den Kirchengütern durch das Privilegium der Geistlichkeit befreit waren, forderten die Landesherren in dringenden Fällen noch außerordentliche Beden oder Grundsteuern als Hülfsgelder von ihren Vasallen, von deren gutem Willen die Aufbringung derselben lediglich abhängig war. Doch stellte sich auch hinsichtlich dieser bewilligten Beden, nach allgemeinem Lehnrecht, die Gewohnheit fest, daß in bestimmten Fällen, nämlich für die Auslösung des Lehnsherrn aus der Gefangenschaft, für die Ausstattung der Töchter bei deren Vermählung und für die Ertheilung der Ritterwürde an die Söhne, die Vasallen zu außerordentlichen Beisteuern verpflichtet waren [2]). Eben diese Fälle sind es, welche in unseren Bedeverträgen vorbehalten werden, bei denen die Vasallen selbst ihre Verpflichtung zur Bedeleistung anerkannten.

Es fragt sich aber, wie weit solche Verpflichtung der Vasallen, von ihrem Grundbesitz zu steuern, sich erstreckte. — In dem Streit, der im vorigen Jahrhundert über die Steuerfreiheit der Ritterschaft von Meklenburg geführt worden ist, stellte die letztere die Behaup-

---

[1]) Westph. T. II. Diplom. Raceb. p. 2198.

[2]) Vergl. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. B. II. § 306. — Dieselben Steuern von Ritterlehen finden sich in England unter dem Namen von Aids: gegen die mißbräuchlich geforderten Beden wurden die Vasallen in der Magna Charta und öfter sichergestellt. S. Blackstone Commentaries V. II. Ch. 5 über die alt-englischen Lehen (tenures).

tung auf, daß die sogenannten adeligen Hufen von jeher steuerfrei gewesen seien, da die Beden immer nur für die Colonenhufen des ritterschaftlichen Grundbesitzes wären bewilligt worden. In der That entnehmen wir aus den erwähnten Freibriefen des 13. Jahrhunderts, daß, wenn auch die Vasallen aus gutem Willen bisweilen von ihren Hofhufen steuerten, diesen doch in der Regel die Bedefreiheit selbst in den vorbehaltenen Fällen zugestanden wurde. Ohne Zweifel war jedoch die Zahl dieser Hufen nicht sehr beträchtlich, da der größte Theil des Grundbesitzes an Bauern ausgethan war, und zweckmäßig wäre es gewiß zur Vermeidung künftigen Streits gewesen, wenn man die Zahl der steuerfreien Hufen, die sich mit der Zeit durch Einziehung des Colonenackers sehr vermehren konnten, für jedes Lehngut von vorn herein festgesetzt hätte, gleichwie dies in einem brandenburgischen Bedevertrage mit den Vasallen der Altmark im Jahre 1281 geschah, wo bei Umwandlung der bisher nur unregelmäßig erhobenen Beden in einen festen Bedezins 6 Hufen für jeden Ritter und 4 für jeden Knappen von dieser stehenden Abgabe befreit wurden [1]).

Für die hauptsächlich durch die beständigen Fehden und Kriege sehr vermehrten Bedürfnisse der Landesherren reichten aber weder ihre ordentlichen Einkünfte aus Domänen, Gerichtsbarkeit, Beden und Zöllen, noch die außerordentlichen Bewilligungen der Vasallen aus. Sie nahmen daher immer häufiger ihre Zuflucht zu umfänglichen Veräußerungen von Grundbesitz und Hoheitsrechten, welche einzelnen Ständen vielfache Gelegenheit gaben, sowohl ihre Besitzungen, als ihre Privilegien zu erweitern. Besonders Heinrich von Meklenburg, der Löwe, ging hier mit dem üblen Beispiel voran.

Wenn bis dahin hohe Gerichtsbarkeit, Bede und andere Leistungen der Unterthanen den Ständen nur ausnahmsweise überlassen

---

[1]) Gercken, Diplom. veteris Marchiae Brand. B. I. Nr. 7. p. 15 sq. — Außer dem jährlich zwei Mal mit 1 Schill. für die Hufe zu entrichtenden Bedezins wurde auch hier die außerordentliche Bede in den benannten Fällen vorbehalten.

waren, so geschah es im 14. Jahrhundert sehr häufig, daß die Landesherren diese Hoheitsrechte entweder für sich allein oder zusammen mit den Gütern verkauften. Die geistlichen oder weltlichen Gutsherren traten alsdann ihren Hintersassen gegenüber in die bisherigen landesherrlichen Rechte ein. Namentlich bei Vergebung der Bede findet sich nicht selten bemerkt, daß so oft und zu welchem Betrage sie künftig von den Fürsten würde gefordert werden, solche den neuen Erwerbern zu entrichten sei [1]), und wiederum verkauften die also Berechtigten dieselben Hoheitsrechte, sei es mit den Gütern, oder ohne sie, oder behielten sich einzelne, wie z. B. die Bede, beim Verkauf der Güter vor [2]).

Nicht bloß die geistlichen Stiftungen, welche schon von Anfang an durch ihre Privilegien bevorzugt waren, auch die reichen Vasallen zogen aus der Noth der Fürsten den größten Vortheil. So kauften die Plessen und Preen zur einen, und die Stralendorf zur anderen Hälfte von Heinrich von Meklenburg, im Jahr 1318, die ganze Insel Poel und noch sieben Ortschaften an der gegenüberliegenden Küste mit Eigenthum und Herrschaftsrechten, mit Roßdiensten, Beden, hohem und niederem Gericht, mit der Befugniß der beliebigen Veräußerung, wofür die gebührenfreien Consensbriefe

---

[1]) Urk. von 1277 oder 1289; Schröder, Papist. Mekl. p. 748 und 798: Johann von Werle bestätigt der Kirche von Wattmannshagen eine Schenkung von 3 Hufen und 8 Katen „cum omni precaria quotiescunque quandocunque et quantumcunque de aliis mansis in terris nostris petierimus, toties et tantum praedicto Rectori (d. i. dem Pfarrer) — de omnibus bonis totaliter debent cedere. — Urk. von 1306; Westph. III. Dipl. Dob. p. 1583. Nr. 30: Heinrich von Mekl. verkauft dem Kl. Doberan zwei Dörfer mit Beden und Diensten der Unterthanen — omne servitium et omnem precariam, quod nobis facere tenerentur seu precariam, quam nobis dare deberent, predicto conventui dabunt.

[2]) Urk. von 1304; Westph. Dipl. Dob. p. 1576. Der Ritter Friedrich, genannt Babbe, überläßt dem Kl. Doberan die Bede auf einigen Hufen im Dorfe Satow, wo sie ihm von allen Hufen gehörte. — Urk. von 1326; Schröder, Papist. Mekl. S. 1057. Die von Preen, Stralendorf und Plessen behalten sich bei einem Verkauf auf der J. Poel Beden und zwei Drittel des hohen Gerichts vor. — Urk. von 1339; ebend. S. 1217. Die von Bülow verkaufen der Stadt Wismar das Dorf Benz mit hohem und niederem Gericht, mit allen Beden und Diensten.

zum voraus verheißen wurden, mit der Freiheit, Schlösser zu bauen und Schanzen anzulegen, mit den Kirchenpatronaten: so daß der Landesherr sich hier durchaus nichts vorbehielt, außer der allgemeinen Lehnsverpflichtung der Besitzer, wofür er ihnen seinen Schutz in allen rechten und billigen Dingen verhieß [1]). — In derselben Weise wurden die Lützow mit der ganzen Herrschaft Grabow, mit Mannen und Lehngütern, Kirchenlehen und Gericht, mit Eigenthum und aller Freiheit im Jahre 1321 von Heinrich von Meklenburg belehnt [2]).

Nicht eben selten sind im 14. Jahrhundert die Fälle ähnlicher Veräußerungen an Stadtbürger. Es ist bereits bemerkt worden, daß die Erwerbung von Lehngütern an die Bedingung der Ritterbürtigkeit nicht gebunden war, daß auch Geistliche und Bürger solche nach Lehnrecht empfingen, daß es aber in deren eigenem Standesinteresse lag, sich von den Lehnsverpflichtungen frei zu machen und das Privilegium des sogenannten Eigenthumsrechts zu erwerben. Gleichwie nun die Landesherren für gutes Geld solches Privilegium an Geistliche und Vasallen verkauften, so trugen sie ebenso wenig Bedenken, Lehngüter zu Eigenthum, d. i. frei von Lehnsverpflichtungen und Abgaben, mit vollem Herrschaftsrecht und hoher Gerichtsbarkeit an Stadtbürger zu überlassen. So erhielt der Bürger von Plau, Barthold Schwartepape, im Jahr 1313 von Nicolaus von Werle das Dorf Zarmoth zu vollem Eigenthum mit hoher und niederer Gerichtsbarkeit, Bede u. s. w., wovon er sodann zwei Drittel an das Bisthum Schwerin verschenkte [3]). Heinrich von Meklenburg gewährte dem Johann Roden, Bürger und Rathsherrn von Rostock, im Jahr 1327 das Dorf Niendorf mit denselben Rechten und der Befugniß freier Veräußerung [4]). Die

---

[1]) S. die Urk. bei Rudloff, Cod. dipl. Nr. 101.

[2]) A. a. O. Nr. 106.

[3]) Rudloff, Cod. dipl. Nr. 90 und 109.

[4]) A. a. O. Nr. 121. Noch einige Fälle dieser Art aus der Zeit der dänischen Herrschaft über Rostock finden sich bei Schröter, Rostocksche Chronik im Anhang, Specimen diplomatorii Rostoch. Nr. 10, Urk. von 1305: König

Brüder Wilde von Rostock kauften im Jahre 1330 von den Brüdern von Oldenstadt das Dorf und den Hof Jürgenshagen mit den gewöhnlichen Vasallenrechten, und erhielten dafür vom Herrn Albrecht von Meklenburg die Bestätigung nach Lehnrecht (jure pheodali). Einige Jahre später kauften sie dazu das Eigenthum, hohe Gerichtsbarkeit und einen halben Roßdienst nebst aller Bede, welche letztere bis dahin noch die Preen besessen hatten, und die Abgabe des Münzpfennings, für die Summe von 300 Mark, welche Herr Albrecht zur Einlösung der Vogtei Bukow verwendete [1]).

Natürlich blieben die Städte selbst nicht zurück. Besonders die Seestädte lösten die wichtigsten Herrschaftsrechte von den Landesherren ab. Bereits im J. 1300 kaufte Wismar von den beiden Fürsten Heinrich von Meklenburg, Vater und Sohn, die fürstliche Burg vor der Stadt zu dem Zwecke, sie zu zerstören, und räumte ihnen dafür einen Wohnplatz innerhalb der Stadt ein [2]). Im J. 1308 erwarb die Stadt um 1200 Mark slavisch die Gerichtsvogtei, die sie zwar durch den Friedensvertrag von 1311 verlor, bald nachher aber, wie es scheint, wieder an sich brachte [3]). Weiterhin (1329) verkaufte der junge Herr Albrecht von Meklenburg oder vielmehr die vormundschaftliche Regierung den befestigten herrschaftlichen Hof an der Stadtmauer, welcher den Fürsten den Eingang in die Stadt offen hielt, und nahm dafür mit einem anderen innerhalb der Stadt nach lübischem Rechte vorlieb. — Rostock kaufte

---

Erich verkauft an die Brüder Quast und Erben in Rostock das hohe Gericht, Bede u. s. w. in Bentwisch, Schwars und Kessin; Nr. 12, Urk. von 1310 — an den Bürger Bernhard Kopman das Dorf Sanitz zu vollem Eigenthum; bestätigt durch Heinrich von Meklenburg im J. 1311, ib. Nr. 15.

[1]) S. diese interessanten Urkunden bei Lisch in den Mekl. Jahrb. B. VII. Urk. Nr. 5. 6. 13.

[2]) S. die nur irrthümlich von 1305 datirte Urk. bei Senkenberg, Selecta juris et historiarum T. II. p. 480 sq.

[3]) Denn schon im J. 1329 findet sich: Thidericus Burgimagister Advocatus: Schröder, Beschreibung der Stadt Wismar. S. 25. Noch in der Bestätigung der Wismarschen Privilegien durch Hz. Johann Albrecht von 1554 wird auf die Urk. von 1300 über die Erwerbung der Vogtei Bezug genommen. Senkenberg l. c. p. 510.

im J. 1278 von Herrn Waldemar von Rostock die fürstliche Burg Hundesburg mit der Zusicherung, daß künftig keine neue Burg oder Befestigung an der Warnow von dem Hafen von Warnemünde an bis zur Stadt hinauf angelegt werden solle [1]). Nachdem Heinrich von Meklenburg die Herrschaft Rostock als dänisches Lehen erhalten hatte, verkaufte er der Stadt die Burg in Warnemünde zum Abbruch, sowie auch das Dorf mit dem hohen Gericht (1322 und 1323); weiterhin (1325) die Münzstätte und das Münzrecht in dem ganzen Gebiet der Herrschaft [2]). Von seinem Nachfolger Albrecht endlich erwarb die Stadt auch die volle Gerichtsbarkeit mit allen Einkünften innerhalb ihrer Zingeln oder Markscheide für die Summe von 2000 Mark Rost. (1358) [3]). — Während beide Seestädte auf solche Weise ein fürstliches Hoheitsrecht nach dem anderen an sich brachten, erweiterten sie zugleich ihr Gebiet durch den Ankauf von fürstlichen oder Vasallendörfern mit den Rechten des Eigenthums, und auch diejenigen Güter, welche ihre Bürger für sich zu Eigenthum erwarben, wurden als zur Stadt gehörig angesehen, so daß die städtischen Privilegien gleichfalls für sie in Anwendung kamen.

Noch viel weiter, als die Veräußerungen der fürstlichen Rechte gingen die Verpfändungen, vermöge welcher die Fürsten sich gleichfalls Darlehen zur Deckung dringender Bedürfnisse verschafften. An Vasallen und Bürger, an die Bischöfe, an andere Fürsten wurden die Herrschaftsrechte über Städte und ganze Vogteien verpfändet, deren Einlösung oft wieder andere Veräußerungen nöthig machte. Seit dem Ende des 13. und im 14. Jahrhundert finden sich davon häufige Beispiele. Um die an den Fürsten Witzlav von Rügen verpfändete Stadt Plau einzulösen, verkaufte Nicolaus von Werle die beiden Seen bei Krakow an das Kloster Doberan (1298) [4]).

---

[1]) D. Landesfürst in Rostock. Urk. Nr. 9.

[2]) A. a. O. Urk. Nr. 13. 15. 21.

[3]) A. a. O. Nr. 32.

[4]) S. die Urk. in den Mekl. Jahrb. B. XVII. S. 287 — pro inevitabili necessitate et majori utilitate nostra atque totius terre geschehe dieser Verkauf, sagt der Fürst.

Im J. 1356 verpfändeten die jungen Herren von Werle Schloß, Stadt und Land Plau an den Herzog Albrecht von Meklenburg, der sie einige Jahre später wieder an die Ritter und Knappen Stralendorf, Dewitz und Bülow zu Pfandbesitz vergab [1]). Derselbe Herzog verpfändete die Vogtei in Stadt und Land Sternberg mit hohem und niederem Gericht, mit allen Beden im J. 1350 an seinen getreuen Claus Kurdorp und Erben, Bürger zu Sternberg [2]). Derselbe verpfändete im J. 1371 die Städte Sülz und Marlow für 600 Mark Silber an das Bisthum Schwerin; und noch im J. 1450 wurden zwei Brüder von der Lühe mit dem erblichen Pfandbesitz der Vogteien von Sülz und Marlow belehnt [3]). Es ist unnöthig, Beispiele dieser Art, von welchen die Urkunden dieser Jahrhunderte voll sind, zu häufen. — Leicht konnte es bei solchem Verfahren geschehen, daß ein junger Fürst bei seinem Regierungsantritt die meisten Schlösser, Vogteien und Einkünfte verpfändet vorfand, in welcher Lage Heinrichs des Löwen Sohn, Albrecht, sich mit einem gerupften Vogel verglich und seine Umgebung fragte, ob ein solcher noch leben könne.

Daher sahen sich die Landesherren auch wohl bisweilen zu gewaltsamen Maßregeln gedrängt und genöthigt, bereits vergebene Rechte wieder zurückzunehmen. Ungeachtet des kirchlichen Privilegiums der Bedefreiheit legte Heinrich von Meklenburg im J. 1321 der Geistlichkeit und allen Kirchengütern im Lande eine Steuer zum Betrage von einem ganzen Jahreseinkommen auf und zog sich dadurch die Excommunication des Bischofs von Ratzeburg zu [4]). Der Eingriff in die geistlichen Rechte kam ihm auch sonst theuer zu stehen. Den Bischof von Ratzeburg mußte er zwei Jahre darauf durch Abtretung zweier Dörfer und mehrerer Patronatsrechte in

---

[1]) Die Urk. von 1356 und 1361 in den Mekl. Jahrb. a. a. O. S. 308 und 310.

[2]) Die Urk. in den Mekl. Jahrb. B. XII. S. 346.

[3]) Die Urk. in den Mekl. Jahrb. B. XI. S. 289 und 298.

[4]) S. die Urk. des Bischofs von Schwerin von 1321 und die betreffenden Stellen aus Kirchberg und der lübischen Chronik bei Lisch, Maltzansche Urk. B. I. Nr. 155 sq.

Wismar zufrieden stellen [1]). Auch die Stiftung des Klosters zu Ribnitz, welches er mit dem fürstlichen Hofe und der Pfarrkirche zu Ribnitz und dem Lande Zwante-Wustrow dotirte (1328), geschah zur Sühne. In dem Privilegium über den Besitz des Landes Zwante-Wustrow verzichtet Heinrich nicht nur auf alle Gerechtsame, Beden, Dienste für sich und seine Nachkommen, sondern verspricht auch, sich keine Steuern von dem Kloster zur Gunst erbitten zu wollen, selbst nicht in Nothfällen, in welchen es ihm sonst wohl zustehe, solche auch von den Kirchengütern und geistlichen Personen zu fordern [2]). Man sieht, der Fürst will das landesherrliche Recht, die Geistlichkeit in Nothfällen zu besteuern, an sich noch behaupten, wiewohl er es im besonderen Falle aufgiebt. Mit besserem Erfolge wurde dasselbe, wie sich weiterhin zeigen wird, erst zu Anfang des 16. Jahrhunderts wieder in Kraft gesetzt.

Entstehung der landschaftlichen Verbände.

Durch die fortgesetzten Vergebungen fürstlicher Herrschaftsrechte im 14. und 15. Jahrhundert, welche die bei den ursprünglichen Privilegienverleihungen eingehaltenen Grenzlinien bei weitem überschritten, war der Reichthum und das Ansehen der geistlichen und weltlichen Grundherren in steter Zunahme begriffen, und es konnte nicht fehlen, daß auch ihr politischer Einfluß auf die Landesregierung dadurch verstärkt wurde, besonders wenn sich unter ihnen selbst ein landschaftlicher Zusammenhang ausbildete, der sie in Stand setzte, ihre Privilegien gemeinsam zu wahren und als Rechte des Landes, sowohl nach außen, als auch dem Landesherrn gegen-

[1]) Die Urk. von 1323 beginnt mit einem Schuldbekenntniß: cum nuper sub a. 1321, de quo dolemus ausu temerario etc. Schröder, Papist. Mekl. p. 1004.

[2]) Rudloff, Cod. diplom. Nr. 125.

über, zu behaupten. — Indem wir untersuchen, wie solche Vereinigung der Stände den Anfang nahm, zeigen wir die Entstehung der nachmaligen landständischen Verfassung in ihrer eigentlichen Grundlage auf, für welche die Privilegien der einzelnen Stände nur die Vorbedingung ausmachten.

Wir stellen unserer historischen Ausführung den erst durch sie selbst zu beweisenden Satz in dem Ergebniß voran, daß in Meklenburg die landständische Vereinigung ihren Anfang nicht durch einen freiwilligen Entschluß, einen Conföderationsact der Stände selbst genommen hat, sondern auf ganz natürliche Weise herbeigeführt worden ist durch die gemeinsamen Beziehungen der Stände zur Landesherrschaft innerhalb der Grenzen ihres Territoriums und Verwaltungsbezirke, und daß in dem Maße, als die Territorialherrschaft selbst mehr und mehr eine bleibende Gestalt annahm, auch die landständischen Verhältnisse sich ausbildeten und die darauf begründete Verfassung sich befestigte, welche dann auch unabhängig von der Territorialherrschaft die Einheit des Landes an ihrem Theil bewahrte.

Das Verhältniß der einheimischen Landesherren zu den aufgenommenen deutschen Ständen war, wie wir gesehen haben, theils ein lehnsherrliches zu den Vasallen, theils ein anderweitig vertragmäßiges zu den geistlichen Stiftungen und Kirchen und zu den Städten. Die lehnsherrliche und die vertragsmäßige Herrschaft wurde jedoch eben so leicht von der Person des Inhabers abgetrennt und auf eine andere übertragen, als der Theilung unterworfen. Sie ging bei Verpfändungen einzelner Gebiete auf die Pfandbesitzer über, welche in die Rechte des Landesherrn eintraten und von den Eingesessenen die Pfandhuldigung empfingen. Bei Landestheilungen zwischen gleichberechtigten fürstlichen Brüdern, welche in der Regel durch einige Ritter als erkorene Schiedsmänner ausgeführt wurden, erhielt jeder Fürst außer den herrschaftlichen Schlössern eine Anzahl von Mannen und Städten zugewiesen. Man findet nicht, daß irgend ein Territorialzusammenhang oder eine Gemeinschaft der Stände solche Theilungen verhindert oder

erschwert hätte: nicht einmal der Rath oder die Zustimmung der Stände wird dabei überall erwähnt, und es ist, als ob diese selbst keinen näheren Antheil daran genommen hätten, welchem Landesherrn sie mit ihren sich gleich bleibenden Unterthanenpflichten unter- geben wären [1]). Ebensowenig wurde auch auf Seiten der Fürsten bei derartigen Theilungen auf den territorialen Zusammenhang Rücksicht genommen, sondern es kam bei der Zusammenlegung der Besitzungen einer Herrschaft hauptsächlich nur die Höhe der Einkünfte in Betracht.

Nichtsdestoweniger ist gerade bei den Landestheilungen schon der Anfang einer Territorialbildung zu erkennen. Denn nicht die einzelnen Mannen für sich werden jedem Theilherrn zugewiesen, sondern die Mannen und Städte der Vogteien oder, wie der gewöhnliche Ausdruck lautet: „Mannen, Stadt und Land", welche zusammen in dem Gerichts- und Verwaltungsbezirk des herrschaftlichen Vogts ein Ganzes ausmachten [2]). Diese also blieben auch bei den Theilungen in der Regel als zusammengehörige Stände vereinigt. Ebenso wurden bei Verpfändungen Schloß, Stadt und Land mit einander vergeben, nämlich die Vogtei und alle herrschaftlichen Gerechtsame, welche darin begriffen waren [3]). Nicht anders bezogen sich die Privilegienbestätigungen bei dem Regierungsantritt der Fürsten oder bei Uebernahme einer Stadt in Pfandbesitz, sowohl auf diese selbst, als auf die Mannen des dazu gehörigen Vogtei-

---

[1]) Beispielsweise führe ich die meklenb. Landestheilung von 1352 an: Letztes Wort ꝛc. Urk. Nr. 8. Doch sind außer den Grafen von Holstein und Schwerin noch mehrere Ritter als Schiedsmänner unterschrieben, und die Urkunde ist auch mit den Siegeln der Städte Rostock und Wismar versehen.

[2]) In dem Werleschen Erbtheilungsvertrage von 1316 z. B. (Rudloff, Cod. diplom. p. 277) sind bei jedem Theile nur die Namen der Städte aufgeführt, aber sie bezeichnen, wie sich aus dem Text ergiebt: Stadt, Mannen und Land, d. i. die ganze Gerichtsvogtei. In dem Theilungsvertrage desselben Hauses von 1347 (Gerdes, Sammlung. S. 568) werden jedem Bruder zugetheilt: „Schlote (Schlösser) und Land mit Mannen."

[3]) S. z. B. die mehrfachen Verpfändungen von Röbel: Mekl. Jahrb. B. III. S. 326 ff.

bezirks[1]). An die Vasallen der einzelnen Landschaften wandten sich die Fürsten wegen außerordentlicher Bedebewilligungen und verliehen oder bestätigten ihnen dafür insgesammt ihre Privilegien[2]).

Die ursprüngliche Landeseintheilung war, wie schon bemerkt, durch die slavischen Castellaneien oder Burgbezirke gegeben, von deren Hauptburgen die dazu gehörigen Länder (terrae) benannt wurden. An die Stelle dieser Burgen traten dann die deutschen Städte als neue Mittelpunkte, an welche sich der Vogteibezirk der Landschaft, die mit der Stadt gleichen Namen führte, anschloß. Gleichwie nun hier der von Anfang an gegebene landschaftliche Zusammenhang bestehen blieb und die Stände: Stadt und Mannen, an einander knüpfte, so bildete sich ein solcher allmählich auch in dem größeren Umfang eines Territoriums, welches längere Zeit ungetrennt unter einer fürstlichen Herrschaft vereinigt war. Dies zeigt sich besonders bei dem Uebergang eines solchen Territoriums an eine neue Herrschaft in der Art und Weise, wie den Ständen desselben insgesammt ihre hergebrachten Privilegien bestätigt wurden.

Als Heinrich von Meklenburg im J. 1304 das Land Stargard von den brandenburgischen Markgrafen zu Lehen erhielt, wurde der Vertrag von stargardschen Vasallen und fünf Städten des Landes gewährleistet, und der neue Landesherr sicherte diesen dafür ihre Privilegien dergestalt zu, daß im Falle einer Privilegienverletzung von seiner Seite es ihnen freistehen sollte, sich wieder einen von den brandenburgischen Markgrafen zu ihrem Herrn und Vertheidiger zu wählen[3]). Es zeigt sich, daß die genannten Stände die

---

[1]) Z. B. Urk. von 1357: Schröder, Papist. Mekl. S. 1370. — Privilegien-Versicherung der Herren von Werle für die Stadt Malchin, Mannen, Land und Leute der Vogtei. — Als die meklenburgischen Herzoge im Fürstenthum Wenden succedirten, bestätigten sie die Privilegien in den einzelnen Vogteien, wo sie die Huldigung empfingen. S. Rudloff, Mekl. Gesch. Bd. II. S. 741 nach den Urk. bei Chemnitz,

[2]) S. o. S. 62 f.

[3]) S. F. Boll, Gesch. des Landes Stargard. B. I. S. 135, nach der Urk. der Stadt Friedland. S. 357.

Gesammtvertretung des Landes bildeten, wie auch die Privilegienbestätigung sie als zusammengehörig ansieht. Seit dieser Zeit ist dem Lande Stargard sein besonderer landständischer Verband geblieben. — Anders in der Grafschaft Schwerin. Als diese im J. 1358 durch Kauf erworben wurde, gab Herzog Albrecht die Versicherung, daß er und seine Erben alle Mannen, Städte und gemeinen Leute der Grafschaft, Pfaffen und Laien bei ihren Rechten lassen würden [1]). Mehrere dazu gehörige Länder, wie Crivitz, Boizenburg, waren aber schon einige Jahre vorher, nach dem Aussterben der Boizenburger Linie, mit Meklenburg vereinigt worden, und es war ohne Zweifel eine Folge der lange Zeit hindurch dreifach getheilten Herrschaft in dieser Grafschaft, daß sie für sich kein landständisches Ganze ausmachte, sondern, in einzelne Vogteien aufgelöst, der meklenburgischen Herrschaft einverleibt wurde [2]).

Wie genau sich die landständische Verfassung in ihrer noch gleichsam flüssigen Bildungsform und leicht beweglichen Gestaltung an die besonderen Herrschaftsverhältnisse der Länder anpaßte, ist auch aus der Zusicherung zu entnehmen, welche die Herren von Werle-Güstrow im J. 1357 bei der Vormundschaftsübernahme in dem anderen Werleschen Landestheile von Goldberg, in Betreff der Privilegien der Stadt und Vogtei Malchin, ertheilten, worin sie versprachen, keine andere Bede zu heischen, als die hergebrachten Beden in den drei jährlichen Terminen, auch keine Burg oder Schanze im Lande anzulegen, es sei denn mit Rath und Zustimmung der Mannen und Städte ihres minderjährigen Vetters von Goldberg, des Junker Henneke [3]). In der Werleschen Herrschaft Goldberg bildeten also die eingesessenen Mannen und Städte eine besondere Landesvertretung.

---

[1]) Gerdes, Nützliche Sammlung. S. 22 f.

[2]) Nur die Stände der Vogtei Schwerin treten zusammen auf in einer Urk. von 1391: Ungnaden, Amönitates. S. 370 f. — nämlich der Vogt von Schwerin mit Bürgermeistern und Rathmännern der Stadt und allen Rittern und Knechten, d. i. Knappen, der Vogtei.

[3]) Urk. von 1357 bei Schröder, Papist. Mekl. S. 1370.

Doch die mehrfach wechselnden Landestheilungen des Hauses Werle hatten nicht den Erfolg, eine dauernde Trennung von Mannen und Städten zu bewirken, denn die Stände des Fürstenthums Wenden wurden ebenso im Ganzen als zusammengehörig angesehen, wie die des Landes Stargard. In solcher Weise finden sie sich zusammengefaßt in den Privilegienversicherungen, welche bei der Erbverbrüderung der fürstlichen Häuser von Meklenburg und Wenden im Jahr 1418 auf die Eventualhuldigung der Stände von beiden Seiten erfolgten. Die Fürsten von Wenden nämlich ertheilten solche Versicherung zu Rostock der Stadt Rostock, sowie den Mannen, Städten und Einwohnern, geistlichen und weltlichen, in dem Lande zu Meklenburg belegen[1]); sodann zu Neubrandenburg allen Mannen und Städten, geistlichen und weltlichen Einwohnern des Landes zu Stargard[2]). Die meklenburgischen Herzoge hingegen bestätigten zu Güstrow die Privilegien der Stadt Güstrow, sowie der Mannen und Städte, geistlichen und weltlichen Einwohnern in dem ganzen Lande zu Wenden belegen[3]).

Mit der Einführung dieser seitdem öfter wiederkehrenden Unterscheidung der drei Länder Meklenburg, Wenden und Stargard steht im Zusammenhang das seit dem 14. Jahrhundert in jedem derselben nachweisbare erbliche Marschallamt nebst dazu gehörigem Lehngut, welches die damit belehnten Vasallengeschlechter an die Spitze der Mannen der ganzen Landschaft stellte. Nur in dem lange Zeit getheilten Lande Werle erhielten sich zwei durch die Erbmarschallswürde ausgezeichnete Geschlechter, die Levetzow in Werle-Güstrow und die Maltzan in Werle-Goldberg, von welchen jedoch die ersteren nach der Vereinigung der meklenburgischen Lande zurücktreten mußten[4]).

---

[1]) S. die Urk. in den Rostockschen Wöch. Nachrichten von 1755 S. 93 ff.

[2]) Die Urk. in Gerdes Sammlung S. 673.

[3]) Die Urk. bei Gerdes S. 174.

[4]) Die Lützow zu Grabow finden sich als Marschälle im Herzogthum Schwerin seit der Mitte des 14. Jahrhunderts. Die Maltzan zu Schorssow erlangten um dieselbe Zeit, wie es scheint, die erbliche Marschallswürde in Werle.

Abgesehen von diesem landschaftlichen Bande, welches jedoch zunächst nur die Mannen anging, hatten die Stände ohne Zweifel das freie Einigungsrecht, von welchem sie häufig in Bündnissen mit einheimischen und fremden Mächten Gebrauch machten. Die Seestädte Rostock und Wismar traten schon im Jahr 1293 mit Lübeck, Stralsund und Greifswald in den oft erneuerten wendischen Hansebund und fanden in demselben eine mächtige Stütze auch gegen ihre Landesherren. Die Verbindung bezweckte zunächst die gemeinsame Vertretung ihrer auswärtigen Handelsinteressen, aber auch den gegenseitigen Schutz ihrer Privilegien, wodurch die häufige Einmischung der auswärtigen Städte zur Vermittelung von Streitigkeiten ihrer Verbündeten mit den Landesherren veranlaßt wurde.

Das eigenthümlich selbständige Verhältniß nicht bloß der Seestädte, sondern auch der übrigen Stände zu den Landesherren wird nicht minder durch die Bundesverträge bekundet, welche die letzteren sowohl mit ihnen, wie mit auswärtigen Mächten zur Aufrechthaltung des Landfriedens schlossen. Die Verbündeten verpflichteten sich in der Regel zur Bereithaltung der verabredeten Contingente von Kriegstruppen, zur Verfolgung der Friedensbrecher und zum gegenseitigen Beistand gegen dieselben. Eines der frühesten großen Landfriedensbündnisse dieser Art wurde im Jahr 1283 von den Herzogen von Sachsen und Pommern, dem Fürsten von Rügen, den Herren von Meklenburg, von Werle und von Rostock, den Grafen von Schwerin und ihren Vasallen mit den wendischen Seestädten und übrigen Städten ihrer Herrschaften geschlossen[1]). Besonders aber war Herzog Albrecht I. von Meklenburg im 14. Jahrhundert ein eifriger Beförderer derartiger Bündnisse[2]).

Goldberg. Wir besitzen die Urk. von 1372 über die Verleihung des Marschall-Amts in Werle mit dem Dorfe Klenz an die Levetzow (Lisch, Maltzansche Urk. B. II. S. 240) und die von 1353 über die Verleihung des Marschall-Amts im Lande Stargard an Henning Ber (Mekl. Jahrb. B. II. S. 292). Vergl. noch Rudloff, Mekl. Gesch. B. II. S. 656. und Lisch, Maltzansche Urk. B. II. S. 148. und 252.

[1]) S. die Urk. bei Lisch, Maltzansche Urk. B. I. Nr. 29.

[2]) S. Lisch, Herz. Albrecht und die norddeutschen Landfrieden, 1835; wo die Urkunden gesammelt sind.

Aber auch die einzelnen Stände schlossen Bündnisse verschiedener Art unter einander. Im Jahr 1418 verbanden sich z. B. die Städte Rostock und Ribnitz mit den Mannen, in dem Lande zu Rostock und zu Sülz besessen, um sich gegenseitig zum Recht zu verhelfen und zu Recht zu stehen, mit Vorbehalt ihrer Pflichten für den gemeinsamen Landesherrn[1]).

Dem freien Vereinigungsrecht steht das Fehderecht gegenüber, welches die Stände bisweilen mit ausdrücklicher Erlaubniß des Landesherrn unter einander übten. So versicherten im J. 1392 die Herzoge von Meklenburg der Stadt Rostock den Pfandbesitz der Vogtei, Schloß und Stadt zu Schwan, im Fall sie und ihre Verbündeten diese dem widersetzlichen Vasallen Heinrich Moltke von Todendorf zu entreißen vermöchten[2]).

Gleichwie Mannen und Städte durch Bündnisse und Fehden ihre eigenen Rechte selbständig wahrten, so traten sie auch erforderlichen Falls zum Schutz des Landesherrn zusammen. Um ihren Herzog Albrecht, König von Schweden, aus der Gefangenschaft der Königin Margarethe zu befreien, vereinigten sich die Stände in den einzelnen Vogteien und schlossen die sämmtlichen Herzoge des meklenburgischen Hauses, zu welchen auch der Bischof von Schwerin gehörte, Bündnisse mit den Seestädten, und diese wiederum mit den Herzogen und mit „den Rittern und Knechten (Knappen) in dem Lande zu Meklenburg, in dem Stifte zu Schwerin und in dem Lande Stargard[3])." Als die vermittelnden Hansestädte endlich die Befreiung des Herzogs durch Vertrag von 1395

---

[1]) Die Urk. in den Rost. wöch. Nachrichten 1755. S. 89.

[2]) Die Urk. bei Ungnaden, Amoenitates S. 372. Die Rostocker hatten den Heinrich Moltke aus der Gefangenschaft der Herren Parow und Ber mit 1000 Mark lüb. gelöst und empfingen dafür von ihm nur Hohn und Gewaltthat zur Vergeltung. Die Herzoge gestehen aufrichtig, daß sie unvermögend seien, den klagenden Rostockern gegen den ungehorsamen Vasallen zum Rechte zu verhelfen.

[3]) Bundbrief des Vogts und der Stände der Vogtei Schwerin von 1391: Ungnaden Amoen. S. 370; Bündnißverträge der Herzoge von Mekl. mit der Stadt Rostock von demselben Jahr: Rost. wöch. Nachrichten. 1754. S. 153. und 157.

bewirkt hatten, wurden von den Ständen, Mannen und Städten der Vogteien die zur Deckung der Zehrungskosten der Hansestädte verlangten 3000 Mark durch Vermittlung von Rostock und Wismar aufgebracht [1]).

Besonders bedeutungsvoll war das Auftreten der vereinigten Stände von Wenden für die Rechte ihres Landes und des meklenburgischen Fürstenhauses bei dem Successionsfall, der im Jahr 1436 durch das Aussterben des werleschen Hauses stattfand. Die meklenburgischen Herzoge zu Schwerin und Stargard, deren ausschließliche Erbberechtigung durch mehrfache Erbverträge der regierenden Häuser und überdies durch die im Jahr 1418 erfolgte Eventualhuldigung der Stände anerkannt war, nahmen sofort die Erbhuldigung in den Städten des Fürstenthums entgegen, in Güstrow, Malchow, Waren, Parchim u. a., und bestätigten denselben, sowie allen geistlichen und weltlichen Eingesessenen der einzelnen Vogteien die hergebrachten Privilegien. Dabei findet sich die Versicherung, daß das Land Wenden in Zukunft ungetheilt beisammen bleiben soll; ferner die, daß die Mannen nur innerhalb der Vogtei, worin ihre Lehen belegen, die Bürger nur bei dem Stapel der Städte, darin sie wohnen, vor Gericht gezogen werden sollen: denn „so sind die Mannen und Städte in dem Lande zu Wenden von Alters her bewidmet"; und mit der ausdrücklichen Verstattung in dem Fall, wenn einer der meklenburgischen Herzoge oder von ihren Erben eigenmächtig Gewalt gebrauchen wollte, daß es alsdann den Mannen und Städten freistehen solle, sich zu den andern Herren zu halten, welche sie bei ihren Rechten lassen würden [2]).

Nachdem in solcher Weise die Rechte der Stände des Landes aufs neue anerkannt und festgestellt waren, schlossen auch die meklenburgischen Herzoge beider Linien unter sich einen Vergleich über

---

1) Urk. in Pötkers Sammlung St. 5. S. 29. ff.

2) S. die Urk. dat. Güstrow, 22. Nov. 1436, und die gleiche Versicherung für Teterow: Letztes Wort, Urk.-Beilage S. 70 ff. — für Plau: Mekl. Jahrb. B. XVII. S. 335 ꝛc.

ihre Regierungs- und Lehnrechte im Lande, über die herrschaftlichen Einkünfte aus dem Gericht, den Zöllen, dem Geleit u. s. w., und über die schiedsrichterliche Entscheidung ihrer Streitigkeiten[1]).

Nun aber wurde das erledigte Fürstenthum Wenden von dem Markgrafen Friedrich von Brandenburg, gestützt auf den Lehnsrevers des Fürsten Balthasar vom Jahr 1415, als heimgefallenes Lehen in Anspruch genommen, und der Kaiser Sigismund erließ ein Mandat an die Prälaten, Mannen und Städte von Wenden mit dem Befehl, dem Kurfürsten zu huldigen[2]).

Hierauf erwiederten diese — „Wir, sämmtliche und besondere, Geistliche, Prälaten, Ritterschaft, Städte, Gemeinden, Märkte und Einwohner des Landes zu Wenden" — in einer Vorstellung, worin sie das gute Recht des meklenburgischen Hauses auf Grund der Blutsverwandtschaft und der Erbverträge der beiden Regentenhäuser, sowie der uralten Verbindung beider Länder geltend machten, weshalb „beider Lande Ritterschaft, Mannschaft, Städte und sonst alle Einwohner gleichwie eines Herrn Land gehalten und vereinigt" gewesen seien[3]). — Es war eine Landesversammlung zu Parchim, von welcher diese Erklärung der wendischen Städte als gemeinsamer Beschluß ausging, und zum ersten Male erscheinen hier die Prälaten als eigner Stand des Landes neben und vor den beiden andern weltlichen Ständen[4]). — Desgleichen hielten die gesammten Stände von Wenden auch die Erbansprüche der weiblichen Hinterbliebenen des abgegangenen werlischen Fürstenhauses an die Hinterlassenschaft desselben aufrecht und vereinbarten die hierauf bezüglichen Verträge mit den Herzogen von Meklenburg und Pommern[5]).

---

[1]) Urk. dat. 2. Dec. 1438: Lisch, Maltzansche Urk. B. III. S. 100.

[2]) Fabers Staatskanzlei B. 14. S. 87. Vergl. o. S. 55.

[3]) Urk. dat. Parchim, 25. Nov. 1437: Lisch, Maltzansche Urk. B. III. S. 84.

[4]) Die Erklärung ist untersiegelt im Namen der Prälaten von dem Abt von Dargun und dem Probst zu Güstrow; für die Ritterschaft und die Mannen von den beiden Marschällen Levetzow und Maltzan, einem Flotow und einem Leesten — „alle Knappen"; für die Städte und Gemeinden von Parchim, Güstrow, Malchin und Plau.

[5]) Urk. von 1436 und 1441: Lisch. Maltz. Urk. B. III. S. 80. und S. 115. Vergl. die von Herz. Barnim von Pommern ausgestellte Versicherung für

Der Streit zwischen den Herzogen von Meklenburg und dem Markgrafen von Brandenburg über das wendische Fürstenthum wurde durch die Friedensverträge des Jahres 1442 beigelegt, nach welchen dem brandenburgischen Hause die Erbfolge in allen meklenburgischen Landen nach Erlöschen des dortigen Regentenhauses zugesichert, auch demselben für solchen Fall schon zum voraus die Eventualhuldigung von den Ständen geleistet wurde, wogegen die Markgrafen die von ihnen erhobenen Lehnsansprüche auf Wenden fallen ließen.

Zum ersten Male finden wir bei dieser Gelegenheit die *Stände der gesammten meklenburgischen Lande* als Einheit zusammengefaßt, da die drei Herzoge von Meklenburg mit ihren anwesenden Räthen, den namentlich aufgeführten Mannen und Städten, bezeugen, daß „alle unsere Lande und Leute, Prälaten, Herren (Ritter), Mannen und Städte unserer Lande zu Meklenburg, Stargard, Wenden, Rostock und Schwerin" den Markgrafen von Brandenburg eine rechte Erbhuldigung gethan haben, so wie hinwiederum beide Markgrafen von Brandenburg allen Prälaten, Mannen und Städten und allen Einwohnern, geistlichen und weltlichen derselben Lande, ihre Privilegien versicherten [1]).

Doch war diese Vereinigung von Räthen oder Vertretern der gesammten meklenburgischen Lande nur durch die gegebene außerordentliche Veranlassung herbeigeführt: sie bezeichnet noch nicht die regelmäßige und gewöhnliche Art landständischer Mitwirkung in Landesangelegenheiten, und es gab noch keine vereinigte Landschaft für ganz Meklenburg. Sondern die Territorien beider herzoglich meklenburgischen Linien erscheinen bis dahin immer noch als eine bloß äußerliche Zusammenfügung von Ländern und Vogteien ohne anderen Zusammenhang als den der gemeinsamen fürstlichen Herrschaft; und außer im vormaligen Fürstenthum Wenden bestand ein größe-

---

Mannen und Städte an dem Lande zu Wenden von 1441, in Pötkers Sammlung St. 2. S. 29.

[1]) S. die Urk. bei Westphalen T. IV. Diplom. Mecklenb. p. 1059. und in Pötkers Sammlung St. 2. S. 32.

rer landschaftlicher Verband allein im Lande Stargard, welches zusammen mit den Vogteien Röbel und Sternberg das herrschaftliche Gebiet der meklenburg-stargardschen Linie bildete.

Die seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts fortdauernde landständische Gemeinschaft in Stargard ist noch aus mehreren Bedeverträgen ersichtlich, bei deren Gelegenheit die Stände eine Erweiterung ihrer Privilegien erlangten. Um der geleisteten Bede und treuen Dienstes willen gewährte Herzog Heinrich der ältere von Stargard im Jahr 1434 seinen „lieben getreuen Rathgebern und Mannen im Lande Stargard" das Erbjungfernrecht, „womit die Frauen und Jungfrauen in dem Lande zu Meklenburg begnadigt sind"[1]). — Für eine andere Bedebewilligung erhielten Mannen und Städte des Landes Stargard von demselben Herzog im Jahr 1439 das Privilegium, daß künftighin die Münze nur nach Vereinbarung mit den Ständen und unter Mitaufsicht einiger dazu verordneten Räthe von Mannen und Städten zu Neubrandenburg oder zu Friedland sollte geschlagen werden, auch daß die Stände befugt sein sollten, im Fall schlechtes Geld geprägt würde, dasselbe zu verbieten, wie es ihnen zum Besten des Landes gut dünken möchte[2]).

Neben dieser engeren landschaftlichen Verbindung der Stände des Landes Stargard hatten aber alle Stände in den zur meklenburgisch-stargardschen Herrschaft gehörigen Ländern ein gemeinsames Verhältniß zu ihrem Landesherrn. An alle diese Stände seiner Herrschaft, nämlich seine Mannen und Städte in den Landen Stargard, Sternberg, Röbel und dem halben (wenngleich ungetheilten) Lande Wenden, wandte sich Herzog Ulrich, der letzte Regent dieser Linie, indem er es ihnen zur Pflicht machte, nach seinem Tode für seine Wittwe, seine Schwestern und Töchter Sorge zu tragen und ihrem neuen Herrn von der andern Linie nur unter Bedingung

---

[1]) Die Urk. bei F. Boll, Geschichte des Landes Stargard B. II. Nr. 331. S. 405.

[2]) Urk. a. a. O. B. II. Nr. 352. An der Spitze der unterzeichneten Zeugen steht der Probst zu Friedland; dann folgen andere „unsere redere (Räthe), unse manne unde stede in unseme lande to Stargarde."

einer angemessenen Abfindung und Ausstattung seiner Hinterbliebenen zu huldigen[1]).

Der Erbfall trat im Jahr 1471 ein. Herzog Heinrich von Meklenburg, der einzige Regent der meklenburg-schwerinschen Linie, übernahm die Versorgung der Familie Herzogs Ulrichs und empfing die Erbhuldigung von Mannen und Städten des Landes Stargard zu Neubrandenburg, woselbst er den Frauen und Jungfrauen aufs neue das Erbjungfernrecht, „wie es auch in unserem Lande zu Meklenburg stets Gewohnheit und Recht ist", sowie allen Mannen, Städten und Einwohnern des Landes Stargard, geistlichen und weltlichen, alle ihre Privilegien, alte Gewohnheiten und Gerechtigkeiten bestätigte[2]). Außerdem erhielten noch die übrigen Städte und Vogteien der angetretenen Herrschaft ihre Privilegien erneuert[3]).

Wir sehen, daß in dieser gesammten Herrschaft, welche Heinrich von Meklenburg ererbte, nur das Land Stargard ein durch ständische Privilegien vereinigtes landschaftliches Ganze für sich ausmachte, gleichwie im Lande Wenden die lange Fortdauer der abgesonderten Regierung des werleschen Fürstenhauses eine Gemeinsamkeit der Interessen und Privilegien unter den Ständen herbeigeführt hatte, welche die landschaftliche Einheit auch nach dem Aussterben des Fürstenhauses fortdauernd erhielt.

---

[1]) S. Rudloffs Mekl. Geschichte B. II. S. 800, nach der Urk. von 1470. Auffallend ist die Erwähnung des halben Landes Wenden, da das Land ungetheilt war: vermuthlich hatte doch eine Auseinandersetzung der fürstlichen Einkünfte und Lehnrechte Statt gefunden.

[2]) Gerdes, Nützliche Sammlung S. 90 ff.

[3]) Rudloff, a. a. O. B. II. S. 802.

IV.

Die landständische Verfassung in dem vereinigten Meklenburg bis zum Jahre 1555.

Geschichtliche Uebersicht.

Herzog Heinrich, genannt der Dicke, starb im J. 1477 und hinterließ seinen drei Söhnen, Albrecht, Magnus und Balthasar, eine tief verschuldete Erbschaft. Die Landestheilung blieb nicht lange aus. Herzog Albrecht wollte eine eigene Herrschaft für sich und erhielt durch den Theilungsvertrag von 1480 fast das ganze Land Wenden oder das vormalige Fürstenthum des Hauses Werle [1]). In den übrigen Ländern regierten Magnus und Balthasar gemeinschaftlich. Um den übernommenen Verpflichtungen, namentlich in Versorgung der stargardschen Prinzessinnen, zu genügen, wurden außerordentliche Beden gefordert und in jedem Landestheile besonders von den Ständen bewilligt. Nur die Seestädte weigerten sich der Bede mit Berufung auf ihre Privilegien. Doch wurde zuerst mit Wismar ein Abkommen getroffen, und weiterhin ließ sich auch Rostock nach längeren Verhandlungen, wobei die Landstände und die anderen wendischen Seestädte vermittelten, einen Vertrag gefallen, nach welchem die von ihm behauptete

---

[1]) Man nahm wohl auf das den Ständen dieses Landes im J. 1437 zugesicherte Privilegium der Untheilbarkeit (s. o. S. 79) eine gewisse Rücksicht, ohne sich jedoch strenge daran zu binden. In dem Theilungsvertrage, welcher von der Mutter der Herzoge, Dorothea, vollzogen wurde, ist nur der Mitwirkung mehrerer Räthe, nicht aber der Stände, gedacht. S. Pötkers Sammlung. 5. St. S. 43.

Bedefreiheit nur auf das eigentliche Stadtgebiet beschränkt wurde (1482, 15. Aug.) [1]).

Herzog Albrecht starb schon 1483. Die beiden anderen Brüder blieben in der Regierungsgemeinschaft des wiedervereinigten Landes; doch führte H. Magnus die Geschäfte in der Regel allein. Vornehmlich die immer wiederkehrenden Streitigkeiten mit Rostock nahmen seine Aufmerksamkeit in Anspruch. Es handelte sich dabei unter verschiedenen Veranlassungen und Vorwänden im Grunde doch um nichts Anderes, als um die Durchführung der fürstlichen Landeshoheit, welche die Stadt zwar im Allgemeinen anerkannte und hinter der sie sich besonders gern versteckte, wenn sie von Reichs wegen unmittelbar zu Steuern herangezogen werden sollte, welcher sie sich aber fast jedes Mal mit Berufung auf ihre Privilegien widersetzte, wenn landesherrliche Rechte gegen sie in Anspruch genommen wurden. Auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu verkennen, daß auch H. Magnus in dem Bestreben, die Landeshoheit aufzurichten, auf die bestehenden Privilegien überall nur wenig Rücksicht nahm, und es war daher ganz natürlich, daß er gerade bei der mächtigsten Commune des Landes den hartnäckigsten Widerstand antraf.

Zunächst in der von den Herzogen beabsichtigten Errichtung eines Domstiftes an der Hauptkirche zu Rostock wollten die Bürger eine Gefahr für ihre Freiheiten erkennen. Dazu kamen andere alte und neue Ursachen der Unzufriedenheit, sowie Gewaltthätigkeiten von beiden Seiten, welche den Streit noch heftiger erbitterten. Weder die Vermittelung der Stände und der von beiden Seiten angerufenen auswärtigen Mächte, noch die gegen die Stadt gerichteten geistlichen Decrete und Bannflüche, noch endlich der von den Herzogen im Bunde mit H. Bogislav von Pommern geführte Krieg vermochte die Rostocker zur Nachgiebigkeit zu bringen, bis endlich das innere Zerwürfniß zwischen Rath und Gemeinde die Unter-

---

[1]) S. über die Mitwirkung der Stände bei den vorgängigen Verhandlungen die Urkunden-Beil. Nr. 1 und 2.

werfung der Stadt unter Annahme schwerer Aussöhnungsbedingungen herbeiführte (1491).

Wieder erneuerte sich der Streit über die Accise, welche die Stadt zur Aufbringung der Kriegskosten und der Strafsummen, zu denen sie verurtheilt war, eingeführt hatte, bis die Herzoge dieselbe dennoch auf die Dauer von zwanzig Jahren bewilligten (1496). — Noch eine andere Ursache des Zerwürfnisses waren die Rostocker Landgüter, gegen welche die Herzoge plötzlich ihre vormaligen Lehnrechte wieder aufnahmen, während die Stadt und die Bürger von den Geschlechtern, denen sie zugehörten, ihre Landgüter allein nach Stadtrecht und frei von Lehnspflichten zu besitzen behaupteten, und sich deshalb auf die ihnen besonders verliehenen Exemtionen beriefen [1]). Endlich wurden sämmtliche Streitpunkte zwischen den Herzogen und der Stadt durch einen Vergleich vom Jahre 1498 beigelegt, bei welchem man jedoch von beiden Seiten sorgfältig vermied, irgend eine durchgreifende Grenzlinie zwischen den sich widerstreitenden fürstlichen Rechten und städtischen Privilegien festzusetzen, sondern sich theils nur auf allgemeine Zusicherungen, theils auf Anordnung schiedsrichterlicher Austräge in Beziehung auf die einzelnen streitigen Gegenstände beschränkte, wozu die Stadt dann noch, wie gewöhnlich, eine ansehnliche Geldsumme zu zahlen hatte [2]).

Herzog Magnus starb 1503 mit Hinterlassung von drei Söhnen, welche mit ihrem Oheim, H. Balthasar, in der Regierungsgemeinschaft verblieben. Auch nach dem Tode des letzteren (1507) und des einen der Brüder behielten die beiden anderen, H. Heinrich und Albrecht, genannt der Schöne, die Gemeinschaft bei. Doch bald verlangte H. Albrecht die Theilung, welche der ältere Bruder

---

[1]) Vergl. o. S. 38 und 67 f.

[2]) S. den bisher noch nicht gedruckten Aussöhnungs-Vertrag in der Urkunden-Beil. Nr. 11. — Wegen der Landgüter wurde erst später (1528) das Abkommen getroffen, wonach dieselben den Rostockern gegen eine Verehrung von 1600 G. zurückgegeben wurden, doch mit der darauf gelegten Verpflichtung zur gemeinen Landsteuer, zur Landfolge und lehnsherrlichen Bestätigung bei Veränderungsfällen. S. den Vertrag bei Franck, Altes und Neues Mekl. B. IX. S. 139.

auf jede Weise zu verhindern suchte. Man verglich sich vorläufig im J. 1520 über einen Mittelweg durch den Neubrandenburger Hausvertrag, welchen die vereinigten Bemühungen des Herzogs von Pommern und der meklenburgischen Stände auf die Dauer von vier Jahren zu Stande brachten [1]). Hiernach sollten Prälaten, Mannschaft und zwölf Städte, worunter die beiden Seestädte, auf diese Zeit ungetrennt und beiden Herzogen gleichmäßig verwandt bleiben; nur die übrigen Städte, Schlösser und Einkünfte der Vogteien kamen zur Theilung. Als H. Albrecht, hiemit nicht zufrieden, sich zuerst bei den Ständen, darauf bei Kaiser und Reich beschwerte, entschied das Reichskammergericht für die Rechtskräftigkeit des Brandenburger Vertrags, doch mit Vorbehalt der gänzlichen Erbtheilung, welche H. Albrecht nicht müde wurde zu verlangen [2]).

Während dieser brüderlichen Streitigkeiten schlossen die gemeinen Stände der Fürstenthümer und Lande Meklenburg, Wenden und Stargard „Gott zu Lobe und den Fürsten, sowie Land und Leuten zu Ehren, Nutz und Wohlfahrt" am 1. August 1523 eine „löbliche Vereinigung" zur Aufrechthaltung ihrer Privilegien, mit Zusicherung gegenseitigen Beistandes im Falle einer Verletzung, und mit Niedersetzung eines Ausschusses von Prälaten, Mannschaft und Städten zu demselben Zweck.

In dem genannten Jahr nahm auch die Reformation in Meklenburg den Anfang. Zuerst in Rostock wurde die reine Lehre des Evangeliums durch Joachim Slüter aus Dömitz an der St. Petri-Kirche verkündigt: sie wurde dort, und bald darauf auch in Schwerin, Wismar und Güstrow begierig vom Volke aufgenommen. Beide Fürsten schienen derselben anfangs gleich sehr geneigt [3]); doch unerwartet stellte sich dann H. Albrecht auf die Seite der Gegner; denn sein unruhiger Ehrgeiz machte ihn völlig abhängig von der

---

[1]) Ausführliche Betrachtungen u. s. w. Urk. Nr. 11.

[2]) S. das Erkenntniß von 1525 in: Zuverlässige Ausführung. Beil. Nr. 6.

[3]) S. Luthers Brief an Spalatin vom Mai 1524, bei Lisch, Mekl. Jahrb. B. XII. S. 273.

kaiserlichen Politik. Und jemehr zugleich H. Heinrich der Friedfertige darauf bedacht war, die Gemeinschaftsregierung mit seinem Bruder aufrecht zu erhalten, um so vorsichtiger benahm er sich sowohl gegen den Kaiser, als auch in Beziehung auf die Religionssache, der er übrigens von Herzen ergeben war. Wenngleich er daher noch im J. 1526 dem Torgauer Bunde beigetreten war, so nahm er doch so wenig, als H. Albrecht, an der Protestation zu Speier, noch an der Uebergabe der Augsburgischen Confession Theil, schloß sich auch nicht dem Schmalkaldener Bündniß an.

Unterdeß ging die Reformation in Meklenburg ohne Zuthun der Fürsten unaufhaltsam ihren Weg. Die Predigt des Evangeliums hatte zunächst die Auflösung der bestehenden kirchlichen Ordnung zur Folge. Auf ganz revolutionäre Weise ging man dabei zu Werke. Adel und Städte verweigerten der Geistlichkeit und den kirchlichen Stiftungen die schuldigen Zehnten, Zinsen und Pächte für die Kirchengüter in ihrem Besitz [1]). Zwar vermittelten die Herzoge im J. 1526 einen Vergleich zwischen Geistlichen und Weltlichen: — wegen der Rückstände wollte man sich gütlich vertragen; was die Weltlichen pfandweise oder wiederkäuflich von Kirchengütern besaßen, sollten sie künftig mit 4 Procent verzinsen [2]); — allein auch das hatte keinen besseren Erfolg, wie die nachmaligen Beschwerden der Domstifter beweisen [3]). Eigenmächtig stellte der Adel evangelische Geistliche auf dem Lande an. Als der Bischof von Ratzeburg seine Patronatsrechte im Klützer Ort mit Gewalt durchzusetzen versuchte, fiel der dortige Adel mit gewaffneter Hand

---

[1]) S. die Urk. vom 14. Aug. 1525 im Anhang Nr. 32.

[2]) Die Urk. vom 14. April 1526 findet sich gedruckt in niederdeutscher Sprache in den Landtags-Acten des Rostocker Stadt-Archivs, Vol. I. Nr. 37. Einen Abdruck nach dem hochdeutschen Concepte des Kanzlers C. von Schöneich hat Lisch in den Mekl. Jahrb. B. XVI. S. 243 gegeben.

[3]) S. die Klage der vier Domkapitel von 1529 in den Mekl. Jahrb. a. a. O. S. 31 und Lischs Beiträge zur Gesch. der Reformation in Rostock ebend. — Zahlreiche Erkenntnisse des herzoglichen Gerichts zu Gunsten des Rostocker Domkapitels aus dem J. 1527 finden sich in den Acten des letzteren im Rostocker Stadt-Archiv Vol. I., woraus ein Beispiel im Anhang Urk. Nr. 33 gegeben wird.

in das Stift, plünderte sechs Dörfer und führte stattliche Beute von dannen (Ende 1529)[1]).

Die Seestädte Rostock und Wismar führten, ohne die mindeste Rücksichtsnahme auf die fürstlichen Patronatsrechte und die bischöfliche Jurisdiction, auf eigene Hand die Reformation bei sich durch. Bereits im J. 1530 erließ der Rath von Rostock, durch die Noth gedrängt, eine Ordnung in Religionssachen, um, wie es im Eingange derselben heißt, „dem ungestümen Vornehmen des gemeinen Volks zuvorzukommen und eines Jeden Gewissen in Ruhe zu stellen." Im folgenden Jahre stellte er die papistischen Ceremonien ab, unter dem Aufruhr des Volks gegen die widerstrebende Priesterschaft[2]). Dagegen wandten sich die neuen Prädicanten in Wismar Zwinglischen und wiedertäuferischen Meinungen zu, und der dortige Rath vermochte ihnen selbst dann nicht zu wehren, als die übrigen wendischen Seestädte auf dem Hamburger Convent von 1535 sich auf Grund der Augsburgischen Confession gegen jene Irrlehren erklärt und über die Hauptartikel ihrer neuen Kirchenordnung geeinigt hatten[3]).

In den anderen Städten, welche unter der gemeinschaftlichen Regierung beider Herzoge standen, geschah es nicht selten, daß H. Albrecht die lutherischen Prediger verjagte, H. Heinrich sie wieder zurückführte[4]). Die Hemmung, welche der erstere dem Fortgang der Reformation entgegensetzte, hatte im Ganzen nur die Wirkung, daß sie eine gemeinsame und gedeihliche Leitung ihrer Durchführung unmöglich machte, so daß diese lange Zeit beinahe nur der Willkür der einzelnen Stände anheimgegeben schien.

H. Albrecht ließ sich durch die Anträge des Bürgermeisters Wullenwever zu Lübeck verleiten, sich an dem kühnen Unternehmen

---

[1]) S. Lisch, die Reformation im Klützer Ort, Mekl. Jahrb. B. XVI. S. 57 ff.

[2]) S. das Nähere bei Lisch, Mekl. Jahrb. B. XVI.

[3]) S. das Abmahnungsschreiben der wendischen Städte an Wismar bei Schröder, Evangel. Meklenb. Bd. I. S. 318.

[4]) S. die Beschwerde H. Albrechts hierüber bei seinem Schwiegervater Kurf. Joachim I. von Brandenburg vom J. 1533: M. Jahrb. B. XII. S. 154.

der Hansestädte gegen Dänemark zu betheiligen. Durch trügerische Vorspiegelungen geblendet, sah er nicht, daß er ein bloßes Werkzeug in fremden Händen war. Als er im Frühjahr 1535 sich mit seiner Familie und seinem ganzen Hofstaat, nebst einigen Hundert Mann Kriegsvolk, in Warnemünde einschiffte, hoffte er ein Königreich für sich zu gewinnen: im Sommer des folgenden Jahres war er froh, aus Kopenhagen freien Abzug zu erhalten; begehrte dann vergebens vom Kaiser und von der Regentin der Niederlande Ersatz für die Kriegskosten, die er auf 300,000 Gulden berechnete, die sogenannte spanische Schuldforderung, — wofür er wie zum Spott nur kaiserliche Anweisungen an die Seestädte und die Landstände von Meklenburg erhielt.

In Verfolgung dieser weitaussehenden Pläne hatte H. Albrecht noch im J. 1534 den Gemeinschaftsvertrag mit seinem Bruder auf zwanzig Jahre erneuert. Als jene gescheitert waren, drängte er wieder zur Landestheilung, ließ sich aber daneben durch die gemachten früheren Erfahrungen nicht abhalten, sein Glück noch einmal in Dänemark oder Schweden versuchen zu wollen, indem er bald den Aufforderungen des Kaisers, bald denen der schwedischen Rebellen Gehör gab. Ueber diesen nach allen Seiten hin fruchtlosen Bestrebungen starb er zu Anfang des Jahres 1547, indem er seinen fünf Söhnen, von welchen der älteste, Hans Albrecht, vorläufig die Regierung in der bisherigen Gemeinschaft mit H. Heinrich fortsetzte, auf seinem halben Landesantheil eine drückende Schuldenlast hinterließ.

Unterdeß war H. Heinrich fortdauernd bemüht gewesen, nicht bloß der gereinigten Lehre in Meklenburg Eingang zu verschaffen, sondern auch die Landeskirche nach den Grundsätzen der Reformatoren einzurichten. Er ließ, nach dem Vorgang der benachbarten Länder, im J. 1540 durch den Superintendenten Riebling eine Kirchenordnung verfassen, veranstaltete sodann eine erste allgemeine Kirchenvisitation, welche jedoch vorläufig nur die Untersuchung der kirchlichen Zustände des Landes zum Zweck hatte. Auch sein Sohn, H. Magnus, der im J. 1532 als postulirter Bischof von

Schwerin die Regierung in den Stiftslanden angetreten hatte, betrieb dort mit allem Eifer die Kirchenreform [1]).

Doch die Vernichtung des Schmalkaldener Bundes durch die siegreichen Waffen des Kaisers und die gezwungene Einführung der von ihm gegebenen Religionsordnung, des sogenannten Interim, bedrohte auch das protestantische Meklenburg mit dem gleichen Rückschlage. Unter diesen Umständen war es von entscheidender Wichtigkeit, daß der neue Mitregent, H. Hans Albrecht, in der Glaubenssache nicht bloß mit seinem Oheim, dem friedfertigen H. Heinrich, zusammen stand, sondern auch mit größerer Entschlossenheit, als dieser, nach außen hin auftrat. Von dem Landtag zu Sternberg, bei welchem sich auch H. Magnus einfand, wurde im J. 1549 eine Erklärung an den Kaiser abgegeben, welche, indem sie allein die heilige Schrift und die ältesten kirchlichen Symbole als Richtschnur für den Glauben aufstellte, zwar die lutherischen Confessionsschriften unerwähnt ließ, aber zugleich die Ablehnung des Interims enthielt [2]).

Hans Albrecht, den außer seinem protestantischen Eifer auch die verweigerte Schuldforderung gegen den Kaiser anspornte, schloß sich an Kurfürst Moritz von Sachsen und die anderen Vorkämpfer der protestantischen und reichsständischen Freiheit an, trat mit ihnen auf der Lochauer Haide in den Bund mit Frankreich [3]). Er selbst führte 600 Reiter auf eigene Kosten ins Feld; sein jüngerer Bruder, H. Georg, erstürmte die Ehrenberger Clause und fiel vor

---

[1]) Schon im J. 1538 beantragte er bei den Herzogen und deren Räthen zu Parchim die Herstellung einer guten Ordinanz in Religionssachen für ganz Meklenburg. S. Histor. Nachricht von der Verfassung des Fürstenthums Schwerin. 1741. Beil. S. 35.

[2]) Der hauptsächliche Inhalt dieser Erklärung ist bis jetzt nur aus Chemnitz' Urkunden-Excerpten bekannt, woraus Rudloff, Mekl. Geschichte, B. III. S. 116, ihn entnommen hat. Uebereinstimmend damit ist die Angabe, welche sich noch in den Landtagsverhandlungen des J. 1552 findet. S. diese im Anhang, Urk. Nr. 48.

[3]) Vergl. hierüber seinen anziehenden Bericht in dem Schreiben an seinen Schwiegervater H. Albrecht von Preußen vom 17. Oct. 1551: Mekl. Jahrb. B. II. S. 199 ff.

Frankfurt am Main. Kurz vorher starb H. Heinrich (1552, Febr.), dem schon sein Sohn Magnus vorangegangen war, so daß fortan Hans Albrecht allein in Meklenburg regierte: seinem nächstältesten Bruder Ulrich war das Schweriner Stift zugefallen.

Nach dem Tode seines Oheims setzte H. Hans Albrecht die vollständige Abschaffung des Papismus rücksichtslos ins Werk, hob die Klöster auf, zog die geistlichen Güter ein. Auf Grund einer neuen nach dem Muster der kursächsischen abgefaßten Kirchenordnung von 1552 wurde eine durchgreifende Visitation der Kirche vorgenommen.

Doch der jüngere Bruder, H. Ulrich, war keineswegs gemeint, sich mit dem Schweriner Stift zufrieden zu geben, erhob Anspruch auf die Hälfte sowohl der Erbschaft H. Heinrichs, als der eingezogenen Kirchengüter, und wußte sich mit Hülfe hereingezogener braunschweigischer Truppen Gehör zu verschaffen. Vergebens rief Johann Albrecht seine Lehnsleute zur Landesvertheidigung auf. Sie entschuldigten sich mit ihren den Herzogen gemeinschaftlich verwandten Pflichten, so daß sich jener am Ende zu einer Theilung verstehen mußte, wobei das dem Bruder zugehörige Stift gar nicht einmal in Anrechnung kommen durfte. Allein die Ausführung der Theilung wurde noch durch die Rücksicht auf die zwei jüngeren Brüder erschwert, welche künftig einmal dieselben Ansprüche, wie Ulrich, erheben konnten. Unter diesen Umständen schien es das Beste, nach dem Wunsche der Landschaft, auf die frühere unvollständige Theilung der fürstlichen Aemter und Einkünfte mit Beibehaltung der Gemeinschaftsregierung zurückzukommen, wie es unter Vermittelung des gerade anwesenden H. Albrecht von Preußen durch den Wismarschen Vertrag von 1555 geschah. Eine weitere Auseinandersetzung fand noch im folgenden Jahre durch den Ruppiner Schiedsspruch des Kurfürsten von Brandenburg statt, welcher insbesondere die Theilung der eingezogenen Landesklöster betraf, von denen drei Jungfrauenklöster für die Landstände vorbehalten wurden. Im Zusammenhang mit dem erneuerten Gemeinschaftsvertrag stand ferner die Uebernahme der fürstlichen Schulden, zum Betrage von

nahe einer halben Million (487,305) Gulden, durch die Landstände, welche zur Tilgung derselben auf fünf Jahre außerordentliche Steuern bewilligten und einen Ausschuß mit dem Geschäft der Erhebung und Verwendung der Steuern für die Schuldentilgung beauftragten, wofür ihnen die Herzoge einen Assecurations-Revers darauf ertheilten, daß solche freiwillig geleistete Hülfe ihren aufs neue zugesicherten Privilegien und Freiheiten ganz unschädlich sein solle [1]).

Die Begründung der Landeshoheit und die Ausbildung der landständischen Verfassung.

In dem Zeitraum während des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts wurden in den reichsfürstlichen Territorien von Deutschland die wichtigsten Schritte zur Befestigung der Landeshoheit gethan. Das Bedürfniß engeren Aneinanderschließens der zusammengehörigen Landestheile, einer kräftigeren Handhabung des Rechts und des Landfriedens, einer dauernden, gesetzlichen Ordnung war überall gleichmäßig vorhanden und gab sich auf verschiedene Weise kund, theils in Bündnissen der kleineren, für sich unmächtigen Reichsstände, welche sich von den früheren Landfriedensbünden des 14. Jahrhunderts wesentlich durch eine festere Bundesordnung unterschieden, theils in wiederkehrenden Einigungen der Landstände, vornehmlich aber durch die Verstärkung der landesherrlichen Gewalt in den größeren fürstlichen Territorien mit Errichtung einer wirklichen Landesregierung.

Die Ohnmacht des deutschen Kaiserthums und das Zerfallen der allgemeinen Reichsordnungen unter der langwierigen Regierung Kaiser Friedrichs III., dessen Grundsatz das Gehenlassen aller Dinge

---

[1]) S. den Assecurations-Revers vom 5. Juli 1555 in der Schrift: Feststehender Grund u. s. w. Beil. Nr. 16.

war, woraus eben jenes Bedürfniß der Selbsthülfe hervorging, legte den zur Selbstherrschaft aufstrebenden Reichsfürsten kaum noch eine Fessel an. Aber auch die seit dem Regierungsantritt Maximilians I. begonnenen Reformen der Reichsverfassung, die Errichtung des ewigen Landfriedens und des Reichskammergerichts, die gesteigerten und öfter wiederkehrenden Ansprüche des Kaisers an die Reichsstände, zur Leistung von Kriegshülfe oder von Steuern, hatten weder die Absicht, noch die Folge, die landesfürstliche Gewalt in den Territorien zu beschränken, sondern setzten vielmehr die Mitwirkung derselben voraus, und boten den Reichsfürsten eine neue Gelegenheit dar, den Landständen gegenüber mit den Anforderungen des Reichs zugleich die der eigenen Landesregierung durchzusetzen.

Doch weil dies immer nur unter Zustimmung und Mitwirkung der Landstände möglich war, welche durch ihre Privilegien, sowie durch ihr Zusammenhalten gegen willkürliche Uebergriffe der Gewalt gesichert waren, weil also die wirksame Ausübung der Landesregierung die Beihülfe der Stände und ihre häufige Einberufung nöthig machte: so hielt mit der Ausbildung der fürstlichen Landeshoheit in dieser Periode auch die der landständischen Verfassung gleichen Schritt, welche nun erst sich in festeren und bleibenderen Formen dergestalt ausprägte, daß ein gewisses Gleichgewicht zwischen der aufsteigenden fürstlichen Gewalt und den auf das nothwendige Maß der Unterordnung zurückgeführten ständischen Rechten hergestellt und längere Zeit hindurch erhalten wurde.

Diese im Ganzen übereinstimmende Entwickelung ging in den einzelnen Territorien auf verschiedenen Wegen vor sich, langsamer oder schneller, je nach den besonderen Umständen und Bedingungen, welche sie entweder erleichterten oder erschwerten.

In den kursächsischen Landen kamen schon in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Stände aus dem Herzogthum Sachsen mit denen von Meißen und dem Osterlande auf allgemeinen Landtagen zusammen. Da in der Bedrängniß der Hussitenkriege die alte Landbede nicht mehr ausreichte, wurde zuerst im

J. 1438 eine indirecte Steuer (der 30. Pfennig vom feilen Verkauf), die sogenannte Ziese, bewilligt. Seit der Mitte des Jahrhunderts finden sich ständische Ausschüsse, welche die Erhebung und Verwendung der zum Zweck der Schuldentilgung gewährten Steuern besorgten; und die immer nur auf wenige Jahre hinaus bewilligten Steuern wurden an Bedingungen geknüpft, welche in fürstliche Reverse aufgenommen, die Freiheiten der Stände vermehrten. Aus derselben Zeit rühren die ältesten Polizeiordnungen in den sächsischen und thüringischen Landen her. Nach der Haupt-Landestheilung von 1485 wurden sofort zu Dresden und Weimar bleibende Hofgerichte angeordnet. Sowohl in dem Albertinischen, als in dem Ernestinischen Sachsen findet sich dann die Kreiseintheilung, zunächst für die Aufbringung der Steuern, dann auch für andere Verwaltungszwecke bestimmt, welcher sich gleichfalls die landständische Verfassung durch entsprechende Gliederung anpaßte [1]). — In der stetigen Fortentwickelung der landesherrlichen und ständischen Rechte läßt sich hier ein gewisses Gleichmaß bemerken, welches beide mit einander in guter Eintracht erhielt und die lebendige Wirksamkeit dieser Verfassung auf lange hin verbürgte.

Auch in den brandenburgischen Marken beriefen im 15. Jahrhundert die Markgrafen des hohenzollernschen Hauses die Stände zu allgemeinen Herrentagen zusammen, an welchen nach der Wiedervereinigung der Neumark (1454) auch diese Theil nahm. Schon 1467 ließen sich die Stände der Altmark den indirecten Steuermodus gefallen, da sie statt der Landbede eine Bierziese auf sechs Jahre bewilligten [2]). Als Kurfürst Albrecht Achilles im J. 1472 von den gesammten Ständen der Marken die Uebernahme der aufgehäuften fürstlichen Schulden begehrte, gaben sie doch wieder der Landbede vor dem bedenklichen Ungeld oder der Bierziese

[1]) S. das Nähere bei Hausmann, Beiträge zur Kenntniß der kursächsischen Landesversammlungen, Th. 1—3. 1798; Weiße, Gesch. der kursächsischen Staaten. B. II. S. 362 ff.; Böttiger, Gesch. des Kurstaats und Königreichs Sachsen. B. I. S. 345 ff.

[2]) S. die Urk. bei Gercken, Diplom. Vet. March. T. I. p. 538.

den Vorzug[1]). Der Kurfürst fügte ungeachtet des Widerspruchs der Stände noch einen Zoll hinzu, indem er sich auf die kaiserliche Verleihung und seine landesfürstliche Obrigkeit berief[2]). Seinem durch die verschlimmerte Finanzlage noch mehr gequälten Nachfolger Johann bewilligten die Stände im J. 1488 die Bierziese auf sieben Jahre. Man gewöhnte sich an die neue Steuer, welche der Landesregierung immer unentbehrlicher wurde. Schon Kurfürst Joachim I. erhielt sie 1513 auf Lebenszeit. Was die Stände dazu willig machte, war ohne Zweifel der ihnen selbst zu eigenem Nutzen überlassene dritte Pfennig von dem Ertrage dieser allgemeinen Consumtionssteuer. Noch unter derselben Regierung kam der Hufenschoß hinzu, zuerst nur auf einige Jahre, dann aber auf unbestimmte Zeit bewilligt. So früh gaben hier die Stände ihr wichtigstes Recht, die Steuerbewilligung, aus den Händen. Kein Wunder daher, daß sie sich schon im J. 1523 darüber zu beschweren hatten, „daß ihr gnädigster Herr, der Kurfürst, viel anfahe und handle ohne Rath der Prälaten und Mannschaft"[3]). Doch wurde das beständige Kammergericht im J. 1516 nicht ohne ihre Zuziehung und mit Beisitzern aus ihrer Mitte errichtet. Die verschwenderische Regierungswirthschaft Joachims II. (1535—1571) machte wieder sehr umfassende Bewilligungen der Landstände nöthig, in Folge deren ihre Reverse zu immer größerem Umfang anschwollen. Bei Uebernahme der fürstlichen Schulden im J. 1550 wurde das sogenannte Creditwerk begründet, ein Schuldentilgungs-

---

[1]) S. den s. g. ältesten Landtagsreceß bei Mylius, Corp. constit. March. T. VI. p. 9 sq.

[2]) Vergl. Gercken, Cod. dipl. Brand. T. VIII. p. 501 sq. und den gleichzeitigen Bericht über die Verhandlung mit den Ständen in dess. Cod. V. March. I. p. 375. Der Kurfürst schreibt an die Stadt Salzwedel: „Wy hebben uht keiserliker Friginghe u. Churfürstlicher Averichеith, als de Landesfürste, uns und dem Lande to gude — varghenomen, Tölner bei jou und an anderen Enden in den Unsern to hebben." Zum Ueberfluß ließ er sich noch durch ein von ihm selbst berufenes Gericht der Stände unter dem Vorsitz seines Kanzlers, des Bischofs von Lebus, sein bestrittenes Recht auf den Zoll zuerkennen, welches der Kaiser gleichfalls bestätigte.

[3]) v. Raumer, Cod. diplom. T. II. p. 227.

Institut unter der Verwaltung eines ständischen Ausschusses, welches ein schattenhaftes Dasein der brandenburgischen Landstände noch bis zum J. 1820 fortgesetzt hat [1]).

Halten wir daneben ein anderes Beispiel von ganz verschiedenem Entwickelungsgange. — Während in Sachsen und Brandenburg die Landstände hauptsächlich durch die Landesherren zusammengebracht und um der Regierungsbedürfnisse willen einberufen wurden, ohne daß eine freie Vereinigung der Stände zur Wahrung ihrer Rechte vorherging oder daneben stattfand, bilden die geschworenen Einigungen die eigentliche Grundlage der landständischen Verfassung in Baiern. Schon seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts sind sie sowohl in Oberbaiern, als in Niederbaiern ins Leben getreten, dann immer wieder erneuert, von den Fürsten bestätigt, mit den ausgedehntesten Rechten und vielen Freiheitsbriefen begabt worden [2]). Die Stände erlangten dadurch frühzeitig einen überwiegenden Einfluß auf die Landesregierung. Als daher in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Landesherren sich wieder unabhängiger zu stellen versuchten, stießen sie auf den entschiedensten Widerstand. Gegen H. Albrecht IV. von Baiern-München, der eine von der Ritterschaft verweigerte Steuer dennoch mit Berufung auf „die Kraft seiner Selbstobrigkeit" anordnete, vereinigte sich der Adel 1489 zum Löwenbund. Es kam zum offenen Kriege, der mit einem Vergleich endigte, worin der Herzog versprach, alle Landesfreiheiten aufrecht zu erhalten. Dem H. Georg von Landshut-Ingolstadt wurde im J. 1488 das verlangte Trank-Ungeld schlechthin verweigert, wiewohl er den Ständen selbst ein Drittel davon zu ihrem eigenen Nutzen verhieß. Als nach dessen Tode der Landshuter Erbfolgekrieg ausbrach, erwählte die Landschaft aus ihrer Mitte eine Regentschaft, huldigte jedoch, auf Befehl des Kaisers, dem H. Albrecht von Baiern-München, welcher somit die gesammten bairischen Lande unter seiner Herrschaft vereinigte. Zum ersten

[1]) S. von Lancizolle, über Königthum und Landstände in Preußen. 1846.

[2]) S. die neue Ausgabe der „Altbayrischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen" mit Einleitung von L. Rockinger. 1853.

Mal kam im Jahr 1505 ein gemeinschaftlicher Landtag derselben in München zusammen. Indem H. Albrecht die Untheilbarkeit der bairischen Lande und die fürstliche Erbfolgeordnung nach der Primogenitur festsetzte, machte er doch zugleich für seine Nachfolger die Bestätigung der Landesfreiheiten zur Bedingung. Als nun gleich der erste Nachfolger, H. Wilhelm, sich nicht daran kehrte, und bis ins dritte Jahr ohne Freiheitsbestätigung, aber auch ohne Erbhuldigung regierte, sodann durch seine bedrängte Finanzlage gezwungen, im Jahr 1514 zum ersten Mal die Stände wieder einberief, trat die gesammte Landschaft sofort zu einem Erbbündniß zusammen, schwor, ihre Rechte und Freiheiten zu handhaben, gegen Angriff und Kränkung getreulich bei einander zu bleiben, und errichtete einen beständigen Ausschuß von vier Mitgliedern des Oberlands und von vier des Niederlands nebst sechszehn Beigeordneten, um Jedermann, der sich in seinem Rechte verletzt finden würde, Beistand zu leisten, nöthigenfalls die gesammte Landschaft einzuberufen.

Die Macht der Stände wurde damals nicht bloß durch ihre Einigkeit, sondern zugleich durch die Zwietracht der herzoglichen Brüder erhöht. Sie setzten der fürstlichen Regierung einen permanenten Ausschuß zur Seite, welcher das Widerstandsrecht gegen willkürliche Fürstengewalt ausdrücklich als Naturrecht der Unterthanen in Anspruch nahm [1]). Da vertrugen sich die Herzoge über ihre Gemeinschaftsregierung und hielten seitdem fest aneinander; die Stände aber begannen zu schwanken, und es erfolgte der Rückschlag. War die fürstliche Regierung zuvor von aller Theilnahme bei der Erhebung und Verwaltung der Landsteuern ganz ausgeschlossen gewesen, so dauerte es nun nicht mehr lange, daß selbst das Steuerbewilligungsrecht der Stände angetastet wurde. Noch die Herzoge Wilhelm und Ludwig schrieben drei Landsteuern ohne vorgängige Bewilligung der Stände aus und gaben diesen dafür nur einen nachträglichen Schadlosbrief. Im Jahr 1542 setzten sie

---

[1]) S. Rudhard, Geschichte der Landstände in Baiern. Th. II. S. 77.

den Aufschlag auf das Getränk durch, der später fortdauernd wurde. Nach der vorausgegangenen Ueberhebung der landständischen Freiheiten, und wohl gerade in Folge derselben, ging es seitdem in Baiern rascher als irgendwo abwärts mit der lebendigen Wirksamkeit der landständischen Verfassung, wiewohl die auf dem Papier befestigten Freiheitsbriefe immer aufs neue bestätigt wurden.

Diese Beispiele von verschiedenartiger Entwickelung der Landstände in andern deutschen Territorien mögen uns bei der nähern Betrachtung der meklenburgischen Verfassung zur Vergleichung dienen.

Wir haben im vorigen Abschnitte gesehen, wie auf der einen Seite die Landesfürsten sich durch ihre finanzielle Lage zu fortgesetzten Veräußerungen landesherrlicher und grundherrlicher Rechte gedrängt fanden, und wie dagegen in demselben Verhältniß die Privilegien und das Ansehen der Stände sich mehrten. Besonders noch dem im Jahr 1477 verstorbenen Herzog Heinrich, der das Glück hatte, die gesammten meklenburgischen Lande wieder zu vereinigen, wird eine maßlose Verschwendung von Domänen und Regalien zum Vorwurf gemacht[1]). Es ist offenbar, daß, wenn alle solche Veräußerungen für immer bei Bestand geblieben wären, die Aufrichtung der Landeshoheit und die Herstellung einer wirklichen Landesregierung völlig unmöglich gewesen wäre.

Es war nun aber die Zeit gekommen, wo die Herzoge theils die veräußerten Hoheitsrechte zurückforderten, theils den besondern Privilegien gegenüber die neuen Ansprüche fürstlicher Landesherrschaft geltend machten.

Es ist oben erwähnt worden, daß die Nachfolger von Herzog Heinrich, um ihre Zahlungsverbindlichkeiten zu erfüllen, eine allgemeine Bedeforderung an ihre verschiedenen Lande richteten, daß sie bei den Seestädten, deren Selbstgefühl durch das erneuerte Bündniß mit den andern Hansestädten verstärkt war, den lebhaftesten

---

[1]) S. Rudloff, Meklenb. Geschichte Th. II. S. 815 und S. 937. ff.

Widerstand antrafen. Hierüber kam es noch einmal zum Vergleich. Als aber bei dem neuen Streit über die Errichtung des Domstiftes zu Rostock jede friedliche Vermittelung sich als vergeblich zeigte, war H. Magnus entschlossen, Gewalt gegen die trotzige Bürgerschaft zu gebrauchen. Er wandte sich zuerst an die Vasallen, sie zum schuldigen Lehndienst und Waffenbeistand auffordernd. Von beiden Herzogen, Magnus und Balthasar, wurden die Mannen aus allen drei Landen zur Tagfahrt nach Sternberg (1485, Febr. 4) einberufen. Man verhandelte dort auf freiem Felde, ohne Zweifel bei der Brücke zu Sagsdorf, wo auch nachmals die gewöhnliche Stätte der Landtage war[1]). Die anwesenden Mannen zeigten in der Mehrzahl wenig Neigung zum Krieg, verwiesen statt dessen die Herzoge auf den Wortlaut des wendischen Städtebunds, wonach jede Stadt sich verpflichtet habe, nach dem Ausspruch der andern zu Recht zu stehen; wiewohl einige von ihnen es für schimpflich hielten, daß die Herzoge sich von den Stadtbürgern sollten Recht sprechen lassen. Unwillig ritt H. Magnus von dannen: er hatte die Erfahrung gemacht, daß der Landesherr auch den Lehndienst der Vasallen nur von deren gutem Willen erhalten könne. Mit geworbenen Truppen und mit auswärtiger Hülfe mußte er die aufrührerische Stadt bekämpfen: wir haben schon gesagt, wie sie am Ende zur Unterwerfung gebracht wurde.

Irren wir nicht, so liegt hier der Wendepunkt und der Uebergang zu einem neuen Verhältniß zwischen Fürst und Ständen in Meklenburg. Es bedurfte eines so kräftigen Regenten, wie H. Magnus war, um den ersten Versuch zur Begründung der landesherrlichen Gewalt gegen die mächtige Handelsstadt, welche für sich allein

---

[1]) Alb. Krantz Vandalia L. XIV. c. 1. gibt den Inhalt der Verhandlung am ausführlichsten. Die Zeitbestimmung findet sich in dem Bericht über dieselbe Versammlung: Chron. Slavica bei Lindenbrog Script. p. 246, wo nur die Jahreszahl 1487 falsch ist, wie die hinzugefügten Daten (primus annus post bis sextilem etc.) beweisen. Der Ort der Versammlung wird nicht genannt, ergibt sich aber daraus, daß er als in der Mitte des Landes gelegen beschrieben wird und daß H. Magnus von da nach St. Antoniushof reitet, d. i. nach dem nah gelegenen Tempzin bei Sternberg.

2000 Mann zu F. und 200 zu Pf. geworbener Truppen gegen ihn ins Feld stellen konnte, glücklich durchzuführen. Darin, daß dieser Versuch gelang, lag eine wichtige und weitgreifende Entscheidung.

Als H. Magnus im Jahr 1503 (Nov. 20) starb, hat ihm der Geschichtsschreiber Albert Krantz die Leichenrede gehalten, worin er ihn gegen den Vorwurf vertheidigt, daß er sich allzu streng gegen seine Unterthanen bewiesen habe. Es gebe Krankheiten, bemerkt er, die nur durch Eisen und Feuer geheilt werden könnten: die Heilung habe darin bestanden, daß unter H. Magnus Regierung jedes Glied zur Ordnung zurückgekehrt sei [1]).

Sehen wir nun, wie mit der Begründung der fürstlichen Landeshoheit zugleich die Ausbildung der landständischen Verfassung im engen Zusammenhang stand, und wie die häufigeren Forderungen, welche die Fürsten an das Land stellten, die regelmäßigere und besser geordnete Mitwirkung der Stände herbeiführte.

Vor Allem die Vereinigung der meklenburgischen Stände wurde erst durch die Zusammenfügung der getrennten Lande unter derselben fürstlichen Herrschaft angebahnt. Als die Söhne H. Heinrichs dem ältesten Bruder Albrecht für sich das Land Wenden überließen, wurde zugleich verabredet, daß die beiden andern Brüder, Magnus und Balthasar, in den ihnen gemeinschaftlich gehörenden Ländern Meklenburg, Stargard, Rostock, Gnoyen und Grafschaft Schwerin eine gleiche Bede, wie jener in Wenden, von Mannen und Städten fordern dürften [2]). Damals wurde, wie es scheint, die Bede noch in jedem der genannten Gebiete besonders eingefordert. — Nach dem Tode H. Albrechts im Jahr 1483 vereinigten wieder Balthasar und Magnus die gesammten Lande. Wir haben früher gesehen, daß bis dahin nur in den Landen Wenden und Stargard größere ständische Verbände vorhanden waren. Seit dieser Zeit finden wir die nicht zu den genannten beiden Ländern gehörigen Gebiete gewöhnlich als Land Meklenburg denselben zur

---

[1]) Vandalia L. XIV. c. 33. p. 337: Gravitas putabatur, medicina fuit, ut in ordinem quaeque sua revertantur.

[2]) Urk. von 1480 in Pötkers Sammlung 5. St. S. 46.

Seite gestellt, und zwar besonders da, wo es sich um die ständische Vertretung aller Länder handelte.

Als die Herzoge im Jahr 1492 von der Stadt Rostock die Abstellung der willkürlich eingeführten Accise verlangten, bezogen sie sich auf einen deshalb mit den geistlichen und weltlichen Räthen der drei Lande gefaßten Beschluß. Wer waren diese Räthe? und was hatten sie für Vollmachten?

Bereits im 13. und 14. Jahrhundert haben wir die Mitwirkung von Räthen aus der Zahl der Mannen, bisweilen mit Hinzuziehung der beiden Seestädte, bei den wichtigsten Regierungshandlungen der Fürsten gesehen; ebenso finden sich in den Urkunden des 15. Jahrhunderts häufig Räthe von Mannen und Städten in einer Weise genannt, daß unverkennbar die von den Fürsten zu Rath gezogenen Mitglieder dieser Stände gemeint sind. So z. B. in einer Urkunde von 1436, worin die Herzoge von Meklenburg nach ihrem Regierungsantritt in Wenden der verwittweten Fürstin Sophie das Leibgedinge versichern unter ihrem fürstlichen Siegel, zugleich mit „den ingesegeln unses Rades, man und stede": es sind die Siegel des Marschalls nebst fünf Knappen und vier Städten vom Lande Wenden [1]). Unter der Urkunde des dem Lande Stargard im Jahr 1439 verliehenen Münzprivilegiums sind als Zeugen aufgeführt: Mannen und Rathmänner der Städte „unnde mennylyken unse anderen redere (Räthe), unse manne und stede in unnsenn lande to Stargarde" [2]).

Es kann nicht bezweifelt werden, daß die von den Fürsten in Landesangelegenheiten zu Rath gezogenen und als Räthe bezeichneten Personen eine Art ständischer Vertretung ausübten, ehe es gewöhnlich war, die gesammten Stände des Landes einzuberufen.

Sehr deutlich erkennen wir diese Stellung der Räthe in den schon erwähnten Streitigkeiten der Herzoge mit der Stadt Rostock, bei welchen jene als Vermittler eintraten. Gleich anfangs ver-

---

[1]) Lisch, v. Maltzansche Urk. B. III. S. 80.

[2]) Boll, Gesch. des Landes Stargard B. II. S. 418.

stellten die Herzoge den Streit über die Landbede zur Entscheidung der Prälaten, des schweriner Domcapitels und der Universität Rostock mit Hinzuziehung der Räthe von Mannen und Städten: — „Manne Redere und Stede Redere"[1]). In einem Schreiben an „unsere Räthe, Ritter, Mannen und Städte, in dem Lande zu Wenden eingesessen", tragen dieselben ihre Beschwerden gegen Rostock vor und ersuchen die genannten Stände um ihre Vermittelung und ihren Beistand[2]). An den Vergleichsverhandlungen zu Wismar nahmen außer den wendischen Hansestädten auch Prälaten und Räthe von Mannen und Städten Theil[3]).

Bei dem Zerwürfniß über die Errichtung des Domstifts zu Rostock im Jahr 1484 versuchten wiederum neben den Hansestädten die Stände des Landes zu vermitteln. Es liegt uns eine Reihe von Zuschriften an die Stadt Rostock aus dieser Zeit vor, unterzeichnet von mehreren Räthen vom Adel, welche im Namen der übrigen Räthe, Mannen und Städte zwischen den Herzogen und der Stadt unterhandelten[4]). Besonders verdient hier ein Schreiben der Stände hervorgehoben zu werden, worin sie die Stadt beschuldigen, daß sie die auf mehreren Tagen getroffenen Verabredungen nicht eingehalten habe, und dieselbe ermahnen nach dem Anerbieten der Herzoge, in Beziehung auf das geistliche Collegium, ein Schiedsgericht von inländischen und auswärtigen Herren und Prälaten anzunehmen und die übrigen weltlichen Streitsachen zum Erkenntniß von Prälaten, Mannen und Städten zu stellen. Dieses Schreiben ist unterzeichnet von mehreren Rittern und andern vom Adel, sodann von den Abgeordneten der Städte Wismar, Parchim, Güstrow, Neubrandenburg, Malchin „und andern Räthen, Mannen und Städten der Lande Meklenburg, Wenden und Stargard, auf

---

[1]) S. die Zuschrift von Wismar an Rostock vom 27. Sept. 1481 in den Rost. wöch. Nachrichten. 1757. S. 129, und die Zuschrift der Herzoge an Rostock vom 10. März 1482, im Anhang Urk. Nr. 1.

[2]) S. im Anhang Urk. Nr. 2.

[3]) Vertrag vom 15. Aug. 1482 bei Lünig, Reichsarchiv, Pars Spec. IV. Cont. II. Fortſ. S. 692. ff.

[4]) S. einige Beispiele im Anhang Urk. Nr. 4—6.

dem Tage zu Schwerin für dies Mal versammelt." Es war also ein Landtag der beiden genannten Stände aus den gesammten Landen der Herzoge von Meklenburg [1]).

Man pflegt die oben erwähnte Sternberger Tagfahrt von 1485 als den ersten bekannten vereinigten Landtag von Meklenburg zu bezeichnen. Mit Unrecht! Hier ist ein früherer, und ein solcher, der mit größerem Rechte ein vereinigter Landtag der Stände zu heißen verdient, da auf der Sternberger Tagfahrt nur die Mannen oder Lehnsleute ohne die Städte zusammenkamen.

Es geschah im weitern Verlauf dieser Händel, daß sowohl die Herzoge, als die Stadt, im Jahr 1495 sich damit einverstanden erklärten, daß bis zum Austrage ihrer Streitigkeiten der von den Herzogen besetzte Hafen nebst der Festung von Warnemünde den Herrn, Prälaten, Mannen und Städten, welche die Herzoge dazu verordnen würden, zur Sequestration sollten übergeben werden.

Doch nicht bloß als Vermittler, auch als erkorne Schiedsrichter in Streitsachen zwischen den Fürsten mit den einzelnen Ständen traten verordnete Räthe von Prälaten, Mannen und Städten ein. — Als die zu Schwerin versammelten Stände Rostock aufforderten, die weltlichen Streitpunkte dem Urtheil von Prälaten, Mannen und Städten zu unterwerfen, hatten die Herzoge bereits eine Citation an die Stadt ergehen lassen, auf dem Rechtstage zu Güstrow — „vor Unsern Redern (Räthen), Heren Prelaten, mannen und steden, de wy dar bescheden hebben" — zu erscheinen [2]). — Es sind zwei Urkunden aus dem Jahr 1497 vorhanden, worin zwei Prälaten, zwei Ritter und zwei durch Bürgermeister und Rathmänner vertretene Städte (Schwerin und Parchim), als „verordnete und deputirte Richter in statt und von wegen aller andern Räthe von Prälaten, Mannen und Städten", mehrere Rostocker Bürger

---

[1]) Das Schreiben ist vom 16. Dec. 1484. S. im Anhang, Urk. Nr. 3.

[2]) Schreiben vom 6. Aug. 1484 in den Rost. wöch. Nachrichten. 1759. S. 40. „Herren" ist der gemeinsame Ehrentitel, sowohl der Prälaten, als derjenigen Mannen, welche die Ritterwürde besaßen.

zum anberaumten Rechtstage nach Güstrow bescheiden, woselbst sie über sie zu Gericht sitzen wollen [1]).

Auch bei Streitigkeiten der Fürsten unter einander vermittelten die Räthe aus den Ständen. So findet sich in dem Gemeinschaftsvertrag der Söhne von H. Magnus vom J. 1504 die Bestimmung: im Fall sich zwei von ihnen gegen den dritten Bruder in Unwillen erheben würden, „so sollen und wollen Wir zu beiden Theilen erstlich unsern Räthen von Prälaten, Mannen und Städten Handlung gestatten“ [2]).

Aus den vorstehenden urkundlichen Zeugnissen ist ersichtlich, daß unter den Räthen von Prälaten, Mannen und Städten die von den Herzogen zu Rath gezogenen Stände, theils im engeren Sinne von wenigen zu dem besonderen Zweck verordneten Personen, theils im weiteren von den Rath gebenden Ständen überhaupt zu verstehen sind.

Von diesen Räthen des Landes lassen sich nicht immer bestimmt unterscheiden die fürstlichen Räthe von Adel, welche im Dienst der Herzoge standen und sonst Hofämter bekleideten, oder durch das besondere Vertrauen der Fürsten geehrt waren, insofern auch sie dem Ritterstand des Landes angehörten. Anders dagegen verhält es sich mit den gelehrten Hofräthen, welche seit Anfang des 16. Jahrhunderts, als man bloße Geschäftskenntniß und Erfahrung bei der Landesregierung nicht mehr für ausreichend, sondern auch römische Rechtsgelehrsamkeit für nothwendig hielt, in der fürstlichen Kanzlei neben dem Kanzler angestellt wurden [3]).

Deutlich finden sich unterschieden beide Arten fürstlicher Räthe von den zu Rath gezogenen ständischen Mitgliedern in dem Gemein-

---

[1]) S. die Urk. Nr. 9 und 10 im Anhang. Vergl. das Contumacialerkenntniß in streitigen Sachen zwischen den Herzogen Magnus und Balthasar und denen von Flotow zu Stuhr besessen, betreffend Land und Stadt Malchow, gesprochen zu Wismar 1494 von Prälaten, Mannen und Städten, „alse behörlike bewillede und angenommene Richtere“, in Rost. wöch. Nachr. Beil. 1821. S. 117.

[2]) S. Letztes Wort ꝛc. 1751. Urk. Nr. 9.

[3]) Rudloff, Mekl. Geschichte. B. II. S. 929 ff.

schaftsvertrag der beiden herzoglichen Brüder von 1518, welcher durch die Bevollmächtigten von Sachsen und Hessen, „im Beisein etlicher Unserer Räthe und des Ausschusses, so Wir aus den Ständen Unseres Fürstenthums dazu verordnet", abgeschlossen wurde, worin die Herzoge erklären, daß sie für die gemeinsamen Regierungsgeschäfte einen Kanzler, einen Hofmarschall und zwei Hofräthe ernennen wollen: würden sie unter einander in Streit gerathen und sich nicht in gütlicher Weise mit dem Beistand ihrer Hofräthe verständigen können, so wollen sie beiderseits die ältesten zwei Prälaten, die ältesten drei fürstlichen Räthe, zwei Mitglieder der Ritterschaft und zwei Bürgermeister der Städte Rostock und Wismar zuziehen, die nach Stimmenmehrheit über den Fall beschließen sollen [1]). Dasselbe findet sich wiederholt in dem Neubrandenburger Vertrag von 1520 mit dem Zusatz, daß, wenn durch den bezeichneten Ständeausschuß der Streit nicht geschlichtet werden könne, der Herzog von Pommern und die Stände der Fürstenthümer Meklenburg, Wenden und Stargard dazu Macht haben sollen. Der Vertrag ist von sieben Personen von Adel als „Mithendelern von wegen unse Stende der Landschop" unterzeichnet [2]).

Aus dem Bisherigen hat sich ergeben, daß nach der Vereinigung Meklenburgs unter der Gemeinschaftsregierung der Herzoge Magnus und Balthasar eine landständische Mitwirkung durch mehr oder weniger Rathgeber aus den drei Landen stattfand, welche in Vertretung der übrigen Stände einberufen wurden, in den Streitigkeiten der Herzoge unter einander oder mit einzelnen Ständen vermittelten, auf Rechtstagen richterliche Entscheidungen abgaben, kurz in verschiedener Weise für das Land handelten und Beschlüsse faßten. Gewiß reichte jedoch die Autorität und Wirkung dieser Vertretung nicht weiter, als die übrigen Stände keine Veranlassung fanden, Einsprache dagegen zu thun. So oft es sich aber um

---

[1]) Letztes Wort ꝛc. Beil. Nr. 11.

[2]) Ausführliche Betrachtungen ꝛc. 1751. Beil. Nr. 11.

eine allgemeine Leistung aller Unterthanen handelte, konnte die Zustimmung weniger ständischer Räthe unmöglich allgemein verbindliche Kraft haben.

Wenn also eine Steuer oder eine Kriegshülfe begehrt wurde, mußten die Landesherren sich jedesmal zuvor der Zustimmung der Mehrzahl der Landstände versichern, wogegen sodann der Widerspruch Einzelner nicht leicht mehr etwas vermochte.

Ferner machte sich unter der gemeinsamen Herrschaft der Herzoge über die nur erst kürzlich zusammengebrachten Landestheile das Bedürfniß einer allgemeinen Landesordnung und umfassenden Gesetzgebung geltend: damit solche allgemein verbindliche Kraft erhielt, konnte die Einwilligung der Stände um so weniger entbehrt werden, als die Ausführung größtentheils in ihren Händen lag.

Endlich mehrten sich seit Ende des 15. Jahrhunderts die Anforderungen von Reichs wegen. Um die Kosten für die Beschickung der Reichstage, sowie die dort beschlossenen Reichshülfen aufzubringen, mußten sich die Landesherren an ihre Stände wenden, von deren Einwilligung und Mitwirkung auch die Ausführung der Reichsverordnungen mehr oder weniger abhängig war.

In diesen Momenten erkennen wir vorzugsweise die Veranlassungen zur Einberufung der Stände, sowohl in den einzelnen Landestheilen, als in dem vereinigten Meklenburg, und den Grund der häufigeren Wiederkehr der Landtage seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts.

Betrachten wir zuvörderst die Steuerbewilligungen. — Wir sahen, daß die Landesherren schon im 13. Jahrhundert die Stände der einzelnen Vogteien um außerordentliche Geldhülfen angingen und ihre Bereitwilligkeit dazu mit Ertheilung von Privilegien belohnten. Weiterhin geschieht auch im 14. Jahrhundert nicht selten Erwähnung davon, daß Mannen und Städte, geistliche und weltliche Stände auf Ansuchen der Landesherren außerordentliche Beden bewilligt haben, wobei ausdrücklich anerkannt wird, daß solche Beden nicht ohne vorgängige Bewilligung der Stände dürften ein-

gefordert werden [1]. Um der geleisteten Beden willen erhielten die Stände des Landes Stargard in den Jahren 1434 und 1439 erweiterte Privilegien [2]. Als im Jahr 1480 Magnus und Balthasar, wie erwähnt worden, eine allgemeine Bede in ihren Landen ausschrieben, weigerten sich die beiden Seestädte, da sie sich oft mit einander verbunden hatten, ihren gnädigen Herren niemals eine Bede zu geben. Umsonst wurde Rostock von den Herzogen daran erinnert, daß es ja die Steuer selbst mit bewilligt habe: die Stadt meinte nicht für sich selbst bewilligt zu haben und bezog sich auf ihre Privilegien [3]. Man einigte sich durch den Vertrag von Wismar vom 15. Aug. 1482, wonach die Bedefreiheit der Stadt innerhalb der Zingeln anerkannt wurde, weil sie dafür die Orbör bezahlte; doch sollte sie von ihren und der Bürger Landgütern, gleich wie alle anderen Landbegüterten, bedepflichtig sein.

Häufiger wurden seit dem Ende des 15. Jahrhunderts den Herzogen von Prälaten, Mannen und Städten Landbeden und Steuern für bestimmte Zwecke, wie z. B. die Ausstattung der fürstlichen Töchter, oder Beiträge zu den Reichssteuern bewilligt. — Die gewöhnliche Landbede wurde von den geistlichen und weltlichen Grundherren, Mannen und Städten durch deren Untersassen, gleichwie von den Bewohnern des großherzoglichen Domaniums, entrichtet; zum Betrage von 16 Schill. oder 1 Mark für die Hufe und von 4 Schill. für die Katenwohnung auf dem platten Lande, und zum Betrage von 1 Gulden für das volle Erbe oder das ganze Haus in den

---

[1]) Hier noch ein Beispiel. Urk. von 1382; Schröder, Papist. Meklenb. S. 1556: Lorenz von Werle bestätigt dem Kloster Dobbertin das Dorf Gerdeshagen mit allen Gerechtigkeiten und dem Zusatz: „und weret dat wy edder unser erfnamen dorch Unser und Unses Landes Noet willen ene Bede beden von Usen Mannen, nemliken ghestlick und werlik, de se Uns fry beden van Gnaden" ꝛc.

[2]) S. o. S. 82.

[3]) S. das Schreiben von Wismar an Rostock vom Sept. 1481 in Rost. wöch. Nachr. 1757. S. 129 und das Schreiben der Herzöge an die Stände von Wenden vom Juli 1482 im Anhang Nr. 2.

Städten, für das halbe oder die Bude ½ Gulden u. s. w. [1]). Sie wurde erhoben von den dazu verordneten herzoglichen Einnehmern, theils unmittelbar, theils durch die Beihülfe der Stände selbst, welche sie von ihren Hintersassen aufbrachten [2]). — Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Mannen auf Grund ihrer Lehndienste, wie vor Alters, die Steuerfreiheit für die eigenen Höfe und die nicht mit Bauern besetzten oder verpachteten Ländereien fortdauernd behaupteten [3]).

Es ist schon im Allgemeinen bemerkt worden, daß eine von der Mehrzahl der Stände bewilligte Steuer als für Alle angenommen galt. Im Fall dann ein einzelner Stand noch aus irgend einem Grunde behaupten wollte, daß er die Steuer zu zahlen nicht schuldig sei, so kam es lediglich darauf an, ob er die Macht hatte, seinen Widerspruch in Kraft zu setzen.

Als im J. 1489 die herzoglichen Vögte eine Bede von den Bauern in den Rostocker Landgütern unter Androhung von Pfän-

---

[1]) S. die herzoglichen Ausschreiben an Landbegüterte von 1524 und 1529 in: Feststehender Grund 2c. Urk. Nr. 187 und Urk.-Bestätigung 2c. Beil. Nr. 2, und in Beziehung auf die Landbede der Städte das herz. Schreiben an Rostock von 1531 im Anhang Nr. 38.

[2]) Ein fester Gebrauch hat sich erst im 16. Jahrh. gebildet. Wir finden zu Anfang desselben, daß die Landbede der Rostocker Landgüter, theils unmittelbar von den herzoglichen Beamten erhoben, theils von der Stadt im Ganzen eingefordert wurde. S. die Urk. von 1489 und 1501 im Anhang Nr. 7. 14 und von 1506 in Nr. 19. 20. 23. Heinrich fordert in einem Schreiben an den Ritter Bernd Maltzan von 1512 diesen auf, die Landsteuer, so er im verwichenen Jahr von seinen Unterthanen erhoben habe, sofort einzusenden, die übrige aber an die Amtleute zu Stavenhagen zahlen zu lassen: Lisch, Maltz. Urk. B. IV. S. 116.

[3]) S. das Bederegister aus dem Amte Ribnitz von 1535, worin die herrschaftlichen Hufen nicht mit in Anschlag gebracht sind: Feststehender Grund 2c. 1742. Urk. Nr. 13 (das Original ist in den Rost. Landtags-Acten Vol. 1). H. Heinrichs Mandat von 1544: „Wir befinden aus den Landregistern, daß etlich von Adel, wenn — — Uns von Unsern gemeinen Landschaften von Prälaten, Ritterschaft und Städten eine gemeine Landbede bewilligt, etliche Hufen den Bauern zur Pacht ausgethan haben, die sie Hofhufen heißen und keine Landbede davon geben lassen“: den Einnehmern wird aufgegeben, von allen solchen verpachteten Hufen die Landbede laut den Registern zu fordern; die wirklichen Hofhufen waren also frei. Zuverlässige Ausführung 2c. Urk. Nr. 100.

dung einforderten, bat die Stadt, sie damit zu verschonen. Hierauf erwiederten die Herzoge, „da alle gute Mannen und Untersassen, geistliche und weltliche, in Unseren Landen und Herrschaften besessen, sowie auch Unsere eignen Bauern, solche Bede zugesagt" und geben müssen, so könnten Die von Rostock gleichfalls nicht übersehen werden [1]). In den Jahren 1500 und 1501 begehrten die Herzoge Magnus und Balthasar eine Beisteuer für die Vermählung der beiden Töchter des ersteren: wiederum bat die Stadt, sie bei ihren alten Gewohnheiten zu lassen, d. h. nicht zu zahlen. Doch die Herzoge bestanden mit Nachdruck auf ihrem landesherrlichen Rechte: „angesehen, daß ihr die Unsrigen seid, und gleich allen Unsern Prälaten, Mannen und Städten Uns in allen ehrlichen und rechtfertigen Dingen verpflichtet seid." Die Rostocker mußten schließlich 6000 Mark übernehmen [2]). Den H. Balthasar und Heinrich ward im J. 1505 auf einem Landtage zu Sagsdorf eine Beisteuer und Hülfe bewilligt zum Empfang der kaiserlichen Belehnung auf dem Kölner Reichstage. Abermals berief sich Rostock auf die ihm erst neuerdings wieder bestätigte Bedefreiheit. Doch die Herzoge hielten entgegen: das sei keine Landbede, sondern nur eine Steuer und Hülfe für den angegebenen Zweck, und übertrugen dem Bischof von Schwerin und dem Ritter von Plessen die weitere Verhandlung; ohne Zweifel mußte Rostock zahlen [3]). — Noch kürzer angebunden war das Verfahren der H. Heinrich und Albrecht gegen das Kloster Doberan, als dieses im J. 1510, mit Berufung auf seine Privilegien und die auf dem Landtage zuvor mit dem Adel abgegebene Erklärung, sich weigerte, die von ihm verlangte Reichssteuer zum Betrage einer halben Landbede zu entrichten. Die Herzoge gaben den Bescheid, daß sie sich solcher Privilegien so wenig zu erinnern wüßten, als sie ihrerseits gesonnen wären, sich

---

[1]) S. die Urk. im Anhang Nr. 7.

[2]) S. im Anhang Urk. Nr. 12. 13, und noch andere in den Rost. Landtags-Acten Vol. 1.

[3]) S. die Urk. Nr. 15—18 im Anhang.

der ihnen zustehenden Freiheit, nämlich des Rechts der Besteuerung, zu begeben; drohten mit Auspfändung der Leute des Klosters [1]). Den Widerspruch des Adels mußten sie sich freilich gefallen lassen, und man ersieht aus diesem Vorgang, daß auch bei der Einforderung von Reichssteuern die Verpflichtung der Stände zur Beihülfe sich keineswegs von selbst verstand.

Wenn die Ritterschaft als Stand die Steuerfreiheit für sich wegen ihrer Lehndienste behauptete, so haben wir schon an einem Beispiel im J. 1485 gesehen, daß sie doch auch die Leistung von diesen, ebenso wie die Besteuerung ihrer Untersassen, unter Umständen verweigern konnte. Wir fügen diesem noch ein anderes hinzu. Als H. Albrecht im Jahr 1535 seinen Zug nach Dänemark unternahm, bot er die Mannen zur Kriegsfolge auf. Doch diese entschuldigten sich theils mit der Kürze der Zeit, theils mit Hinweisung auf die von Holstein aus für das Land drohende Gefahr, und erboten sich statt der Waffenhülfe zu einer halben Landbede „aus freiem Darlegen und eigenen Beuteln" [2]): und gar nichts weiter fruchtete die leere Drohung des Herzogs von Einziehung der Lehngüter nach kaiserlichen und sächsischen Lehnrechten [3]).

In solchen Fällen, wo die geforderte Kriegsleistung allein die Mannen oder den jetzt öfter sogenannten Adel anging, finden wir diesen, getrennt von den anderen Ständen, zu besonderen Berathungen versammelt. Die Landräthe und Statthalter des H. Albrecht nahmen damals das erwähnte Anerbieten der „ganzen Landschaft des Adels" statt der Lehnshülfe an, indem sie sich vorbehielten, die Geistlichkeit und die kleinen Städte auf einen anderen Tag einzuberufen, um mit diesen gleichfalls zu versuchen, was sie von ihnen erhalten könnten [4]); denn Rostock und Wismar waren schon, im Bunde mit Lübeck, bei dem dänischen Kriege unmittelbar betheiligt. Wegen der von der holsteinischen Seite her drohenden Gefahr

---

[1]) S. die Urk. Nr. 25 und 26 im Anhang.

[2]) S. die Urk. Nr. 42 und 43 im Anhang.

[3]) (Bärensprungs) Neue Sammlung meklenb. Landesgesetze. B. II. Nr. 152.

[4]) S. die schon angeführte Urk. Nr. 43 im Anhang.

erließ H. Heinrich das allgemeine Aufgebot: „zur Rettung und Erhaltung des Vaterlandes von allen wehrhaften Unterthanen jeden dritten Mann in guter männlicher Wehr“ zu stellen; mit welchem Erfolg, ist nicht bekannt [1]).

Die Mitwirkung und Zustimmung der Landstände bei der Gesetzgebung zeigt die erste allgemeine Polizeiordnung von 1516, deren Eingang besagt, daß, nachdem vielfache Klagen der Unterthanen über Mißbräuche und Unordnungen vorgebracht worden, welche den Einwohnern an ihrer Handlung und Nahrung zu merklicher Verhinderung und Schaden, zur Verwüstung der Städte und Lande gereichten, die Herzoge, nach Erkundigung derselben „mit Rath, Wissen und Willen ihrer Räthe und Landschaft“, solche Ordnungen, Statute und Satzungen verfassen lassen und mit dem Beirath ihrer Räthe, auch Wissen und Bewilligung gemeiner Stände in ihren Landen aufrecht zu halten und durchzuführen endlich beschlossen hätten. Man erkennt dabei die Autonomie der Seestädte, wenn es diesen schließlich überlassen wird, solcher neuen Ordnung, so viel als möglich, nachzukommen, oder aber sonst nach alter Gewohnheit ihre eigene Ordnung zu machen, nur sollen sie in denjenigen Artikeln, welche alle Stände betreffen, sich diesen gleichförmig halten [2]).

Wenngleich nun in allen Landesangelegenheiten, welche nicht bloß mit Zuziehung von Räthen aus den Ständen zu erledigen waren, die Herzoge sich an die Gesammtheit der Stände wenden mußten, so war es doch nicht sogleich nach der Vereinigung der meklenburgischen Lande gewöhnlich, gemeinsame Landtage zu halten, sondern man folgte noch einige Zeit hindurch der früheren Gewohnheit, die Stände eines jeden Landestheils für sich zu versammeln, so oft es sich um eine Angelegenheit handelte, bei welcher

[1]) Ausschreiben vom 5. März 1536, abgedruckt bei Franck, A. u. N. Meklenburg. B. IX. S. 202.

[2]) Diese älteste Polizei-Ordnung führt den Titel: „Ordeninge, Statuta und Sattunge dem gemenen Nutthe tom besten“ und ist abgedruckt in der Bärensprungschen N. Sammlung, B. IV. S. 12 ff.

die Zustimmung der Meisten erforderlich schien. In den Urkunden dieser Zeit ist zwar von den durch die Stände bewilligten Beden die Rede, aber keine Nachricht von einem zu solchem Zwecke veranstalteten allgemeinen Landtage erhalten[1]).

Dagegen ist noch das Protokoll von einem stargardschen Sonderlandtage aufbewahrt, welcher im Jahr 1488 unter dem Vorsitz der Herzoge auf gewöhnlicher Malstätte zu Kölpin, unweit Neubrandenburg, abgehalten wurde. Die Stände sollten Beiträge zu einer Reichssteuer (von 3000 Gulden) für den Kaiser und zu dem Kostenaufwand (5000 Gulden) der Herzoge bei dem Empfang der Reichsbelehnung bewilligen: nach Verlesung der kaiserlichen und herzoglichen Mandate beschlossen die anwesenden Städte und Mannschaft, Einige aus ihrer Mitte nach Zurow (unweit Wismar) abzusenden, wohin die „andern Räthe unserer Lande" beschieden worden; was diese thun würden, wollten sie auch thun[2]). — Unter den andern Räthen sind ohne Zweifel die Stände von Meklenburg und Wenden zu verstehen; und es war natürlich, daß die von Stargard die Höhe ihrer Beisteuer von Hufen und Häusern gleichmäßig mit den übrigen Landestheilen bestimmen wollten. Ein solcher Beschluß mußte aber von selbst die gemeinsame Einberufung der Stände in ähnlichen Fällen als zweckmäßig erscheinen lassen.

Es waren zuerst die Streitigkeiten der Herzoge mit der Stadt Rostock, welche, wie wir gesehen, die häufigeren Zusammenkünfte von ständischen Räthen aus den gesammten Landen veranlaßten. In wie fern diese freiwilligen oder von den Herzogen berufenen Versammlungen schon die Bedeutung von Gesammtlandtagen der Stände hatten, oder nicht, ist nicht bestimmt anzugeben, doch wird man diesen Charakter der obenerwähnten Versammlung der Räthe, Mannen und Städte, auf dem Tage zu Schwerin im December 1484, gewiß nicht absprechen können[3]).

---

[1]) S. die Urk. Nr. 2. 7. 11. 12 im Anhang.
[2]) S. die von Lisch mitgetheilte Urkunde in den Mekl. Jahrb. B. X. S. 192.
[3]) Vergl. o. S. 103. ff.

Das älteste Landtagsausschreiben, welches wir in den Acten gefunden haben, rührt vom Jahr 1505 her. Darin zeigen die Herzoge Balthasar und Heinrich an, daß sie, in Veranlassung der bevorstehenden kaiserlichen Belehnung der Söhne von Herzog Magnus auf dem Kölner Reichstage, sich mit Prälaten, Mannen und Städten berathen wollen, versteht sich zum Zweck einer Beisteuer, und sie gebieten deshalb der Stadt Rostock, an welche das vorliegende Exemplar gerichtet ist, mit zwei Mitgliedern ihres Raths am 29. Mai beim Glockenschlag 9 auf der Brücke zu Sagsdorf zu erscheinen [1]).

Wir fügen ein späteres Ausschreiben von 1517, das erste im Druck vorhandene, hinzu, worin die Herzoge Heinrich und Albrecht die „gemeinen Stände ihres Fürstenthums", und mit näherer Bezeichnung: „alle Stände, Unterthanen und Verwandte ihres Fürstenthums", zu einem gemeinen Landtag an denselben Ort bescheiden [2]).

Der Ausdruck „gemeine Stände", dem wir hier, gleichwie in der Polizeiordnung von 1516 und dann öfter begegnen, so wie der entsprechende: „gemeiner Landtag", beweisen, daß die Stände nun schon als politische Einheit und als Gesammtvertretung aller Unterthanen des Fürstenthums betrachtet wurden. Unter den „Verwandten des Fürstenthums" sind vermuthlich die auswärtigen, insbesondere die geistlichen Herren, namentlich die Bischöfe und Kapitel von Schwerin und Ratzeburg zu verstehen, welche sowohl wegen ihrer Besitzungen in Meklenburg, als auch wegen ihrer geistlichen Jurisdiction an den Angelegenheiten des Landes Theil nahmen, wie wir denn den Bischof von Schwerin in dieser Zeit häufig unter den Prälaten des Landes aufgeführt oder mit besonderen Aufträgen des Fürsten betraut finden [3]).

---

[1]) S. d. Urk. Nr. 16. im Anhang.

[2]) S. Nr. 27. im Anhang.

[3]) S. Urk. Nr. 9, 10, 18 im Anhang. Auch in der Unionsurkunde von 1523 erscheinen der Bischof und der Dompropst von Schwerin als Vertreter der Prälaten im Ausschuß.

Als „gewöhnlicher Ort" der Landtage wird schon im Ausschreiben von 1517 die Brücke zu Sagsdorf an der Warnow unweit Sternberg bezeichnet. Ebendaselbst hatte im Jahr 1485 die Tagfahrt der von den Fürsten aufgebotenen Vasallen stattgefunden; und schon in alter Zeit war der Ort als Malstätte für die Zusammenkünfte der Fürsten oder andere Versammlungen beliebt. Seine Lage in der Mitte von Meklenburg und in der Nähe der verschiedenen Landesgrenzen der getheilten Herrschaften ließ ihn als vorzugsweise dazu geeignet erscheinen[1]).

Wenngleich nun schon die Stände der drei Lande eine gemeine Landschaft bildeten, so hörten doch damit die älteren landständischen Verbände in den einzelnen Landestheilen keineswegs auf. Besonders das Land Stargard hat den seinigen noch länger bewahrt: es liegen uns einige von der Hand des Kanzlers Caspar von Schöneich verfaßte Einladungsschreiben mit Aufforderung an „Prelaten, gute Mannen und Unterthanen", in Kölpin zu erscheinen, aus dem 16. Jahrhundert vor[2]). Doch sind diese Sonderlandtage in dem Maße, als die gemeinen Landtage häufiger wurden, immer mehr außer Uebung gekommen; und nur bei Erbhuldigungen pflegten die Herzoge auch später noch die einzelnen Landschaften an den herkömmlichen Zusammenkunftsorten zu versammeln, um von ihnen die Huldigung gegen Bestätigung ihrer Privilegien persönlich anzunehmen[3]). Die hergebrachte Unterscheidung der drei Länder ist dann bekanntlich auch in die spätere Verfassung Meklenburgs übergegangen, in der sie noch gegenwärtig als Kreiseintheilung fortbesteht.

Sehen wir nun, wer die g e m e i n e n S t ä n d e waren, welche in dieser Zeit die politische Berechtigung, auf Landtagen zu erscheinen,

---

[1]) S. Lisch, über die Fürsten- und Landesversammlungen an der Sagsdorfer Brücke; Mekl. Jahrb. B. XII. S. 173. ff.

[2]) Urk. Nr. 28. im A n h a n g. Caspar von Schöneich war von 1510 bis 1530 im Kanzleramt.

[3]) S. die Rede des H. Magnus an die Landschaft (hier nur Prälaten und Ritterschaft) von Wenden bei der Huldigung zu Krakow im Jahr 1548: Urk. Nr. 45. im A n h a n g.

besaßen. Als solche finden sich regelmäßig Prälaten, Mannen und Städte zusammen genannt. — Erst seit dem 15. Jahrhundert werden die **Prälaten** als besonderer Stand erwähnt: so in der Erklärung der wendischen Stände von 1437 und bei der Eventualhuldigung aller Stände „Prälaten, Herren, Mannen und Städte" der meklenburgischen Gesammtlande für die brandenburgische Erbfolge im Jahr 1442[1]). Doch sind sie wohl nicht erst damals als politisch berechtigte Stände betrachtet worden: man faßte sie, wie es scheint, früher mit den Mannen zusammen, worauf der vorkommende Ausdruck „Mannen, geistliche und weltliche", deutet; oder sie sind in der allgemeinen Bezeichnung „geistliche und weltliche Einwohner" mit inbegriffen[2]). Mit den Rittern hatten sie das ehrende Prädikat von „Herren" (Er) gemein. Doch eine regelmäßige Mitwirkung in landständischen Angelegenheiten scheinen sie erst in den letzten Decennien des 15. Jahrhunderts erlangt zu haben, wo wir sie als besonderen Stand unter den Räthen aufgeführt finden. An ihrer Spitze erscheint in dieser Zeit gewöhnlich der Bischof von Schwerin in Folge des Schutzverhältnisses, worin das Bisthum sich seit lange zu den meklenburgischen Fürsten befand, und welches Bischof Peter von Schwerin im Jahr 1513 aufs neue dadurch anerkannte, daß er für seine Lebenszeit die Verpflichtung einging, zu jeder Bedebewilligung der Stände von Meklenburg einen Beitrag von 500 Mark als Schutzgeld für das Stift zu zahlen[3]). Und noch enger wurde diese Verbindung nach dem Tode des genannten Bischofs (1516) durch die Wahl des ältesten Prinzen des H. Heinrich von Meklenburg, H. Magnus, so daß man sich schon daran gewöhnte, das Bisthum Schwerin als incorporir-

---

1) S. o. S. 80. 81.

2) In der vorerwähnten Urk. von 1442 wird unter den Zeugen von Mannen zuerst der Propst von Friedland aufgeführt. In einem Ausschreiben der Herzoge wegen der Königsbede kommt der Ausdruck: „Gute Mannen, geistliche und weltliche", vor, s. Urk. Nr. 21 im **Anhang**.

3) S. Rudloff, Mekl. Geschichte B. III. S. 37.

ten Bestandtheil der meklenburgischen Herrschaft zu betrachten[1]), bis die Reichsunmittelbarkeit desselben durch reichsgerichtliche Entscheidung im Jahr 1561 wieder hergestellt wurde. — Außer dem Bischof von Schwerin finden sich im Stande der Prälaten am häufigsten die Dompröpste und andere Mitglieder der verschiedenen Domcapitel, die Aebte der Klöster und die Johannitercomthure des Landes aufgeführt.

Unter den Mannen sind sämmtliche Vasallen oder rittermäßige Lehnbesitzer verstanden[2]). Bisweilen finden sich unter ihnen diejenigen, welche persönlich mit der Ritterwürde bekleidet waren, als Ritter oder Herren besonders hervorgehoben; doch kommt der Ausdruck „Ritterschaft" schon im 15. Jahrhundert als gleichbedeutend mit Mannschaft vor[3]). Die Zahl der wirklichen Ritter war damals und noch mehr zu Anfang des 16. Jahrhunderts sehr gering[4]) — was sich aus denselben allgemeinen Gründen erklärt, welche die Ritterwürde damals überall in Deutschland in Abgang kommen ließen, — und es wurde daher die Benennung Ritterschaft auf den Stand der rittermäßigen Vasallen oder Mannen im Ganzen ausgedehnt. Doch ist dieselbe in Meklenburg, aus den uns vorliegenden Urkunden zu schließen, nicht früher als in der ersten Hälfte des 16. Jahr-

---

[1]) S. den fürstbrüderlichen Vergleich von 1555: Letztes Wort ꝛc. Beil. Nr. 16, worin auch das Stift Ratzeburg als „ein der Lande Meklenburg incorporirtes Bisthum" bezeichnet wird.

[2]) Vergl. die Ausführung oben S. 30. ff.

[3]) In der Erklärung der Stände des F. Wenden von 1437; Lisch, Maltzansche Urk. B. III. S. 84 (Pötker 5. St. S. 40): „Wy — Ghestliken, Prelaten, Ridderschop, Stede" u. s. w., und weiterhin: „Prelaten, Ridderschop, Manne und Stede." Daß unter Ritterschaft hier nicht etwa bloß die Ritter im Unterschied von den anderen Mannen zu verstehen sind, beweisen die Unterschriften, wo als Zeugen für „Ritterschaft und Mannen" nur vier Knappen, unter welchen der Marschall selbst, aufgeführt sind; die doppelte Bezeichnung „Ritterschaft und Mannen" ist ebenso pleonastisch, wie „Geistliche und Prälaten."

[4]) In der Unionsurk. von 1523 finden sich unter den Bevollmächtigten der Mannschaft zwei „Ritter", nämlich Claus Lützow und Henning Halverstadt; von den sämmtlichen anderen unterschriebenen Mannen führt nur der Komthur zu Krakow das Prädicat „Er". Neben jenen beiden Rittern kommt häufig noch der Ritter Bernd Maltzan unter den fürstlichen Räthen in den Urkunden dieser Zeit vor. S. Ausf. Betracht. Nr. 11. und 14.

hunderts, statt der älteren von Mannschaft, üblich, und erst später die vorherrschende geworden [1]).

Ebenso werden die Mannen seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts nicht selten als Adel bezeichnet, Adel und Ritterschaft als völlig gleichbedeutend gebraucht; und weil die Ritterschaft, oder die Mannen, den weit überwiegenden und einflußreichsten Theil der Stände oder der gemeinen Landschaft ausmachte, so heißt sie auch vorzugsweise die „Landschaft vom Adel“ [2]).

Die Städte wurden in den landständischen Versammlungen durch die abgeordneten Bürgermeister oder Rathmänner vertreten. Als die bedeutendsten gingen allen übrigen die beiden Seestädte Rostock und Wismar voran, welche schon vor Alters neben den Vasallen von den Fürsten zu Rath gezogen wurden. Außer diesen erscheinen noch in Vertretung der Landstädte vorzugsweise diejenigen Städte, welche auch späterhin als die wichtigeren den Vorrang als Vorderstädte in den drei Kreisen behaupteten: Güstrow (Land Wenden), Parchim (L. Meklenburg), Neubrandenburg (L. Stargard); bisweilen auch Schwerin, Malchin und andere [3]).

---

[1]) Noch im Anfang des 16. Jahrh. ist: Mannen und Mannschaft, allein üblich. „Ritterschaft“ werden die Mannen genannt in den fürstlichen Gemeinschaftsverträgen von 1518 und 1520, aber nicht in der landständischen Union.

[2]) „Unser Adel“, sagen die Herzoge in dem Schreiben an Kloster Doberan von 1510, s. Urk. Nr. 26. im Anhang. In der Polizei-Ordnung von 1516 heißt es: Adel und Geistliche sollen sich des Bierbrauens über den eignen Bedarf enthalten, „damit der Adel, Bürger und Bauern und ein Jeder nach Herkommen seines Standes und Wesens seine Nahrung und Hantierung habe“: Adel sind also die ritterlichen Lehnsmannen oder Gutemannen. In dem fürstlichen Gemeinschaftsvertrag von 1520, in den herz. Ausschreiben von 1524 und 1529 wegen rückständiger Beden (s. Feststehender Grund Nr. 187. und Urk. Bestätigung Nr. 2.) ist in demselben Sinne vom Adel als der Mannschaft oder Ritterschaft die Rede. Ebenso in landständischen Acten, s. das Schreiben der Stadt Güstrow von 1527: Urk. Nr. 36 im Anhang, und das Landtags-Ausschreiben von 1535 in Nr 42 ebend., wo auch der Ausdruck „Landschaft von Adel“ gebraucht wird, gleichwie in Nr. 43. — Hiernach wird wohl nicht mehr bezweifelt werden können, daß Adel und Mannschaft gleichbedeutend waren.

[3]) S. die Unterschriften der Städte auf dem Tage zu Schwerin, 1484, in Urk. Nr. 3. im Anhang. Die Unionsurkunde von 1523 ist „an Statt aller ge-

Die landständische Union von 1523.

Es ist gezeigt worden, wie die meklenburgischen Stände der drei Lande zu Ausgang des 15. Jahrhunderts durch die gemeinsame fürstliche Herrschaft zusammengeführt, sodann als gemeine Stände oder gemeine Landschaft zu Landtagen einberufen wurden, und daß die landständische Verfassung schon ebenso für das meklenburgische Land im Ganzen, wie früher in den getrennten Herrschaften oder Landestheilen, im Wesentlichen begründet war, ehe der neue Unionsact der Stände von 1523 erfolgte, der gewöhnlich als die eigentliche Grundlage der späteren meklenburgischen Landesverfassung angesehen wird.

Wir haben nun die Veranlassung dieser landständischen Conföderation, ihre Bedeutung für die Landesverfassung in der Zeit als sie geschlossen wurde, und ihre Wirkung in der nächstfolgenden zu betrachten.

Sehen wir zuvörderst den Inhalt der Unionsurkunde oder vielmehr der beiden zusammengehörigen Urkunden, von welchen die erste die Artikel der Vereinigung selbst mit der Unterschrift der Bevollmächtigten der Stände, die andere aber die Bestätigung durch die übrigen anwesenden Mitglieder enthält[1]). Beide Urkunden sind zu Rostock am 1. Aug. 1523 ausgestellt; doch wurde die Vereinigung der Stände nicht erst dort geschlossen, sondern, wie die Nebenurkunde oder der sogenannte Bestätigungsreceß im Eingange erwähnt, es war dieselbe auf jüngstgehaltener Tagfahrt zu Sternberg „durch alle Prälaten, Mannschaft und Städte, als die gemeinen Stände der Lande und Fürstenthümer von Meklenburg“ gemacht und einträchtig beliebt worden; dort waren zugleich die Bevollmächtigten aus den drei Ständen ernannt worden, welche die Haupt-

---

meinen Städte der drei Länder“ unterzeichnet von Rostock, Wismar, Neubrandenburg, Güstrow, Parchim und Schwerin.

[1]) Die beiden Unionsurkunden sind mehrfach gedruckt. Als am meisten authentisch ist zu betrachten der nach dem plattdeutschen Original angefertigte Abdruck in den: Ausführlichen Betrachtungen u. s. w. 1751. Nr. 55. und 56.

urkunde zu Rostock besiegelten und vermuthlich ebenfalls die zahlreiche Versammlung der übrigen Stände dahin berufen hatten, welche durch ihren erklärten Beitritt dem Bündniß verstärktes Ansehen und Gewicht verliehen.

Als Veranlassung der Vereinigung wird in der Haupturkunde nur angegeben, daß „sich zur Zeit im heiligen Reich viel Aufruhr und Beschwerung zugetragen und täglich mehr zu besorgen". Um dem mit Vernunft und reifem Rathe so viel als möglich zuvorzukommen, haben sich die Stände, Gott zu Lobe, und ihren gnädigen Herrn, Land und Leuten zu Ehre, Nutz und Wohlfahrt in folgender Weise vereinigt und vertragen:

1) Sie wollen ihren gnädigen Herrn in Allem gehorsam sein, was sie ihnen von Gott und Rechts wegen zu thun schuldig sind, damit sie von denselben „zu ihrem Rechte" bei ihren Privilegien, Freiheiten und löblichen Gewohnheiten geschützt und erhalten werden.

2) Im Fall sie Alle oder Einer durch Jemand wider solche Privilegien u. s. w., überhaupt wider Recht und Billigkeit beschwert würden, wollen sie sich unter einander Beistand leisten „zu ihren Rechten"; auch den Schaden, der Einem widerfahren, gemeinsam tragen, nach Rath von Prälaten, Mannen und Städten bis zum Austrag der Sache.

3) Unter einander wollen sie Frieden, Recht und Einigkeit erhalten, den muthwilligen Beschädiger nicht hausen und hegen, dagegen Jedem, der sich an gleichem Recht will genügen lassen, in Städten, Häusern und Schlössern Zuflucht gewähren.

4) Es wird ein Ausschuß von 23 Bevollmächtigten verordnet, 3 von Prälaten (der Bischof und der Dompropst von Schwerin nebst dem Abt von Doberan), 12 aus der Mannschaft, nämlich je 4 aus jedem der drei Länder, und 8 von den Städten, nämlich je 2 Rathsdeputirte aus Rostock und Wismar (Land Meklenburg), aus Neubrandenburg (Stargard) und Güstrow (Wenden), welche in gewöhnlichen Fällen, auf des verletzten Klägers Ansuchen, diesem Beistand thun, wo sie es aber für nöthig erachten würden, Prälaten,

Mannen und Städte zu gelegener Stätte und Zeit einberufen sollen, um über die Sache gemeinsamen Beschluß zu fassen.

5) Schließlich verwahren sich die Stände, daß sie ihren gnädigen Herrn an ihrer fürstlichen Obrigkeit nichts abgeschnitten, ihren Eiden und Pflichten nicht zu nahe gehandelt haben wollen. Auch behalten sie sich jede Veränderung an dieser Verpflichtung und Verschreibung vor, wie es das künftige Bedürfniß erfordern wird.

Zweck der Verbindung war also der doppelte: die Aufrechthaltung der Privilegien gegen Jedermann, also auch die Landesherren [1]), und die Bewahrung von Frieden und Einigkeit unter sich. Demnach ist die Veranlassung ebenso in einer nach beiden Richtungen hin drohenden Gefahr zu suchen.

Die Einleitung der Haupturkunde, welche von Aufruhr und Beschwerung im heiligen Reiche spricht, scheint auf eine äußere Gefahr hinzuweisen. Allein es handelte sich doch offenbar, nach dem weiteren Inhalt derselben, weder um ein Schutz- oder Vertheidigungsbündniß gegen auswärtige Mächte, wie bei dem im J. 1519 zu Höxter errichteten sogenannten Lippe'schen Bund von westphälischen, niedersächsischen und thüringischen Herren, welchem später auch die Herzoge von Meklenburg und Pommern beitraten [2]): noch um eine gewöhnliche Landfriedensverbindung, wie sie im 14. und 15. Jahrhundert so häufig von Fürsten und Ständen unter sich oder mit Auswärtigen geschlossen wurden. In beiden Fällen hätten doch gerade die Landesherren am wenigsten fehlen dürfen, und es ist durchaus nichts von äußern Unruhen bekannt, welche damals den Frieden Meklenburgs hätten gefährden können [3]). Es war vielmehr eine Angelegenheit der Stände für sich, und darum eine

---

[1]) Nicht, wie Rudloff, Mekl. Geschichte B. III. S. 66, es deutet: „gegen jeden Andern."

[2]) S. über diesen Lisch's Abhandlung und die Urkunden in den Mekl. Jahrbüchern B. XX. S. 82. ff.

[3]) Rudloff a. a. O. denkt an das Sickingensche Unternehmen gegen Trier; allein dieses hatte bereits einige Monate früher ein trauriges Ende genommen und lag überhaupt zu fern.

auf sie allein beschränkte Verbindung, nicht wider die Landesherren, denen sie nichts von ihren obrigkeitlichen Rechten abgeschnitten haben wollen, aber ohne die Landesherren. Und ohne Zweifel konnten sie nur von dieser Seite her eine ernstliche Gefahr, sowohl für ihre Privilegien als für den inneren Frieden befürchten, eine Gefahr von der Art, um eine Schutzverbindung aller Stände als nothwendig erscheinen zu lassen. Worin bestand aber diese Gefahr?

Ueber diesen Punkt, über den Zweck und die Bedeutung der Union überhaupt, ist nachmals viel zwischen Regierung und Ständen hin und her gestritten worden: namentlich bei Gelegenheit der von beiden Höfen zu Schwerin und zu Strelitz im J. 1748 abgeschlossenen Auseinandersetzungs-Convention. Während man von Seiten der Regierung mit Beziehung auf die erwähnten Eingangsworte die Veranlassung der Union nur in irgend einer äußeren, nicht weiter nachweisbaren Gefahr erkennen wollte [1]), ließen die ständischen Ausführungen die Vermuthung durchblicken, daß die Absicht vielmehr gegen das Andrängen des H. Albrecht auf vollständige Landestheilung gerichtet gewesen sei, was mit der Behauptung zusammenhing, daß durch die Union die Stände aller drei Lande zu einem unzertrennlichen Corpus verwachsen seien [2]). Dagegen ist wieder von der anderen Seite mit großer Lebhaftigkeit nicht bloß das von den Ständen vorgegebene Privilegium der Untheilbarkeit in Abrede genommen [3]), sondern auch, hinsichtlich der ursprünglichen Absicht bei Schließung der Union, mit besonderem Nachdruck ein notarielles Instrument vom 10. Dec. 1531 hervor-

---

[1]) Vergl. das Rescriptum cassatorium von H. Christian Ludwig II., dat. 16. April 1749, wo von der alten Union gesagt wird: „Da aber solche ursprünglich wegen damaliger vielen Aufruhre und Beschwernisse im Reich und gegen die muthwilligen Privatbeschädiger errichtet worden: so hat sie auch in Neulichkeit weder mit Bestand Rechtens auf gegenwärtige ganz verschiedene Zeiten und Umstände gezogen, noch über ihren zu hellem Tag liegenden Buchstab und Endzweck erstrecket werden mögen."

[2]) S. die Rechtsgegründete Vorstellung rc. 1749. S. 2, und die Ausführlichen Betrachtungen. 1751. S. 54 ff.

[3]) S. die Zuverlässige Ausführung des Rechts der Auseinandersetzungs-Convention. 1749, und Letztes Wort zur Behauptung des Rechts u. s. w. 1751.

gehoben worden, wonach freilich schon damals H. Heinrich sich auf das Bündniß der gemeinen Landschaft als ein Hinderniß der erblichen Landestheilung berufen hätte, aber von den zu Rostock versammelten Ständen, auf ausdrückliches Befragen des H. Albrecht, die Erklärung abgegeben worden sei, daß „sie sich niemals zu etwas verbunden, versiegelt und verbrieft hätten, das wider beider Fürsten landerbliche Theilung oder an Derselben Obrigkeit oder Herrlichkeit zu Schaden oder Nachtheil gereichen möchte“ [1]). Die Gegenpartei hat zwar auch dieser Erklärung eine für sie unschädliche Deutung zu geben versucht: es ist jedoch von beiden Seiten unbemerkt geblieben, daß dieses anscheinend sehr förmlich und genau abgefaßte Document durch lauter unrichtige Zeitangaben die offenbaren Zeichen der Unächtheit an sich trägt [2]). Die Fälschung würde übrigens von älterem Datum sein, da dieselbe Urkunde schon einmal im J. 1620 bei ähnlicher Veranlassung gegen die protestirenden Landstände gebraucht worden ist und auch damals ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben scheint [3]).

Halten wir uns lediglich an die aus den Acten sich ergebenden Thatsachen, welche der Schließung des landständischen Bündnisses unmittelbar vorhergingen, so scheint kein Zweifel darüber obwalten zu können, daß diese wirklich mit der vom H. Albrecht betriebenen Landestheilung im nahen Zusammenhang stand.

H. Albrecht gab sich nämlich mit dem von ihm selbst unter Vermittelung der Stände im J. 1520 genehmigten Theilungsver-

---

[1]) Zuverlässige Ausführung, Urk. Nr. 9.

[2]) Das Instrument ist angeblich auf Begehren des H. Albrecht von einem Notar, der nebst zwei Zeugen bei Abgabe der ständischen Erklärung zugegen gewesen, abgefaßt. Das Datum ist im Eingang der Urk. umständlich in Worten ausgeführt: 10. December 1531, in der 14. Indiction und im 14. J. des Kaiserthums Carls V. Allein der Dec. 1531 fällt in die 4. Indiction und in das 2. Jahr des Kaiserthums oder in das 12. J. nach der Krönung Carls als römischer König; und auch der 10. December kann nicht richtig sein, denn es liegt uns ein Schreiben der zu Rostock versammelten Stände vom 9. Dec. vor, worin sie die zur Zeit nicht anwesenden Herzoge um Anberaumung eines Landtags zur gemeinsamen Verhandlung bitten. S. die Urk. Nr. 39 im Anhang.

[3]) S. die Zuverlässige Ausführung, Urkunden-Beil. Nr. 40 und 46.

trag, welcher sich im Wesentlichen nur auf die fürstlichen Schlösser und Einkünfte bezog, Prälaten, Ritterschaft und 12 Städte der gemeinschaftlichen Regierung überwies, nicht zufrieden, bestritt nicht nur bei dem Reichsgericht die Gültigkeit desselben, sondern ging auch mit der That voran und erließ einseitige Landtagsausschreiben an die Stände, um für sich allein mit ihnen zu verhandeln und zu beschließen. Es liegt uns ein derartiges Landtagsausschreiben vom 18. Mai 1523 vor, worin er die Stände auf den 8. Juni nach der Brücke zu Sagsdorf beschied: sie sollen sich durch nichts verhindern lassen, daselbst zu erscheinen [1]). Vermuthlich hat dann H. Heinrich eine Abmahnung an die Stände gerichtet, worauf sich eine noch vorhandene Zuschrift der Stadt Boizenburg vom 25. Mai an denselben bezieht, mit Anfrage, wie sie sich dabei verhalten solle, um S. F. G. Gefallen zu thun und zugleich H. Albrechts Gebot nicht zu versäumen [2]). Die Union der Stände wurde am 1. August 1523 zu Rostock unterzeichnet: sie war auf der vorausgegangenen Tagfahrt zu Sternberg von den gemeinen Ständen beliebt worden. — Hiernach wird man sicher annehmen dürfen, daß diesen unmittelbar aufeinander folgenden Thatsachen auch ein innerer Zusammenhang zu Grunde gelegen hat, daß also die Tagfahrt der Stände zu Sternberg durch H. Albrechts einseitiges Vorgehen veranlaßt war und daß die Stände durch Schließung ihrer Union der Zwietracht der herzoglichen Brüder ihre Einigkeit entgegensetzen wollten, womit sie die Erhaltung des inneren Friedens sowohl als ihrer Privilegien bezweckten. — Wir halten es für durchaus wahrscheinlich, daß H. Heinrich die Hände mit dabei im Spiele hatte: unter den unterzeichneten Bevollmächtigten der Mannschaft befinden sich mehrere, wie die beiden Ritter Claus Lützow und Henning Halverstadt, die sonst als fürstliche Räthe genannt werden, und nicht minder der Kanzler selbst, Caspar von Schöneich; auch ist es daher wohl möglich, daß derselbe Herzog Heinrich sich nachmals auf das

---

[1]) S. die Urk. Nr. 30 im Anhang.

[2]) S. die Urk. Nr. 31 im Anhang.

neue landständische Bündniß gegen die von seinem Bruder verlangte Landestheilung berufen haben könnte, und hierauf läßt sich gleichfalls ein in den Landtags-Acten aufbewahrtes Schreiben des H. Albrecht beziehen, worin er der Stadt Rostock seine Ankunft zur bevorstehenden Landtagsversammlung im Januar 1533 anzeigt, in der Absicht, um daselbst das „Privilegium" einzusehen, womit vermuthlich die Unionsurkunde gemeint ist [1]: ob aber die Stände damals eine ähnliche Erklärung, wie die obenerwähnte, angeblich vom December 1531, abgegeben haben, müssen wir dahingestellt sein lassen.

Hiernach wäre also die eigentliche Absicht der Union nicht sowohl gegen die Landestheilung selbst, zu welcher die Fürsten ohne Zweifel, auch nach dem Eingeständniß der Landstände selbst, befugt waren, als gegen das einseitige und willkürliche Vorgehen des H. Albrecht gerichtet gewesen. Und in soweit waren die Stände in ihrem vollkommenen Recht; denn nach Inhalt des von ihnen in Gemeinschaft mit dem Herzog von Pommern vermittelten Neubrandenburger Vertrags von 1520 waren sie beiden Herzogen mit gleichen Pflichten verwandt und war ihnen auch in Fällen des Streits zwischen beiden Herzogen das Recht des Austrags zuerkannt: sie wahrten also das bestehende Recht der Verträge und sicherten ihre Privilegien durch ihre Vereinigung, welche vermittelst des Bündnisses auf die Dauer befestigt sein sollte.

Die Landestheilung kam damals wirklich nicht zu Stande, ungeachtet H. Albrecht nicht aufhörte, sie zu verlangen und obwohl Karl V., dessen Gunst er sich durch folgsames Anschließen an die kaiserliche Politik in den Angelegenheiten Dänemarks gewann, sie gleichfalls forderte und sogar im J. 1529 zu diesem Zweck Commissarien ernannte, um, wie es in dem kaiserlichen Rescript heißt, die vollständige Erbtheilung der Lande, „auch der Ritterschaft und des Adels, wie es im heiligen Reich Recht und Gewohnheit ist", vorzunehmen, mit Vollmacht, die Unterthanen von Meklenburg zur

---

[1] S. die Urk. Nr. 40 im Anhang.

Ausführung zu zwingen [1]). Statt der Theilung erfolgte vielmehr im J. 1534 ein neuer Gemeinschaftsvertrag, bei welchem es auch trotz allen späteren Versuchen H. Albrechts und noch von ihm erwirkten kaiserlichen Mandaten am Ende geblieben ist.

Es läßt sich wohl kaum in Zweifel stellen, daß das Hinderniß der Theilung nicht bloß in der Abneigung H. Heinrichs, sondern auch in dem Bündniß der Stände und in dem engen Zusammenhalten von diesen mit jenem, deren Interessen die Theilung gleich sehr entgegenstand, gelegen war. Die landständische Union bildete noch kein rechtliches, aber doch ein factisches Hinderniß. Und hierin liegt zugleich nach der einen Seite hin ihre wichtige Folge für die Zukunft der Landesverfassung: es war ein Vorgang gegeben, auf den man sich später wieder einmal berufen konnte, der Anfang eines neuen Herkommens, aus welchem sich mit der Zeit ein verfassungsmäßiges Recht hervorbilden ließ.

Eine andere Bedeutung jedoch hatte die Union in der Zeit selbst, da sie geschlossen wurde, für die Ausbildung der landständischen Verfassung: sie bezeichnet für diese den Abschluß ihrer ganzen bisherigen Entwickelung und zugleich den Ausgangspunkt der künftigen. Zwar die äußere Vereinigung der meklenburgischen Stände war schon gegeben und dem Bündniß vorhergegangen; auch waren die gemeinen Stände schon öfter durch Räthe oder Verordnete aus ihrer Mitte vertreten worden: aber das Neue bestand in beiden Beziehungen darin, daß die Vereinigung nun durch einen freiwilligen Act der Stände selbst hergestellt wurde, womit sich das entschiedene Bewußtsein von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und von ihrer Zusammengehörigkeit, sowie das Bedürfniß des gegenseitigen Beistands zur Aufrechthaltung ihrer Privilegien gegenüber der sich aufnehmenden landesherrlichen Gewalt kundgab, ferner darin, daß der von den vereinigten Ständen ernannte Ausschuß zu einem bleibenden bestimmt war, auf dessen Ergänzung im Fall des Ab-

[1]) Zuverlässige Ausführung 2c. Beil. Nr. 8.

gangs eines Mitglieds der Mannschaft man zum voraus Bedacht nahm [1]).

Hieraus folgt nun freilich noch nicht, daß dieser Ausschuß und die Union selbst von da an fortdauernden Bestand behalten hätten. Man weiß, wie oft dergleichen Verträge schon kurze Zeit nach ihrer Entstehung, sobald die Veranlassung wegfiel, wieder vergessen waren. Auch von der meklenburgischen Union ist dies nachmals von Seiten der fürstlichen Regierung gegen die Landstände behauptet worden, als diese das angebliche Recht ihrer Untheilbarkeit auf dieselbe zu begründen versuchten. Die Union von 1523, hat man gesagt, sei entweder niemals zum wirklichen Bestande gekommen, oder bald wieder verblichen; in den späteren Acten und Landtagsverhandlungen finde sich durchaus keine Spur mehr davon, bis die Stände sich ihrer zuerst wieder im J. 1620 erinnert hätten, um sie, ganz gegen ihren ursprünglichen Zweck, wider die von den Herzogen Adolf Friedrich und Johann Albrecht in Angriff genommene Landestheilung zu gebrauchen [2]).

Doch die genaue Einsicht der Acten und Landtagsverhandlungen gewährt uns ein ganz anderes Ergebniß. Nicht nur findet sich darin die Union ausdrücklich noch öfter angezogen, sondern es läßt sich die Wirkung derselben seit dieser Zeit in dem selbständigeren Auftreten der Landstände gegenüber den Fürsten, in ihrem festeren Zusammenhalten an einander, in der Bestellung leitender Ausschüsse und anderer ständischen Organe, kurz, in der weiteren Ausbildung der gesammten Verfassung deutlich genug wahrnehmen.

---

[1]) Unionsurkunde: „Wan ock eyn edder mer van dessen vorbenomeden todes halven in godt vorvallen, szo scholen de anderen, im welkeren lande (d. i. Kreise) de vorvallinge schüt, itlike von den slechten (Geschlechtern) uth der Landtschop (d. i. des Adels) to syck vorschryven, und eynen andern uth sick erwelen unde keßen."

[2]) Zuverlässige Ausführung. 1749. S. 33, wo noch der Trumpf ausgespielt wird: man könne fast einen Preis für denjenigen aussetzen, der eine weitere Spur davon zu entdecken und erweislich zu machen im Stande sein werde. — Schade, daß der Preis nicht ausgesetzt und die Zinsen dazu gelegt worden sind!

Wirkungen der Union für die Fortbildung der Landesverfassung.

Der Conföderationsact der Stände war, wie gezeigt worden, aus dem Gefühl der Nothwendigkeit hervorgegangen, die ständischen Privilegien gegenüber der landesfürstlichen Gewalt sicher zu stellen. Es war natürlich, daß die Stände, so oft sie dasselbe Bedürfniß der gegenseitigen Anlehnung bei neuen Anforderungen der Landesherren empfanden, auf ihre Verbindung zurückkamen, nicht als auf ein Recht oder Privilegium, welches sie diesen gegenüber geltend machen konnten — denn als solches ist die Union keineswegs schon damals von den Fürsten anerkannt worden — sondern als ein bloßes Vertheidigungsmittel [1]).

Als daher im J. 1527 die Landesherren eine vom Reiche bewilligte Türkensteuer von jedem der Stände einzeln forderten, vermuthlich um auf diesem Wege leichter zum Ziele zu kommen, wandten sich die Landstädte, nachdem sie deshalb eine besondere Zusammenkunft veranstaltet hatten, an die beiden Seestädte, um ihre Meinung darüber zu erfahren, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Versiegelung, welche zwischen Prälaten, Mannen und Städten aufgerichtet sei [2]). Wiederum, als H. Albrecht im J. 1535 seinen Kriegszug nach Dänemark vorhatte, berief er allein den Adel des Landes, um die Lehndienste von ihm zu verlangen. Dieser aber erschien das erste Mal nur in geringer Anzahl und erklärte das andere Mal, sich auf keine schließliche Antwort einlassen zu können, da die Prälaten und Städte, welche die Sache gleichfalls anginge, nicht mit ihnen einberufen seien; erst zum dritten Mal wurden dann die gesammten Stände nach Güstrow geladen [3]).

---

[1]) Die Behauptung in den ritterschaftlichen „Ausführlichen Betrachtungen“, S. 57: es sei die Union schon zur Zeit ihrer Errichtung von der damaligen Landesherrschaft (es könnte doch nur Hz. Heinrich gemeint sein) genehmigt worden, ist gänzlich grundlos.

[2]) S. Urk. Nr. 36 im Anhang.

[3]) S. Urk. Nr. 42 im Anhang.

Doch die Wirkungen der Union machen sich in dieser Zeit noch in anderer Weise bemerkbar. — Wir finden Verordnete der Landschaft, von dieser selbst für besondere Zwecke bestellt, sodann bestimmter zwölf Verordnete, welchen die fortdauernde Leitung der ständischen Angelegenheiten anvertraut war, und die in erforderlichen Fällen eine größere Anzahl von Ständemitgliedern oder auch die gesammte Landschaft zusammen beriefen. Diese zwölf Verordneten sind offenbar keine anderen, als die zum Ausschuß der Union 1523 erwählten zwölf Bevollmächtigten der Mannen oder des Adels, eine Vermuthung, welche auch durch die übereinstimmenden Namen beider bestätigt wird [1]. Es liegt uns ferner die Instruction der Rostocker Rathsdeputirten zu einem von den Verordneten veranlaßten Ständetag im J. 1531 vor, worin denselben unter anderem aufgegeben wird, eine „Copie des Vertrags, den die Landschaft mit einander hat", herbeizuschaffen [2], was wir ebenso auf die Unionsurkunde beziehen zu müssen glauben, wie das freilich nur sogenannte „Privilegium", welches H. Albrecht auf dem Rostocker Ständetag einzusehen begehrte.

Aus dem Vorstehenden ergiebt sich schon, daß die Union doch nicht bloß ein vorübergehendes Band um die Stände zog, wenn auch nicht gerade alle in ihr enthaltenen Bestimmungen zur Ausführung gekommen sein mögen. Denn man würde freilich sehr irren, wenn man glauben wollte, es sei nun wirklich bloß Frieden und Eintracht unter den so verbundenen Städten gewesen: einträchtig waren sie vornehmlich gegen die Landesherren, immer aber eifersüchtig und nicht selten zwieträchtig unter sich. Die später immer wiederkehrenden Klagen der Städte über Beeinträchtigung ihrer Nahrung durch den Viehhandel, das Bierbrauen u. s. w. des Adels, was schon durch die Polizeiordnung von 1516 unter-

---

[1]) S. die Urk. von 1534 in Nr. 41 im Anhang: die unterzeichneten Namen von sieben Verordneten finden sich alle auch unter den Bevollmächtigten der Mannschaft in der Unionsurkunde.

[2]) S. die Urk. Nr. 37 im Anhang.

sagt war [1]), wurden schon im J. 1536 vorgebracht: sie erklären es in ihrer Beschwerde nicht bloß wider die beschriebenen Rechte, sondern auch wider Gott selbst, daß die meklenburgischen Edelleute die zusammengekauften Ochsen zum Theil in eigenen Personen auf die Märkte trieben. Dagegen wurde von der anderen Seite auf die Städte der schmähliche und, wie sie sagen, völlig unbegründete Vorwurf gebracht, daß sie sich in einer heimlichen Zusammenkunft auf der Priemerhaide mit einander verschworen hätten, den gesammten Adel Meklenburgs zu vertilgen [2]). So giftig war man also zu Zeiten auf einander, aber doch bald darauf wieder innig verbunden gegen den Landesfürsten, wenn er forderte.

Als eine Folge dieses gegenseitigen Verhältnisses der Stände hat man zum großen Theil auch das Schicksal des Prälatenstandes zu betrachten. Auch dieser hatte sich mit den beiden anderen Ständen durch die Union zur Aufrechthaltung aller Privilegien und des inneren Friedens verbunden, hatte seine Bevollmächtigten in den gemeinsamen Ausschuß gewählt. — Es war demnach die vertragsmäßige Pflicht der beiden anderen Stände, ihn in seinen Privilegien zu schützen und, im Fall einer Verletzung derselben, ihm zu seinem Rechte zu verhelfen. In solcher Weise ist nun freilich die landständische Union nicht verstanden worden oder zur Ausführung gekommen. Die Reformation, welche zunächst nur die Reinigung der Kirchenlehre bezweckte, zog nothwendig den Umsturz der alten Kirchenverfassung nach sich. Ehe dieser wirklich erfolgte, begannen die weltlichen Stände, voran der Adel, ihren reformatorischen Eifer durch die Beraubung der Geistlichkeit am Kirchengut zu bethätigen. Schon im J. 1525 wurden deshalb von dieser die weltlichen Gerichte angerufen: wir haben bereits

---

[1]) „Darmit de Adel, Börger, Bure, und ein yeder, na herkamen synes Standes und Wesens, syne neringe und hanteringe, gebörlicker und gewanlicker Wyse hebben, und einer den andern an syner neringe nicht erren edder schwecken möge." Polizei-O. a. a. O.

[2]) Urk. Nr. 44 im Anhang.

oben bemerkt, mit wie wenig Erfolg [1]). Fruchtlos verhallten die Klagen der vier Domcapitel zu Ende 1529; sie selbst wurden reformirt und verloren damit die letzte Kraft des Widerstandes.

Doch werden die Prälaten noch weiterhin als gleichberechtigter Stand neben den beiden anderen auf Landtagen genannt. Wir finden sie namentlich und zuletzt auf dem in Veranlassung des Interims zu Sternberg (Juni 1549) versammelten Landtage. Außer dem Bischofe von Schwerin, H. Magnus, waren hier zwei evangelische Superintendenten zugegen, und auch die Universität zu Rostock war zu demselben Landtage geladen, um „in der allerhochwichtigsten Sache der Seelen Seligkeit belangend" mit zu rathen [2]); nur wenige Geistliche von den Möndsorden, nicht über drei, widersprachen, nach gleichzeitigen Berichten, der dort beschlossenen Ablehnung des Interims [3]). — Als dann aber im J. 1552 H. Hans Albrecht im Bunde mit Kurfürst Moritz von Sachsen die Waffen für die protestantische Sache gegen den Kaiser erhob, und die Statthalter und Räthe desselben in seiner Abwesenheit den Landtag abhielten, um eine außerordentliche Kriegshülfe von den Ständen zu erhalten, wurden die Prälaten zum ersten Male ganz übergangen.

Wäre die landständische Union nach ihrem Wortlaut ausgeführt und von den Ständen selbst aufrecht erhalten worden, so wäre dies geradezu unmöglich gewesen. Zwar erinnerte nun wohl die Landschaft bei Ablehnung der verlangten Hülfe daran, daß sie nur unvollständig zugegen sei, daß die gemeine Landschaft dieser Fürstenthümer und Lande von jeher aus drei Ständen oder Theilen bestanden habe, und die Prälaten das erste und vornehmste Glied unter ihnen gewesen seien, indem sie es nicht minder beklagte, daß die meisten Prälaten ihrer Pfründen entsetzt, die Prälaturen selbst

---

[1]) Vergl. die geschichtliche Uebersicht S. 88.

[2]) Dieses interessante Factum erhellt aus dem im Universitäts-Archiv aufbewahrten Einladungsschreiben; s. dieses im Anhang Nr. 46.

[3]) Vergl. Mylii Annales in Gerdes Sammlung. S. 258, und den Landtagsbericht von 1552 im Anhang Nr. 48.

abgethan worden: allein man sieht leicht aus dem ganzen Zusammenhang ihrer Vorstellung, daß es den Ständen theils nur um einen Vorwand mehr zu thun war, um die begehrte Hülfe abzulehnen, theils das wiedererwachte Interesse derselben für die übelbehandelte Geistlichkeit nur darin seinen Grund hatte, daß sie, nach deren Beseitigung, auch die Landeshülfen künftighin allein tragen sollten. Und wie wenig dabei das eigentliche Gewicht der Sache auf die Ausschließung der Prälaten von ihrem Rechte gelegt wurde, zeigt auch die leere Ausflucht, womit die herzoglichen Räthe diesen Punkt in der ständischen Ausführung erwiederten, indem sie als Grund für die bemerkte Zurücksetzung angaben, daß die Geistlichen alles Unglück in den deutschen Landen anrichten helfen und zur Einführung des Interims nicht wenig gethan hätten, was doch auf die zur Zeit in Meklenburg vorhandenen Prälaten kaum irgend welche Anwendung finden konnte.

Der wirkliche Grund lag vielmehr darin, daß die Prälaturen selbst schon größtentheils, wie die Stände sagten, abgethan und vernichtet waren, und als H. Johann Albrecht nach dem Passauer Vertrage ins Land zurückkehrte, zog er auch noch den Rest, namentlich die Klöster Doberan und Dargun, vollends ein. Die gesammte Kirchenbeute kam dann, wie schon bemerkt, durch den sog. Ruppinschen Schiedsspruch im J. 1556 zur Theilung, sowohl zwischen den beiden Herzogen Johann Albrecht und Ulrich unter sich, als mit den weltlichen Landständen andererseits, denen vorläufig drei Klöster zur Nutzung „für die Jungfrauen beider Stände" zugesichert wurden[1]). Zu Bestellung und Unterhaltung des Consistoriums für

---

[1]) Die wirkliche Abtretung der drei Klöster Dobbertin, Ribnitz und Malchow erfolgte bekanntlich erst auf Grund der Reversalen von 1572 bei Uebernahme von 400,000 Gulden fürstlicher Schulden; worauf sich die neuerdings oft wiederholte Behauptung gründet, die Stände hätten die Klöster mit Landessteuern erkauft. Allein der Grund der Ueberlassung dieser Kloster-Nutzungen an die Stände lag doch nicht erst in der Schuldenübernahme, wie schon daraus hervorgeht, daß die fürstliche Zusicherung schon früher und ganz unabhängig davon gemacht war: diese Zusicherung war vielmehr durch die Beschwerden der Stände über die Einziehung der geistlichen Güter veranlaßt —

die Unterrichtszwecke der Universität und Schulen wurde von dem ganzen eingezogenen Reichthum nur die armselige jährliche Rente von viertehalb tausend Gulden ausgesetzt [1]). — So war der Prälatenstand in Meklenburg gänzlich abgethan: doch nicht zugleich die landständische Union.

Die Stände hatten in dem zweiten Viertel des 16. Jahrhunderts den vermehrten Anforderungen der Landesherren durch fast jährliche Bewilligungen von Landbeden entsprochen, außer welchen sie noch wiederholte Reichssteuern zu den Türkenkriegen aufbringen mußten [2]). Dennoch hatte H. Albrecht aus seinem dänischen Kriege eine ansehnliche Schuldenmasse hinterlassen, wozu dann noch der kostspielige Kriegszug H. Johann Albrechts 1552 hinzukam. Die Stände waren in diesem Jahr entschlossen, keine Hülfe zu bewilligen: wir finden in den Acten, daß Adel und Städte sich unter einander verbindlich machten, sich nicht trennen zu lassen, sondern an des Landes alter Gewohnheit, Freiheit und wohlhergebrachtem Gebrauch festzuhalten [3]). Allein H. Johann Albrecht erneuerte nach seiner Rückkehr dasselbe Ansuchen nur um so dringender, und brachte wirklich die Stände zu einer umfassenden Bewilligung (1553)[4]). Nun trat aber H. Ulrich, der Bruder Johann Albrechts, wieder mit seinem schon lange erhobenen Anspruch auf gleichen Antheil an der Regierung, also auch an dieser Landeshülfe, dazwischen und führte, nachdem er alle anderen Wege zur Erreichung seines

---

vergl. die Landtagsverhandlungen von 1552 u. flg. — und besagte nichts weiter, als die Anerkennung der gerechten Ansprüche der Stände an die geistlichen Stiftungen, welche ihre Vorfahren durch Schenkungen, nicht minder wie die Fürsten, bereichert hatten, und deren Pfründen ihnen oder den Ihrigen fortdauernd zu gute gekommen waren.

[1]) S. die Urk. in Gerdes' Sammlung. S. 198.

[2]) In einem Rostocker Landbede-Register von 1553 findet sich die Bemerkung: „Und sind in 25 Jahren in die 25 Landbeden und 2 Türkensteuern gegeben worden." Grund der Steuerfreiheit. Urk. Nr. 15. S. 16.

[3]) S. die Urk. Nr. 47 im Anhang.

[4]) Die Landstädte bewilligten eine doppelte Landbede und $^1/_2$ Proc. vom Vermögen, die Ritterschaft 20 Gulden für jeden Roßdienst. S. die Darlegung der Stadt Rostock vom 5. März 1554 in den Rost. Landtags-Acten. Vol. II.

Zweckes vergeblich versucht hatte, braunschweigische Truppen ins Land: die Stände legten sich ins Mittel, brachten die herzoglichen Brüder zum Vertrag und die braunschweigischen Truppen durch schleunigst bewilligte Geldzahlungen zum Abzug; es ward eine vollständige Landestheilung zwischen den herzoglichen Brüdern beschlossen und von der Landschaft förmlich verbürgt [1]).

Für diese letztere stand also zuvörderst die Ausführung der Landestheilung, dann aber auch die auf die Länge nicht mehr abzuweisende Uebernahme der fürstlichen Schulden in Aussicht: — beides Grund und Veranlassung genug, sie an ihre alte Union zu erinnern. Seit längerer Zeit ist in den Landtagsacten bis dahin keine Rede mehr von jenem leitenden Vorstand gewesen, als welchen wir vordem die zwölf Verordneten vom Adel erkannt haben. Wohl wurden die Vergleichsverhandlungen zwischen den herzoglichen Brüdern zu Boizenburg durch einen zu diesem Zwecke erwählten Ausschuß der ganzen Landschaft geführt, auch von demselben die Landschaft in Eile nach der Sagsdorfer Brücke einberufen [2]): doch die Vollmacht dieses Ausschusses hörte mit der Veranlassung wieder auf, ohne daß doch das immer wieder eintretende Bedürfniß eines leitenden Vorstands weggefallen wäre. Denn wenn es der Landschaft an häufigen Veranlassungen nicht fehlte, im eigenen Interesse zusammenzukommen, von wem sollte dann jedes Mal die Einberufung ausgehen? Wir finden, daß es einmal durch einen anonymen Laufzettel geschah, worin die Stände von Ritterschaft und Städten bei den Eiden und Pflichten, womit sie einander verwandt seien, auf Martini 1554 nach Rostock aufgeboten wurden [3]): doch eben die Erinnerung an die Union, welche in dieser Aufforderung lag, hatte noch die weitere Folge, daß auf demselben Convent, oder einem sich daran anschließenden im December, der Unionsausschuß

---

[1]) S. die fürstbrüderlichen Reverse von 1554: Letztes Wort. Urk. Nr. 14.

[2]) Ausschreiben „der Räthe und Ausschoß einer gemeinen Landschaft, so ins Lager gegen Wittenborch abgefertigt", dat. Güstrow, 24. Juni 1554: Francks A. u. N. Mekl. B. X. S. 25.

[3]) S. Urk. Nr. 49 im Anhang.

durch Wiederwahl der zwölf Bevollmächtigten der Ritterschaft, von denen alle bis auf zwei mit Tode abgegangen waren, erneuert wurde [1]).

Die Vermuthung liegt nahe, daß die Wiederherstellung des Unionsausschusses auch damals, eben so wie bei seiner ersten Errichtung, mit der beabsichtigten Landestheilung zusammenhing, und wirklich wurde die Landestheilung noch einmal glücklich verhindert, und dann erst, nachdem die beiden Herzoge sich über die Theilung der fürstlichen Einkünfte und Nutzungen verglichen hatten, verstanden sich Adel und Städte, ungeachtet des fortdauernden Widerspruchs der beiden Seestädte, zur vollständigen Uebernahme der fürstlichen Schulden. Zu diesem Ende bewilligte der Adel, ohne Rücksicht auf die sonst bei den gewöhnlichen Landbeden vorbehaltene ritterschaftliche Freiheit für sich selbst, eine ansehnliche Hülfe, sowohl von Geld- und Kornpächten, als nach dem Verhältniß der eigenen Aussaat, außerdem für seine Bauern die doppelte Landbede, alles auf 5 Jahre; desgleichen übernahmen die Landstädte auf dieselbe Zeit die doppelte Landbede nebst einer Accise von Malz und Wein [2]): nur die Seestädte wollten sich durchaus nicht zu der Bieraccise verstehen, worin sie den Ruin ihres Hauptgewerbes und des darauf begründeten Handels erkannten, sondern erklärten sich nur zur Uebernahme einer bestimmten Summe bereit [3]).

Mit der Erhebung und Verwendung dieser außerordentlichen

---

[1]) Urk. Nr. 50 im Anhang.

[2]) S. den Bericht der Rostocker Abgeordneten in Urk. Nr. 51 des Anhangs. — Rudloff, B. III. Abth. 1. S. 314, erwähnt noch des Roßdienstgeldes des Adels; allein dieses gehörte nur zu der früheren Bewilligung von 1553.

[3]) Wie wichtig die Braugewerbe für die Seestädte waren, findet sich in den Vorstellungen derselben gegen die Malzaccise ausgeführt, s. die Rost. Landtagsacten. Vol. II: „Desse Seestede", sagt Wismar in einem Schreiben vom 5. Dec. 1555, „findt vornemlich und thom meisten deile up Scheperation, kopmanschop und bruwerk anfengklich gebuwet, und werden de meisten Bere mit unsem und der unsen groten eventur (Gefahr) des winstes und vorlustes inn de Ryke — geforth und alle notroftige wahr mit tho behoeff und entsettinge des gantzen landes wedder in geforeth."

Steuer zum Zweck der Schuldentilgung wurde von der Landschaft ein Ausschuß von 14 Personen vom Adel beauftragt, für dessen Handlungen in dem Schuldentilgungsgeschäft sie sich zum voraus verbindlich erklärte und welchem sie Vollmacht ertheilte, den fürstlichen Assecurationsrevers in ihrem Namen anzunehmen [1]). Dieser Ausschuß der Landschaft war sodann auch seinerseits eifrig bemüht, die Seestädte zum Aufgeben ihrer Sonderstellung und zur Uebernahme ihres Antheils an der bewilligten Landeshülfe zu bewegen: doch sie verharrten auf ihrem Widerspruch gegen die Accise, und die Herzoge verglichen sich schließlich mit ihnen über die zu zahlenden bestimmten Summen, wofür sie ihnen gleichfalls besondere Reverse auf ihre hergebrachten Privilegien ertheilten [2]).

Durch den Schuldentilgungsausschuß war ein neues landständisches Organ gebildet, welches gewissermaßen an die Stelle des früheren Unionsausschusses der Landschaft trat. Denn es ist gewiß nicht als zufällig zu betrachten, daß unter seinen Mitgliedern, die sich „Verordnete des Ausschusses der Lande Meklenburg, Wenden und Stargard" nannten, die Mehrzahl der im Jahr vorher gewählten 12 Verordneten wieder angetroffen wird [3]). Offenbar bedurfte es der letzteren nicht mehr neben den neuen Bevollmächtigten, welche die gemeinsamen Interessen der Stände zu anderen Zwecken ohnehin vertraten.

Weil das damals begonnene Schuldentilgungsgeschäft nur langsamen Fortgang nahm und späterhin bei wiederholter Uebernahme der inzwischen aufs neue herangewachsenen fürstlichen Schulden (1572 und 1621) sich ohne Ende fortsetzte, so ist auch der landständische Schuldentilgungsausschuß seitdem immer wieder erneuert worden, bis sich daraus im folgenden Jahrhundert der beständige sog. Engere Ausschuß der Landstände hervorgebildet hat [4]).

---

[1]) S. die Urk.: Letztes Wort. Nr. 56.

[2]) Rudloffs Mekl. Gesch. B. III. 1. S. 187.

[3]) S. die Unterschriften in der oben angeführten Urk. vergl. mit denen in Urk. Nr. 50 im Anhang, von welchen sich 7 Namen dort wieder finden.

[4]) Der im J. 1620 erwählte große Ausschuß der Stände, aus welchem

Nachdem wir gezeigt haben, wie die landständische Verfassung von Meklenburg durch die Vereinigung der Lande, durch die Befestigung der Landeshoheit, durch die Union der Stände, endlich durch die Errichtung des Schuldentilgungsausschusses die bestimmte Ausprägung ihrer Grundformen erhalten hat, sind nur noch wenige Bemerkungen hinsichtlich der übrigen Momente ihrer Fortbildung in dieser Periode hinzuzufügen.

Bleiben wir zunächst bei der formellen Seite stehen. — In Betreff der öfter erwähnten Landräthe kann es zweifelhaft erscheinen, ob sie gleichfalls zu den Organen der Landstände zu rechnen seien. Landräthe werden die fürstlichen Räthe aus den Ständen, insbesondere die Räthe vom Adel genannt, im Unterschied von den allein im fürstlichen Dienst stehenden gelehrten Hofräthen: wie z. B. die von H. Albrecht in seiner Abwesenheit im J. 1535 mit den Regierungsgeschäften beauftragten Räthe vom Adel[1]). In dem fürstlichen Gemeinschaftsvertrag von 1534 sind die Landräthe als diejenigen bezeichnet, welche künftig die Landestheilung vornehmen sollen, in dem anderen Gemeinschaftsvertrage von 1555 als diejenigen, welche als Unterhändler gebraucht wurden und auch künftige Irrungen unter den Fürsten beilegen sollen[2]). Bei einem Streit der Stadt Güstrow mit den Herzogen (1541) kam man überein, daß 12 der ältesten Landräthe zur gütlichen Beilegung der Sache von den Fürsten sollten verschrieben werden[3]). H. Ulrich forderte im folgenden Jahre die Stadt Rostock zur Beschickung einer Zusammenkunft in Güstrow auf, um, wie es in dem Einladungsschreiben heißt, „Uns mit euch und andern Unsern Landräthen,

---

zwei Jahre nachher der Engere Ausschuß hervorging, war gleichfalls zuvörderst und hauptsächlich mit der Schuldentilgungs-Angelegenheit beauftragt, um dabei die gesammte Landschaft zu vertreten. S. die Vollmacht bei Klüver, Beschreibung von Meklenburg. B. I. S. 507.

[1]) S. die Urk. Nr. 43 im Anhang.

[2]) Ausführliche Betrachtungen. Urk. Nr. 15 u. 22.

[3]) Schreiben der Stadt Güstrow vom 26. März 1541 in den Rost. Landtags-Acten. Vol. I.

die Wir dazu verschrieben, zu unterreden" [1]): also auch die Stadt Rostock wurde zu den Landräthen gezählt, wie denn die beiden Seestädte schon in der frühesten Zeit neben den vornehmsten Vasallen zu Rath gezogen zu werden pflegten. Mit den Landräthen wurden die auf Landtagen zu stellenden fürstlichen Propositionen zuvor berathen. In dem Bericht der Rostocker Deputirten von den Landtagsverhandlungen von 1555 wird Eingangs erwähnt, daß sie und die Wismarschen Gesandten zu einer Audienz bei den Herzogen geladen worden seien, wo der Kanzler es als ein Mißverständniß entschuldigte, daß sie nicht als Mitlandräthe zur Vorberathung der Propositionen zugezogen worden [2]). Die Landräthe vom Adel waren vermöge ihres zwiefachen Verhältnisses zu den Fürsten und Ständen die natürlichen Vermittler auf Landtagen, wo sie zugleich als fürstliche Räthe und als Mitstände den landesherrlichen Absichten Eingang und Geltung verschafften. Der Landtag von 1552 war von den Statthaltern und Räthen des H. Hans Albrecht einberufen worden. In dem Landtagsprotokoll finden sie sich als „Mitgliedmaßen gemeiner Landschaft und fürstliche Verwandte" bezeichnet: in der ersteren Eigenschaft nahmen sie an den Verhandlungen der Stände Theil, in der anderen trennten sie sich von ihrem Beschluß [3]).

Hiernach hat sich die Bedeutung des landräthlichen Amts in der Folgezeit festgestellt, in der doppelten Verpflichtung sowohl gegen den Landesherrn, als gegen die Stände. Noch in den Reversalen von 1572 versprachen die Herzoge, sie „in allen fürfallenden Nöthen zu Rathe zu ziehen und zu gebrauchen": man sieht aber hieraus, daß sie schon bisweilen übergangen wurden; denn die Landesherren ließen sich lieber von ihren Kanzlern und Hofräthen berathen, und die Stände kamen seitdem öfter auf die Forderung zurück, daß in wichtigen Angelegenheiten auch die Landräthe mit ihrem Rathe gehört werden möchten. Somit kam die andere Seite des Amts,

---

[1]) Dat. Schwerin, 2. April 1542. A. a. O.

[2]) S. Urk. Nr. 51 im Anhang.

[3]) S. Urk. Nr. 48 im Anhang.

wonach sie eine Art Vertretung für die Landstände ausübten, mehr zur Geltung, weshalb sie nachmals auch neben den Deputirten der Ritterschaft und der Städte in den landständischen Ausschuß eintraten[1]). Doch die Ernennung der Landräthe findet immer noch durch den Landesherrn statt, wenn auch auf Präsentation der Stände und mit Beschränkung der Wahl auf den eingebornen Adel[2]).

Als ein neues, eigentlich landständisches Organ finden wir in dieser Zeit schon die gelehrten Fürsprecher der Stände. Zuerst in einer Rostocker Instruction von 1531 ist von der Bestellung eines gelehrten und ausheimischen Advocaten auf der gemeinen Landschaft Besoldung die Rede, welcher auf dem Landtage die Beschwerden der Landschaft stattlich vortragen soll[3]). Gleichwie die Fürsten sich ihres Kanzlers, sowohl für die schriftliche Abfassung ihrer Erklärungen, als für den mündlichen Vortrag auf Landtagen bedienten, so glaubten auch die Stände ohne einen solchen gelehrten Rath und Redner nicht mehr auskommen zu können. Vor der Zusammenkunft des Landtags von 1552 sehen wir die Stände eifrig bemüht, einen geschickten Mann, einen Doctor der Rechte, zu gewinnen, um der Landschaft Wort zu führen und ihre Nothdurft hell und ohne Scheu vorzutragen[4]). Auf dem Landtage von 1555 gaben die Deputirten der beiden Seestädte ihre Erklärung durch einen Doctor Freudemann ab, gegen welchen der fürstliche Rath von Maltzan mit der Bemerkung auffuhr, daß man vormals wohl ohne solche Gelehrte habe handeln können[5]). Doch die Gelehrsamkeit hat sich an dieser Stelle behauptet, woraus nachmals das Amt des beständigen Landsyndicus entstanden ist.

Für die Landtage war noch keine bestimmte Zeit oder regelmäßige Wiederkehr festgesetzt; sondern sie wurden von den Landes-

---

[1]) Sämmtliche Landräthe wurden im J. 1620 Mitglieder des großen Ausschusses; an dem engeren Ausschuß von 1622 nahmen, wie noch jetzt, 2 Landräthe Theil.

[2]) Landes Erbvergleich von 1755 §. 167.

[3]) S. Urk. Nr. 37 im Anhang.

[4]) Urk. Nr. 47 im Anhang.

[5]) Urk. Nr. 51 im Anhang.

herren, so oft es ihnen nöthig schien, einberufen, oft mehrere Mal im Jahr: weil es nicht selten geschah, daß die Mehrzahl der Stände ausblieb oder sich wieder entfernte, um einen Beschluß zu verhindern; daher wurden z. B. im Jahr 1542 wegen einer Landeshülfe zu den Schulden des H. Albrecht und zur Türkensteuer fünf Landtage nach einander gehalten[1]). — Ebenso wenig waren die Landtage an einen bestimmten Ort gebunden, wenngleich sie am häufigsten an der herkömmlichen Stätte an der Sagsdorfer Brücke abgehalten wurden[2]).

Die Landtagsausschreiben ergingen in der Gemeinschaftsregierung der Herzoge von jedem der beiden Regenten für sich und waren an jeden Landstand einzeln gerichtet. Es gab noch kein Landstandsrecht in dem Sinne, daß Niemand ausgeschlossen werden konnte von der fürstlichen Berufung: wir haben gesehen, daß im Jahr 1552 der ganze Prälatenstand übergangen wurde, während auf der andern Seite zum Interimslandtage von 1549 auch die Rostocker Universität eine, wie es scheint, sonst nicht gewöhnliche Einladung erhielt.

Ebensowenig fest begrenzt wie die Formen der landständischen Verfassung waren die Befugnisse der Landstände selbst. Denn auch deren Maß richtete sich wesentlich, abgesehen von dem Umfange der bestehenden Privilegien, nach dem Bedürfniß der lebendigen Verhältnisse: doch bildeten sich die allgemeinen Grundsätze immer bestimmter aus der Praxis hervor.

Es lag in der Natur der Sache, daß, so oft der Landesherr eine Landeshülfe von den Ständen begehrte, er zuvor ihre Beschwerden anhören und denselben so gut als möglich abhelfen mußte. Charakteristisch für den Sinn der Stände ist in dieser Beziehung eine Instruction der Stadt Rostock für ihre Landtagsdeputirten von 1542, worin diesen die äußerste Zurückhaltung in allen übri-

---

1) S. die Rostocker Landtags-Acten Vol. I. Vergl. auch die Urk. Nr. 42 im Anhang.

2) Bekanntlich wurde zuerst in den Reversalen von 1621. Art. 14. bestimmt, daß die Landtage umschichtig zu Sternberg und Malchin sollten gehalten werden.

gen Punkten empfohlen wird, nur bei den Beschwerden sollen sie als Hauptpart eintreten; in Ansehung der begehrten Landeshülfe ist die Meinung, man müsse zuvor berathen, ob man verpflichtet sei, dem Herzoge aus den Schulden zu helfen, die er sich in fremden Sachen ohne Rath und Willen der Landräthe zugezogen; die Türkensteuer aber sei abzulehnen wegen der theuren Zeit: man könne abwarten, bis der Türke seine Tyrannei in der deutschen Nation gebrauchen werde[1]).

Man sieht, der Blick reicht nicht über das nächstliegende eigene Interesse hinaus: man will sich zur Hülfleistung nicht anders verstehen, als wenn man den Vortheil mit Händen greifen kann oder die dringendste Noth wirklich vor Augen sieht. Allgemeine Motiven, wie die Ehre oder die Sicherheit der deutschen Nation, schlagen nicht an: mag Jeder in seinem engsten Kreise nur für sich selber sorgen, und man wird sich am besten dabei befinden, das ist der praktische Sinn dieser Landstände. Selbst, wo es einmal für der Seelen Seligkeit zu handeln gilt, geht man kaum weiter. Zwar haben die meklenburgischen Stände im Jahr 1549 mit Ablehnung des Interims ein entschiedenes Bekenntniß für die reine und wahrhaftige Lehre des Wortes Gottes abgegeben: als nun aber H. Hans Albrecht und seine Brüder zur Vertheidigung des Protestantismus und der reichsständischen Freiheit Gut und Blut einsetzen, versagen die Stände dazu ihre Hülfe und erwiedern auf die Erinnerung an jenen Beschluß, daß „sie wohl zur Beschützung der Fürsten, des Landes und der Religion, Leib, Habe, Gut und Blut, als Christen und gehorsamen Unterthanen wohl anstehet und geziemet, mit zu wagen bereit, aber Arma offensiva zu ergreifen und Jemand bekriegen zu helfen, das sei niemals ihre Meinung gewesen, und weder könnten sie sich davon überzeugen, daß der fürstliche Kriegszug aus dringender Ursache unternommen worden, noch habe sich der Herzog deshalb zuvor mit Jemand aus ihrem Mittel berathen“[2]).

---

[1]) Rost. Landtags-Acten Vol. I. Nr. 109.

[2]) S. das Landtags-Protocoll von 1552. in Rost. L.-Acten Vol. II.

Nichtsdestoweniger ließen sich die Stände am Ende doch, wie schon erwähnt, zur vollständigen Schuldenübernahme herbei: der Adel ging mit gutem Beispiele voran und zog die Landstädte nach sich. Man war froh, die fürstliche Landestheilung glücklich abgewendet zu haben; man konnte die Fürsten doch nicht zu tief in der Noth stecken lassen, wodurch die peinlichsten Verlegenheiten bei jedem Umschlagstermin entstanden; unter den Bewilligenden waren auch die inländischen Gläubiger, welche nur durch Uebertragung der fürstlichen Schulden auf das Land zu Capital und Zinsen gelangen konnten. Indem die Seestädte auch in diesem Fall wieder am meisten den particularistischen Standpunkt festhielten, nahmen sie doch den Schein an, als ob gerade sie am meisten auf Wahrnehmung des Landesinteresses bedacht seien: ehe man sich zu irgend einer Bewilligung verstehe, lautet die Rostocker Commission, müsse der Artikel wegen der Regierung zuvor in Ordnung gebracht sein, auch „daß wider die alte Freiheit und Gerechtigkeit der Landschaft in jedem Stande ohne ihre eigentliche und freie Mitbewilligung nichts angerichtet werde, daß jeder bei gleichem Recht gehandhabt werde, daß man sich in keine ausheimische Fehde einlasse ohne der Landschaft Rath und Mitwissen [1]).

Als aber diese Grundsätze im Wesentlichen nach erfolgter Bewilligung der übrigen Stände durch den fürstlichen Assecurationsrevers anerkannt worden, behielten die Seestädte nur noch ihre besonderen Privilegien zum Vorwand ihres Widerspruchs übrig und mußten sie sich nun von den Verordneten des landständischen Ausschusses selbst es sagen lassen, daß Privilegien und Begnadigungen — deren sie ihnen gerne noch viel mehr gönnten, als sie schon hätten — billig mit Dank gelohnt und nicht mit Undank sollten vergolten werden [2]).

Zugesichert wurden den Ständen, d. i. Mannen und Städten, in dem schon erwähnten Revers von 1555 im Allgemeinen ihre

---

[1]) Rost. Commission zum Wismarschen Landtage vom 4. Oct. 1554. Rost. L.-Acten Vol. II.

[2]) S. Urk. Nr. 52 im Anhang.

hergebrachten Privilegien und Freiheiten mit Erhaltung bei der wahren Religion der Augsburgischen Confession: insbesondere aber das Steuerbewilligungsrecht auch für die gewöhnlichen Hülfen und Landbeden, „die sie anders nicht, denn auf vorhergehende freie und gutwillige Bewilligung, zu leisten schuldig" seien[1]) — und hierin war ohne Zweifel das Fundamentalrecht der Landschaft, so wie das fortdauernde Triebwerk der landständischen Verfassung, enthalten. Alles Uebrige, — die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung, bei Ausübung der Rechtspflege, bei Verwaltung und Verwendung der Steuern, bei Ausführung der Kirchenordnung und der Polizeigesetze, — verstand sich von selbst aus der obrigkeitlichen Stellung, welche die Stände gegenüber ihren Untersassen einnahmen, die ihnen die Handhabung der öffentlichen Ordnung mit übertrug. Es genügt hierüber im Allgemeinen zu bemerken, daß in dem Grade, als die Verfassung schon weiter ausgebildet war, auch die landständische Mitwirkung eine regelmäßigere und mehr geordnete wurde. Wir führen beispielsweise das Verfahren bei Aufbringung der Reichssteuer des gemeinen Pfennigs zur beherrlichen Hülfe wider die Türken in den Jahren 1542 und 1544 an[2]). Es wurden zu diesem Zwecke Einnehmer des Landes, je einer von den Herzogen, von Prälaten, Mannen und Städten, bestellt und öffentliche Steuerkasten an den fünf Hauptorten des Landes angeordnet[3]); die Grundherren hatten die Steuer von ihren Bauern und Unterthanen gezählt anzunehmen und mit einem Verzeichniß an die Einnehmer abzuliefern, sie selbst durften ihren Beitrag ungezählt in den verschlossenen Kasten legen: — es wird freilich nachher darüber geklagt, daß sie sich nicht alle gleich fromm dabei bewiesen hätten,

---

[1]) Feststehender Grund der Steuerfreiheit ꝛc. Urk. Nr. 16.

[2]) Rost. L.-Acten Vol. I. Nr. 113—117, 136—140, 173—175 ꝛc.

[3]) So seint verordent und gesetzt fünf Kasten: zu Wismar für die im Land Mekelnborgk und zu Wismar, zu Rostock für die im Land und Stadt zu Rostock, zu Güstrow für die im Land Wenden und zu Güstrow, zu Newenbrandenborgk für die im Land zu Stargard u. zu N., und einer zu Schwerin für die in der Grafschaft Schwerin.

denn man habe in den Kasten auch Blei, Kupfer, Rechenpfennige und Steine gefunden[1]).

Ueber die Errichtung eines „ordentlichen christlichen Consistoriums und eines ordentlichen Landgerichts mit gemeiner Landschaft gutem Rathe" verständigten sich die fürstlichen Brüder, H. Hans Albrecht und Ulrich, vorläufig in dem Gemeinschaftsvertrage von 1555. Als aber die hierauf bezügliche Proposition an den Landtag (April 1555) gebracht wurde, sprachen sich die Stände für Beibehaltung der alt hergebrachten Gerichtsordnung aus, „darin die löblichen Landesfürsten mit Prälaten, Ritterschaft und Städten residirt, Sachen verhört und Urtheil gesprochen hätten", und des bisher üblichen Brauchs, wonach zu zweien Jahreszeiten Rechtstage ausgeschrieben und an den gewöhnlichen Orten, abwechselnd zu Wismar und Güstrow, gehalten wurden[2]). Offenbar fürchteten die Stände bei der von den Landesfürsten proponirten Einrichtung eines ständigen Landgerichts, unter dem Vorsitz eines Landrichters, von ihrem bisherigen Einfluß an den öffentlichen Rechtstagen zu verlieren, welche unter dem Vorsitz der Fürsten selbst, mit Zuziehung der ältesten und angesehensten Räthe der Stände, neben gelehrten Hofräthen, abgehalten zu werden pflegten; und die Erinnerung, auf welche sie noch später öfter zurückkamen[3]), daß auf solchen Rechtstagen die Landesfürsten in Fällen, welche den Landesbrauch betrafen, Bericht und Rath von den Beisitzern der Landstände gehört hätten, deutet nicht minder auf die nur zu gegründete Besorgniß hin, daß bei dem unvermeidlichen Uebergewicht der gelehrten Beisitzer in dem ständigen Landgericht der Landesbrauch weniger Beachtung finden würde. Indessen wurde doch die neue Landgerichtsordnung angenommen und im Jahr 1558 publicirt, wonach das Landgericht künftig aus einem beständigen Landrichter und zwölf

---

[1]) Aus dem Landtagsprotocoll von 1550 in den L.-Acten des Großherz. Hauptarchivs zu Schwerin.

[2]) Letztes Wort, Urk. Nr. 118.

[3]) In den Beschwerden von 1557, 1563 und 1570; s. Ausführl. Betrachtungen Nr. 201—203.

Beisitzern bestehen sollte, unter welchen, neben mehreren Hofräthen und Doctoren, fünf Landräthe und je ein Bürgermeister der beiden Seestädte als Vertreter der Stände erschienen [1]. — In Beziehung auf jene älteren Rechtstage, welche der Bequemlichkeit wegen mit den regelmäßigen Zahlungs- oder sog. Umschlagsterminen zusammenfielen, sei nur noch hinzugefügt, daß sie von den eigentlichen Landtagen von Anfang an gänzlich verschieden waren und mit deren Zusammenkünften in keiner näheren Verbindung standen [2].

Nachdem wir nun die geschichtliche Darstellung der landständischen Verfassung von Meklenburg bis zu dem von uns gesteckten Ziele ausgeführt haben, blicken wir noch einmal auf die in der Einleitung vorangestellten Gesichtspunkte über die Entstehung und das Wesen der deutschen Landstände zurück. — Ausgehend von der Ansicht des gleichzeitigen Ursprungs der Landstände und der Landeshoheit in den deutschen Territorien, haben wir dieselbe auch in den erst germanisirten slavischen Ländern in der Weise bestätigt gefunden, daß die frühere unumschränkte fürstliche Herrschaft mit Einführung der deutschen Stände gleichfalls den veränderten Charakter einer deutschen Landeshoheit annahm: die Rechte dieser Stände aber lassen sich hier um so deutlicher erkennen, als solche bei der Colonisation schon gleichsam fertig mit herübergenommen und in der Form von Privilegien genauer bestimmt wurden.

Ebenso, wie der Ursprung, stand weiterhin auch die Ausbildung der landständischen Verfassung mit der der Landeshoheit im engsten Zusammenhang. Durch die gemeinsame Landesherrschaft wurden

---

[1] S. Krafft's L.- und Hofgerichts-Historien bei Ungnaden, Amönitates S. 404.

[2] In dem fürstlichen Gemeinschaftsvertrage von 1520, Art. 12, werden allerdings Landtage genannt, wo Rechtstage gemeint sind; allein die gleiche, sonst nicht übliche Benennung für die letzteren beweist nichts für das Zusammenfallen beider an sich ganz verschiedenartiger ständischen Zusammenkünfte.

die Stände, gleichwie zuerst in den einzelnen Landestheilen, so nachher im Ganzen zu dem Inbegriff gemeiner Stände und einer gemeinen Landschaft zusammengefaßt. Die Union der Stände selbst war nicht der Grund, sondern die Folge dieser äußeren Vereinigung, als ein Vertheidigungsmittel gegen die steigenden Ansprüche der Landeshoheit.

Im Wesentlichen denselben Charakter hatten, so viel wir sehen, die landständischen Einigungen überall in Deutschland, wo sie seit dem 14. Jahrhundert bis zum Anfang des 16. bei verschiedenen Veranlassungen ins Dasein getreten sind. Geht man die einzelnen Territorialgeschichten durch, so wird man finden, daß sie selten dauernde Gestalt gewonnen haben, meist nur, durch augenblickliche Zwecke der Abwehr hervorgerufen, ganz vorübergehender Art und ohne sichtbaren Einfluß auf die Entwicklung der landständischen Verfassung gewesen sind, und man wird Beispiele antreffen, und zwar gerade in den bedeutenderen Territorien, wie namentlich Sachsen und Brandenburg, wo Einigungen der bezeichneten Art gar nicht vorkommen, und wieder andere, wo sie erst später, als die landständische Verfassung schon in ihren wesentlichen Grundzügen feststand, nämlich zu Anfang des 16. Jahrhunderts, erfolgt sind, und zwar gleichfalls entweder nur in vorübergehender Weise, wie z. B. die beiden Einigungen der hessischen Landstände in den Jahren 1509 und 1514, oder mit fortdauernder Nachwirkung für die Ausbildung der Landesverfassung, wie die oben erwähnte Erbeinigung der gesammten bairischen Landschaft von 1514 und wie die Union der meklenburgischen Landstände von 1523.

Die meklenburgische Union hat in der folgenden Zeit wesentlich zur Erhaltung der landständischen Rechte und Freiheiten beigetragen, und in diesem Sinne ist sie von den Ständen noch öfter, jedes Mal wenn sie eine dringende Gefahr für ihre Privilegien zu erkennen glaubten, wieder erneuert und erweitert worden — 1659, 1709 und 1733, so wie von der fürstlichen Seite bestritten und cassirt worden — 1749. Nicht minder haben sie die Stände noch öfter als Hinderniß gegen die fürstlichen Landestheilungen aufge-

stellt, und wenn dennoch die Trennung der Herzogthümer Schwerin und Güstrow im Jahr 1621, und wiederum der Herzogthümer von Schwerin und Strelitz 1701 nicht vermieden werden konnte, so ist wenigstens die landständische Einheit auch unter der fürstlichen Doppelherrschaft bewahrt geblieben.

Doch so wenig die Union der Stände als die eigentliche Grundlage und der Anfang der landständischen Verfassung in Meklenburg anzusehen ist, so wenig ist sie die allein entscheidende Ursache ihrer Fortdauer gewesen. Denn man wird gewiß nicht behaupten können, daß überall, wo sonst die ständischen Freiheiten vernichtet worden sind, die Landstände nicht ebenso fest unter sich, wie in Meklenburg, gegen die Uebergriffe der landesherrlichen Gewalt verbunden gewesen wären: sondern den Hauptgrund ihres unverminderten Fortbestandes erkennen wir vielmehr, theils in der geringeren eigenen Macht, welche hier die landesherrliche Gewalt gegen die Stände aufzubieten hatte, theils und vornehmlich in der Zähigkeit, womit die letzteren fortdauernd, und namentlich in der für die landständischen Verfassungen verhängnißvollen Zeit, von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, ihr altherkömmliches Steuerbewilligungsrecht aufrecht erhalten haben. Es ist bereits erwähnt worden, wie früh, schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, die brandenburgischen Landstände dies wichtigste Recht aus den Händen gaben, die von Baiern es verloren: in Meklenburg blieb man noch lange bei der unzureichenden alten Landbede von Hufen und Erben stehen, und wahrten sich die Stände das freie Steuerbewilligungsrecht auch für diese, als man sich dort schon zu jährlichen Grundsteuern für die Dauer einer ganzen Regierungszeit und zu beständigen Consumtionsabgaben herbeigelassen hatte. So geschah es, daß die meklenburgischen Herzoge im 16. Jahrhundert, bei gesteigerten Regierungsbedürfnissen, immerfort tief in Schulden verstrickt waren, und daß die Stände, bevor sie ihnen aus der Noth heraus halfen, ihre günstige Stellung benutzten, um unter dem Vorwand der Abhülfe ihrer Beschwerden die Bestätigung und Erweiterung ihrer Rechte und Freiheiten zu erlangen. Die bei diesen

Gelegenheiten ertheilten Reversalen von 1555, 1572 und 1621 enthalten das Fundament und die Stockwerke des ganzen Gebäudes der meklenburgischen Verfassung. Weil aber die Ritterschaft bei weitem den überwiegenden Theil der Stände ausmachte, so lag es in der Natur der Sache, daß die Erweiterung der landständischen Privilegien vornehmlich ihr zu gute kam, theils durch Verbesserung ihres Lehnbesitzes zum Nachtheil der fürstlichen Lehnsherren, theils durch Vermehrung ihrer grundherrlichen Rechte zum Nachtheil des von den Fürsten verlassenen Bauerstandes[1]).

Was F. A. von Rudloff von der früheren Periode der meklenburgischen Landstände im 16. und 17. Jahrhundert gesagt hat, daß sie „von einer fürstlichen Schuldentilgung zur andern, eigentlich fast nur die Geschichte der einzelnen Thaler in sich begreife, welche aus den Händen der Landstände durch Capitulation in die der fürstlichen Gläubiger übergingen"[2]), gilt ebenso noch für die folgende. Seit der Zeit des westfälischen Friedens beginnt der lange erbitterte Kampf zwischen den erhöhten Ansprüchen der landesfürstlichen Hoheit, die schon H. Adolf Friedrich scharf hinstellte: — nimmermehr, ließ er sich aus, würde er ein landständisches Condominium an seiner landesfürstlichen Superiorität dulden[3]), — und den auf ihren Reversalen feststehenden Ständen. Der hauptsächliche Gegenstand dieses Streits war immer die von der Landesregierung geforderte regelmäßige Contribution, welcher die meklenburgischen Stände auch dann noch hartnäckig widerstrebten, als schon durch Reichsgesetz von 1654 die allgemeine Verpflichtung aller deutschen Landstände zu fortdauernden Beiträgen für die Fortifications- und Garnisonskosten anerkannt war. Erst im Jahr 1698 hat man sich dann, in Folge kaiserlicher Entscheidung, über den Betrag der ordentlichen Contribution verglichen; doch über die Ver-

---

[1]) S. die Landtagsverhandlungen in den Jahren 1609 — 1621 in Spaldings Sammlung.

[2]) Meklenb. Geschichte Th. III. Abth. 2. S. 153.

[3]) S. die Landtagsverhandlungen von 1650 bei Spalding Th. III. S. 14. ff. 69. ff.

theilung und den Modus der Steuer, insbesondere das indirecte Abgabensystem, die s. g. Licent der Städte, welche die Ritterschaft verwarf, stritt man noch fort und fort. Endlich nach der stürmisch bewegten Regierung des H. Carl Leopold (1713—1747), der die landesherrliche Gewalt mit launenhaftem Despotismus durchzuführen versuchte, und nach vollständiger Ermüdung der streitenden Parteien, gelang es den Bemühungen und noch mehr der Nachgiebigkeit des milden H. Christian Ludwig, die Eintracht durch den landesgrundgesetzlichen Erbvergleich von 1755 wiederherzustellen. Außer der Bestätigung und zum Theil näheren Bestimmung der in den früheren Reversalen enthaltenen Privilegien von Ritter- und Landschaft sind die Festsetzung der ordentlichen Contribution und die ausdrückliche Anerkennung der landständischen Union die Hauptpunkte dieser neuen Vereinbarung, welche noch gegenwärtig das Grundgesetz der meklenburgischen Verfassung in beiden Großherzogthümern ausmacht.

Urkunden-Anhang *).

Nr. 1.

Schreiben der Herzoge Magnus und Balthasar an Rostock, die Landbede betreffend. Dat. Doberan, 10. März 1482.

(Rost. Stadt-Archiv, Landtags-Acten Vol. I.)

Magnus unnde balltzar von gots gnadenn Hertogenn to meckelenburg furstenn to wendenn Gravenn tho Zwerin Roßtock und Stargarde ꝛc. der lande herren.

Unßenn gunst tovorn, erßamen unnde wißen liven getruwen, jw iß sunder twivell noch woll indechtig, dat wy jw vaken [1]), der bede hallven, de uns doch dorch alle unße gudemanne unnde stede in kort vorgangen tiden to gevende ingerumet unnde togesecht wardt ꝛc. Hebben wy sedder den tiden jw vaken darumme beide to Dobbran Roßtock unde andernn mehr enden unnde forder umme ander mehr tospraken, de wy ock to jw hebben, dar gy jw jegen unßer herschopp inne vorrucket hebben, de denne jw alls woll witlick sindt, uns var alle sulke vorwrekinge wandell glick unnde bute nach erkentnisse don schollden [2]), des gy denne ßo alles uns mit vorsate vorgan, in meyninge uns nichtes to donde, unnde mennigerleie kost teringe [3]) im gelimpe to vorsinkende dar up gedan hebben, unnde alles nicht hefft mogen bedigen, im lesten iß dorch jw bogerdt, dat gy wollden sulke tosprakeu, de wy jegen jw hebben, unnde ock efft gy uns der bede to gevende plichtig weren, up erkenntnisse der werdigen unnde hochgelerden herren capittell und domherren der kerken to Zwerin und universiteten unnßer stadt to Roßtock mit mede bistande unnßer man reder unde stede reder in unßen landen beseten in frundtschapp ader rechteß wiße erkennen wollden laten, dat wy denne ock ßo mede annameden unde beleveden, und derwegin jw vierteindage ader dre weken tovornn

*) Bei übrigens getreuer Wiederholung der verworrenen Rechtschreibung der Originale ist zur Erleichterung des Verständnisses nur in der Interpunction nachgeholfen und die besonders störende Verwechselung des u und v vermieden worden.

[1]) oft.

[2]) D. h. daß ihr uns für alle solche Verwirkungen (Vergehen) Abänderung, Vergeltung und Buße nach Erkenntniß thun solltet. Vor diesem Satze scheinen die Worte ausgelassen: von euch begehrt, welche zu dem: „Hebben wy" im Anfang gehören.

[3]) Zehrung.

vorscriven schollden: Is der hallven unnße gantze meyninge, gy des negesten middeweken na Quasimodo geniti sindt mit jwen frunden, de gy dar by hebben unnde thien willen, gudes tides to middagn to Botzow weßin, dar wy denne ock weßin willen, und de herren des Capittells to Zwerin unnde der Universiteten to Roßtock semptliken mit andenn unßen manne rederen unde stede rederen allen vorscriven willen, und ßodans alls der Bede, efft gy uns dar pligtig sindt to gevende, mit den anderen tosprakein de wy to jw hebben, in fruntschap ader rechteß wiße erkennen willen laten, up dat gy nicht uns vormerken scholen, dat wy jw rechtganges weigeren wollden. Gy denne ßo don und solks rechtdages dorch jw sullves bogert nicht vorsumen ader vorhinderen laten, iß unnße gantze meyning und tovorladt. Datum Dobbran am sondage oculi unnder unnßenn Ingesegel Anno MDLXXXII°.

(Aufschrift.) Denn erßamenn unßen livenn getruwenn Borgemeisteren unde Radtmannen Unßer Stadt Rostock.

Nr. 2.

Schreiben der Herzoge Magnus und Balthasar an die Stände im Lande Wenden über die Streitigkeiten mit Rostock. Dat. Schwan, 17. Juli 1482.

(Rost. Stadt-Archiv, Landtags-Acten Vol. I.)

Magnus unnde Balltzar gebruderen von gots gnadenn Hertogenn to Meckelenborg furstenn to Wenden gravenn tho Zwerin Roßtock unnde Stargarde ꝛc. der lande herren.

Unße gunstlike grute unnde guden willen nach eynes ißliken state tovornn, Gestrengen wollduchtigen duchtigen erßamen unnde vorsichtigen liven getruwen, wy twiveln nicht gy scholen woll in vorfarenheit gekregen hebben, dat mennigerleie anlangent unde vorscrivendt dorch uns an de von Roßtock geschien, benomliken umme eyne togesechte unnde bewillede Bede, de de von Roßtock sunder uthsunderinge mit allen unßenn mannen unde steden der sy uns nu entfallen eindrechtlik togesecht hebben, unnde wy de von Roßtock in anderen wichtigen tosprakein, dar sy sick jegen uns unde unßer herschap vorwracht unde vorwalldiget, angelanget hebben, in deme dat sy unße armelude gegrepen gefangen geslagen unde in or slote unde feste uns mit wallt vorentholden, unßen gudemannen er bur unde lanßten binnen Roßtock entleidigen[1]), unßer manschap to vorderve und uns to hone, unßer gothliken gerechticheit, keiserliken begifftinge unnde friheit berove, in deme dat sy eetlike guder de dorch unße lande unde Tollsteden unvortollet entfuret, an uns vorbraken unde binnen

[1]) verführen, abspenstig machen.

Roßtock uns vorentholden, ock dat sy sick unßer willtbanen und Jacht gebruken mit alleme homude unde eygene willen, uns unde unßen furstliken state tho nahe scriven unnde mennigerleie mehr ungelimps an gravede unnde buwende von dage to dage oven und driven[1]) und ßo mit fullswallt sunder jennigerleie rechticheit jegen uns vorsuken, nahe unßer unmacht bestan sindt[2]) unnde sick nicht alße undersaten jegen ore erffgeborn herren geborlike hollden. Allßo denne de von Roßtock in deme brive an jw samptliken gesandt scriven, wy sindt bestan nahe vormynneringe er privilegien vriheiden und rechticheiden, dat sy uns mit unrechte unde homude averscriven, in deme wy sy umme de bede, de sy uns bewillet unde togesecht hebben mit anderen unßen mannen unde steden, und ock dat sy uns wandell glick unde bute nahe erkentnisse don schollden vor de averfaringe de sy jegen uns gedan unde sick vorßehen hebben don schollden, angelanget hebben, laten wy uns bedunken, sy neynerleie privilegia ader rechticheit hebben uns des vortoweßende dat uns alle unße undersaten don unde gedan hebben und fullves mede bewillet hebben, ock nicht beprivilegirt sindt, ßo vaken alßo en dat ankummt, dat sy de unßen schollden gripen vangen vorwalldigen unde oren eygenwillen und wes sy bedencken konnen jegen uns gebruken mogen, ßo sy gedan hebben. Wy hebben woll velemalls, don[3]) wy sy int irste darumme anlangeden, an gebaden in jegenwerdicheit unßer Reder, efft sy hadden jennigerleie bewisinge de eynes vingerslangk muchten weßen, dar wy uth vormerken konden sy var anderen unßen steden befriet weren, wy wollden sy dar by laten, ßo wy dat noch jegenwardig vorbiden, ßodane bewisinge hebben uns nye mogen getoget werden. ock ßo sindt sy by unßers liven heren vaders tiden seliger gedechtnisse umme eyne bede angelanget worden dat uns hertog magnus vordencket und sy sick mit unßenn liven herrn vadern vordragen, dar uth gy konnen vormerken, weren sy wormede beprivilegirt, sy uterden sye, men dat sy ßo mit oren worden, de doch unbestendig sindt, uns willen vor en privilegium vorsetten, laten wy uns bedunken, dat sy alleme rechte, ere und der billicheit entjegen, doch wodeme allen[4]) hebben wy alle saken nach orem bogeren in vartiden gesettet und erboden up erkenntnisse aller herren prelaten mannen und stede in unßen landen beseten und belegen, dat wirdige Capittel to Zwerin und de Universiteten to Roßtock und dar eynen enckeden[5]) dag to Botzow gelecht, den sy uns wedder or eygene boger affscreven, dar uth wy sy anders nicht men in oren worden unbestendig richten mogen unde eyn yderman woll erkennen kan; men dat wy unße saken up butenlendesche stede Lubeck Hamborg Lunenburg efft stralesundt setten schollden, vorhapen wy des nicht

---

[1]) mancherlei mehr Unglimpf mit Graben und Bauen üben und treiben, — nämlich zur Befestigung der Stadt.

[2]) bedacht sind. [3]) doon damals, als. [4]) bei dem allen. [5]) gewissen.

pligtig sindt. forder allßo sy mede beruren [1]), wy aber unße live broder hertoge Albrecht mit veidebrive averfallen, dar sy der warheit sparen, men wy hebben en vorwarninges brive gesandt, weret sy uns nicht deden, wes sy uns von eren unde rechte pligtig weren, wy wollden en nehne tofüre ader affvüre steden [2]), ock dat sy muchten uth unßen landen bliven, ßo lange sy uns deden wes sy uns von rechte pligtig weren, dar uth eyn ydermann woll vernemen kan wy sy vor schaden warnen. willen sy idt vor eyne veide an thien so müten wy idt darby laten. dat sy upthien wy sy vor unße gerichte to Zwerin geeschet hebben, don wy mit rechte unde vortruwen des to gade, sy scholen uns des nicht weigeren. liven getruwen uth allen dissen stucken unde artickelen mogen gy vormerken, wy den von Roßtock nye rechts vorgewest sindt, unde de saken up erkentnuße unßer manne und stede herren und prelaten in unßen landen beseten ader belegen rechts efft fruntschap mechtig to weßende erbaden hebben, ßo gy derwegen unßer allewege tor ere fruntschap unde rechts mechtig weßen scholen, men dat wy idt up de butenlendesche stede setten schollden, laten wy uns bedunken, dat sy uns to nahe und sindt des nicht pligtig. wodeme allen bogeren wy von jw de gnannten von Roßtock dar to willen underwißen, dat sy uns deden wes sy uns von eren und rechten pligtig waren, up dat mennigerleie unwille de dar uth entstan muchte moge nabliven. weret sake wy jwer underwisinge nicht konden geniten [3]), hapen wy gy uns in unßen rechtferdigen saken nicht vorlaten, men hullpe radt trost und bistandt don, ßo gy uns mede pligtig sindt, kumet uns von jw samptliken und in besunderen to dancke gunstliken to erkennende. Dat. Zwane am middeweken na divisionis apostolorum under unßen Ingesegel anno MDLXXXII^{o}.

Denn gestrengen wolldnchtigen, duchtigen, erßamen unnde vorsichtigen Unnßen Rederen Ritteren Mannen unnde Stedenn im lande tho Wenden beseten unde belegen samptliken unnde in besunderen unnßen liven getruwen.

Nr. 3.

Schreiben der auf dem Tage zu Schwerin versammelten Räthe von Mannen und Städten der Lande Meklenburg, Wenden und Stargard an Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Rostock. Dat. Schwerin, 16. Dec. 1484.

(Rost. Stadt-Archiv, Acta, betr. die Domstreitigkeiten. Vol. I.)

Unnsenn grudt und gudenwillenn tovorn, ersamen unnde wießen liven gudenn frunde, unns hebbenn unse gnedigen Hernn in clage-

---

[1]) was sie dann ferner vorgeben. [2]) gewähren. [3]) genießen, erlangen.

wiße bericht de schelastige [1]) sake darume gy mit eren gnaden in unwillen gekamen sindt des collegij unnd ander mißhegelicheit myer 2c. Wo woll denne de erßamen und wißen Borgemeister unde Radtmanne der stadt Strallesundt, mit to dade der vann der wißmer, der sakenn tom besten unnd umme guder eyndracht sich dar inne bearbeidet up dem vorgangen daghe tho kropelin unnd vann unsenn gnedigen hernn dorch bede unnd juw tom besten erlanget hadden, de saken des collegij mit denn anderun schollden rowsam anstan beth up martini vorgangen unnd vann beiden parten neyne forderinge vor geistliken efte werthliken Richteren schollden gescheen, des gy orenn gnaden ßo nicht gehollden hebben, ßo de warheith uha wißet, unnd denne bynnen der tidt eynen dagh to Ribbenitze beramit unnd gehollden is geworden dorch beslitinge der ergnannten vann Straleſſunde unnd wißmer, dar sulves im lesten vorlaten [2]), dat de saken des collegij scholden hebben guthliken anstan by vorlope eynes jares unnd de anderun saken to denn meydagen in der mitteltidt ok scholden gerichtet werden unnd derwegen am negesten dynxtedag uha michahel to Dobberan ann beiden delen mit dem erwerdigen in godt vader unnd Hernn Conradus Bischop to ßwerin, denn doctoribus der universiteten to Rostogk unnd anderun prelaten scholden handelen unnd radtslan, wo men de clerisie bynnen Rostogk muchte vorsorgen dat unser g. H. Rechte efft Juw nycht to vorfange weßen muchte [3]), unnd baven dat ßo de dach to Dobberan nicht gentsliken by macht gehollden wardt ßo to Ribbenitz vorlaten wardt, hebben sick unnse gnedigen Hernn erbaden der sakenn des collegij to settende up hernn unnd prelaten, alßo up unvordechtlike Richter, bynnen unnd buten over gnaden landen beseten de sick des vornemen, ßo to mariene [4]) vor Juw unnd Juwe geschickeden erer gnaden nuchsam erbaden unnd vortellet hadden: Welker rechtlike irbedunge gy, ßo unnße ghnedigen hernn tom meisten beclagen, uthslän unnd eren gnaden Rechtes wegeren, up Nymand to rechtliker erkentnusse setten unnd horen willen, unnd ßo alle vorlath der bavenberurder geholden daghe vornichten unnd dorch juw unfruchtbar geworden sindt, unnd furder alſo ok im ersten dage to kropelin besprakeu, was bynnen der tidt unnd martini neyne forderinge in gestliken gerichten geschien unnd de kerkhernn by dat ere kamen scholden, dat vann juw ok ßo nicht gehollden is worden wo vorgescreven, dar denne unnse gnedigen hernn uth vormerken, juw mit ethliker wallt unnd vorsate jegen ore gnaden sunder recht denken to satende, unnd ßounhorßam unnd brokaftich geworden sindt, dat uns gantß ßwär is vann juw to horende. Wo dem allen ßo biddenn wy juw alßo unße gudenn frunde, gy muchten juw noch ume

[1]) zwistige, von Schele d. i. Zwist. [2]) verabschiedet.
[3]) was den Rechten unsrer gnädigen Herren oder Euch nicht zum Nachtheil gereichen möchte.
[4]) Marienehe bei Rostock.

des besten unnd guder eyndracht willen in den saken sulven richten unnd mit juwen inwaneren vorfogen, dat unser gnedigen Hernn andacht unnd bogher vorfullet worde, efte de saken des collegij uppe rechtlike erkentnisse der jennen bynnen efte buten unser gnedigen Hernn lande beseten, de sick des vornemen wo vorberurdt, annemen unnd liden, dar wy gerne inne wollden jegen unse gnedigen Hernn beflitigen, dat ore gnaden dar ok henne stededen unnde de andernn saken des unhorsames unnd weß des were up irkentnisse prelaten mannen unnd stedenn binnen unser gnedigen Hernn lande beseten gesatet unnd gevatet worden, ßo tho Ribbenitzße vorlaten was, up dat eyn ydermann muchte vormerken, gy nicht wollden unrichtich jegen juwe gnedigen Hernn erkant efte gesporth werden, wo overs gy juw des alle entslugen unnd unsen gnedigen Hernn rechts wegerden, steit tovormerken gy denken unnse gnedigen Hernn to vorwalldigen unnd vorunrechten, unnd mogen de unnßen gnedigen Hernn in orer rechtferdicheith rechtliker unnde vullenkomeliker erbedunge nicht vorlaten, men ßo vele doen, ßo wy oren gnaden vorplicht unnd vorwandt sindt. Gy juw hir sulves inne erkennen unnde mit denn juwen tom besten vorfugen, dat ßodanns geschege, is unse radt unnd gude meinunge unnd willent deste williger jegen juw in gudenwillen vordenen des juwe antwerdt by dissem jegenwardigen. Datum Swerin am donredage nha lucie under unses eynes ingesegel des wy uns hir samptliken to bruken anno XV^C LXXXIIII.

er Nicolaus Hane, er Hinrick vann der Luhe, er Mathias van bulow, Ritter, Otto moltke, Johannes sperlingk, Merten Halverstadt, Berndt unnd wedege moltsan, er Achim wagenschutte Comptor to Mirow, Vicke unnd Hinrick bruder genandt de Riben, geschickeden ßendebaden der stede Wißmer, Parcham, Gustro, Nienbrandeborgh, Malchin unnd ander Reder Manne unnd Stede der lande Mecklenborgh Wenden unnd Stergerde up dem Dage to Swerin up dithmall vorsammelt.

Denn ersammen und wyßenn Borgemeisteren und Radtmanne der stadt Rostogk unßen gudenn frundenn.

Nr. 4.

Schreiben mehrerer Räthe von Adel an Rostock, dat. 10. April 1485, mit anliegendem Schreiben der Herzoge Magnus und Balthasar.

(Rost. Stadt-Archiv, Acta, betr. die Domstreitigkeiten. Vol. I.)

Unnßen fruntl. Grudt Ersamendenn und wolwyßen guden frunde tovorenn. So gy amm latesthen an unß syckkeden und ßendn Iwe

scryffte und breff de wy hebben gherne vor antwarda unßen Gnedighen Heren, Dar se unß ere brefflike antwarde hebben up santh und geven, So Gy ere meninghe und antwarde wol werdn vorstande in dessem beslatene erem breve und weß Iw dar an to ßynne ys, dar werde Gy wol to denkende, wor wy Iw wedder kanen inne to willen und to denste weßen, do wy alle und gerne. Dat. amm sondage quasimodogeniti anno dni LXXXV^to under mynem Inges. deß wy unß sammelke up dyt mal brukn.

Er clawes hane
Achim wagenscutte
Otte hane
wedege moltzan
Eewalt veregghe
clawes van oldenborch.

Denn Erßamendenn und wyßen Borgemesterenn und Ratmannen der Stad Roßstock unßen besunderghen guden frunden ꝛc.

Das anliegende Schreiben der Herzoge Magnus und Balthasar, datirt Schwerin am guten Donnerstage (31. März), hat die Aufschrift:

„Denn Gestrengenn woldudchtigenn und Ersamen er nicolaus hanen Ritter, er Jochim wagenscutten, comptor to mirow, otto hanen, wedege moltzan, Ewalth vireggen, claus van oldenborch und allen anderen unsen Rederen mannen und stederen im lant to wenden und stergarde unsen leven getruwen im besondern und samptliken."

Nr. 5.

Eine andere Zuschrift derselben Art vom 27. Decbr. 1485 ist unterzeichnet:

„Er mattias van bulow, Ritter, Johannes Sperlingk, merten halverstadt, hinrick van plesse und heneke pentze und ander mer unser Rede manne und stede am dage Johannis[1]) to Swerin tom dage versammelth.

Nr. 6.

Schreiben mehrerer zu Güstrow versammelten Räthe von Adel an Rostock. Dat. Güstrow, 2. Oct. 1489.

(Rost. Stadt-Archiv A. a. O. Vol. II.)

Unnse willige denste mit vormaghe alles guden tovornn. Ersamen guden frunde Juwen Bref darynne gy manckt andern beroren,

---

[1]) zu Weihnachten.

dat gy des unwillen halven twyschen unse g. h. unde Jw wesende, mit uns na gelegenheit der saken notorftigen hebben to vorhandelende, derhalven biddende, wy Jw tidt unnd stede muchten vorteken, dar gy Juwes Rades sendebaden muchten by uns hebben, unde wo die sulve bref wider inholt, hebben wy to guder mathe vornamen, unde vogen Jw der halven to weten, dat wy Jw to lefmode [1]) am sondaghe negestkamende vormiddage to negen tidt to Sprens willen tor stede wesen, dar gy denne Juwes Rades sendebaden by uns hebben magen, unde wisten wy Jw mher willen to bewisen, weren wy to donde geneigt. Datum Güstrow am fridaghe na michaelis anno 2c. LXXXIX.

Mathias van Bulow Ritter
Hinrick van pleße Ritter
Johannes Thun decan
Johannes Sperlingk
unde ander unser g. h.
Reder itzundt to Güstrow
vorgaddert.

Den Ersamen unnde wisen unnsen guden frunden Burgemeistern unde Ratmannen tho Rostogk.

Nr. 7.

Schreiben der Herzoge Magnus und Balthasar an Rostock, die Zahlung der Bede betreffend. Dat. Wismar, 13. Dec. 1489.

(Rost. Stadt-Archiv. Landtags-Acten Vol. I.)

Magnus und Baltasar gebruder van godes gnaden hertoghenn to Mekelnburg 2c.

Unsenn gruth tovornn Gtruwen Jwe scrivent van weghen Jwe unnd Jwer borgher bure, wo dat se vorfordert werden dorch unnse vogede de bede to botalende unnd so denne, so nichten scheghe, darumme to pandende: Biddende, alze de sulven bure vorbrant bonamen [2]) unnd boschedigt sinth, wy see muchten up disse tidt gnedichliken oversehn, dat se muchten by eren hoven und vodinge [3]) bliwen, hebben wy mit widerm inholde wol ingenomen: So twivelen wy nicht jw is woll bewust, ock wiset dat de Sententie, dorch den durchluchtigisten hoichgeborn fursten und hrn hrnn Johansen konick to dennemarcken 2c. unnd ok des Irluchtigen furstenn hern Hanßes Marggraven to Brandenborch Cürfursten 2c. geschickede Reder

[1]) mit Vergnügen, sehr gern. [2]) beraubt. [3]) Nahrung.

samptliken unnd endrechtliken gesproken unnd gegheven[1]), wol clarliken uth, wo idt nu umme de bure is dar gy umme scriven. Alze ok alle unser gudemanne unnd undersaten ghestlik unnd wertlick in unsen landen und herschoppen beseten, ok unnse andern eghenen bure uns sodane bede to gesecht hebben und gheven moten, und der nicht entfriget werden, hebben gy wol aff tonemende, Wy see ok nicht over sehn konen ofte moghen, Unnd gedencken sodann bede ok vann ehn, glik den andern vorgescreven to hebbende: wor wy jw suß anders gunst und gnade irtoghen moghen sinth wy na geleghenheit to donde geneigt. Dat. Wißmar am dage lucie unnder unnsem Ingesf. anno ꝛc. LXXXIX°.

Unnsen gtruwen Borghermeisterrn und Radtmannen unser Stadt Rozstock.

Nr. 8.

Erklärung des Raths zu Rostock, betreffend die Sequestration des Hafens und der Veste von Warnemünde durch die Stände. Dat. Wismar, 30. Nov. 1495.

(Rost. Stadt-Archiv, Acta, betr. die Streitigkeiten ꝛc. Vol. II.)

Wy Borgemeister und Radtmanne der Stad Rostock unnd gantze gemeynte Bekennen unde don kunth mit dessseme unseme breve: Als wy to Irringe up Rur unnd twidracht mit den Irluchten hochgeborn fursten unnd hern hrn Magnus und Baltasar gebroder hertogenn to Meckelenborg fursten to wendenn Greven to Swerin ꝛc. unsen gnedigen hern gekomen unnd deshalven ore gnaden Warnemunde ingenhomen, So wy overst dorch ore gnaden Reder uns mit den gedachten unsen gnedigen hern von Meckelenborg dersulven irrigen sake halven to fruntschop edder Rechtliker uthdracht vorfateht, Dat ore gnade warnemunde mit der haven unnd vesten oren gnaden van hern prelaten mannen unnd Steden in don schollenn, So up den deme dage tor Wismer gewest, unnd ore gnaden dar to vororden werdenn, unnd beth to uthdracht der sakenn overantwerden, wy uns ock beth to dersulven uthdracht der sakenn dar inne nicht bowerren[2]), noch dar jegen arges dorch uns edder die unsern noch von ymandes anders vor to nhemen gestaden schollen, Also laven wy upgemelten Borgermeister Ratmann unnd gemeynheyt der Stad Rostock den ergedachten Redern solks alles stede vaste

---

[1]) Es ist das zu Wismar am 7. Sept. desselben Jahres ausgesprochene Verdammungsurtheil gegen die Stadt gemeint. Vergl. Rudloffs Mecklenb. Geschichte. B. II. S. 867.

[2]) beweren d. i. hindern.

unnd unvorbraken, na inholde des Receſſz darup gemaketh, Truwelich ungeferlich to holden. To orkunde hebben wy unnſer Stad Jngeſigell to ende deſſer ſchrift don drucken. Gegeven to Wiſmar am Avende andree apoſtoli. Anno ꝛc. LXXXXV^to.

Nr. 9.

Die zum Gericht verordneten Räthe von Prälaten, Mannen und Städten citiren eine Anzahl Roſtocker Bürger zum Rechtstag nach Güſtrow. Dat. Güſtrow, 27. Febr. 1497.

(Roſt. Stadt-Archiv. Acta, betr. Streitigkeiten der Herzoge Magnus und Balthaſar mit der Stadt ꝛc. Vol. II.)

Wy Conradus van godes gnaden und des hilligen Stoels to Rome Biſcob to Swerin, Er Johan Tum deken to Guſtrow, Er Nicolas Hane, Hinrick van Pletzen Ritter, Borgemeyſter und Raetmanne der Steder Swerin und parchem, in ſtaet und van wegen allen andernn Redernn van prelaten, mannen und ſtedern der erluchtigen hoechgeborne furſten und Hernn, Hernn Magnus und Baltaſar Hertogen to Meckelenborch, furſten to Wenden, Greven to Swerin, der Lender Roſtock und Stargarde Hernn ꝛc. unſer Hernn bowillede angenhamen und bohorlike Richter duſſer nhageſcrevenen ſaken, Entbeden jw Erſamen Bartoldt karckhave, Johan willeken, Hermen waren, Borges Gronenhagen, Albrecht Broker, Diderick wilden, Laurens burmeſter, (Arndt Haſſelbeken den oldern, Roleff karckhave und Roleff karckhaves zone, Arndt Haſſelbeken dem jungen, Johan maken, Tyle korner, ſteffvader des jungen bukes, Hermen Langen, kyris katzowenn) [1]) und alle den jenen de erven und erfgenamen und rechticheide an den gudern Er Lambrecht Cropelin und Tytke karkhaves ßeliger verſturven vermeynen to hebben, unſen fruntliken grudt und guden willen to vornn und nicht des myn in und myt crafft ſulker unſes richtewaldes upp bede anſokent und forderinge der genannten unſer gnedigen hernn, Erbeden, Eſchen: Tom erſten Tom andern Tom drudden und peremtorie citeren jw, dat gy ſamptlike und eyn iſliken ſunderlinge myt juwen byplichteren und de des mede to doende mogen hebben, Jrſchinet vorkomet und comparert up den mandach negeſt Jubilate tokomende [2]) To Guſtrowe to rechtisdages alſo vro middage wenner wy ſodenne in Richte ſittenn, recht geven und myth deylen werden, to ſende und to horende in den erringen ſaken twiſchen den vorgedachten unſen gnedigen Hernn und Jrrßenn, vorlettinge und boſmittinge

---

[1]) Die eingeklammerten Namen ſind am Rande der Urkunde hinzugefügt.
[2]) d. i. am 17. April.

und vorachtinge eres furstliken gelimpes, ere und standes bolangen dorch jw boscheen und vor uns eyns dels to sprake und antwordt rechtlich gewesen und noch unverscheyden hangende nha Rechtes bohorlicheit de ßo von vorborurdth vor uns henget und verbleven, Wedderumme wullentestarnn[1]) procedernn to Schende und dhoen laten, so vele billick, temelick und recht is, Ock daer benevensch den ergedachten unsen gnedigen Hernn denneßulves ßo in Rechte in craft und macht des Receßß, wue to parkentin am fridage vor palmarum im jaer vyff und negenstig[2]) bosproken und to Rostock vullentagen, Ock des handels am negesten tor Wismer geschen und to Rostock am dage Conceptionis Marie[3]), Ock ymme viff und negenstig, allenthalven fullentagen und vorlatenn in den saken daerumme ere furstliken gnaden juwe landtguder in vermeyninge ere nha eren gnaden vorbroken hadden angenhamen und up Rechtes Irkantnisse unnser, alßo angenamen und geborlike Richter wuo bovenscreven, und nicht anders wedderumme ingedaen rechtlich to antworden, Ock furder to sehende und horende ore gnade in sulke juwer guder nha Recht vermogen in to wysen und suß anders alleße wo billicke formeliche rechte und wanlick in den sulven und sulken saken upp unsen gnedigen hernn vorforderinge dorch uns procederenn und to dhoen, myt sulker worninge, Gy queme denne ofte nicht, willen wy nicht des to min dem gehorsamen upp de tyt, So vele billick und am Rechte geschen mach, mededeylen, und upp dat ge juwes udthblivendes nhener mate hebben to boschuldigen[4]), senden wy jw hyr myt der gedachten fursten unser gnedigen hernn seker scriftlike geleyde to sodaneme Rechtdage frey aff und tho komen, wollen ock esse gedenken in dusses unsen citacion und ladinge unsen gnedigen hernn upp genandt in den saken den Rade to Rostock belangen nha uthwisinge und inholt deßß Receßß durch ere gnaden und ock den Rade von Rostocke vorsegelt nergenonede to versanck eder hindernisse gedaen hebben. To orkunde mit unses conradus Biscov to Swerin und de andern up gescrevene Redere in Staet und van wegen der anderen Redere van prelaten manne und Stedernn Sigillen versegelt. Actum Gustrow am mandage nha Oculi Anno 2c. XCVII^to.[5])

(Es sind 6 Siegel angeheftet.)

---

[1]) sic! d. i. wollen testiren, bezeugen. [2]) Am 10. April 1495.
[3]) Am 8. December. [4]) entschuldigen. [5]) d. i. am 27. Februar 1497.

Nr. 10.

Andere Citation derselben. Dat. Bützow, 18. Mai 1497.

(A. a. O.)

Wy Conradt von gottsgnaden unnd des hilligen Stoles to Rhome Bischopp to Szwerin unnd ander von prelaten mannen und Steden Er Johann Thun deken to Gustrow, Er Clawes hane, Er Hinrick von plesse Ritter, Borgermeister unnd Raethmanne der Stede Szwerin unnd parchim, Instact unnd von wegen aller ander Reder, in den szaken so sick tuschen den irluchten unnd hochgebaren fursten und Herrn herrn Magno und Baltazarj Hertogen to Meckelenborch, Fursten to Wenden, Greven to Szwerin ꝛc. unsen gnedigen herrn alße Cleger am eynen, und jw Erßamen unnd vorsichtigen Vertelt kerckhave, Arnd haßßelbeken, Johan wilken, Hermen waren, Gronenhagen, Roloff kerckhoff und Roloff kerckhaves Sone, Arndt haßßelbeke deme jungern, Johann maken, Tile korner, Steffvader des jungen Buckes, Hermen langhen, Albrecht Broker, Dirick wilden, kiritz katzowe, Laurentz Burmester und alle den jennen, die erven, erffgenhamen unnd gerechticheit an den lehnguderen Er Lembrech Cropelius unnd Tikke kerkhaves zeliger vorstorven, vormehnen to hebben, Alße beschuldigede unnd antwerders, anders deeles, behorlik angenamen unnd bewillede Richter, up jungesten Richtshendelinge unnd vorlat, so am dinxtage na Jubilate[1]) to Gustrow vor Receßß vorlathen unnd vor unns in gerichtes dwanghe hanghende, jw samptlick unnd beßundern entliken unnd peremptorie Eschen unnd Citeren in den vorgemelten ßaken vor unns darsulvest to Gustrow upp deme Raethuße rechtlick erschinen unnd compareren des drudden Rechtdages, na der Execution dusser unser Citatien negestvolgen to achtentyde vor middage to sehende unnd an to horende in den sulven ßaken unnd vor uns richtlik intobringhen, unnd avertogeven alle, alße solche schriffte, prothocoll, instrument, acta und actitata, vor uns Conrado Bischop vorgenant uth unnser andern boven benomeden ßunderliken commission unnd bevelh, ock sust anders gehandelt unnd geschehen unnd furder in den sulven ßaken to procedern unnd vorth to farende, Certificeren jw allenthalven unnd eynen yderen von jw, gy kamen, compareren, uthbliven edder nicht, willen wy doch deme gehorßamen unnd compareren parthe, up sin anßuken so vele wy mit recht mogen unnd wo recht is, medetodeylen unnd procedern mit certificatien in deßen ßaken to allen unnd ichliken terminen unnd rechtdagenn mit geborliker Dilatien ock beslutlick beth an unnd to der Sententien diffinitiven ordell unnd entliken uthdrage desser ßaken, ock alle Citatien Eschinge unnd mandathen Executien unnd vorfolginge up die kerckdoren Sunte cecilien bynnen Gustrow affigirth unnd so wy von

[1]) 18. April.

rechtswegenn proceberen werden. To orkunde mit unnses conradj Bischops Ingesegell to ende desser citatien uppgedruckt und vorsegelth, So wy unns ander uppgemeltenn alße geordenthe unnd deputerde von prelaten, mannen unnd Stederen samptlick hirmit gebrucken. Datum Butzow am donredage na pinxten [1]) Anno ꝛc. LXXXXVII°.

(Von andrer Hand.) Auschultata et collacionata est pns. haec copia per me Nicolaum Molzen sacra Imperiali auctoritate et concordat cum suo vero originali de verbo ad verbum quod protestor manu mea propria.

Nr. 11.

Aussöhnungs-Vertrag zwischen den Herzogen Magnus und Balthasar von Mecklenburg und der Stadt Rostock. Dat. Rostock, 25. November 1498.

(Rost. Stadt-Archiv. Verträge mit den Herzogen.)

To wetende enem Idermane dat dato desses Recess twischenn den Irluchtighenn hochghebarenn furstenn unde herenn herren Magnus unnde Baltasarn ghebroderenn, Hertoghenn tho Mekelenburch, furstenn tho wenndeu, Grevenn tho Swerin Rostogk unde Stergarde ꝛc. hernn am enen, unde den Ersamen unnde vorsichtighenn Borghermeisternn unnde Radtmannen unnde dem gantzen ghemenen nummendes dar sulvest myt alle buten boscheden der Stadt Rostogk am anderen, ichteswelke mißheghelicheit twidracht bittericheidt unde twiserdicheit. So de allenthalfenn nichtes uth ghenhamen under en andereun beth an dessen jeghenwardighen dach mochte irresen unde entspratenn syn, darume die ghedachtenn furstenn ichteswelke rechtesforderinghe jeghen de van Rostok ghedan, etlike lanthguder den van Rostogk andrepende unnde to horende inghenamen hadden, syn ganz ful unnde all myt allen unestendicheiden gruntlikenn unnde gantz sunder alle gheserde gheslеghen [2]) wechghelecht unnde gheslatenn, in mathe unnde wyse, wo hir na volghet.

Item inth erste, scholenn de upghenanten furstenn alle lanthguder, so de in baven berurder wise by eren Gnadenn ghekamen unnde van en inghenamen werenn, sunder gheserde leddich unde loß den van Rostogk nummendes buten boschedenn so vry quydt unde fredesam, alß vor heen ihe dorch sie besetenn und ghebruket syn, wedderume thon hendenn stellenn unnd kamen latenn, doch alle

---

[1]) 18. Mai.
[2]) abgethan, von dem Zeitwort sligen, slegen = beilegen.

hafene [1]) pacht tynse unnde nutticheit, so by erenn Gnaden der guder halfenn nhu jeghenwerdich ghehafen unnde boreth syn, scholen ere Gnaden sunder ansprake der van Rostogk beholden unvorhindert.

Item is ok furder vorhandelt sunderlik der landtguder, also nomptlik Burmesters der Wildeschen unnde Roloff kerkhafe van selighenn lambrecht kropelins weghenn wandaghes [2]) Radtmanne to Rostok, ok der Tulendorper guder, so de vorstender tho Sunte Jurgen unnde dem hillighenn Gheiste bynnen Rostok effte sus ander der sulven Stadt Rostok Borgher efft andere personen, de sulke der Tulendorper guder vorpandet effte vorweddescattet mochtenn hebbenn, so dat de furstenn vorghenanth unnde de van Rostogk wo vorghescrevenn sulke ere tosprake unde gherechticheit scholenn in beydenn syden vorbringhen stellenn unnde gantz setten by scheedes Richter, also behorlik und billik ys van en erwelt, unnde dar tho myt eneme avermhanne [3]) endrechtliken ghekarenn, welker de parte vorghenant nha tosprake unnde antwerde rechtlik effte sus in fruntscop und der gude der guder weghenn by pynen [4]) so in deme compromis dar up bogrepen uth gedrukket is, vordraghenn unnde entliken vorlikenn, unnde dat wo boven screvenn unse gnedighe herenn unnde dat anderpart, so in dat compromis, sunder gheferde in allerwathe wo formelik unnde recht ys compromitteren unnde dessseme artikel ful tho dhonde nha komenn scholenn.

Doch willenn unse ghnedighenn heren to kerkhafe vorbenomet edder den gudere van her kropelins weghene nha ghelaten degher [5]) nhene tosprake hebbenn effte brukenn der sake offte misheghelicheit dar ere gnaden myth ere Gnaden Rade unnde der Stadt van Rostok wo boven screvenn ume gheslaten unnde vordraghenn syn.

Item is furder besprakenn dat de ghenantenn unnse Gnedighenn herenn ere Gnadenn mhannen Laurentz unnde Otten de Prene genanth am enen, unde Johan maken unnde Roloff kerkhafe am anderen dele, des dorpes Teskendorpe ghenanth, dar ume sie unnder anderenn entwei stenn, myt sampt erenn Gnaden Rederen nha lofflikеr lanthwise ime Rechten offte sus in fruntscop unvortoghelik up leghelikеn steden up an sokenth der klegher fligen unde entscheden scholen.

Item ys vorbat [6]) besprokenn des privilegii der uth citeringhe [7]) bedrepende, so de van Rostok menichmal an ghetaghenn hebbenn, dat eren furstliken Gnaden in eren Gnadenn overicheit unnde Regalien, in den saken dar ere Gnade billiken moghen unde scholenn overicheit unnde richtewalt bruken, nhenn affbrok bogeghenen schal, ok der Stadt van Rostok in deme sulven privilegio offte in eren olden herkamende wanheidt unnde fryheid, so se van oldinghes dorch ere Gnaden vorolderen guetlik begifftighet syn, ok nhene

[1]) erhobene. [2]) vormals. [3]) Obmann. [4]) Pönen. [5]) gänzlich.
[6]) weiter. [7]) Citation vor Gericht außerhalb der Stadt.

beswekinghe offte affbrok schole wedder farenn, so dat mhen deme sulven privilegio in syner macht unnde inholde nichtes bildelikes [1]) aff nheme offte unbillikes in aller mathe wo vorberort tosette.

Item ys ok ghehandelt unnd bosprakeu, dat Roloff kerkhoff vor deme Rade van Rostok den ghenanten unsen gnedighen herenn der vorachtinghe so he in ere gnaden persone schole ghedan hebben, to rechte stan schol unnde de Radt van Rostok scholen, nach deme sie ere landesfurstenn syn, alß sick gheboret unnde recht ys richtenn.

Item ys ok furder bosprakeu unnde ghehandelt des berofendes unnde nhamen weghen dorch Clawes Trutman unnde syne hulper gheschen, dat unse gnedighen herenn sonder alle gheferde unnde vor allen dedinghe den van Rostok van den dederen, welker der ghenanten fursten undersaten syn, so verne ere gudt kereth, wedderstellinghe der nhamen [2]) offte vorbote nha ghewerde [3]), doch up der armen lude so berofet eeden wes sie vorlaren hebben, behelpen willen, unnde nhu van stundt an den van Rostok tydt unde stede, dar sulkens so beschen schal, benhomen unde bostemmen willen, doch so sie Clawes Trutman wor umme belanghen wolde, schal he up ere vorforderinghe vor uns unde unse Redern to rechte stan, unde wedderume de van Rostok in ghelikεr mathe ghemelten Clawes upp syn claghe, so vele de billicheit vormach unde recht ys, dhon, doch was Clawes Trutman in der buthe so upp syne perde dar van ghekreghenn hefft, schal stan up erkantnisse erer furstliken Gnaden und erer Gnaden Reder van prelaten mhannen unde steden, anghesen Clawes Trutman upbringhet, he ere entsechte vyenth ghewesen ys, offte he sulkens syn deil wo vor ghenanth ynnen rechte vor alle deghedinghe plichtich sy offte nicht wedder to ghevende.

Item des gherichtes unnde munthe halfen bynnen der Stadt Rostok segghen de van Rostock, sie anders nicht enweten offte van erenn vor faren je ghehort hebben, den sulke herlicheydt der stadt eghendom unnde vriheidt ys unnde rowlikenn dorch sie unde eren vorfaren stedes sunder jemandes ansprake boseten unde ghebruket ys, Ok sunderlik der weghen nhene breve de fursten bolonghende dar up ludende weten effte ghesεen hebben, is derhalfen besprakeu, ere Gnade erer Gnaden Stadt by den sulvighen vriheiden unnde herlicheidenn des Richtes unnde der munthe guetlik laten willen.

Item ys ok furder besprakeu dat ere Gnedighen heren willen vorseen unde vorfoghen, dat nummendes der van Rostok mher, den oldinghes je ghewesen ys, in eren Richtewaldenn [4]) in eren guderen buten der Stadt bolεghen dorch erer gnaden amptluden indracht offte bewernisse wedderfuren schole, Ok uppe quik Scape offte Rinnder furder den ihr heruth gheholden unnde gheschen ys, Tollen offte beswaringhe scholen ghelecht werdenn.

---

[1]) billiches. [2]) des geraubten Guts.
[3]) oder Erstattung nach dem Werthe. [4]) Jurisdiction.

Item ys ok besprаken dat unnse Gnedighen heren myth erer Gnaden Radt van Rostok willen bespreken unnde eyns werden, tydt unde stede dar mhen de schedes Richter mach keesen unde des overmans aver en kamen, dat Compromis to vullen thende, unde furder up wath tydt unde stede de saken moghen anghehafen werden unde in mathe wo als vor berort ere endescop kreghen.

Item der beede offte othmoth[1]) unsen Gnedighen heren tho bewisende, willen de Radt van Rostok sulven myth eren Gnaden sprekenn. Unde so de van Rostok etlike panthguder van unser herscop edder unsen undersaten in Godt vorstorven, de an uns edder an unse vor olderen vor vallen mochten wesen, by sik heddenn, scholen der uns nicht, wen er wy sie darumme belanghende werden, vorwesen unnde entholden, sunder eren schin unde bowis dar up toghenn unnde vorbringhen.

Item ys ok furder boredet der borgher halfenn, de to unnsenn Gnedighen herenn to flucht haddenn unde so der weghen uth der Stadt Rostock ghewеken weren, nha lude des vorighen Recess nomelik uth ghedrukket unde bostemmet, dat alle mishеghelicheit unde wes so der halfenn twischen deme Rade offte Borgher unde inwaneren dar sulvest nhemande uth ghenamen van entstanden unde irresen ys, schal her medt gantz leddich loß unde gruntliken nemande dar up to sakende offte den sulven borgherenn nhu offte in thokamenden tydenn jennigherleye wise offte orsake to beschuldeghende an to sprekende effte hinderinghe edder unwillen dar unner to thofoghende ghedinghet unde ghefleghen wesen.

Item scholen unnde willen ok de von Rostok unsen guden mhannen unde erbar luden bure, en sunder eren willen hemeliken entfaren edder entlopen, myt eren willen to Rostock bynnen nicht inlathen edder leyden. Wer denne de sulven bur to Rostok in toghe unde sick dar entholden wolden, moghen unse guden mhanne vor ghescreven Sulkens by den Borghermeisteren unde Rade vor claghen unde forderen, unde so eyn islik koene bowisen unde nha bringhen, dat yd syn bur ys, schal en sunder entgheltnisse unvortoghert wedderumme myt synen gude vor anthwerth werden.

Item ys ok besprаken unde vorhandelt dat de van Rostok den upghemelten unsen Gnedighen heren tho ener fruntliken bekantnisse unde afdracht vor alle mishеghelicheit twidracht unnde tosprake, so de allenthalfenn nichtes myt all uthghenamen entstanden unde irresen syn, in mathe alles wo vorghescrevenn, scholenn ghevenn unnde to kerenn achte dusent Rinsche guldenn, unde so nu neghest prelaten mhanne unde stede ere Gnaden ene bede ere Regalia to entfanghende tho hulpe gheven hebben[2]), welker eren Gnadenn by den van Rostock noch nhastendich unnde

---

[1]) Demuth. Es ist die öffentliche Abbitte gemeint.
[2]) Zu der Reichsbelehnung durch K. Maximilian auf dem Reichstage zu Worms 1495.

unbetalt was, Schal sulke bede uppe desset mal myth den achte dusent ghulden, de van Rostock dar umme nicht mher an tho langhende, loß unnde quidt ghededinghet wesen, unnde de sulven achte dusent gulden scholen unsen Gnedighen herenn vorsekert werden nha wise unde mathe der vorighen schult, nha inholde der vorseghelden breve dar up ghegheven, So wen er de vorighe schult nha uthwisinghe der sulven Breve betalt unde vornoghet syn, scholen als denne tendesan[1]) desse achte dusent gulden, alle jar dusend guldenn uth to ghesend, betalt unde unsen Gnedighen herenn dorch den Radt van Rostogk notrofftighe breve up vorseghelt werden.

Hieby an unde aver syn ghewesen unde hebbenn ghededinghet in jeghenwardicheit des gantzen Rades to Rostok de Ghestrenghen werdighen unde duchtighenn Deghener Bugghenhaghenn Ritter, arffmarkschalk des Landes to Barth, Her Johan Tun deken to Gustrow unde frederik veregghe, unde to groter orkunde bewillinghe unnde bolesinghe[2]) alle desser bespraken artikel, so beslaten unde ghedeghedinghet ys wo vorghescreven, sin desser breff twe ghelikes ludes begrepen, eyn der herscop unnde de ander den van Rostok, vorantwerdet, unde to groteren ghelosen dorch unser beyder herenn Magnus unde Baltasar unde des ghelikenn der unnsen van Rostok anhanghende inghesceghel samptliken nha ghehete unnde bosele witliken vorseghelt, de ghegheven unde ghescreven ys bynnen Rostock am avende katherine virginis na der ghebort Cristi dusent verhundert dar nha im achte unnde nheghentigheften Jare.

(Die Urkunde ist auf einem Pergamentbogen geschrieben mit den angehängten drei Siegeln der beiden Herzoge und der Stadt.)

Nr. 12.

Die Herzoge Magnus und Balthasar fordern die Stadt Rostock auf, gleich wie sie bei anderen Gelegenheiten die Summe von drittehalbtausend Mark zur Landeshülfe gegeben, die gleiche Summe zur Vermählung der Prinzessin Sophie, T. des Herzogs Magnus, beizusteuern. D. Schwerin. 1500, Juni 12.

(Rost. St.-Archiv, Landtags-Acten Vol. I.)

Magnus und Balthasar von gottsgnaden Hertogen to Mecklenborch :c.

Unnsenn gunstigen grudt tovorn. Ersamenn lievenn getruwen, uns twivelt nicht, jw sy inndechtich unnd witlick, dat vormals in vorschenen tiden uns durch prelaten mann und steder, to den tiden als wy den hochgebarnn fursten hern Hinrick Hertogen to

[1]) zuletzt. [2]) Beliebung.

Meckelnborch rc. unsen lieven sone vorschickten to der Ro. Ko. Mt ock dor nha to empfangingę unnser furstlike regalia[1]), uns to hulpe und troste togesecht, dorinne gy mede beleveden, und up jewelike tidt druddehalffdusent gude marck, uns to geven bewilligeden, dat to eyner tidt uns mit gelde vornoget is worden, tor andern tidt die Summe drudde halffdusent gude marck an den achte dusent Gulden im jungsten Receß vorsegelt[2]) mede aff gekortet, dat wy alles danckbarlick to vorschulden sin geneigt, Twiveln nicht weten, in wat gestalt unde mit rade unnser prelaten man unnde steder und juwer, die hochgebarn furstynne unse lieve dachter elich besorget[3]), dar uns denn von samptlick den unnsenn trost und hulpe wart togesecht mede to donde, ock na antall[4]) von den unsen so uthgegeven, Hirumme is unnse gutlick boger gy ock solke druddehalfdusent gude marck, in maten jw vormals dor to gelaten, an rinschem golde sunder lenger vortogeringe uns mogen toschicken und betalen, die wy von wegen unser lieven dachter an golde moten laten entrichten und uthgeven, wo deme aver in kort so nicht geschege, hedden to vormercken, pande dor vor worden uth setten, dar denne mehr schade und unwillen von erwassen mochte. Solks to vormyden kompt uns gefallen in gnaden tovorschulden des jwe antwort. Datum Swerin am Fridage na pinxsten Anno XVc.

Denn Ersamenn unsenn lievenn getruwen Burgemeistern unde Radtmanne unser Stadt Rostock.

Nr. 13.

Die Herzoge Magnus und Balthasar bestehen nachdrücklich, gegen die von Rostock vorgebrachten Einwendungen, auf der von ihnen geforderten Haussteuer oder einer dieser gleichkommenden Summe zur Ausstattung der beiden im J. 1500 vermählten Prinzessinnen, Töchter des Herzogs Magnus. D. Güstrow. 1501, Februar 2.

(Rost. St.-Archiv. A. a. O.)

An dieselben.

Magnus unnd Baltasar von gottsgnaden rc.

Unnsenn gunstigen grut tovornn. Ersamen unnd vorsichtigen lieven getruwen, Juwe schrivet an uns gedhan, vormeldende juwe

---

[1]) Die Reichs-Belehnung durch K. Maximilian auf dem Wormser Reichstage, 1495.

[2]) S. den Vertrag vom 25. Nov. 1498 in der vorigen Nr. 11.

[3]) Die zweite Tochter des Herzogs Magnus wurde im J. 1500, März 1, zu Torgau mit dem nachmaligen Kurf. Johann von Sachsen vermählt.

[4]) nach Antheil, pro rata.

Radeßsendebaden by uns am negesten to Gustrow irschenen, hebbn juw berichtet, wo dat wy solker andechtigen Rede, alse unnser Reder juwet halven an uns hebbn gedhan nehn bonoch scholden dragen[1]), alse von dem Huße eyn gulden, von der Boden eyn halven gulden to gevende, des hebbn gy ock nah notrofft der sake wider mit juwen Borgern rede gehatt, die sick laten horen en solkens uth torichtende nicht sedelich effte wontlich sy gewesen, bogherende darumme unse Stadt by olden wanheyden to latende ꝛc. mit wydern anhange, hebben wy alles vornhamen. Uns befromdt nicht weynich, konnen ock effte mogen by uns nicht ermethen, in wath billicheyt effte gelympe gy in dessen dingen olde wanheyt effte zede[2]) jegen uns upthen, angesehn gy de unsen syn, und glick allen unsern andern prelathen, mannen und steden in unsen anliggenden upgerichteden, erliken und rechtverdigen dingen, und bsundern darume wy jw alse nhu befordern, verplichtet syn, hedden uns ock nicht vorsehn, solke antwerdt uns von jw boreget scholde hebben. Id mochte villichte syn, dat in mynschliker dechtnisse nhu nicht were dat uth dem huße der herschopp von Meckelnborg twe frowichn, alse nhu geschen is, doch nha Rade unser herrn und frundt ock unser Reder, unsen landen und luden allenthalven tho heyelsamheit, hulpe und troste, syn uthgerichtet worden[3]), upp grothmechtige kost und teringe, und darume dat en solkens des neen dencken kan nicht eer geschen is, willn gy uns mit unbestendigen und so men anders nicht kan mercken wreveliken affleggen, und glick allen andern der unsern villichte nicht dencken to holdende. Dat gy ock nicht alleyn uns, so gy bororte, sunder vale mher andern swaren Summen uthtorichtende schuldig syn, ghyfft uns nicht to schaffende, hebben ock de dinge nhewerlde orsake geven, und ock gegenwardich in yenigen dingen unser Stadt to nadele dhon willn, den uth wath vornhemende solkens to wege gebracht is worden, weten gy tom besten[4]). Beghern noch gy juw glick unsen andern Underdhanen in dessen dingen willn schicken in mathen unse Reder geworven hebbn, upp dat uns furder dar to gedencken nicht dorff noth syn, und offte juw uth husern und boden to gevende nicht gelegen were, synth wy doch mit eynem Summen die deme sulvigen lickmetich is woll gesedichet, denn jw furder gunst und gnade to ertogen syn wy

---

[1]) kein Genügen sollten tragen. Der Sinn ist: daß wir den eindringlichen Vorstellungen unsrer Räthe, eurethalben gethan, nicht Rechnung getragen hätten.

[2]) Sitte.

[3]) In demselben Jahr 1500 wurden zwei Fräulein (Frowichn) Töchter des Herzogs Magnus vermählt, Sophie mit Herzog Johann von Sachsen, und Anna mit Landgraf Wilhelm von Hessen.

[4]) Dies bezieht sich auf die jüngst verglichenen Streitigkeiten, in Folge deren die Stadt, nach dem letzten Vertrage von 1498, noch 8000 Rhfl. in Jahresfristen abzuzahlen hatte.

gnegt. Boghern des jw antwerdt by dessem jegenwardigen unsem baden, dar wy uns nha wethen to richten. Datum Gustrow am Avende Purificationis Marie. Anno XV$^{C.}$ und 1$^{O.}$

Nr. 14.

Hz. Magnus zeigt der Stadt Rostock die Ernennung der herzoglichen Einnehmer für die Landbede an. Dat. Gnoyen. 1501, Oct. 19.

(Rost. Stadt-Archiv. A. a. O.)

Magnus von gotts gnaden Hertoge to Mecklenborg ꝛc.

Unnsen gunstigen grut tovorn Ersamen lieven getruwen, Wy hebben dem duchtigen unnsen voget to Swan unnd lieven getruwen Herman Barnekow die Landtbede von jwen glickemathe als evor einem Jar eintomanende bevolhen, Begern güttlick mit densulven jwen Luden wollet bestellen dat sy an densulven nichts wellen unnderschlagen unnd guttwillig hierinnen erteigen, Erkennen wy in gnaden gerne. Datum Gnugen am Dinstag nach Galli Annorum M. XVC unnd 1.

Nr. 15.

Urk. dat. Rostock, 8. April 1505. Die Herzoge Heinrich, Erich und Albrecht bestätigen der Stadt Rostock nach vorausgegangener Huldigung ihre sämmtlichen Privilegien. (So weit ist die Urk. abgedruckt bei Lünig, Reichs-Archiv, Pars spec. IV. Contin. II. Fortſ. S. 699. ff.) **Im Anhang bestätigen dieselben, nach Empfang eines gutwilligen Geschenks von 1000 rhein. Gulden, die frühere Bedefreiheit, mit Vorbehalt der Bede von den Landhufen, gemäß dem Wismarschen Vertrage vom 15. Aug. 1482.** (S. o. S. 85 und 108.)

(Rost. Stadt-Archiv. A. a. O.)

Der Anhang lautet:

Ock hebben de sulven van Rostock uns gegeven und geschencket vor eine gutliche schencke und Irkentenisse dusent gude Rinsche gulden und uns de thor noghe wol betalet, darumme wy wedderumb de van Rostock obgemelt hebben gunstigen wedder begnadet, begiftiget und beprivilegiret, Also dath ße nu jegenwardich und alle ere Nakamen scholen und mogen sodaner lanthbede, ßo uns unse anderen Stede, wanner wy darumb unse Prelaten, manne und Stede anlangende und biddende, und ße uns der

entwydende[1]) werden plegen tho gevende, van erer Stadt, lande, acker, waninge und anderen eren Gudern bynnen erer Stadt und erer Stat vesten und syngelen begrepen, tho ewigen tyden mer entfryet und gantz anich und loß wesen scholen, und also tho nenen tyden geven, darumme angelanget, belastet effte ghemant werden, men scholen der deger [2]) und allßo quydt und anich blyven, aver van ohren Landhuven scholen ße nicht entfryet syn, wen den sodan lantbede dar van scholen und willen geven glick andern unsen mannen und Steden und anders nicht.

Nr. 16.

Landtagsausschreiben der H. Balthasar und Heinrich an Bürgermeister und Rathmannen der Stadt Rostock. Dat. Güstrow 1505, Mai 16.

(Rost. Stadt-Archiv. Landtags-Acten Vol. I.)

Von gotsgnadenn Baltasar unnd Hinrick gevetternn, Hertogen to Mekelnborch ꝛc.

Unnsen gunstigen grut tovornn. Ersamen lieven gtruwen, wy geven juw to erkennen, dat wy hertoge hinrick kort vorschener tydt durch mandat der Ro. ko. Mt. unnses allergnedigsten herrn unnser unnd unser bruder Regalien unnd lehn to entphaen gein coln gefordert sin unnd geeschet, unnd dwyle wy denne solks nicht gedencken to underlaten, nachdem dusser handel merglich, Sin wy willens densulven unnsen prelaten mannen unt Stedenn vortoholden unnd unns mit enhe darume to underreden. Derholven gebieden wy juw bey den plichten dar mit gy uns vorwanth dat gy twe juwes rades geschickten up den achten dach corporis Christi [3]) schirst to negen Slegen vormiddage up der Bruggen to Sagestorpe by unns schaffen to erschinen unnd nicht uthenbliven by vermidunge unnser swaren ungnade unnd Straffe. Dat. Gustrow frigtags im pingsten. Anno ꝛc. quinto.

Nr. 17.

Schreiben derselben an dieselben. Dat. Gadebusch, 16. October 1505.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Van godes gnaden Baltasar und Hinrick gevetteren Hertogen to Mecklenborch ꝛc.

Unsen gunstigen grut tovor. Ersamen leven getruwen, Juw

---

[1]) twiden = willfahren. [2]) gänzlich. [3]) am 29. Mai.

antwert so ghy unns up unse jungst getane schrifft hebbet wederumme togeschicken, hebben wy entfangen, und der meyninge vernhemen, dat uns nicht solle unverbarghen sin, dat unse Stat Rostockh mit sunderliken privilegien und Fryheydten begnadet sy, Allso dat wan eher wy ein Landtbede van prelaten, Mannen und Steden getweden[1]) werden, dat allsedann er, der Rade, Borger und gantze gemeinde unser Stat Rostocke Landackeren, woningen und anderen eren gudern bynnen der Stat Behesten und Singelen begrepen, entfryet sin schalen mit wyterem Innholde, Geven hennweder juw darup to erkennen, dat wy up jungst geholdener tagefart to Sackesdorp kein Landbede, wu ghy schryven, sunder ein stuwer und hulpe to entphaung unser Regalien hebben begert, juw und anderen unsen landen to notturft, welcke stur und hulpe ghy und ander de unsen undertanen uns ockh uten den Rechten to doen und to geven scholdig, wu ghy ock ane twyvel sullvest wann dat ghy juw erinneren und bedencken werden ane angesehen juwer privilegien, de sickh up ein gemeine Landtbede und nicht darhenn erstreckhen, juw weten verpflichtet und uns up de tyd van den unsen allen in gemein ane weygeren togesegget, und iß derhalven unse beger wu hievor, uns de angeteygten Summe up bestimpten tach ane verholden to unsem merckliken anliggen to komen to laten. Dat wollen wy uns to juw allso versehen unnd mit gnedigen willen erkennen. Dat. Gadebusch an Dornstach in die Galli. Anno XV^c quinto.

Nr. 18.

Schreiben des Bischofs von Schwerin an dieselben. Dat. Bützow, am 6. Dec. 1505.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Johannes van ghadesghnaden Bisschop tho Zwerinn.

Unnsen ghunstigen grut und ghuden willen tovornn, Ersamen und vorsichtighen ghuden frundhe, wy hadden juw yn unlanghen vorghanghen daghen schriftlick vormeldeth, yn mathen wo de hochgebarn fursten unse ghnedighen hern von mekelenborgh uns und denn gestrenghen hern hinrick van plessen Ritter hedden zu befel gedhan mydt juw der lantbede yn er ghnaden stadt to handelende, der weghen wy juw enen dach by uns to Butzouw to kamende bostemmet hadden. De wile denne wy uppe de tydt myt merckliker sake, de gnannten fursten andrepende, juw allenthalven so togeschreven, so dat gemelte handel nicht konde vor sick ghan, beswaret weren, und uppe demede de dynghe yn der besten wise so moghen

---

[1]) von twiden d. i. gewähren, willfahren.

vor sick ghan, Boghern wy myt andacht juwe mercklik bodeschop am daghe Concepcionis Marie nu tokamende fort aver achte daghen [1]) to formiddage myt fuller macht hir by uns to Butzouw schicken willen den handel vortonemende und furder nha befele unß gedhan, uppe dat wy yn vorsumenisse und unslite by unsen ghnedigen hern upgnannten nicht vormerket werden, so fele notroftich syn wil to dhonde, dar up juwe ersamheit, de ghade allemechtich yn suntheyt langhe befalen sy, yn dem besten wol werden trachtende. Denn juw willen gefal und ghunst to bewisenn syn wy geneghet to donde alle weghe. Dat. Butzouw am daghe Sancti Nicolai am Jar XV^C V under unsem Sigl.

Nr. 19.

Die Herzoge verlangen von der Stadt Rostock 1200 Mark, welche diese zur Landbede schuldig ist und worauf sie Anweisung gegeben haben. Dat. Wismar 1506, Febr. 10.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Baltasar und Hinrich von gots gnaden etc.

Unsern gunstigen grus, Ersamen lieben getrewen, Wyr haben Tymme Holm an die XII^C Margk Landbete ßo Ir unns zu geben verpflicht an euch dieselben zu entphaen verweysset haben, Derhalben Ernstlich begerendt Ir Wollen Im solche XII^C Margk sunder vertzug entrichten und dor Inne keyne ausflucht oder behelff suchen dor ann thut Ir unnsere meynung. Geben zur Wyßmar am tag Scholastice Im XV^C und sechsten Jare.

Denn Ersamen Unsern Lieben Getreuen Burgermeistern und Rathmann Unnser Stadt Rostogk [2]).

Nr. 20.

Die Herzoge verlangen von Rostock die diesjährige Landbede, zum nächsten Umschlag nach Schwerin einzusenden. Dat. Schwerin, 29. Dec. 1506.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Baltasar unnd Hinrick gevetternn von gottsgnaden etc.

Unnsen gunstigen grut tovornn, Ersamen lieven getruwen, Wy werden nu im korten eyne merkliche Summe goldes maten uth-

[1]) 15. December.

[2]) Die vorstehende Urkunde ist die erste in der Rost. Sammlung der Landtagsacten, welche in hochdeutscher Sprache verfaßt ist.

geven, dorumme is unnse gutlich boger, Gy willen de lantbede, so gy unns von dusseme Jare to geven vorplicht ungesumet an golde to hope bringen unnd uns solck golt up schirstfolgenden ummeslach all hir her gein Swerin bringen edder schicken unnd solks also unnd nicht anders holden. Dor ane geschit unnse gantze unnd tovorlatige meinung, inn besundern gnaden to bodenken. Dat. Swerin, am Dinxstage na nativitatis. Anno ꝛc. sexto.

Den Ersamenn unnsen lieven getruwen Borgemeisternn unnd Ratmannen unnser Stat Rostock.

Nr. 21.

Herzog Heinrich begehrt von Wismar den Antheil der Stadt zu der auf dem Reichstage zu Cöln (1505) bewilligten Reichssteuer. Dat. Güstrow. 1507, Juni 19.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Henrick van gots gnaden Hertich to Mekelnborch ꝛc.

Unnsenn gonstigen grut tovorn, Ersamenn leve getruwen nademe wy myt juwenn Radtsfrunden jungst alhyr to Gustrow gehanndelt, dat gy uns to deme konighlichenn Anslage, Szo ohrer Mt. up jungst geholdenem Rickesdach to koln [1]) vonn allenn gheistlikenn unnd wertlikenn Churfursten, fursten unnd Stendenn deß hilligen Rikes eintrechtiglick to gevenn bowilliget, dewyle unns als billik ys, unnser landtschop und Stede ock gheburlike hulpe dartho tho donde bowilliget, ock juwer geborlike antall geldes darto overreken wolleth, unnd wo wol wy unns, als to unnsen gehorsamen underthanen der billicheit noch des woll vorsehenn, Szo hebbenn wy doch byther juwer entlick antwort dar up nicht entphangen, Bagern demna myt gutlikenn vlit, dat gy juw sulke gemeyne unnd geburlike Stuwr, inn ansehung, dat solcker anslag vonn Ro. ko. Mt. over dat ganntze Rickh gemaket bolivet, unnd der myerdeyl entricht ys, uns tho hulpe to gevenn unvorteghentlick voreinigenn, unnd desulve tuschenn hyr unnd Johannis baptiste utnehmenn unnd entrichtenn, unnd juw hir inn gutwillickh unde unbeswart befunndenn laten unnd wo woll wy uns des tho juw vorsehenn, bogeren wy dennoch uns juwer scrifftlick antwordt hir up myt gegenwardigem toschickenn wolleth. Daran irtoget gy uns gut gefallenn, in sonnderliker gunst und gnadenn kenn juw to bedenncken.

---

[1]) Es wurde dort dem K. Maximilian eine Reichshülfe zum Kriegszug nach Ungarn bewilligt.

Datum Gustrow am Sonavennst na Viti. Anno domini ꝛc. Septimo.

Denn Ersamen Unnsenn levenn getruen Burgermeystern unnd Ratmannen unser Stadt Wyßmer.

Auf dieselbe Reichshülfe scheint sich die **Königsbede** zu beziehen, wegen deren die Herzoge ein Mahnschreiben an die Vogteien Parchim, Crivitz und Sternberg richteten.

(Großherz. Haupt-Archiv in Schwerin. Contributions-Acten.)

„Wy Henrik und Erik gebrüder ꝛc. Entbieden allenn unsern **Redern, Underdonen, Gudermannen, Geistlichen und Wertliken** in unsern Vogedien Parchem, Crivitz und Sternbergk beseten unsern gunstigen grut tovorn, lewen, getruwen und andechtigen, Nademe uns by jw noch **etlik konigsbede**, de gy uns vergangenen Jar to entrichten bewilligt hebben, uthen stet" u. s. w.

Nr. 22.

Die Herzoge Heinrich und Erich mahnen die Stadt Rostock wegen der Reichssteuer, wozu sie nur mit 1000 Mark veranschlagt worden ist, und setzen weitere Termine. Dat. Schwerin, am 24. Dec. (?) 1508.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Heinrich unnd Erich gebruder vonn gods gnaden Hertzogenn zu Meckelnburgk, Fursten zu Wenden ꝛc.

Unnsern gunstigen grus zuvorn, Ersamen Lieben getrewen, Wir habenn jungst zu Gustrow ewre Ratfrunden muntlich und euch nochmaln schrifftlich underrichtung gethann, wie wir uns der gemeinen Stewr halbenn im heiligen Reiche uffgesatzt[1]) in ansehung ewres begengten schadens, auch das ir euch mith der betzalung derselben deste forderlich schicken mochtet, mith anschlaung eyner cleynen Summe ßo vil deste gunstiger hetten irtzeigt, und wiewohl wir euch aus gnedigem willen geneigt weren die betzalung derselben bis uff die Termyn in ewre schrifften außgedruckt zu Rhuen laßßenn, Szo werdenn wir dach vonn deswegenn, das sulch gelt unnserm lieben bruder Hertzog Albrechten zu Meckelnburg in des angetzeigten Römischen Reichs geschefften zu teglicher notturfft zu gebrauchen zu geordent ist, sulchs zu thuen vorhindert, wollenn aber dennoch aus sunderlicher gnediger zu neigunge sulch tausent gude marck die helffte uf nehst zu kuenfftige Ostern unnd die andern helffte uff

---

[1]) Es wird die auf dem Reichstage zu Costnitz 1507 bewilligte Reichshülfe gemeint sein.

Jacobi schirstvolgendt euch zu entrichten anstehen lassenn, der gantzen zuvorsicht, ir werdet euch in bedenckung berurtes anligens, auch das alle unnser Stete uns ir angeschlagene Stewr gereydt betzalt habenn, uff itzt berurte tage zeithenn mit der betzalung unbeschwert unnd gutwillig beweißen, doran thut ir uns sampt der pilligkeyt gutgefallen, in gnaden kegen euch zu erkennen. Dat. Sweryn Sontags am tage Stephani prothomris. Anno ꝛc. Octavo [1]).

Nr. 23.

Die Herzoge Heinrich und Erich verlangen die Entrichtung der von den Ständen bewilligten Landbede. Dat. Güstrow. 1508, Oct. 2.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Wy Hinrick unnd Erick gebruder von gots gnaden Hertoghen to Meckelnborch fursten to Wenden Greven to Swerin der lande Rostock Stargarde Hern Entbeden den duchtigen unnd Ersamen unnsen lieven getruwen ßo mit gegenwardigem unsen breve ersucht werden unsen gunstigen grudt tovornn unnd begern an juw sempt-lich und bsundern, dat gy by allen den juwen in unser vogedien Swaen vorschaffen, dat sie die Lantbede ßo unns von prelaten mannen und steten uthtorichten bewilligt unsem kakemester to Swaen up sin anreigenn tuschen dato unnd Galli negestfolgende entrichten wollen, daran geschut unser menynge. Dat. Gustrow mandages na Michaelis. Anno ꝛc. VIII°.

Nr. 24.

Die Herzoge Heinrich und Albrecht wollen mit den Bevollmächtigten von Rostock der Bede wegen zu Schwerin verhandeln. Dat. Schwerin. 1511, Juni 25.

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Hinrick und Albrecht gebruder von gotsgnaden Hertoghen to Meckelnborch ꝛc.

Unnsen gunstigen grudt tovorn, Ersamen lieven getruwen, wy wollen juwer up den dach Margarete schirstkomende alhir to Swerin gewarten, und begern dem na gutlich, wollet juwe geschickten mit vullem gewalt alsdenne by uns hebben, sick mit uns der bede

---

[1]) Der Tag St. Stephani, 26. Dec., fiel im J. 1508 auf den Dienstag; in der Datirung scheint daher ein Irrthum obzuwalten.

halven beslutlich to vordragen, und darin nicht vortehn, daran doen gy uns gutgefallen in gnaden wedderumme gegen juw to bedencken. Dat. Swerin am mitweken na Nativit. Johannis Baptiste. Anno dom. etc. undecimo.

Den Ersamen unsen lieven getruwen Burgermeistern unnd Ratmannen unser Stadt Rostock.

Nr. 25.

Schreiben des Convents zu Doberan an die Herzoge, in Betreff der von ihm geforderten Reichssteuer, zum Betrage einer halben Landbede. Dat. Doberan. 1510, November 25.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

Irluchtigen hochgebaren fursten, gnedigen leven herren. Unse innighe bede to gade dem heren sampt unsenn alletidt gudwilligen steden dinsten syn juwer furstliken gnaden steds bereyth. Gnedigen herren. J. g. andacht van wegen eins merkliken hulpgeldes, so van romischer keyserliker maiestat, unsem allergnedigesten herrn, in antogingk [1]) enes anslages van stenden des hiligen rykes bewilliget, juwen ff. g. upgelecht, welk juwen gnaden wil geboren unvortegert ut to richtende unde wy als de, so deme hilligen ryke vormyddelst juwen ff. g. vorwanth, to solken des rykes anligen van gewanheyt unde rechtes wegen temelike stuer to gevende juwer ff. g. vormodinghe na solden syn vorplicht, unde juw gnade desser tidt uns solkes to benemende [2]) nicht geschickt, gedencket J. g. van unsen underdanen in j. g. furstendome dit jars to solken des rykes gescheffften e n e h a l v e b e d e, a l z e v a n d e r h u f e n a c h t unde v a m k a t e n v e r s c h i l l i n g entfan laten etc. myt wyderem inholde, alles na notrofft wol vorstande, gedachten J. ff. g. dar up in antwerde demodichliken bevalen, s o a l s w y s a m p t a n d e r n j u w e r n g. p r e l a t e n, m a n n e n u n d e s t e d e r e n b y j. g. t o t w e n m a l e n t o S a g e s t o r p p v o r s c h r e v e n u n d e b e s c h e d e n unse geschikten hebben tor stede gehat, dar wy amme afffcheide vorlaten unde solkes gelik den benamen unde nicht int sunderge mer den de vorplicht, men in vormalen unde noch jegenwerdich dorch gemelter romescher keyserliker maiestat privilegien unde bescherminghe van solker beswaringhe unde uplacht mer befriget unde, sunderlich von unses hilligen orden wegen, gantz unvorplicht unde utgenamen syn, der so wy vorhapen to gade, j. ff. g. unde alsolken privilegien billich jo mer geneten unde gelik den anderen van solker stuer unde uplacht dorch j. ff. g. mogen benamen werden, wente wenner sodan des gadeshuß armen luden mer den andern wurde uplecht, mosten

---

[1]) Anzeigung. [2]) uns davon auszunehmen, zu befreien.

wy van des gadeshuses wegen pyuliken missen in der pacht, dat wy, wet dat godt, uha gelegenheyt nicht vormogen, angesen sodan affleger gelt unde ander anhangk, wor ane j. ff. g. sundeliken vorplicht, uns harde nuch vallet, kennet godt allemechtich, deme wy j. ff. g. allewege gesunt unde zelich in geluksamen regement to entholdende in unsen steds innigen beden sunder underlat bevelen. Geven demodigen to Dobbran am dage sanct Katharinen der hilligen juncfrawen Anno rc. decimo.

J. ff. g. alletidt gudwilligen
Nicolaus abbt
Henricus prior
und gantze convent to Dobbrann.

Denn irluchtigen unde hochgebarenen heren Hinriken unde heren Albrechten gebruderen hertogen tho Mekelenborch, fursten to Wenden, graven tho Szwerin, Rostock unde Stargarde rc. der lande unsen besunderen gnedigen leven heren demodigen.

Nr. 26.

Antwort der Herzoge, worin sie auf Bezahlung der Steuer bestehen und mit Pfändung der Untersassen des Klosters drohen. Dat. Guoyen. 1510, November 27.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

An de von Dobberan.

Erwerdiger inn got und werdigenn lieven andechtigen. Wy hebben juwe togeschickte antwordt up unser jungst gedane schriven von wegen der hulpe, so unns von romischer keyr. mat. unsem allergnedigsten hern, nach antogung eines togeschickten anslages von den stenden des hilgen ro. reichs bewilligt upgelecht, dat gy der halven, dat sick unser adel des gewedder, benomen [1]), und sunderlich durch gemelte keyr. mt. der mate geprivilegiret und gefryet, dat gy uns derwegen uth crafft dersulven nichts to doen schuldich weren, unnd wowol unns unser adel ditmal in deme nicht to gefallen worden, ßo hebben wy uns doch darmit solcher unser frigheit, die wy to erer und mitler tidt unvorgeten wollen hebben, nichts begeven, unnd dwyle gy ungeverlich vor twen iaren die steur des gemeynenn anslages, so to nottrost und erholdunge des hilgen ro. reichs durch keyr. mat. und gemeyne stende dessulven reichs datmal in maten wo itzt bewilligt, uth rechtlicher und gewontlicher plicht hebben helpen betalen, ßo konen wy uns nicht erinnern, uth wath nierunge juwer

[1]) ausgenommen.

privilegien von dusse steur gefryet sin scholdet, und begeren nochmalen mit gutlickem flite, dat gy juwes gotshuses undersatten und vorwantten underrichten und wisen laten, unsem vorigen schriven nach eine halve bede vorangetogeder hulpe dit iar unsen amptluden up ehr anreigen unvortogentlich to betalen, darmit wy nicht georsaket, sie durch ere vortoch darumme panden to laten, daran doen gy unser menninge in gnaden to bedencken. Datum Gnoyen am mitweken na Katherine. Anno domini rc. decimo.

Nr. 27.

Landtagsausschreiben der Herzoge an Rostock zu dem auf der Brücke zu Sagsdorf am 10. Juli anberaumten Landtage. Dat. Güstrow. 1517. Juni 17. (Gedruckt.)

(Rost. Stadt-Archiv. Landtags-Acten Vol. I.)

Hinrick unde Albrecht gebrüder van godes genaden Hertogen to Meckelnborch. Fursten to Wenden. Graven to Schwerin rc.

Unsen günstigen grut to voren. Ersamen leven getruen Alse uns etlike saken unde hendele darane uns jw unde anderen unsen underdanen vorwanten. ock unsen landen und luden mercklick gelegen eyne tyd lanck beth an her upgelegen unde wy mit tydigem Rade und guder vorbetrachtinge bewagen. dat to affnidinge und vorhödinge mennichfoldigen nadeyls unde beswerin̄ghe, de sick uth vortaghe[1]) der sulven Saken unde anligghen möchte gebaren Nütte unde gud sin möchte jw unde andere unse gemeyne Stende unses Fürstendomes des vörderlick to berichten. Und to afwendige des sulven na noettrofft dar van to handelen unde der wegen unvortögentlick vor desser angaender arne[2]). alse to bequemer unde mötiger tydt eynen gemeynen landtdach an to setten. und jw unde alle andern Stende underdanen unde vorwanten unses Fürstendomes dar up to beschriven. Der halven unde deme na wy eynen gemeynen landtdach up den Frydach na Kiliani dat is de Frydach vor Margarete negest kamende[3]) up unde by der bruggen to Sagestorp alse an eynen gewönliken orde up den morgen to Negen slegen to erschinen angesettet Unde sulken yederen den unsen dorch unse uthschriven vorkündiget hebben. Jn maten wy jw den ock hyr mit erinnern und vorkündigen. Unde begeren an jw gutlick mit allem vlite dat gy uth gemelten Frydach na Kiliani negest kamende an angetögeder malstede by der brüggen to Sagestorp. up den morgen umme negen slegen vorverdigen. Dar unne nicht sümen, noch jw dar ane nichtes anders denne lyves noeth vorhinderen laten willet,

---

[1]) Verzögerung. [2]) Ernte. [3]) am 10. Juli.

alse wy uns des to jw untwivellifen unde geustlifen vorlaten, darane do gy uns gut gevallen, myt besunderen gnaden gegen jw to erkennen. Datum Gustrow am medeweken na Viti. Anno domini ꝛc. XVII°.

Den ersamen unsen leven getrewen Borgermeystern und Ratmannen unser stadt Rostok.

(Die Aufschrift, das Datum und die Anrede sind handschriftlich in das gedruckte Formular eingetragen.)

Nr. 28.

Zwei Landtagsausschreiben an die Mannen und andern Stände von Stargard nach Kölpin (bei Neubrandenburg). Ohne Datum, nach dem Entwurf von der Hand des Kanzlers Caspar von Schöneich (1510—1530).

(Großherz. Hauptarchiv zu Schwerin. Acta Convocationis ad Comitia. Vol. I.)

Wir Heinrich und Albrecht entpiten allen und itzlichen unseren guden mannen in unserem lande zu Stargard besessen, die mit dissem unserem Briffe irsucht werden, unsern gonstigen grus zuvor, lieben getruwen, weil wir uns in eigener person uffen montag nach petri pauli negkunfftig ken kalopin zu verfugen und auch semtlich und besondern itzliche nottdurftige Handlung furzuhalden lassen willens seyn, So begeren wir das Ir In gemelten Dorffe kalopin . uff angezeygten montag zu fruer Tagezeit, solche berurte Handlung und Irzelung anzuhören für uns irscheynen und nicht aussen bleiben. Das wollen wir uns von euch semtlich und besonders zu geschehen vorsehen und geneigt sein, in Gnaden zu bedenken.

Wir Heinrich und Albrecht von Gottes Gnaden entpiten allen und itzlichen unsern prälaten, guden mannen und underthanen geistlichen und wertlichen in unseren land zu Stargard gesessen, so mit diesem unseren briff irsucht oder die Abschrift (erhalten) werden, unsern gonstigen grus zuvorn. Wirdigen tuchtigen und Ersamen, lieben Andechtigen und Getrewen, weil uns handlung begegnet, darin uns unsern landen und leuten merglich gelegen, euch die furzuhalden, Szo begern wir mit gutlichem Fleiß, das Ider Insunderheit und Eigener Person uffn Sonnabend nach Dionisii schirstkunftig zu kalopin, da wir in eigen personen seyn wollen, zue fruer Tagezeit bei uns irscheinen, die selben handlungen anzuhoren und nicht aussenbleiben, dar ane thut ir uns sunderlich gefallen

und unsere meynung, In gnaden kegen auch wiederum zu verdenken.

Aufschrift: An alle Vogte im lande zu Stargard.

Nr. 29.

Die unterzeichneten 4 Räthe von Adel fordern den Rath von Rostock auf, mit ihnen und denen von Wismar durch Abgeordnete auf einem Tage zu Güstrow am 19. März zu berathen, wie der Streit der Herzoge Heinrich und Albrecht beizulegen sei. Dat. vom 11. März 1522.

(Rost. Stadt-Archiv. Landtags-Acten Vol. I.)

Unßenn fruntliken grut unde willigen denst thovorn, Erßamen gunstigen guden frunde, wy geven jw fruntlik weten, wu wy allenthalven mith den Erßamen Ern Brandt Szmede unde Hermen Malchowen Borgermeistern thor Wismar flitiger betrachtunge behertziget, dat de dorchluchtigen hochgebarnn fursthenn unde hern hernn Hinrick unde Albrecht gebrodern Hertogen to Mekelnborch rc. unße Landesfursten unde gnedigen hernn am jungesten thom sternberghe mit groterm wedderwillen unde uneynicheit geschedenn unde twistich gebleven, ock betherto villichte noch, ßo wy uns bofruchten [1]), van densulven wedderwillen unde getzencken nicht gelaten ofte affgekeret, ßo dat uns allenn oerer f. g. underdanen ewich vordarff nachteill unde schade derwegen, wo zodane twist nicht worde mit den ersten bigelecht, enstan mochte, alße gy ok ßampt uns ane allen twivell wol ermethen. Dewile dennhe gemelte unße fursten unde hern oerhe ßake by uns alßo oere underdhanen unde Rhede allenthalven geßettet to vorlikende unde to erkennende were gantz aff ....[2]) ok by anderen uthlendeschen gar schympliek tho horen uns zodane dinge gescheen by uns nedderliggen laten unde mer gemelte unße Landesfursthen tho voreynigen nicht uppet flitigeste bearbeiden. Worumb unßes bedunkends gantz nottroftich unde fruchtbar, wy uppe Eyne lechelike [3]) stede derhalven Radtßlach to donde unde to handelende unde namlick uppe schirst folgende Midwekenn nach Reminiscere [4]) tho Gustrow nach unßer alle gelegenheit uns boscheiden. Begernn derhalven mit allem flite, gy alßdenne Eynen ofte twe juwes Rades derwegen wo vorgescreven uppe bestempte tydt unde stede affertigen, wor wy ock dennhe ßampt gedachten Ern Borgemeistern ofte Eynen van önhe edder oerenhe Rade erschinende furder mochten beramen, welker unßer medeRhede tho furderen handell dermaten in schirst

---

[1]) befürchten. [2]) Lücke in der Handschrift.
[3]) legelik = gelegen. [4]) 19. März.

folgenden dagen mochten uppe velliglye malstede vordaget unde vorscreven werden. Worto gy alße unßer obgedachten g. h. unde landesfursthen na vorwantnisse woll werden gedencken. Begern des doch nichte ....[1]) uns ßamptlick unde den Erßamen Radt thor Wismar in eyneme bestundergen breve, wu gy dermaten geßynnet juwe scriftlicke antwurdt by jegenwardigen, wor tho wy uns ock gantzlick vorlaten. Welker wy ock wedderumme kennet godt, deme wy juw enkzelich[2]) bevelen, im gelik efte vil groterm vordenen. Schreven under unßer Eyns pitzer, des wy hir samptlick wolden to gebruken. Dinxtedag am Avende Gregorii. Anno ꝛc. XXII.

Johannes wellendorpp geweder[3]) tho Temptzin
Claws Lutzowe Ritther,
Jasper Fyneke
Henneke Rhaven.

Denn Erßamenn vorßichtigenn Wißen Hernn Borgemeistern unde Rathmannen der Stadt Roßtock unßen beßundern guden frundhenn.

Nr. 30.

Landtagsausschreiben des Herzogs Albrecht. Dat. Güstrow. 1523, Mai 18. (Gedruckt.)

(Rost. Stadt-Archiv a. a. O.)

Ersamen leven getruwen, uns vallen saken vor, darane uns, jw, unde anderen, unsen underdanen merclick gelegen. Demenha unße gnediges bogeren, gy wyllen twe van den oldesten uth juwen Rade, am Mandaghe nha des hylgen Lychames dage schyrßkamende[4]) umme segers Sövenne, vor myddage by unns, neven anderen, an der brugge tho Sagestorpe, erschynen, unße gemothe, unde menynge antohören, unde nicht uthebliven noch jw wor inne derhalven, vorhynderen lathen, dat wy unns alßo gentzlich tho jw unaffgeslaghen vorsehen, und in gnaden und allem guden, gantz gnediglich wedderumme jegen jw erkennen wöllen. Dat. Gustrow mandages na dem sondage Exaudi. Anno ꝛc. XXIII.

Denn Ersamen ꝛc.

---

[1]) Lücke im Msc. [2]) einzeln. [3]) Gebietiger, Comthur.
[4]) am 8. Juni.

Nr. 31.

Schreiben der Stadt Boizenburg an Herzog Heinrich vom 25. Mai 1523, wegen einseitiger Einberufung zum Landtage durch Herzog Albrecht.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

Unnse unnderdenige gehorsammyge denste synn j. f. g. stedes beredth. Durchluchtige, hochgebarner furste, g. h. Wy werdenn scryfftlich upgebadenn vann j. g. h. broder, unnserm g. h. hertogh Albrechth, des negestenn mandages nach des hillygenn lychams dage [1]) by f. g. tho erschynende, inn wat stedenn unnd wat orsake, hefft j. g. uth der ingelechtenn affgescreve copienn synes breves tho vornemende, des wy denne j. g. nicht hebbenn bergen mogen edder wyllenn, byddenn unnd begerenn dar up jw guedtlike antworth, wor dorch wy uns mogenn tho richtende hebbenn, alßo wy j. f. g. gefallenn donn, ock unnses g. h. hertogh Albrechts geboth nicht (dorch unsers vornemens) vorsumen effte vornichtigen, wormede wy j. f. g. gade dem almechtigenn ewich bevalenn. Datum Boytzennburch am mandage inn dem hilligenn pingesten. Anno ꝛc. XXIII°.

J. f. g.

gehorsamige
Borgermeistere unnd
radtmanne der stadt
Boytzennburch.

Dem durchluchtigenn hochgebarne furstenn unnd herun, herun Hinriche, hertoge tho Meklenburch, furste tho Wenndenn, grave tho Swerin, Rostock unnd Stargarde der lande here, unnserm g. h. underdenich gescreven.

Nr. 32.

Citation des Herzogs Albrecht an Joachim von der Osten und Joachim von der Lüe, welche wegen vorenthaltener Renten und Pächte von dem Domkapitel zu Rostock verklagt worden, auf den gemeinen Rechtstag zu Rostock am 11. Sept. Dat. Güstrow, 14. Aug. 1525.

(Rost. Stadt-Archiv. Acta, betr. das Domkapitel. Vol. I.)

Vonn gots gnadenn Wy Albrecht Hertoge tho megkelnborch forste tho Wennden ꝛc. Entbedenn denn Erbarn unnsen lieven getrewenn Jachim van der Ostenn unnd Jachim van der Lue unnsen

[1]) am 8. Juni.

gunstigenn gruth thoverne lieve getrewe, Nha deme unnse lievenn andechtigenn de gemeine presterschop des Capitels tho Rosstock sick tho mermalenn by unns beclagt dat gy yhnenn inn zwenn gudern ettliche Renthe unnd pechte tho oherenn[1]) Geistlikenn Lehenen vann olders her gehorich die ohere vorfarn unnd sie in guder ankunfft urd gerowiger besittunge gehatt hebben, wedder recht unnd alle billicheit enthavenn und vorentholdenn sollet. Inn mathenn als der gelikenn mennich solcdige Clagenn vonn andern wedder andere unnsere underdanen unns gedragenn sein wordenn, Unnd die hochgeborne forste unnse lieve Bruder her Hinrick Hertoge tho Megkelnborch 2c. unnd wy jw und andere derwegen twemal vor unns tho erschienenn schrifflick erfordert, inn meenunge twskon densulven geistlikenn Jw unnd andern die yth belangt, die sulven gebreken tho vorhorenn und darinne wath temelick gewanlick unnd billich ist tho vorfugenn unnd gy unnd sie unns yeders mals unnd ßonderlick am jungstenn dorch ettlich vann Jw dartho aff gefertigtenn mit flitiger bedhe hebbet ansokenn lathenn Jw samptlikenn und sonderlikenn tho solkenn handelingenn Eine gerume tidt unnd stedhe anthosettenn mit underdeniger erbedinge Alsdenne vor unns gehorßamlick tho erschienenn, unnd sick darinne aller geboer unnd billicheit to finden unnd wisen lathen, unnd gemelte unnse bruder unnd Wy unns miteinander freuntlick voreinigt hebbenn uppen Mandach[2]) nha Nativitatis Marie negestvolgende Einen gemeinenn gewanlikenn apenenn Rechtsdach tho Rosstock tho holdenn, unnd alsdenne ock opberurd gebreckenn halvenn twskenn denn Geistlikenn jw unnd andern die es belangt unnd ock dorch glickformich schrivent vor unns tho erschienen erfordert sein wordenn, gutlick tho handeln, und flidt tho doende, die in der guete tho voreniggenn, Edder wo die guete over unse thovorsicht entstaenn worde darinne wath gewanlik billick unnd geborlick ist tho gescheenn, gnedigliken vorfugen, So begern wy derhalvenn gutlick, wollet jwenn themeliken unnd geborlikenn erbedende nha ane Wider uthoge unnd vortoch up gemeltenn Mandach nha Nativitatis Marie uppen Avent tho Rosstock in kamenn unnd de folgenden dage vor unsern Bruder unnd uns neven und mit andern de id glickmetiger orsakenn halvenn berurt mit denn Geistlikenn, die wy Alsdenne ock derwegenn unnd dar tho darhenne habbenn bescheidenn, Solker gutliken unnd geborlikenn handelinge unnd Insehenns tho gewardenn edder wo die guete entstaenn unnd nicht tho langenn worde alsdenne geschickt tho sin gemeltenn Jwenn jegendeile up borurte Clage inn Rechtenns tho plegenn. Dartho wy jw ock hiermith Eins fur alle und per emptorie eskenn unnd ladenn mit warninge gy erschienenn alsdenne alßo edder nicht, dat nichts deste weniger up erfordernn des gehorßamen deils darinne erghaenn schall wath recht ist unnd sick

---

[1]) ihren. [2]) am 11. September.

nha ordeninge dessulven tho doenn geborth. Dat. Dobberaenn Mandags nha Laurentii anno dm. rc. XXV.

(L. S.)

Ann Jachim vonn der Osten und Jachim vann der Lue Anno rc. XXV to Rostock upp Nativit. Marie vorboscheiden unde citeret.

Nr. 33.

Rechtsspruch der Herzoge zu Gunsten des Domkapitels zu Rostock gegen Heinrich Smeker. Dat. Güstrow. 1527, 17. Oct.

(Rost. Stadt-Archiv. Acta, betr. das Domkapitel zu St. Jacob. Vol. I.)

Inn denn geprechen die sich halten zwuschen dem Capittel zu Rostockh, Clegern an Einem, und Heinrichen Smeckern beclagten andersteils von wegen etzlicher enthabener pechte [1]), habenn von gots gnadenn Wir Heinrich Herzog zu Meckelnpurgk rc. mit dem hochgepornen Fursten unserm lieben bruder Hern Albrechten, Hertzogen zu Meckelnpurgk rc. sampt unsern beiderseits beysitzendenn Rethen irkannt. Nachdem derwegen zwuschen etzlichen weltlichen und etzlichen geistlichen Unserer Furstenthums und Lande, die es belangt, ein Vortragk auffgericht, under anderm inhaltede, das die geistlichen bey besitzung ihrer pechte pleiben und ohne vorgehende erkantnus des rechten daraus nicht entsetzt werden solten, Alls nach ausweisung solchs Receß, unnd den clagern von dem boclagten ire pechte, daruber enthalten, das der boclagt den Clegern solche enthabene pechte, zwuschen hier und weinnachten entrichten, oder sie derwegen clagloß machenn und sie, die Clagere, derselben pechte so sich ferner erfolgen werdenn, ohne vorgehende rechtlich erkantnus mit der thaidt nicht weiter entsetzen solle. Act. Gustrow Donnerstag nach Gallj under unserm herzogk Heinrichs petzschier. Anno domini rc. XXVII [2]).

---

[1]) vorenthaltener Pächte.

[2]) Unter demselben Datum findet sich noch eine ganze Reihe von Erkenntnissen derselben Art gegen verschiedene Personen.

Nr. 34.

Ausschreiben des Herzogs Albrecht an Rostock zum Landtage auf der Brücke von Sagsdorf am 5. Nov. 1526. Dat. Güstrow, 17. Oct. 1526.

(Rost. St.-Archiv, Landtags-Acten Vol. I.)

Vann Goddes gnaden Albrecht Hertoge tho Meckelnborch, Forste tho Wendenn ꝛc.

Unsen gunstygen grudt thovörn. Ersamen lewen getruwenn, Wyle die Hochgebarne Forste unse lieve broder herrn Hinrick Hertoge tho Meckelnborch ꝛc. unnd Wy, myt jw unnd andern unsen underdanen, vann der Lantschop, Geystlick und Wertlyken, Alse Prelaten, Ridderschop und Stedden, die syne lieve unde wy, Jeder in sunderheyt, ock glickes ludes vorschreven, in eigenen personen, der gelegenheyt und notturfft nha, gnedichlyken tho reden und tho handeln hebben, dar ane syner lieve, uns, und unsen beyderstydes Landen und lüden, mercklick gelegen. Wo gy und die andern, denne solckes uth syner lieve und unnsem bericht forder eigentlicker tho vornhemen und tho befynden werden hebben. So begeren derhalven gutlick, myt Ernstem und gnedygem vlyte wellet jw der wegen glick den andern unnsen Prelaten, Mannen und Stedden, die wy, wo angetöget, yedern inn sunderheyt myt glick ludender schrifft erfordert uppen Mandach nha Omnium Sanctorum negestkamende tho früer dagetydt upp de Brugge tho Sagestorp, dar hen wy older gewanheyt nha, solcker unnd anderer glickmatyger noturfft, unse gemeine Lantschop gewonlyken tho erfordern und tho vorschryven plegen erschynen, die sulven mercklicke uplyggen van syner lieve unnd uns, neven den andern antohören und tho vornhemen, Und jw myt enhe darynne, wo wy des, der gelegenheit nha, eine gnedyge tovorsycht to jw und enhe allen hebben, unbeswerdt befinden laten unnd ertögen, und inn erweginge solcker upliggen, unnd dat dar ane mercklick gelegen, nicht uthe blyven, noch jw wes dar ane vorhynderen latenn, wo wy des keynen twyvel und gnedige Thovorsicht tho jw hebben, darane doen gy uns sunderlick gut gefallen, mit besunderem gunstygen und gnedygen wyllenn gegen jw tho bedencken. Datum Gustrow Meddewekens nha Gallj. Anno ꝛc. XXVI.

Denn Ersamen unsen lieven getruwen Burgermeistere unde Rathmannen Unser Stadt Rosstock.

Nr. 35.

Aufforderung des Herzogs Albrecht an Rostock, mit Denen vom Ausschuß der Landschaft nach Schwerin zu kommen, um mit Herzog Heinrich wegen der Landerbtheilung zu verhandeln. Dat. Schwerin, 18. April 1527.

(Rost. Stadt-Archiv. L.-A. Vol. I.)

Vonn gots gnaden Albrecht Hertzog zu Megkelnburgk Furst zu Wenden 2c.

Unnsen gunstigen grus zuvor, Ersamen lieben getrwenn Nachdem wir nicht Zweiffel, ir habt noch gutwissens welchermassenn der abscheidt jungstgehaltenn landtags zum Sternberg gewesenn, derwegen datzumall ir und andern vom Ausschus unser Landtschaft vonn denn jenigen so die Zeit daselbst zum Sternberge versamlet verordent worden sein, zu dem hochgebornen fursten unserm lieben brueder nach gustrow zu ziehen und seiner lieb unser antragenn von wegen der bruderlichen Landterbtheilung furzuhalten, und aber ir sampt Asch von Schwichilld, Diderich Molzan, Hennicken holstein und die von der Wissmar, von denen vom grosen ausschus abgefertigt uns solchs unsers bruders Empfangen antwerth antzuzeigen, die also gelautet, wann sein lieb wider vom tage zu Juterbock anheimisch komme solten ir derwegen ferner bey seiner lieb anregung thuen, alsdann woltenn sich sein lieb inn dem gegen uns mit gepurlicher zimlicher und pillicher Antwert vernemen lassen, dweil dann sein lieb itzo allhir in Swerin, so ist an euch unser gar gnedigs begern, ir wollet etzliche auß euch dem Rath abfertigen aufn Sontag Misericordias dni schirsten [1]) zeitlich gegen Abent alhir zu Swerin einkhomen volgenden tags beneben andern vom ausschus die wir auch schriftlich erfordet bey gedachtem unserm lieben bruder obangetzeigt antwerth halbenn anregung zu thun und ye nicht ausbleiben noch euch inn dem ichts verhindern lassen, damit wir ye lenger nicht von wegen solchr antwert verzogen oder aufgehalten werden. Daran thuet ir zu sampt der pillickheit unser gentzlich zuverlessige gefellige meynung inn gnaden und allem guten gegen euch zu erkennen und zu bedenken. Datum Szwerin Dornstags inn Ostern. Anno 2c. XXVII.

Denn Ersamen unnsn lieben getrwen Burgemeistere und Rathmannen Unnser Stadt Rosstock.

Herzog Albrechts Schreiben, dat. Güstrow vom 9. October (Sonnabends nach Lucä) 1527, an dieselben mit Aufforderung, Rathsdeputirte nach Schwerin auf den 4. Nov. zu schicken, um

---

[1]) am 5. Mai.

„neben andern darzu verordenten von der Landtschafft zwischen sein lieb und uns unserer gebrechen halben guetlich zu handeln."

(Rost. Archiv a. a. O. Nr. 40.)

Nr. 36.

Schreiben der Stadt Güstrow an Rostock vom 3. August 1527. Die Landstädte, welche am 1. August einen Tag zu Jabel gehalten haben, wünschen sich mit den beiden Seestädten ins Einvernehmen zu setzen in Betreff der von ihnen geforderten Türkensteuer.

(Rost. Stadt-Archiv. L.-A. Vol. I.)

Unnsern gruth unnd fruntliche dinste thovornne Ersamenn wysen gunstigen gonre unnd guden frunde, Wy geven JE [1]) tho erkennen, dat sick de stheden, vorfolgennde myt namen vorteykennth, bonomlick: Nigen-Brandenborch, Fredelanth, Sthernenberch, Woldegghe, Parchim, Gustrow, Malchin, Thetterow, Plawe, Rabell und Warnen, thom Jabell [2]) am donredage up den dach vincla petri [3]) vorschreven hadden, der orßackenn halwen dat Beyde unnse gnedige hernn und landesfforstenn ꝛc. de sulven upgemelthen stheder, ock alze sie vorstaen JE ock besocht seyn scholle, der glicken de ersamen van der wyßmar des knechtegeldes halvenn, konnigkliker werde tho Unngernn und Behemenn tho sture unnd hulpfe Etzlicke Manthe knechte tho besoldenn, thotho schicken wedder denn Erff vyandth dem Thurkeschenn keyßer wedder tho stande, Szo is solck gelth noch nicht von keyner der upgenanthen sthederenn gesamleth edder uthgekamenn, Besonndern hebben sie ock vorsthaen dat dem adell ock thom deele, averſch nicht allem schall seyn gheschrevenn, awersch wy hebbenn vormerketh dat de adell dar stille tho sitthen, derhalven unnses bedunckenns uns hinder des adells unnd Juwes unnd der van der Wyßmar dunth unnd lathen, will wes themen edder geboren Jnn der ßacken vorththofarenn, die wile eyne vorsegelynge twyschenn prelathenn, mannen unnd sthederenn is upgerichteth, wo JE wol bowosth, der halven unns unnd den andern sthederen swerlich [4]) seyn wolde hinder JE unnd den von der wysmar wes tho besluthen edder de forsten tho beantwerdenn. Denne isth unnse fruntlicke unnd dinstlicke bede ahn Juwe Ersamheydenn, gy uns schryfftlich willen vorstendigen by kegenwardighen thoger [5]) unses brywes JE gemothe

[1]) d. i. Juwer Ersamheyden.
[2]) Es ist hier der zwischen Malchow und Waren im Lande Wenden gelegene Ort dieses Namens zu verstehen.
[3]) 1. August. [4]) beschwerlich. [5]) Vorzeiger.

unnd meynunghe wath hir inne samth denn van der wysmar tho lathen unnd tho dunde geneyget, up dat wy vorbornrden sthedern wat wy van JE erlanget wedder umme mogen borichten, wenthe she sick kortes nha der ahrne[1]) wedder umme thom Jabell hebbenn bescheyden dar sie alze denne willen samptlich erschinen, were ock woll ehere Boger unnd meyninghe gy alsdenne twe ledemathen[2]) Juwes Rades, samth den van der wißmar, den ock is geschrevenn, dar wolden thor stede hebbenn, wo Jw dat gefallet willen sie gantz unnd all by Jw gestellet hebbenn. Dith sulve wy Jw guder gunstiger wolmeynunge uth boshchel upgemelthenn sthedernn willen ahngetoget hebbenn, Dar nha gy Jw hebbenn tho richten, gade dem allemechtigen befalenn. Datum Gustrow am Sonnawende na vincla petri unnde unnser stadth secreth anno 1527.

Borgemestere und Radtmanne
Tho gustrow.

Denn Erßamenn unnd Wyßenn Borgermesternn unnd Radtmannen der sthadth Rostock unnsen Bosondernn gonstigenn gonnren unnd gudenn frunden fruntlich.

Nr. 37.

Instruction der Rathssendeboten von Rostock, die auf Erfordern des Ausschusses von der Landschaft nach Güstrow deputirt wurden, vom 16. October 1531.

(Rost. Archiv. L.-A. Vol. I.)

Memorial und Denckzedel der Ersamen Radessendebaden Herrn Berend Kron und Her Claus Beszeline nha Butzow ghefertigt uph forderent der XII vorordenten van der Landesschop, Anno XV^{C} XXXI Galli mede gedan.

Erstlich tho gedencken dath J. Erß.[3]) affghefertigt syut der vorordenten vornement tho horen und syck mit den sulvigen einer tydt und beqwemen mallstede darinn de gantze Landesschop tho hope fordern moghe tho vorgeliken, doch ingedenck tho nemen dat de tyth ßo angheſtellet wert, dat Jdt J. Erß. dagheretysen ßo de sulvigen forderlich nha Luneborch don moten in bewusten zaken edder ock sunsts dem ghemeinen lande ßo von beiden Fursten vilicht uph lichtmiß uthgheschreven mochte werden nicht schetlich edder hinderlich sy.

Und im falle de vorordenten der Landsschoph nicht vorgheven worden dat idt van noden syn wil einen ghelerten und utheimschen advocaten uph der ghemeinen Landsschop besoldinghe

[1]) Ernte. [2]) Genossen.
[3]) Ersamheiten, nämlich die beiden genannten Rathssendeboten.

tho hebben de in dem Landdaghe de gebrecke[1]) der Landesschoph statlich vordregen moghe vor unßen G. H. und Landesf. alze denne enen sulckeins tho erinneren mit Irbedinghe dar tho tho donde nha Juwer Oldesten[2]) andele.

Thom drudden Copie der thohopeßate[3]) edder vorwetinghe ßo de Landesschoph mit einander heft tho eschen und fordern darmith me sick eres inholdes und furder geborlikes holdens moge weten tho schicken.

Thom vierden de Wysmarsche freuntlich und Naberlich tho ermanen, dat ße mith eren Oldesten idt ghemeine besthe erer Stath ßo vorsthan mogen, dath ße erer Stadesscher Richtewalt[4]) und ander gherechticheit und frigheit mith hemeliken ingrepen, den Juwen und andern tho einem ferlichn exempel und byspele, nicht entsettet werden.

Wo den mith vorordeninghe furstlicher Comissarien und anders in burchliken gebreken und ock dagheliken beschattingen der Juwen ane rechtes erkantenisse,[5])

Nr. 38.

Herzogliches Schreiben an Rostock, betr. die Erhebung der jüngst bewilligten Landbede. Dat. Schwerin, 17. Oct. 1531.

(Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. I.)

Heinrich von gots gnaden Hertzogk zu Meckelnborg Furste zu Wenden ꝛc.

Unnsern gunstigen grus zuvorn, Ersamen lieben getrewen, als denne dem hochgebornen fursten unserm lieben Bruder Hern Albrechten Hertzogen zu Meckelnborgk und uns uff jungst gehaltenem Landtage uff der Brucken zu Sagestorff durch unser Prelaten Erbare manschafft und Stette eine gemeyne Landtbethe als vom Hause einen gulden, von der Buden einen halben gulden und vom keller vier schillinge lüb. uff Nicolaj schirsten zu entrichten bewilliget ist worden, Und seine liebe und wir derwegen bedacht unsere vorordenthen ßo soliche landtbethe boren[6]) sollen, uffen tagk Andree schirsten abzufertigen und die entphahen zu lassen, So ist demenach unser gutlichs begern, wollet ßolichs von stunden an in allen kaspel kirchen bei euch in unser Stadt offentlich von den predigstulen abkundigen lassen, damit sich ein jeder alß denne mit Bezalung solicher landbethe darnach wisse zu richten. In deme thuet

---

[1]) Gebrechen, Beschwerden.
[2]) des Raths von Rostock.
[3]) Vereinigung, Vertrag, vermuthlich die Union von 1523.
[4]) Jurisdiction. [5]) der Schluß fehlt. [6]) erheben.

Ir unser zuverlessige meynung. Dat. Zwerin Dinstags nach gallj Anno rc. XXXI.

Denn Ersamen rc. unserer Stadt Rostogk.

(Ein gleichlautendes Anschreiben des Herz. Albrecht ist datirt von Schwerin, 19. Oct. 1531.)

Nr. 39.

Gesuch der zu Rostock versammelten Stände an die Herzoge wegen einer gemeinschaftlichen Verhandlung und Anberaumung eines Landtags. Dat. Rostock, 9. December 1531.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

Durchluchtige hochgeborne furste, gnediger herr. Juwer furstlichen Gnade synt unse gehorsame, vorplichte und underdenige dinste alles vormogens in alle weghe vor ahn bereit. Gnediger furste und herr. Wy hebben alhir uth bevell und fruntlikem ansynnende der ghemeinen Landschop J. F. G. und der sulvigen lande und lude thon erhen, ghedie und waßdhome ane mennichlikes hogen und nidern standes gerechticheit vorkortunge in ahnliggenden saken der Landschoph fruntliche und wolgemote underredunge geholden, dar uth ßo vele erwassen, dat uns derwegen mith J. f. G. und erer f. G. broder herrn Heinrichen hertzogen tho Meckelnburch rc. unserm g. h. wider underdenige beredunge tho holden nottorftich syn wil, Und bidden dem nha gantz underdeniges hogen flites, J. f. G. willen syk mith hochgemelter erer f. G. broder einer ungeferliken tidt und malstede, dar de sulvigen uns tho horen geneigt syn wollen, entschluten und schriftlich demnha de sulvige ahn de van Rostock gelangen laten, uns dar nha ferner und entlich tho richten. Dath synt wy umb J. f. G. als den lofsliken landesfursten in aller underdenicheit unses hogesten vormogens wedderumb tho vordenen willich bereit und ghefleten. Datum under unserm Claus Lutzowen unde Liborius Comptor van der Mirow pitzer[1]) und J. G. Stadt Rostock Secreten, der wy uns hir tho disses mals samptlich gebruken, Sondages nach Conceptionis Marie Anno rc. XXXI.

J. F. G.

underdane
de van Prelaten, Mannen und
Steden J. g. furstendhom Itzund
alhir tho Rostock vorsammelt.

Dem durchluchtigen hochgeborne fursten und herrn, herrn Albrechten, hertzogen tho Meckelnburgk, fursten tho Wenden, graven tho Schwerin, Roßtockh und Stargart der lande herrn unßerm gnedigen Herrn underdenichlich.

(L. S.) (L. S.) (L. S.)

---

[1]) Petschier.

Nr. 40.

Schreiben des Herzogs Albrecht vom 28. December 1532. Der Herzog kündigt der Stadt seine Ankunft am 13. Januar zur bevorstehenden Versammlung der Landschaft an, um Einsicht von dem Privilegium zu nehmen.

(Rost. Archiv. L.-A. Vol. I.)

Vonn gots gnaden Albrecht Hertzogk zu Megkelburgk, Furst zu Wenndenn ꝛc.

Unnsern gunstigen grus zuvor, Ersamen lieben getrewen, Wir khommen Inn glauplich erfarung, wie Ir euch von der landtschafft, Inn schirsten umbslagk widderumb bynnen Rosstockh zusammen bescheiden haben, damit nun ferther muhe und unkosst auf unser weither erfordern vermitten pleibe, So ist dennach unser gnedigs beger, Ir wollet sambt den andern den wir gleicherweise geschrieben daran sein, das Ir das Privilegium auf den Achten tag nach Trium Regum[1]) bey euch zu Rosstock zur stette haben, dasselbig unser gelegenheit und notdurfft nach zu besiechtigen, dann wir willens vermittelster hilf gottes auf denselbigten Achten tag nach Trium Regum gegem abent zu Rosstockh einzukhommen, volgenden tags des morgens zu Achtslegen aufm Rathawß zu erscheinen mit gnediger beger auf die zeit auch alda bei uns zu sein. Wollet euch hierin, der pillichkeit nach, wie wir uns des gentzlich zu Euch versehen gutwillig und unbeschwerlich erzeigen, das wollen wir hinwidder gegen Euch gnediglich erkennen. Datum Swerin am Tag Innocentium. Anno ꝛc. XXXII.

Denn Ersamen unnsern liebenn getrewen Burgermeister und Rathmann unser Stadt Rosstockh.

Nr. 41.

Schreiben der Verordneten der Landschaft an Rostock, dat. Bützow, 16. April 1534. Nachdem die Tagefahrt zu Bützow nicht zu Stande gekommen ist, wird ein andrer Tag zu Güstrow festgesetzt.

(Rost. Archiv. L.-A. Vol. I.)

Unsernn willigenn denst tovornn Ersamen wolwyßen grotgunstigen guden frunde Szo Iwe ersamheyten avermal geschreven hebben

---

[1]) 13. Januar. Mit dem Privilegium ist vermuthlich die landständische Union vom J. 1523 gemeint.

an uns jwer notsake unnd anliggende beswheringe halven unnd der halven antwort von uns begert, de wyle gy bether sunder antwort gebleven, is in warheyt uth keynen bosen vorsathe gescheen sunder uth merkliker orsake und vorhinderung halven, willen uns der halven disser vorgefallen entschuldiget nemen und willen uns guder wolmeyninge nicht vorbergen, dat wy uns e y n e s d a g e s t o B u t z o w vereiniget hadden alße huten dato samptlich bescheden, der trostliken tovorsicht, eth worden sick alle de Jennigen, ßo to dissem handel gehorich, hir hebben befinden laten. Eth is aver uth vilfelldiger vorhinderinge nemant thor stede kamen alße wy. Dewyle denne in disser handelinge ßo groth gelegen, und noch degelich forfelt, alße dat wy uns sulcker beswerde in sulker ringen antal nicht unterwinden derven, daruth vororsaket nachmal eynen andern dach angesettet, alse up der hemmelfart dach [1]) to Gustrow intokamende und folgende dage des handels to warende dar to wy noch baven d e XII v o r o r n t e n d r u t t i c h e f f t e v e r t i c h v a n d e r l a n t s c h o p ßo dar tho gehorych v o r s c h r e v e n h e b b e n, der tovorsicht ße werden sich samptlich beneven uns darhen vorfogen. Eth werth ock van uns samptlich vorguth angeßeen, ßo dat J. gunsten gelegenheyt were up vorgescreven stede und dach ock erschinen mechten, dar myt allenthalven von disser vorgefallen handeling thor nottrofft und genochsam mach verhandelt werden wat de nottrofft erfordert, dat wy Jwen gunsten uth frunthliker wolmeyninge nicht hebben vorholden willen. Dann J. gunsten alße unsern vorwanten unde fruntliken leven nabern fruntlick angenamen denst und frunthliken willen to ertogen willn wy stedes frunthlich und guthwillig befunden werden. Datum ilent [2]) Butzow am Donerdage nha Quasimodogeniti Anno rc. XXXIIII under unser twyer pitzir

Claws lutzow
Mattias van Ortzen — beyde ritter
Comtor van Myrow
Achim Hane
Lutke Bassewitze
Dytloff van bulow
Hinryck Hane.

Den Ersamen unnd wolwisen Borgermeystern und Rathmannen der stadt Rostock unsenn besundergen grotgunstigenn guden frunden und Nabern frunthlich screven.

---

[1]) Am 14. Mai. [2]) eilig.

Nr. 42.

Ausschreiben des Herzogs Albrecht an alle Stände zum Landtag nach Güstrow auf den 17. März, nachdem der zu Wismar einberufene Adel es abgelehnt, sich allein in Verhandlung (über den Kriegszug nach Dänemark) einzulassen. Dat. Güstrow, 28. Febr. 1535.

(Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. I. Mit Auslassungen.)

Vann Gades Gnaden Albrecht Hertoch tho Meckelnburch ꝛc.

Unsern gunstigen grus zuvor, Ersamen, lieben getrewenn, alß uns merglick und grothe gescheffte daruth mit vorleninge des Almechtigen Gades uns und unsen Landen und Lüden merglyke eher und wolfart entstan mach tho gestanden, dartho wy unserer gemenen Landtschafft trost forderungen und gebörlyker denstbarheyden der gelegenheit und nottrofft nha tho gebruken willens syn. Derhalven wy uppen Mandach nha Invocavit negest vorschenen[1]) den merendels unses Adels gegen der Wyßmar vorschreven, ohnen[2]) solck anliggend und vorgefallen saken gnedichlick müntlick vorgehölden und begert hebben, uns und ohnen, ock unsen Landen und Lüden tho wolfart und gedye, mit orher gebörlyken denstbarheit darinne tho forderen helpen. Unnd so denne uth den orsaken, dat endeell der unsen vam Adel nicht tho entgegen gewest, desülven de aldar erschenen syck beswert, ane der affwesenden mitweten syck up solck unse temelykes bogern, wo se sülvest des wol geneget mit underdeniger antwart tho vornemen laten und wy vor gudt angesehn, dath wy de andern, so nicht entgegen ock forderen wolden, mit bewilliginge ohne wyder schryven, neven ohnen uppen Frydach nha Reminiscere negestvorschenen[3]) alhyr to erschynen — — Unnd wowol wy unsen gemenen Adel van stundt avermaln ytzt gemelten dages alhyr yegen Gustrow vorschreven, darup ock enhe grote anthaell und der merer deel dersulven unser Lantschafft vam Adel erschenen, de avermals unse bogern angehört, So hebben se demenha anthögen laten, dewyle Prelaten und Stede, so de saken mitbelangede, nicht erfordert, ock etlyke vam Adel avermals utenbleven, dat ohnen beswerlich fallen wolde, syck erhes affwesens in entlicke antwert tholaten — und beden, dat wy uppen Mydtweken na Judica schyrstkamende[4]) yegen avent alle stende unses Forstendomes und Landen, alß Prelaten, Ritterschaft und Stede, alhyr yegen Gustrow fordern. — — — So hebben wy demenha den unsen in deme wyllen willenfaren — derhalven wy an jw avermals und thom averflode mith ernstem flyte bogerende, wo wy dorch dergelyken schryven an yedern unser Prelaten, Ridderschop, de vam Adel, und Stede unserer Lande ock gedan, dat gy, unvorhyndert nenerley gescheffs, allene un-

---

[1]) 15. Februar. [2]) ihnen. [3]) 26. Februar. [4]) 17. März.

vormögelyke kranckheyt uthgenamen, up gedachten Myddeweken nha Judica schyrstvolgende yegen avent ane yenigen wyddern vortoch alhyr tho Gustrow erschynen — — und jw tho forderinghe berörder obliggend, de ane ferreren schaden nicht lenger vortögert mögen werden, mit Harnesch, Perden, Knechten alßo rüsten und schicken, uns wo gy des juwer vorwantnisse und högsten plycht nha tho donde schuldich und plichtich tho denen unnd tho volgen. — — Datum Gustrow, Sondags Oculi Anno XXXV.

Denn Ersamen rc. unnser Statt Rostockh.

Nr. 43.

Schreiben zweier Räthe an Herzog Albrecht während dessen Abwesenheit in Dänemark. Dat. Schwerin, 21. April 1535.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

Durchleuchtiger Hochgeborner Furst, genediger her, mit Erbiettung unser gantz willigk dinst wissen wir E. f. g. untterthenigklich nicht zuvorhalttenn, daß, got lob, E. F. g. Junge herschafft gesunth und woll zu Passe seint[1]), deßgleichen daß Es Im E. F. g. Furstenthumb noch Allenhalben woll zustehett, und whenn Es E. F. g. derselbenn gemahell unser genedigen frawen sampt E. F. G. hoffgesynde und krigßverwanttenn, glucklich Nach Allem Irem willen und wollgefallenn gynnge, were wir solchs zu erfharenn, untterthenigklich und hochlich Erfrewth. Genediger Furst und her, Es seint hewt dato Hennicke Raven und Achim Halberstadt, die unß gein Szwerein bescheydenn gewesen, Mit Anzeigung, sie hetten von Landtschafft des Adels Auß E. f. G. Furstenthumb, von wegenn E. F. g., mit unß, daran derselben mergklich gelegen, zu Reden, darzu wir In Eyle den Cantzler verfordert, Aber Denselbigen nicht Antreffen khonnen, Damit nun E. F. G. in dem gewerbe nicht verzogenn, haben wir dieselbige Angehort, und zeigtten An, die gantze Landtschafft deß Adells gedechttenn unß beyde zuvormelden, daß sie sich Auff dem Sontagk Misericordias Domini[2]) zum Sternebergk beschlossenn und bewilligeth, Auff E. F. G. Itziges Außschreibenth In Dennemarcken zu volgenn, Eine halbe Landtbetthe Auß Irem Darlegenn und Eigen Beuttelen zu untterthenigem gefallenn zum Furderlichst Als Mugklich E. F. g. zu stewr derselbigenn Itzigenn vornementh geben und zu wege brengen wolttenn, In betrachtung, daß sie In Eyle nicht konden mit Pferdenn, knechtenn und harnisch E. F. G. zu folgen geschickt und ge-

---

[1]) Die zur Zeit lebenden herzoglichen Kinder: Johann Albrecht, Ulrich und Georg, welche zu Hause zurückgeblieben waren.

[2]) 11. April.

russt werdenn, Deßgleichenn, Ob der hertzog von holstein sich In E. F. G. Furstennthumb zu fallenn unterstehen wurde, mussenn sie Dasselbyge so vill mugklich helffen werhenn und Abwenden, der hofflichen und untertheuigen zuvorsicht, E. F. G. die werden die Angezeigte halbe Landtbethe zu genedigem gefallenn Annemhenn, und weß sie sich In dem fall sollen vortrosstenn, Aber E. F. G. annemlich Bitten die Berurtten Raven und halberstadt E. F. G. wollenn darauff genedige Anttworth thun, und wiewoll wir, wie berurth, geneigt, die Anderenn landRäthe, die E. F. g. mit beuelh hinder sich gelassenn, zu dem Antragenn darbey genomen gerne gesehen und vorschrieben hettenn, seint sie unß doch nicht anzutreffen In Eyle gewesenn, Auch In betrachtung, weill Es die gantze Landtschafft beschlossenn, Auch zum teill selbsst darbey gewesenn, solchs nicht vorEnderen wurden haben, daß Also wie gemelt Angenomen, und dasselbige Also In Eyle, Dieweill E. F. G. daran gelegenn, mit kegenwertigen E. F. G. Bottenn zugefertigeth, whaß nun E. F. G. In dem genedigklich Ermessenn und ferner darein gethan haben wollen, Stellen wir solchs In E. F. G. genedigs gefallenn und werden Dasselbige den Anderen heimgelassenen LandtRethen bevelhen und sie zum Furderlichsstenn lassenn beanttworttenn.

— — — — — — — — — — — — —

Wir wollen Auch E. F. G. nicht Bergenn, Daß wir die Geistlichen Auch die Kleyne Stettlein Alle samptlichen vor Phingssten von E. F. g. wegenn mit Inen zu handelen vorschrieben haben, Whaß wir nun bey Inen Erhalttenn Ader AußRichtten werden, wollen wir E. F. g. Auffs Eylichst wissenn lassenn.

— — — — — — — — — — — — —

Es seint Auch genediger Furst und her die Tatteren bei unß gewesenn mit Namen Juncker Jorge von Kottenbergk Auß kleynen Egiptten und gebettenn, dieweill Ir geleidt Auß ist, daß E. F. g. sie noch Ein Jhar In E. F. g. Furstenthumb mit zehen Personenn geleyten wolte, sie wheren Erbuttigk E. F. G. vier und dreyssigk loth silbers wie sie vor Eynem Jhar gegeben vhor diß Jhar Auch zuzustellenn, whaß Nun E. F. G. geneigt, wollen unß solchs E. F. g. Auch vormeldenn, Ab Mhan sie noch Ein Jhar geleythenn Soll und daß Angezeigte sylber vonn Inen zu emphangen,

— — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — —

Daß wir Also E. F. g. untertheniger Meynung nicht haben wollen verhaltten. Dan E. F, g. ungesparttes Vleiß In untterthenigkeyth zu dienen Erkenne wir unns schuldigk. Datum Schwerein Mittwochs Nach den Sontage Jubilate Anno ꝛc. XXXV.

E. F. G.

untthertheuige und
Gehorsame Diener
Jurge von Karlewitze
und Ja: Schrage.

Durchleuchtigen, Hochgebornen Fursten und hern, hern Albrechten, hertzog zu Megkelenburgkh, Fursten zu Wenden, Graffen zu Schwerein, Rosstogk und Stargardt der lande hern unserm g. h. untterthenigklich 2c.

In sein F. g. Eigen
handt.

Nr. 44.

(Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. I.)

(Aufschrift.) 1536. Beschwerungenn der Landthstette der Furstenthumbe Meckelnpurgk, denn Furstenn übergebenn.

Nachfolgender beschwerungenn, de vonn etzlichen des adels und andern diesere Furstenthumbe einwoneren unnd auch frembdenn unserer gnedigenn fursten und hern vonn Mechelenpurgk 2c. aufgerichtenn vorkunthen reformirten und gemeinenn Landthordnungenn, auch der pillickeith und altherkomenn zu enthkegenn und widder vorgenomenn, thun sich die gemeynenn Stette dieße Furstenthumbe Mechelenpurgk beclagenn.

Erstlich, das ochßen, khwe, schweine, ziegenn, schaffe auch genße und andere vieh, dartzu allerley whare auff das aller theurische zum theill umb duppel gelth in großer menng auffgekaufsth, hinweg in andere fursthenthumbe unnd Stette getriebenn unnd gefurth werden, Bitten darumb die Stette solchs bey denn Monepolirenn unnd vorkeufferenn ernstlich und enthlich abzuschaffen unnd zu vorgennenn das gekaufsth vieh und anders wo das vorthann mag bekomnen werden wegtzunhemen.

Etzlich vom adell nhemen vonn iren burenn die ire vieh denn burgernn verkauffenn vonn iderm rinde auff einen halbenn guldenn unngeverlich sunderlichen auffschlag und erhoherung ahm kauff gewinneth, zwingen auch ire burenn, ire vieh niemats anders, dan wem sie es gennenn zu verkauffenn, Bitten solichs abzuschaffen unnd den armen leuthenn das ire, wie hie und in allen landenn breuchlich, ires gefallens zu verkauffen gestatten.

Etzlich vam adell kauffenn von iren burenn und andern, wann masth vorhandenn grosße antzall schweine, schlahens in ire holtzere, machens feth und treibens zum theil selbst in frembde lande auff jarmarckte, zum theil beschrieben sie frembde kauffleuth, damith ße den vortheil allein suchenn und die lande des vihs entplosth werdenn, Bitten wiwuor.

Etzlich eddellenthe legenn gelth zusamenn, kauffenn ochßen, treibens zum theil in eigner perßonen (das doch in keinem land vom Adell ye vernhomenn auch widder goth und alle

beschriebene rechte ysth) in frembde lande auff jarmarkte, Bitten wievuor,

— — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — —

Es haben etzlich des adels die gemeinenn stette in betzichtunge gehaltenn, wie auch inen noch teglich und zum offtern verechtlich vorgeworffenn als solten sie vorganner zeith im prymer[1]) bey einander gewesenn und alda sich voreinigth und verpundenn habenn denn gemeynen adel dieserer lande zu vertilgenn, und nu weis der allmechtig, das die Stette im primer nie zusammen gewesenn, dartzu ir tage nichts anders dan dieße und der geleichenn artickel ßo inenn zw iren underthaltunghe vonnoten, die auch auffrichtig, ehrlich und vor menniglichenn sich ansehen lassen mogenn, und nie anders vorgehapth, kann auch auff sie anders nicht erweisth werden, Dweill ße dann denn ersthenn tichter unnd aussager bißher nicht zu wißßenn bekomenn, und doch nichts desteweniger der berurtenn verarghwanung nicht erlaßßenn, besunder vonn etzlichenn des adels zum effteren schimpflichs vorwerffen, wiewol mith unschulden dulden mußßen, Bitten die Stette, denn Adel zu vermhogenn, denn oder die Angebere nhamkundig zu machenn ꝛc.

— — — — — — — — — — — — —

Nr. 45.

Rede des Herzogs Magnus an die Stände des Landes Wenden beim Empfang der Huldigung, gehalten zu Krakow am 27. März 1548.

(Großherz. Haupt-Archiv zu Schwerin.)

Erwirdige wyrdige, gestrenge Ehrenvheste und Erbare lieben hern. Wewol der hochgepornne furst her Heinrich von gottes gnaden hertzog zu Meckelnburg, furst zu Wenden, graff zu Swerin, Rostock und Stargardt der Lande her, mein gnedyger lieber her und vatter neben auch den hochgepornnen fursten meynen freuntlichen lyeben vettern, hertzogen zu Meckelnburg ꝛc.[2]) hir entkegen euch hern von prelaten und die von der ritterschafft als gemeine Lantschafft disses loblichen furstenthumbs zu Wenden disses tages alhir zuerscheinen gnedichlich erfurdert und des wyllens gewesen sich eygner person alher zu verfugen, so ist doch S. g., we ir zum theyl wysset, swacheith halben eines schenckels in dem vorhindert worden, Dennoch nicht deste weniger hatt s. g. mych als

[1]) Priemer Wald bei Dömitz.

[2]) Es sind die fünf Söhne des im vergangenen Jahr verstorbenen Herz. Albrecht gemeint.

den Son und dyner abgefertiget mitt etzlichen zugeordentten retten, und hatt hochgedachtter mein gnediger lieber her und vatter als der Eltest Landsfurste und vatter seines lieben vatterlandes mir bevholen, euch semptlich gemeiner Landtschafft anzuzeigen seinen gunstigen grues und geneigtten wyllen, darneben ewres unnterdenigen erscheynens und alzo geleysten gehorsams gnedige Danckſagunge zu thuen und Sulches kegen euch mitt guttem gnedichlich zu bedencken.

Nachdem aber der hochgepornne Furst her Albrecht weylandt hertzog zu Meckelnburg ꝛc. mein freuntlicher lieber vetter seliger und loblicher gedechtnus negest vorschinen Jares nach dem wyllen gottes seinen Letzten besloſſen, und nhu S. l. sone, meine freuntliche liebe vettern, vor sich und yn nhamen yrer beyden unmundigen pruder wyllens, von euch der Landtschafft die gewonliche Erbhuldunge zu nhemen, welchs dan an ym selbst byllich, auch mein her vatter yme Sulches wolgefallen lest und sich mitt meinen lieben vettern des freuntlich voreiniget. Dan hochgedachtte beyde fursten, mein lieber her vatter und vetter seliger, whe ir gutt wyssens traget, sein in semptlicher regirung geseſſen, alzo das der eine nicht mher ansehens vortheyls und gehorzames bei gemeiner Landschafft, dan der ander haben sollte, krafft und vermuge der furstlichen bruderlichen vortrege nicht allein vor sich, sunder beyderseyttes yre Erben freuntlich Auffgericht.

Demnach wyl mein her und vatter als der mittregirende Landesfürste an seiner furstlichen reputation, authoritet und von der Lantschafft gethanen pflichtteun und schuldigem gehorsam nichtes begeben, sunder sich entlich vorbehaltten haben.

Deweyl aber hochgedachtter meyn lieber her und vatter nhu mher ein betagtter furst, so sicht S. g. aus wichtigen bedencken und zeyttiges rattes trefflichen ursachen vor nutzam und nottwendig an und begertt mit fleis gantz gunstiglich und gnedychlich, yr ein gemeyne Landtschafft wollet meinem freuntlichen lieben pruder hertzog Phylips und mir als S. g. Sonen und naturlichen Erben, auch eydes pflicht und Erbhuldung thuen, doch nicht anders dan auff S. g. fhal, welchen der Almechtige nach seinem gottlichen wyllen lange vorhutten wolle, Landen und Leutten zu wolfhart, damit, so der fhal durch schickunge gottes sich zutruge, we wir alle in der gewalttigen handt und macht gottes sein, yr alsden von der Landtsſchaft mitt abermals zusammenkunfft, uberigem uncosten, muhe und arbeydt, so daraus ervolgen wollte, nicht beladen mochtet werden, zu dem es Landen und Leutten zum besten geschicht.

Darkegen sein mein pruder hertzog Philips und ych erputtig und wyllig, euch ein gemeine Landtschafft bey yren alhergebrachtten privilegien, freyheitten, herlikeytten und gerechtikeytten, we de von unserenn voreltteren, anherren, grosvatter, vattern und vetteren hochloblicher gedechtnus confirmirt und bestetiget worden, und yr in wehentlichem gepranch gehat, bleyben zu laſſen und euch bey den-

selben und bey fride, rechte und gerichtte zu schutzen, zu schirmen und zu handthaben nach unserm besten vormugen.

Weyl dan am yungsten die Landtschafft des loblychen hertzogthumbs zu Meckelnburg die Erbhuldunge berurtter und begertter massen gethan, so yst hochgedachtter mein hern Vatter zuvorsichtig, ir werdett euch in dem auch guttwyllig erzeygen, Sulches wyrdt meyn lieber her und vatter kegen euch mit gnaden bedencken, und ich wyls vor mein perzon und von wegen meynes liebenn bruders umb euch mit allem gutten zu vorgleichen geneigt gespurt und befunden werdenn, hirauff wylfheriger antwortt erwarttende.

Es yst auch alhir ein Instruction vor handen mit meines hern vatters eygen handt untterschriben und mitt S. g. pythschyr vorsigelt, daraus yr zu ersehen und zu erlernen, we es mitt meynem gethanen furbrengen uber eynstymmet, und so es von euch fur nottwendig und beqwem erachtet und begert wyrdt, so sol man euch dieselbe zustellen, doch wyl ich suchs in ewer gutt bedunncken und gefallen gestellet haben.

Dixi.

Magnus princeps
Megapolensis etc.

Actum bey Cracow Dynstages nach palmarum
Anno Christi 1548.

(„Von des Herzogs Magnus eigner Hand“ — Bemerkung des Herrn Archiv-Raths Dr. Lisch.)

Nr. 46.

Herzogliches Ausschreiben zu dem bei der Brücke zu Sagsdorf am 19. Juni anberaumten Landtage wegen des Interims. Dat. Schwerin, 6. Mai 1549.

(Rost. Universitäts-Archiv.)

Johans Albrecht von Gotts gnaden Hertzogk zu Megkelnburgk zc.

Unsernn Gunstigen Grus zuvorn „Hochgelarten lieben getrewen“ Als die Römische Kaiserliche Majestet, unser aller gnedigster Herre, unsern lieben Vettern und uns sachenn halben, unsern Christlichen glawbenn, ewre und unsern aller gemeine wolfart betreffent, nun zum ander mahel geschrieben und begert, Irer Key. Maj. darauff antwurt zu geben. Derhalbn ire liebden und wir euch und andere unsere underthanen von Prelaten, Ritterschaft und Stetten iren Rath und bedencken in dieser allerhochwichtigesten Sachen, die selen selickeit belangendt, anzuhören vorlangst (wen solchs, die pißher furgefallene gemeine sterbliche lewffte nicht vorhindert) gerne bescheiden hetten. Darumb der Hochgeborne Fürste, unnser freuntlicher lieber Vetter, Herre

Heinrich, Hertzogk zu Megkelnborgk ꝛc. und wir, unns mit einander voreinigt und entschlossen uffen Mitwochen nach dem Sontage Trinitatis schirstwolgendt, zu frwer tage zeit, bei der Brugken zu Sagestdorff anzukommen, und uns alssdann darselbst, mit euch und andern unnsern underthanen von der Landtschafft, Prelaten, Ritterschafft und Stedten solicher hochwichtigesten sachen helben gnediglichen zu underreden.

— — — — — — — — — — — — —

Datum Schwerin, montags nach Misericordias domini Anno ꝛc. **XLIX.**

Den hochgelarten und wirdigen unsern lieben andechtigen und getrewen Rectori dechant Doctoribus Magistris und Archidiacon der Facultet unser Universitet in unser Stadt Rostock.

(Zwei Exemplare desselben Landtagsausschreibens, das eine von Herzog Johann Albrecht an den „erbaren unsenn lieben getrewen Vollrat von der Luhe zu Telkow", das andere von Herz. Heinrich an die Stadt Rostock, befinden sich im Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. I.)

Nr. 47.

Schreiben der Stadt Wismar an Rostock, betreffend die Anstellung eines Fürsprechers der Landschaft. Dat. 13. Juli 1552.

(Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. II.)

Unnsern fruntthlichen gruth mit irbedung alls guden thovorn Erbarn Vorsichtigen und wollwiese Hern, besondern gonstigen und guden frunde. Nachdem itz de uthgeschreven landtdach tho Gustrow vorhanden Darsulvest sachen de uner beswerlich und wichtig vorlopen mugen, Dar ahn uns den Stedten, ja woll der Landtschup alle, hoch an gelegen syn mach och beswerlich vorfallen, Dat men derhallven eines geschigkeden mans de der Landtschup wordt furen, und der Landtschup nottdorfft helle und ahne schuw vordragen muge, woll bedervede, welchern wy nergen tho bekamende, sondern werden berichtet von ethlichen vom Adell de mith vor gudt ansehen und raden, sich umb eynen geschigkeden Manne tho bewerven, Dath alldar mith Jw Erb. W. Doctor Antonius Freudenberger tho solchem worthforende woll tho vormogen nuttlich und daran dienen muchte, welchern desulven vom Adell von der Ritterschup wegen nefenst den Stedten tho betzolden erbottich, Allße wy nu solchs hochnodich erachten und uns allen merglich an dem landtdage, dat wy nicht nigerlichs och nicht beswerlichs thostaden und inrumen mugen gelegen, ßo hebben wy vor gudt angesehen darumb ahn Jw tho schryven und beratslagen, Und bitten derhalbenn J. Erb. W. gantz fruntthlich und mith besonderm flyte, Desulven wollen

sich sulvest mit und uns, ja och dem gantzen lande thom besten, upbemellten Doctorn Antonium Freudenberger bespreken und vormogen, mit J. E. W. densulvest tho gustrow anthokamen und der Landtschup wordt tho foren ahnthonemen. Wes de unkosth und de betzollding syn wyll, wollen wy neben J. E. W. und der Ritterschup vor unse person gelegenheit und gebor unweigerlich enthrichten und bereden. Wo aber je den berorte Her Doctor nicht tho bekamen oder vormugen were, so wolle J. Er. W. dar an syn, unnd mith dem besten eynen andern geschigkeden Man, welchern men tho vorangetogeder behoff gewißlich up dem Landtdage bruchen muge, tho wege bringen und beschaffen, und sich allenthalven hir in unbeswertt gunstich erthogen, solchs wert J. Er. W. sulvest mit och uns und den andern von der landtschup tho gude und wollvartt gereichen — — — — — — — — — — —

Dat. unter unser Stadt Secret am dage Margarete Virginis. Anno rc. LII

Burgermeistere und Radtmanne der Stadt Wismar.

(Anlage.) Och Erbarn Hern und gonstigen guden frunde wy bitten dath diesem handell um vorschaffung eines geschigkeden Mans kein vorsumeniß oder vortoch muge gegeven werden, Dan warlich hir an gelegen, und wy vorstan wie wy des von globwirdigen und stadtlichen vom Adell de uns des vortruwlich angethoget, ermergket, dath de vom Adell endtlich bedacht und sich entslathen, by den Erb. Steden tho blyven und sich mith en thosamen tho hollden, und sich mit nichte von ehn affsondern tho laten, Och se nicht tho vorstaden, dath se in sonderheit beswert ßolten werden, Dan ehnen dar vor lede, wan ersthlich de Steder beswerет wurden und mith nigerung beladen, ßo wurden se nicht uth oder frigh blyven, Darumb willen se hollden over des landes ollder gewonheit frigheit und dem wolherbrachten gebruch, Des hebben wy jw up vortruwent nicht mugen pergen. Dat. ilendt.

Den Erbarnn Vorsichtigen und Wollwiesen Hernn Burgermeistern und Radtmannen der Stadt Rostogk unsern besondern gunstigen unnd gudenn frundenn.

Nr. 48.

Protokoll der Verhandlungen des zu Güstrow am 26. Juli 1552 eröffneten Landtags im Auszuge, betreffend das Interim und das Ausbleiben des Prälatenstandes.

(Rost. St.-Archiv. L.-A. Vol. II.)

Vorzeichnus wes uff jungstgehaltenn Lanthtach zu Gustrow uff Jacobi vonn denn Mekelburgeschenn furstlichen vorordenten, Stat-

haltern unnd Rethenn ahnn de gemeine Landtschafft ußgeschribenn, furgelaufenn gehandelt unnd verabscheidet. Anno 2c. LII.

Dingstages[1]) nach Jacobi nach mittages habenn de herrn Stathalter unnd Rethe, nach gewonlicher vorrede, gemeiner Landtschafft durch denn Licentiaten, furstlichen Cantzeler folgendes ongeferlicher meinung uff dem Radthaus zu Gustrow furtragen lassenn. Das Stathalter unnd Rethe zugegenn uff Ihres gnedigenn hernn gnedigs schrifftlichs erfordern, inhalt vorgelechter furstlicher missive, auch darby Irer f. g. Credentz, gemeine Landtschafft uff itzigenn tach verschribenn, auß folgenden ursachen.

Es wustenn gemeine lanthschaft sich zu berichten, das Anno 1547 uff dem Reichstag zu Auspurck vonn kais. Mgtt. unnd Chur unnd Furstenn unnd gemeinenn Stendenn des hilligen romeschen Reichs ein Reformation in der christlichen Religion, wie es da zwischen unnd eynem gemeinenn Concilio solle gehaltenn werdenn, uffgerichtet, Welcher der nhame Interim gegebenn were, Unnd nachmals Anno 48 publicirt unnd den Chur unnd Furstenn und Stendenn zugeschickt unnd zu volgenn ernstlich gebottenn mit angehefter peenn, Was auch nachmals derhalben vonn Kay. Mgt. ahnn wilant hertoch Hinrickenn hochmilder gedechtnus Unnd darnach auch ahnn Itzigenn unsernn gnedigenn Landesfursten gelanget, ein poenall Mandat uber das ander der gemeinen Ritterschafft und stendenn dyser Furstentumb und Landen uff gemeinenn Landtagenn furgehaltenn, Daranff mith einander gerathslaget, unnd sich eintrechtlichlick eyner geburlichenn anthwordt ensloßen, Deselbig widderumb nhebenn der offentlichenn Bekenthuns und Ordenung, de by mhenn zupliebenn bedacht, ahnn Kais. Magt. verfertiget, Uff denselbenn gepflegenn Lanttagenn als zum Sterneberg[2]) zur Wißmar und gemeine Landtschafft inn grosser anzall als nye by einander gesehenn, mit irenn f. g. sick vereinigett vergeliechenn unnd de untertheniqk irpetung unnd zusag getann, da nit uber drei personenn so der papistischenn lehre zugethann, sich des geussert, mit Irer f. g. by der reinenn Evangelischenn und Apostolischen lere zuplieben, mit untertheniger bith, das se von Ihrer f. g. darby muge beschutzet werdenn, Darzu se alse de getruwenn unterthanen by Irer f. g. lieb guedt und bluet zusetzenn erputtich — — — — — — — — — — —

Nach dem de hernn midtvorordente Stathalter unnd Rethe als auch furstliche undersassenn unnd glitmasser der Landtschafft ire meinnug unnd irpetung gemeldett, Habenn darnach de anderun vonn der Ritterschaft, Stettenn unnd Steundenn da vorsammelt, nach gehabter unnderredung volgents tags in anthwort inbringenn lassenn ungeverlich dyser nachvolgendenn gestalt — — — — — — — — — — — —

---

[1]) 26. Juli. [2]) am 19. Juli s. Nr. 46.

Daruff gemeine Landtschafft ire wolmeinlich bedenckenn unnd nothwendige enthschuldigung denstlich anzuziegenn konnt mhenn itziger Zeit sich einer bestendigenn meinung der mittel unnd wege, so zu untherhaltung der bestimpten anzall reisiger pfert nottich, nicht enthsleissen ader ethwes Stathliches ader gewisses erbeitenn, auff allerley hochwichtigenn unnd bewechlichenn ursachenn, darenn dyse de furnemlichste, Alß erstlich, das de gemeine Landtschafft dyser Furstentumbenn und Landenn hivor alwegenn inn drie Stennde unnd teile gedeilet unnd uff furstliche Landttage vorschribenn unnd zugeleich vonn gemeinenn obligenn unnd besweringe geradtslaget gehandelt und sich daruber vereiniget, Alse sint gewesenn de Prelatenn, Ritterschaft unnd Stette, Nhun were das erst und vornhemest glidt, alse de Prelatenn, hie uff dysem landtage nicht, welches auch zum teil irer prelaturen enthsetzt unnd de prelaturen einsteils zerruckt, abgethann unnd vornichtet, Sonderlich aber derselbenn haubt unnd Ordinarius, alse der Bischop zu Schwerynn itzundt unser gnediger her hertzoch Ulrich Postulatus Episcopus, der bynnen landes were, aber itzundt alhir nicht erscheine, Derwegenn ohnn syner f. g. bysynn unnd consent, auch ohnn der anderrn prelatenn restitucion unnd zuthun inn dysen unnd derglichenn zulagenn, hilff unnd gemeinn steuren swerlich zusliessenn, unnd ohnn der prelatenn hilffe zu einer gemeinen zulag zubewilligenn vill beswerlicher

— — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — —

Upp dyses Imbringenn habenn die Mitvorordentenn Stathalter unnd Rete vom Adell, alß midt glitmassenn gemeiner Landtschafft unnd furstlichenn Verwantenn sich vonn der gemeinenn Landschafft abgesundert und inn solch anthwordt nicht bewilligenn wollenn, Darauff von der gemeinenn Landtschaft wegenn denn anderrn zuvor abwesendenn Retenn de anthwordt widerholet unnd volgents zu widderleggung aller derselbenn ursachenn unnd enthschuldigung vonn dem Cantzeler replicando volgende punctenn mit vilenn wortenn angezogenn, angehoret

— — — — — — — — — — — — — —

Item wes vonn wegenn des Interim von Kaiser. Magt. vorgenommen unnd ins Werck gebracht, unnd ist vonn hertzock hinrichenn hochloblicher gedechtnus gleich so wol alse Hertzock Johanns Albrechtenn bowilliget beslossenn unnd vorbrivet, inn de abgottesche reformationn des Interims nicht zu bewilligenn noch sich inzulassenn

— — — — — — — — — — — — — —

So vile de ursachenn vonn gemeiner Landtschafft angezogenn bedrifft, achtenn und findenn Stathhalter unnd Rethe deselbenn nicht genochsam de bogerte hilff abzuslagenn Unnd erstlich das de geistlichkeit nicht hir her vorschriebenn Sy dis de ursach, dann

se de jennen gewesenn de alles ongeluck inn deutschemn landenn anrichtenn geholffenn, unnd zu infurung des Interims nicht wenig gethann.

Der Bischoff zu Swerynn izunt och unser gnediger her hertzock Ulrich 2c. sy im lande unnd als kegenwertich der gemeinen Landtschafft bewilligung nicht zu widder, wie siner f. g. vonn dysem Landtage wol bowust, Et qui praesens est et tacet consentire videtur, Auch wiel ehr ein landesfurst, habenn de Stadthalter unnd Rete alse deiner irenn herrnn nicht zugebettenn und uff itzigenn Landtag vorschribenn konen — —

— — — — — — — — — — — — — —

Anm. Erst mit diesem Landtage zu Güstrow beginnen die von Spalding herausgegebenen: Meklenburgischen öffentlichen Landesverhandlungen. Rost. 1792—1800, B. 1—4 fol., welche jedoch nicht die vollständigen Original-Protokolle, sondern nur eine abgekürzte Bearbeitung derselben enthalten, wie man aus der Vergleichung mit den vorstehenden Auszügen ersehen wird.

Nr. 49.

Laufzettel, eine Aufforderung an Ritterschaft und Städte enthaltend, sich auf Martini in Rostock zu versammeln. Dat. Güstrow, 26. Sept. 1554.

(Rost. Stadt-Archiv, Landtags-Acten Vol. II.)

Kunth und offenbar sey mennigklichen und einem jiglichen von der Ritterschaft und den Erbaren und Ersamen Stetten der Megkelnpurgischen, Whendischen, auch Rostogk und Stargardt Lanthyschaften, das von nothwendigen ehrlichen unverdechtlichen Sachen zu reden und zu rathschlagen ein Zeit und stette vorgenommen, nemlichen uff den tagk Martini [1]) kegen den abent in der stadt Rostogk zu erscheinen volgendts Montags ums zeygers achteschlegen uff dem Rathause sich zuversamlen, Dohen sich ein Iglicher der mit dissem Zettel ersucht, bey den eyden und pflichten damit Ritterschaft, Stette und Stende einander verwant und zugethan sein, zu verfugen hiermit erfordert unnd vermhant sey. Actum Gustrow den 26. Septembris Anno LIIII.

Disser Zetell nach verlesung dem negsten Nachbar so fort ilendts und unseumlich bey ilender bothschafft zutzuschigkende.

[1]) 11. November.

Nr. 50.

Erneuerung des Ausschusses der Ritterschaft, auf Grund der landständischen Union von 1523, am 5. December 1554.

(Rost. Stadt-Archiv. L.-A. Vol. II.)

Na deme in der thohopesathe der Landtschop under anderunn vorordent is, dath nevenst itlikenn vann denn Prelathen, ock den so uth denn Stedenn dar inne genometh, tho ider tidt deputeret sollenn werdenn, ock veere im lande tho Wendenn, veere im lande tho Stargarde unnd ock veere im lande tho Mekelnborch vorordnet und genometh sindt wordenn, darby de beswerdenn von der Landtschop ere gebreke antogen unnd radtsokenn mogenn, De ock, so es nodt unnd der sakenn gelegenheit fordert, de gantze Landtschop dartho up gelegene stede unnd tidt beropenn unnd vorschrivenn scholenn, unnd solcks vorordenten uth der manschop, so in der vorwethynge genomet ock folgende erweleth sindt wordenn, faste alle mith dode up twe nha affgegahnn sindt, So hefft eine Ehrbare Landtschop am veer und vofftigstenn Jare am Middewekenn nha Andree [1]), alße sick desulvige bynnen Rostock tho samen bedageth, in wichtigenn nodtwendigenn unvordachtenn saken, dar anne der gantzen Landtschop gelegenn, erem oldenn gebruke nha tho radtslagende, desse nhafolgende uth der Ridderschop edder Manschop in der vorstorvenen stede genometh, vorordennt und deputeret, alse nomliken

Im Lande tho Wendenn
Diderich Moltzann
Christoffer Hane
Christoffer Blotow
Luitke Baßeviß

Im Lande tho Stargarde
Her Jurgen Moltzann
Hinrick hane tho Pletz
Jochim Riben
Christoffer Linstow

Im Lande tho Mekelnborch
Hartich vann Bülow
Achim Lutzow
Achim Halverstadt unnd
Achim Regendanck.

[1]) 5. December.

Nr. 51.

Bericht der Rostocker Abgeordneten über die Verhandlungen von drei auf einander folgenden Landtagen zu Güstrow (April und Mai) und zu Sternberg (Juni), wegen Uebernahme der fürstlichen Schulden. 1555.

(Rost. Stadt-Archiv. L.-A. Vol. II.)

Eyne vortecknisse was anno 55 tusschenn denn Landesforstenn unnde Gemener Lanntscep Erer F. G. schulde halvenn vorhanndelt wordenn.

Ith[1]) Anno LV als beyde unße g. h. unde Landesforsten H. Johans Albrecht unde H. Olrick des dingheßtdaghen morghens na Judica[2]) tho Gustrow neven ghemener lanthschop upth Radhus ghekamen, Hebben Er. f. g. der Steder Rostock unde Wismer ghesanthen, als H. Hinrick ghultzowen unde H. Hans van herverden, ock H. Peter Sassen borghemeister myth synen myt vorordenten Radespersonen, by sick in de Stuben vorderen lathen, dar alßo vorth de Canzeler uth f. g. befell angheбraghen, nomelick dat men ße alße myth Landtrede nycht hebbe neven den anderen Lanthreden up forderen laten, tho beradslagen unde tho sluthen, was ghemener Lanthschop ßolde vorghebragen werden, Sulkes wer uth mißvorstande des underhussagedes[3]) vorbleven und sick entschuldigen laten, unde wolden dennoch ghelick wol Er. f. g. nicht vorholden, sunder muntlick unde schriftlick anthogen lathen, was ghemener Lantschop ßolde vorghebragen werden, unde dar up er bedenckenth, was dar inne tho anderen syn mochte, ock gherne horen, als nu denne alßo gheschen, unde beyder Steder gheschickeden uth deme Prusesschen vordraghe[4]) na vorlesinghe des sulvigen vormerketh, dath under anderen de artickel myt dar inne vorliveth, dat ghemeine Lanthschop syck underdenichlick inghelaten ere f. g. van allen schulden aff tho helpen unde eyn frey lanth tho macken ꝛc. ock van der visitation unde Consistorio, Szo hebben de ghesanten beider Steder eyn klen besprack underdenichlick ghebeden, welckes en van f. g. gnedichlick vorghunth, Na besprack gheantwerden, dat men underdenichlick ghehorth, was f. g. hedden gnedichlick andragen lathen ꝛc. was nu vor ersth de entschuldinghe dede belangen, wer ghans unnodich ghewesen, dan ße sulkes wol thofreden, dat ße nycht gheesсket[5]) weren, wusten ock dat jennighe

---

[1]) Item d. h. Fortsetzung des Berichts vom J. 1555.

[2]) am 2. April. [3]) Unterhausvogts.

[4]) Der Wismarsche Gemeinschaftsvertrag der Herzoge Johann Albrecht und Ulrich vom 11. März 1555, welcher unter Vermittelung des Herzogs Albrecht von Preußen, Schwiegervaters von Johann Albrecht, zu Stande kam. S. Rudloff, Mekl. Gesch. Bd. III. S. 149.

[5]) geheischet.

was ghemener Lanthschop ßolde vorgheholden werden, nycht tho anderen edder tho betheren, ßo eynen jederen was enhen van eren overen unde oldesten darup tho anthwerdende befalen unvorkerlick unde unvorwitlick syn unde blyven moghe, was over belanghet den vordrach dorch den H: van Prußen tuschen beide unse g: h: unde Landesforsten upgherichtet, des were men thom hogesten erfreuwet, mith ghelucwunschynghe dat ere f. g. in sulker forstlicker unde broderlicker voreyninghe rowsamlick blyven unde vorharren mochten, Nachdem over in ghemelthen vordraghe vormerketh dat ghemene underdenighe lantschop syck ßolde inghelathen hebben, ere f. g. van allen schulden aff tho helpen unde eyn frey lanth tho macken, dar den noch thor tyde beyde Steder Rostock unde Wismer erer f. g. underdan syck nicht inghelathen hebben, unde ehnen als beyder steder gheßanthen keyneswegħes gheboren wolde, sulkes unbeanthwerdet tho lathen, der weghen ße upt underdenigeste wolden ghebeden hebben, Ere f. g. wolde enhn sulkes keyneswegħes vorkeren, edder in ungnaden upnemen, dan oft wol eymanth des Rades tho Rostock gheschickeden syck bynnen der Wismar ethwas hedden vornemen lathen, dat men dar hen hedde vorstan konen, als hedde men syck woringhelathen, ßo wer doch sulkes eren f. g. thom besten ghe- schen, dar myth de anderen der Lantschop deste vochlicker dar hen tho beweghen syn mochten, dar myt eren f. g. na moghelickheit hedde konen vorholpen werden [1]), Als sulks f. g. ghehorth, hebben ße idt dar by blyven lathen, unde hebben alßo vorth ghemeyner Lanthschop vordraghen lathen, beyde schryftlick unde muntlick, den prusischen vordrag tuscken eren f. g. beide upgherichteth 2c. wo dat alles de schrift mede bringhet (de tho rade ghebracht) unde vormeldeth, is over tho der tyd nychtes bewilligheth edder entslathen, ßunder up eynen anderen dach [2]) vorschaven.

Mandaghen morghens na vocem jocunditatis [3]) unghecferlick hebben de Er. des adels twe van deme Adel tho uns in unße herberghe gheschicket dar domals de wismarschen by uns ghewesen, als Her Jochym Smyt unde Her dionisius Sagher, unde anghethogheth, dat men sick nycht beswerен [4]) tho en up den Karckhoff der ghrawen monnke tho kamen, ethwas myth eyn ander tho bereden, als men syck over tho twen malen ghewe ygerth unde thom drudden avermal gheesкет, synth beyder Steder gheschickeden dar hen ghegħan, als men dar ghekamen, ßo hebben de vam Adell den ghesanthen der Steder der vorwanthnisse vormanth de tho Rostoch dorch de Prelaten, Manschop unde Steden

---

[1]) Die beiden Seestädte hatten, den Herzogen zu Gefallen, zu Wismar nur die Miene angenommen, als hätten sie sich zur Uebernahme der fürstlichen Schulden an ihrem Theil bereit erklärt, bloß um die Landstädte dadurch fügsamer zu machen.

[2]) Landtag. [3]) 20. Mai.

[4]) daß man es nicht für beschwerlich halten d. h. daß man sich bemühen wolle.

upgherichtet[1]), de ere veder unde thom dele sulvest vorsegelth, als erlevenden eghende na leven wolden rc. unde darup beider Steder ghesanten ghemothe ock darup horen, de syck dar up vornemen laten, dat idt an eren overen unde oldesten nycht manghelen wurde, unde ock nycht levers seghen, dan dat men syck der sulvigen ghemethe[2]) holden mochten.

Volgenden Dingestdaghes hebben f. g. vordraghen laten, wo vormals up Judica gheschen, dat men tho middelen unde weghen dencken mochte, dar myth f. g. van den beswerlicken Schulden mochten affgheholpen werden, unde nachdeme in dem daghe nycht sunderlickes vorschaffeth worden, is up deß heren hemmelfarts dags[3]) na der maltide de ghemeine Lanthschop wedder umme upt Rathus ghekamen, is vor ghudt anghesehen, nach deme f. g. begheret, er f. g. Her vaders ampter de vorsettet weren, erstlick tho freygen, dar myth de Rechtesdaghe deste bequemer mochten gheholden werden, und alße sulkes schriftlick dorch Moltzan in ghemener Landtschop jegenwerdicheith vorvaten laten, und als sulkes vorlesen worden, hebben sick de ghesanthen beider steder der conclusien beswarth und dorch Doctor Freudeman beanthwerden lathen, in namen beyder Steder, worup Moltzan tegen den Doctor upghevaren, dat men vormals wol ane sulke ghelerden hebben handelen konen, dath idt ock hen vurder ßo nycht tho ghan mußte, wo men ock den adel an sick ghetagen unde de myth en conspireren willen, dat wußte men ock woll, unde wes sust mer beswerlick dorch ene vorghebracht, hefft eyner der van Rostock ghesanten Sulkes vor anthwerden ungheferlick der ghestalt, dat na ghelegenheit sulker wichtigher sacken den Stederen dat muste frey syn, wo se sulvest der gheschicklichet nycht weren, de dinghe tho voranthwerden, dat en dennoch muste frey stan unde unvorwitlick[4]) syn eynen ghelerden der sulvighen notroft vorthodragen, edder men wurde sulke gheltspildinghe innbeholden unde schriftlicke beanthwerdinghe don, dat over de beyden Steder gheschickeden den adel ßolden an sick gheforderth unde myth en conspireret hebben, dat wurde men nycht ghude don konen, dan idt stunden de Er. vam adel dar tho stede, den ßolde he fragen, wol den andern uth der herberghe gheesckeet hedde rc., als over Maltzan ße nycht heft befraghen willen, ßo heft men ene den bericht ghedan, wo baven gherorth[5]), dat de vam adel de beyden Steder gheschickeden tho dren malen gheforderet hebben an ße tho kamen, unde nach deme den die steder ock van der Lanthschop disses forstendomes weren, ßo wol als de Er. vam adel, ßo wolde idt sick nycht gheboren, in deme weyrich[6]) tho syn rc. und darup den Er. des adels ghefrageth, oft idt alfo nycht gheschen were, dar tho ße

---

[1]) Es ist die Union von 1523 gemeint.
[2]) Gemöd d. i. Meinung. [3]) 23. Mai. [4]) unverweislich.
[5]) wie oben berührt worden. [6]) weigerlich.

alle „ja" ghesprafen, dat idt also ghescheen were, wes over de schrift belangt, der schulde halven de up erer f. g. vederlick ampter vorschreven dorch de underdenighe Lantschop tho entfreygen unde den besluth hinder thom ende anghehangen, hyr myt vorhapet eyne underdenighe Lantschop in aller underdenicheith, es sy dat bewilligt wes de landesforsten unde wo with [1]) ere f. g. sulkes hir bevor ghesocht unde eren f. g. ock ghenochsam gheholpen, nu hedde jo idermenichlick ghehorth, dat dat wordeken „hyr bevor" in dem Pruseschen Vordrage alßo ghementh worden: Nachdeme de underdenighe Lantschop hir bevor sych vorwilliget beide thor Wismar unde tho Gustrow Ere f. g. van allen schulden aff tho helpen ꝛc. unde beide Steder sulkes nycht vorwilliget, de gheschickeden beider steder des ock ghenen [2]) bevel bekamen, ßo muste men Sulkes to vorantwerden, wo men anders wedder umme tho hus kamen wolden, dar up Moltzan gheanthwerdeth, idt hedden f. g. nycht anders gheforderth, dan de vederlick Schulde, dar up ock ghefragheth worden, oft dat ßo egentlick were, heft he wedder umme gheantwerdeth, idt hedden f. g. nemalen anders in warheit gheforderth, dan de vederlick schulde tho freyghen, dar up overmal ghefraghet, oft f. g. anders nycht begerden, dan allenen de vederlicken Schulde to betalen, heft Moltzan by ghoth ghesprafen, idt weren van f. g. nycht anders dan de vederlicken Schulde Hartoch Albrechts hochlofflicker seligher ghedechtnisse tho erleggen unde nycht ere eghen schulde, dar up dosulvest wedderumm gheantwerden, dat syck beyde Steder tho vele malen erbaden, wen de vederlick Schulde eghentlick ghespecificereth unde namkundich ghemaketh, in veher perthe ghedeleth, unde eren f. g. eyn dell van erer f. g. upkumpsten, den prelaten edder de ere ghuder besitten dat 2 del, den vam adell den drudden del, unde den Stederen den verden del tho betalen tho gheleckenth, dar inne wurden syck beide steder in aller underdenicheith der gheborn wol wethen tho schicken, unde wolde jo nu nycht anders syn, dan dath de schrift de f. g. ßolde over ghegheven werden, ock darup ghestellet wurde, wo idt de notthroft dar up syn wolde, der wegen vor ghude anghesen, nach deme Diderick moltzan sick damals nycht willen dar inne brucken laten, dat Ghemene Lantschop hebben eyne schrift vor vathen unde des sulvigen dages assumptionis dni eren f. g. underdenichlick vorrecken laten.

Als over f. g. freydagen morghens upt Rathus ghekamen unde dorch den Cantzeler overmal andragen unde ghans instendigen vorderen laten, nach deme sick ghemene Lantschop beide thor Wismar und folgendes tho Gustrow underdenichlick inghelaten hedden ere f. g. van allen schulden aff tho helpen unde eyn frey lanth tho macken, unde de ghelovigher upt hefftigeste drengen unde drowen myth allerley beswerighe thegen er f. g. ock tegen de underdan

[1]) wer mit? [2]) keinen.

vorth tho varen, dar myth se erer schulde unde darover gheladen schaden mochten erghentzeth werden, dat der wegen ghene lengher vorwilinghe konde ane mercklicken unerwinthlicken schaden ghedüldeth unde tho ghesen werden 2c. der halven f. g. upt gnedigste wolden gheßunnen und begerth hebben, dat de handel nycht lenger vorthaghen edder upgheholden werden mochten, ßunder sick genßlick myth eynander vorghelickeden, welker ghestalt ghedachte schulde thom forderlickesten mochten erlecht und bet. werden.

Dar up sick ghemene Lanthschop hebben bereden willen, unde is desjennigen wes des vorighen Namyddaghes vorhandelth, dat allenen H. Albrechten hochlofliker ghedechtnisse na ghelaten Schulde solden erlecht unde betalth werden, nycht mer gedacht, ßunder myth allerley varlicken persuasionen beyde de van deme Adel unde ock de Landesteder dar hen bewagen. Nachdeme des vorigen Hemmelfarth daghe vormerketh, dat de over ghegheven Schulde samptlick sick belepen ungheferlick ane etlicke dusenth unde etlicke hundert gulden in de viff mal hunderth dusenth ghulden, dat eyne gherynghe Summa dar nycht vele tho helpen konde, der weghen syck de vam Adel ock de Lantstede in de twemal, forth darna in drudde halff mal hunderth dusenth gulden tho erleggen bewilligeth. Als over de ghesanthen beyder Steder R. unde W. dar up ghar keynen befell ghehath, unde wes alßo bewilligt, schriftlick ßolde vorvathet und f. g. vorrecketh unde over ghegheven werden, der wegen ghans instendich ghebeden, unde by moltzan nycht erholden konen, Szunder stedes dat tho anthwerde ghegeven, dat men ghehorth hedden, wes sick ghemene Lantschop in ghelaten, nomelick drudde half hundert dusent gulden tho erleggen, wolde men syck van wegen beider steder dar ock in laten, ßo were men myt enhen enich, were men over nycht myth en enich, ßo konde ock eres beveles van beyder Steder weghen nychtes dar in vorthekenth werden, als ßodanes tho drenmalen ghesecht, unde dorch moltzan ghewey gerth worden, ßo heft men Moltzan dar up gheantwerden, dat nycht mer als twe ut eyner jederen Stadt dar gheschycket weren, unde in eyner ideren Stadt ßo vele dusenth tho hus ghebliven, de enhen eynen ghemethen befell myth ghegeven, den man ock nycht overschriden, als de Er. des adels erer buer halven (der ße tho ghude unde live mechtich) wol don konen, dar up overmal begerth upth korteste in margine edder im ende eres anthwerden tho vortecken, als ße over nochmals weyrich ghewesen, ßo hebben de ghesanten van wegen beyder Steder upt herlickeste dar van protesteren mothen, dat ße van wegen erer overen unde oldesten ock ghemener borgerschop sulker vorghenamenn threnninghe unde afffunderinghe nene orsacke im aller rynghesten wolden ghegheven hebben unde musten dennoch beider Steder bedenckenth und bevell eren f. g. in underdenicheit ock anthoghen, unde syn dar myth na der herberge gheghan. Folgenden Sunnavendes hebben syck de sluvigen by dem Cantzeler vorfoghet unde angheholden, dat men

by F. g. audiencie bekamen mochte, beyder Steder bevell eren F. g. underdenichlick anthotogen, de dar up den beschet ghegheven, wen de ghemene Lantschop up ere andraghenth van F. g. eyn anthwerth bekamen, ßo ßolde men ock ghehorth werden, Nach deme over ghemene Lantschop sick myth eren F. g. des falles nicht hebben voreníghen konen, ßunder up eynen anderen dach vorschaven, heft de Cantzler dem Rostker Sindico ock sulken bescheth ghegheven, dat idt muste vorbliven beth up eynen anderen dach ꝛc.

Volghendes is ghemene Lanthschop wedder umme up den Jodenberch vorschreven[1]), Dar sulvest beyde forsten sampth den beyden jungen Heren H. Cristoffer unde H. Karle, als nun ghemene Lanthschop inth thelt vor de F. ghefordertth, hebben F. g. overmal andragen laten, wo vormals gheschen, unde dar up ghesunnen unde begherth, men mochte syck myth eghentlicker unde entlicker anthwerth vornemen lathen dar up men sick over mall bespraken unde ghans vorgheten, wes sick de vam Adel unde de Lanthsteder in ghelaten hebben bynnen Gustrow, ghelick oft se es gheynen ghroten ghefallen mochten ghehad hebben, des ße sick domalen inghelaten hebben. Tho deme hebben F. g. ock nychtes dar van andragen lathen, wes men sick tho Gustrow up der Hemmelfarth Cristi erbaden hebben, ßunder als men langhe noch umme her gheghan unde sick myth eyn ander up gheholden, is men by eynander ghefordert, beyde Adel unde Steder, und alßo vorth dorch Diderick Moltzan eyn vorslach gheschen, de wile idt nycht anders syn konde, dan dat men F. g. uth den schulden helpen muste, ßo ßolden de vam adel viff jar lanck jeder jar vom X gulden upkumpst edder ghelt pacht eres inkamens eynen gulden gheven unde van jederm Dromet Hartkorns unde sathkorns VI ßll. unde van jederem Drometh Haveren pacht unde ßadtkorn III ßll., unde de buer viff jar lanck eyne dubbelde Lantbede, unde dat de van den Steden ock eyne dubbelde Landtbede unde van jederem Dromt maltes, ßo in den Steden thor molen geyt, jarlickes 1 gulden, van jeder ame wyns 1 gulden, den vorordenten forstlicken innemeren ghegheven unde vorrecket werden solde, welkes alles de vam Adel, de lanthsteder unde buren hebben annemen mothen, de van Rostock und Wismer, de des nenen befel ghehadt, hebben sick in sulke hochbeswerlicke neygeringhe nycht inlaten konen, ße hebben sick dennoch des sulvigen avendes ock des folgenden dages allenen an f. g. vorfoget, in affwesende ghemener Lantschop, unde syck underdenichlick erbaden, unanghesen wan alrede de anderen van der

---

[1]) Der Judenberg bei Sternberg, wo noch jetzt der Landtag eröffnet wird, so oft er in Sternberg zusammenkommt. — Die Landschaft wurde, nachdem der Landtag zu Güstrow fruchtlos verlaufen war, wieder nach Sternberg auf den 19. Juni einberufen.

Lantschop lantbeden unde Steuer gheven, dat dennoch de Steder vormoghe etlicker vordrege, ßo vorschenener jar der Er. wendeschen Steder Rede tusken F. g. unde der Stadt Rostock der wegen upgherichtet, lantbeden tho gheven nicht schuldig weren [1]), unde ock unangheßen dat beyde steder erer F. g. her und vader hochlofflicker seligher ghedechtnisse, als de van allen underdanen, ock van H. Hinrich hochlofflicker ghedechtnisse in der kopenhaghenschen belegheringhe ghans vorlaten unde de beyden Steder thom utersten by erer f. g. in sulker belegheringhe liff und ghude up ghesettet unde in de III jar nerlos ghesethen, er den dat men wedder umme thom frede unde handel hebben kamen konen, welkes sick tho velen dusent gulden erstreckt, dar men noch nycht erghentzet, ßunder jarlicken vorrenten mothen 2c. Dat beide Steder baven sulken erleden unde schyr unerwinthlicken Schaden ere F. g. in aller underdenicheith eyne ghenanthe lidelicke unde drechlicke Summe eyns vor alle gheven wolden up moghelicke unde drechlicke termine underdenichlick byddende er F. g. wollen sulck underdenich erbedent in allen gnaden upnemen und ere ghnedighe heren unde Landesforsten syn unde bliven. Dar up F. g. na besprack geanthwerdet, nachdeme ghemene Lantschop syck der schulde tho erleggende undernamen, ßo wolde nun ße de steder an de sulvigen ghewiset hebben, dar mochte men wider mede handelen, Sze de F. hebben des nycht mer tho donde, Welkes alles beth hertho in deme Stande alßo gheswereth beth tho Iwer Achtbar werde thokumpst, wath ghoth nu wider gnedichlicken in disser beswerlicken saken vorschaffen wil, dar myth mer tho Rowe unde tho eynen ghuden bestendighen ende kamen mochte, Dath wyl vast by ghade deme almechtigen synn, in des hanth alle herthin der mynschen stann, de ock de sulvigen synes ghotlicken ghefallens anderen unde wandelen kann, der weghen thom hoghesten van noden, Gode den almechtigen uth deme ghrunde des herten tho bydden, dat dyt alles tho drechlicken wegen geraden moghe.

Nr. 52.

Anschreiben der Verordneten des Ausschusses der Lande Meklenburg, Wenden und Stargard an Rostock, betr. die außerordentliche Landeshülfe. Dat. Güstrow, 30. Oct. 1555.

(Rost. Stadt-Archiv. L.-A. Vol. II.)

Unsen freundlichenn grus unnd was Wir lieb unnd guts vermuegen zuvornn, Ersame, Wolweise Hern gonnstige gutte freunde,

---

[1]) Vertrag von 1482 und die Privilegienbestätigung von 1505. S. oben S. 85 und Nr. 15.

Wir habenn ewer weißheit schrifftliche anndtwort auf unser schreibenn emphangenn unnd Inhalts verlesenn, Unnd sehenn woll gernne, das die sache also gelegenn das mann sich mit derselbigenn anthwort kontte lassenn settigenn, Derwegen Wir auch ungernne inn einige disputation oder vorlegung was e. Weisheiten inn iren schreiben thun farwenden mit dennselben unns einlassenn wollen, Dann Wir nicht bedacht e. w. habennde Privilegia unnd freiheit wes dieselbige unnd wie sie sich dieser hulffe entlegen [1]) konntenn oder woltenn anzufechtenn, ohne viel lieber sehenn woltenn, das ewer W. dere so viell unnd noch meher hettenn, Dann Wir zu derselbigenn Irenn wolbegabtenn vorstande nach die Zuvorsicht traegenn, das sie solche Privilegienn danckbarlichenn jegenn denenn, die sie darmit begabet unnd teglich nebenn denselbigenn auch bei friede und Rechte schutzenn unnd hanndhabenn mussenn, werdenn wissen, was frommenn und danckbarlichenn Leutenn woll anstehet zu bedenckenn, Dann privilegia unnd begnadungen mit dancke pillich gelonet, unnd nicht mit undanck bedacht sollenn werdenn, Das wir also zu ewer W. weiter nachdenkenn hirmit wollenn gestald haben, Unnd solches auch nicht anderst als durch freundliche unnd nachperliche erinnerunge bei ewer W. wollenn gesucht habenn. Unnd stehet nochmals ewer W. nicht wenig zu bedencken, ob dieselbige einer gantzen gemenenn Landschaft mit ein solchem ablegenn, wie aus ewer W. schreibenn zu vornhemen, konnen genug thun. Weile alle Stende dieser lannde weit aus irenn habendenn privilegien herlickeittenn unnd freiheittenn, als sonderlich die vam Adel, die sie nicht vonn furstenn, sonderenn vonn keiseren unnd derselbenn Maiestetten geschriebenenn Rechtenn habenn, weit abgewichenn, alleine darumb das sie viel lieber das groste ires standes unnd wirdens woltenn hindann setzenn, als solchenn gemeinenn jammer, darmit unsere naturliche unnd lobliche landsfurstenn, auch derselbigenn lannd und leuten zum hochstenn beladenn, weiter zugestadtenn, Wie dann auch die anderenn lanndstedte aus solchenn christlichenn unnd loblichenn bedenckenn sich eintrechtiglichenn inn die Maltzise begebenn, Darumb bittenn Wir nochmal es wolle ewer W. gleichwol solches alles zu gemuete fuhren, was aus iwr weigerunge, ob die gleich mit einem weitleuftigenn erpietenn etwas geschmuckt wirth, daraus mann doch nicht gewisses schliessen kann, unrichtigs ervolgen konnte. Unnd wo ewer W. des weiter unser bedenckenn, welches inn schriefftenn alles zu handelenn unsicher, gegenwertig woltenn verstendiget werdenn, sein Wir unbeschwert, etzliche aus unserenn mittelenn zu ihrer gelegenheit abzufertiegenn, sich mit ewer W. darvonn freundlichenn unnd nachparlichenn zu underredenn, Auch weiter zu bedencken unnd mit E. W. zu schliessen was hirin die gelegenheit unnd not-

---

[1]) entledigen.

turft erforderenn mochte. Unnd bittenn hirauf derselbige schriefftliche zuvorlessiege andwort, das wir uns darnach wissenn zu richtenn, Euch wieder freundlich zu willfahrenn sind wir willig. Dat. Gustrow unter unserm des Ausschos pitzschier, des wir uns samptlich hirzu glaubwürdig geprauchenn denn dreissigsten Octobris Anno rc. LV.

Verordente des Ausschosses der Lande
Meglenburg Wenden Stargart.

Denn ersamenn unnd hochweisenn Burgermeistern unnd Rathmannen der stadt Rostock unsern gonstigen guten freunden.



